

Stiftung Niedersachsen (Hg.)

ä l t e r **b u n t e r** w e n i g e r

Die demografische
Herausforderung
an die Kultur

[transcript]

→ Kultur- und Museumsmanagement

STIFTUNG NIEDERSACHSEN (HG.)

»älter – bunter – weniger«

Die demografische Herausforderung an die Kultur

STIFTUNG NIEDERSACHSEN (Hg.)

»älter – bunter – weniger«

Die demografische Herausforderung an die Kultur

[transcript]



This work is licensed under a Creative Commons
Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 3.0 License.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2006 transcript Verlag, Bielefeld

Herausgeber: Stiftung Niedersachsen

Präsident: Dietrich H. Hoppenstedt

Generalsekretär: Dominik von König

Redaktion: Matthias Dreyer

Lektorat: Andrea Böttcher

Umschlaggestaltung & Innenlayout: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Projektmanagement: Andreas Hüllinghorst, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISBN 3-89942-505-7

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an
unter: info@transcript-verlag.de

INHALT

DIETRICH H. HOPPENSTEDT

»älter – bunter – weniger«

Die demografische Herausforderung an die Kultur 7

EINFÜHRUNG IN DAS THEMA

MARTIN ROTH, ULRIKE RICHTER

Was haben Kultur und Demografie miteinander zu tun?

Anmerkungen zu einem bislang wenig reflektierten

Verhältnis 13

RALF E. ULRICH

Wirklichkeit und Perspektiven der

demografischen Entwicklung in Deutschland 31

»ÄLTER«

CLEMENS GEISSLER

Kulturelles Potenzial der alternden nachwuchsarmen

Gesellschaft 51

THOMAS IHM

Die Cultura der Kultur – Demografie, Kultur und Medien 65

»BUNTER UND WENIGER«

MICHAEL BOMMES

Demografische Entwicklung, Migration und

kulturelle Vielfalt 81

MICHAEL DAXNER

Kultur und Demografie: Die europäische Dimension 109

MAGDA GOHAR-CHROBOG

Demografischer Wandel als Herausforderung an die Interkulturelle Kommunikation	121
---	-----

FRANÇOIS HÉRAN

Bevölkerungswachstum und Zuwanderung: Welchen Platz nehmen die »kulturellen« Faktoren ein?	137
---	-----

RAIMUND VOGELS

Demografie und kultureller Wandel am Beispiel der Musik . . .	163
--	-----

IMPULSE FÜR DIE KULTURPOLITIK

FRANK HUYSMANS

Kultur und demografischer Wandel in den Niederlanden	175
---	-----

JACK JEDWAB

Canada's Art of Diversity. Multiculturalism, Choice and Participation in the Cultural Sector	189
---	-----

CHRISTIAN MEYER

Konsequenzen des demografischen Wandels für die kulturelle Infrastruktur. Ergebnisse aus Nordrhein-Westfalen	209
---	-----

PHILIPP RÖSLER

Kultur und Demografie. Wandel und Wirkung	223
--	-----

Zu den Autorinnen und Autoren	227
--	-----

Zur Herausgeberin	229
------------------------------------	-----

→ »ÄLTER – BUNTER – WENIGER«
DIE DEMOGRAFISCHE HERAUSFORDERUNG
AN DIE KULTUR

DIETRICH H. HOPPENSTEDT

Der demografische Wandel ist zu einer der zentralen Fragen für die Zukunft unseres Landes geworden. Seine Folgen bestimmen die politische und wirtschaftliche Reformdiskussion. Sie betreffen gleichermaßen die sozialen Sicherungssysteme, den Arbeits- und den Kapitalmarkt, den Wohnraumbestand oder die öffentliche Infrastruktur. Für alle diese Felder wurden Szenarien entwickelt, welchen Veränderungen unsere Gesellschaft ausgesetzt sein wird. Diese Szenarien sind hinreichend aussagekräftig, um daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen zu können. Denn hierfür gibt es statistisches Material, das verlässliche Berechnungen zulässt. Weitaus schwieriger ist es, das Wechselverhältnis von Kultur und demografischem Wandel zu erfassen. Hier gibt es Vermutungen und subjektive Eindrücke, es liegen aber wenig greifbare Fakten vor. Hinzu kommt, dass dieses Themenfeld bislang von der Politik, der Öffentlichkeit und auch den Kulturinstitutionen selbst kaum oder noch gar nicht wahrgenommen worden ist.

Die Stiftung Niedersachsen möchte deshalb das Bewusstsein für das Wechselverhältnis von Kultur und Demografie wecken und schärfen. Denn wir messen dem Thema für die Produktion, Verbreitung und Nachfrage von Kultur, für die Kulturförderung sowie für die Kulturpolitik selbst eine hohe Bedeutung zu. Diesem Ziel diene die Tagung »Kultur und demografischer Wandel«, die die Stiftung Niedersachsen am 14. und 15. Oktober 2005 in Hannover veranstaltet hat. Unseres Wissens war es die erste Veranstaltung, die sich dieses Themas in Deutschland angenommen hat. Der vorliegende Band bündelt alle Vorträge der Tagung.

Es gehört zur Tradition der Stiftung Niedersachsen – als Kulturstiftung des Landes – Fragen der Zeit aufzugreifen und sie einem breiten Publikum zu vermitteln. Beispiele hierfür sind der Kongress »Geist und Natur« im Jahr 1989 oder das Hearing »Kulturlandschaften«, das 2002 im Niedersächsischen Landtag stattfand. Es sind meist Fragen,

die sich einem einseitig fachbezogenen Diskurs verweigern, sondern stattdessen eine vernetzende Betrachtung voraussetzen. Es ist Anliegen der Stiftung, einen fachübergreifenden Diskurs anzuregen und zu befördern. Das gilt auch für das Wechselverhältnis von Kultur und Demografie.

Im Vordergrund der Tagung standen vier Entwicklungen:

- die voranschreitende Alterung der Gesellschaft mit der allmählichen Umkehr der Alterspyramide,
- die langfristige Schrumpfung der Bevölkerungszahl,
- der Zuzug von Ausländern nach Deutschland mit einer Konzentration in städtischen Ballungsräumen sowie
- der Wegzug insbesondere junger Menschen aus strukturschwachen Regionen, die so genannte interne Migration.

Jede dieser Entwicklungen würde bereits für sich genommen eine Tagung rechtfertigen. Um aber die Auswirkungen des demografischen Wandels für die Kultur in ihrer Gesamtheit verstehen zu können, müssen sie im Zusammenhang betrachtet werden, da sich die jeweiligen Faktoren gegenseitig beeinflussen. Eine vorausschauende Strategie der Kulturinstitutionen setzt deshalb eine genaue Kenntnis des demografischen Wandels voraus.

Die ersten Folgen des demografischen Wandels sind bereits heute in der Kulturfinanzierung erkennbar. Deutschland ist durch ein reiches, geografisch breit gefächertes und dichtes Netz von Kulturinstitutionen geprägt. Bund, Länder und Kommunen sind allerdings auch in ihrem Kampf gegen die Verschuldung zu Einsparungen gezwungen. Kultur ist keine Pflichtaufgabe des Staates; wo es wenig zu verteilen gibt, ist sie stets besonders gefährdet. Überdies sind nur wenige Bereiche der kulturellen Produktion marktfähig. Dem überwiegenden Teil wird eine Sonderstellung zugebilligt – er könnte ohne gemeinnützige Förderung nicht existieren. Aber auch für die Kultur gilt: Es kann nur das überleben, was auch nachgefragt wird. Kunst, Kultur und kulturelle Einrichtungen sind ohne Publikum nicht denkbar. Es ist und bleibt eine Gratwanderung, den Anspruch der eigenen kulturellen

Zielsetzung aufrechtzuerhalten und zugleich ein volles Haus zu haben.

Was aber wissen Kultureinrichtungen über ihr Publikum? Wenn Studien belegen, dass in Deutschland demnächst rund doppelt so viele 60- wie 16-Jährige leben werden, wird dies selbstverständlich Einfluss auf die Produkte der Kulturinstitutionen haben. Doch das Publikum wird nicht nur im Durchschnitt immer älter, es verändert sich auch räumlich. Schon heute ist die regionale Migration ein großes Problem in einigen Teilen Ostdeutschlands, wo Städte, aber auch strukturschwache Landstriche immer mehr verwaisen. Gerade für ein Flächenland wie Niedersachsen ergeben sich daraus zentrale Fragen für die zukünftige Kulturpolitik: Soll die vorhandene kulturelle Infrastruktur in den Regionen erhalten oder stückweise aufgegeben werden? Oder soll sie gestärkt und ausgebaut werden – was unweigerlich zu Lasten der städtischen Kultur gehen würde?

Ein weiterer Aspekt der demografischen Veränderungen umfasst die Migration von Ausländern nach Deutschland. Mit Blick auf das Wechselverhältnis zur Kultur werden ganz andere Fragen aufgeworfen:

- Neigt die Gesellschaft dazu, Ausländer in die deutsche Kultur zu integrieren, um nicht zu sagen zu zwingen,
- ist sie offen genug, eine Kultur anzuerkennen und zu bejahen, die Einflüsse verschiedener Zivilisationen in sich vereinigt, oder
- bilden sich Parallelgesellschaften ohne wechselseitigen Kontakt?

Die Übergänge dieser Punkte sind fließend. Umso mehr bedarf es eines kulturpolitischen Rahmens, innerhalb dessen ein solcher Prozess ablaufen kann und der Steuerungsmöglichkeiten bietet.

Die Tagung und der vorliegende Band können alle diese Fragen nicht endgültig beantworten. Die Ergebnisse gewähren aber vertiefende Einblicke in das Wechselverhältnis von Kultur und Demografie. Sie geben so gleichermaßen Impulse für die Kulturpolitik und Anregungen zum Umgang mit der demografischen Herausforderung an die Kultur.

Die Stiftung Niedersachsen ist den Autoren, Referenten und Moderatoren der Tagung zu besonderem Dank verpflichtet. Sie haben es mit ihren Beiträgen ermöglicht, ein schwieriges und vielschichtiges Wechselverhältnis – in einer ersten Veröffentlichung zu diesem Thema – zu veranschaulichen. Dank gilt auch der Arbeitsgruppe aus Senatoren der Stiftung Niedersachsen und Fachvertretern, die dieses Vorhaben inhaltlich vorbereitet haben. Mit der Tagung wurde eine wichtige Grundlage für weitergehende Arbeiten gelegt.

→ Einführung in das Thema

**→ WAS HABEN KULTUR UND DEMOGRAFIE
MITEINANDER ZU TUN?
ANMERKUNGEN ZU EINEM BISLANG WENIG
REFLEKTIERTEN VERHÄLTNIS**

MARTIN ROTH, ULRIKE RICHTER

Das Thema Kultur und Demografie kann nur von zwei Seiten sinnvoll betrachtet werden, nur zwei Fragestellungen sind relevant: Sollten die demografischen Prognosen zutreffen, wie reagiert dann der Kulturbereich darauf? Und sollte eine der Folgen des demografischen Wandels die Öffnung Deutschlands für Immigranten sein, wie verhalten sich dann die Kulturinstitutionen? Immerhin wird Kultur – und nur Kultur – dann jene Kohäsion liefern, die die Gesellschaft zusammenhalten muss.

Es sei vorweg gesagt, dass wir in einer Zeit leben, in der Kultur gesellschaftlich mehr leisten muss, als dies bisher der Fall war. Das »Ende der Arbeit«, wie Alain Touraine (2000) es nennt, verlangt von der Kultur, zusätzlich Identitäten zu stiften, die bisher von anderen gesellschaftlichen Bereichen abgedeckt waren. Kultur in einer Zeit, in der

»wir unsere natürliche Umwelt schützen müssen, Teile unserer Städte wieder bewohnbar machen, interkulturelle Konflikte vermeiden, die Rechte von Minderheiten respektieren, Sorge für die Älteren und Hilfsbedürftigen tragen müssen, [...]. Falls diese sozialen und kulturellen Probleme nicht gelöst werden, besteht die ernste Gefahr, dass die Wachstumsphase nicht lange anhalten wird und in unsere Gesellschaft chaotische Zustände einkehren.« (Ebd.: 11)

Vor diesem Hintergrund gilt es, das Verhältnis von Kultur und Demografie zu reflektieren. Demografie als Selbstzweck und ohne klare Positionierung ist innerhalb eines gesellschaftlichen und politischen Wandels nutz- und sinnlos.

Kultur und der Diskurs um den demografischen Wandel

Seit der Veröffentlichung des vierten »Altenbericht«¹ zur Lage der älteren Generation im Januar 2002 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schien ein angeblich neues Thema populär zu werden: Ab diesem Zeitpunkt entdeckte die deutsche Medienlandschaft die drohende »Vergreisung« der Gesellschaft und weitere Folgen des demografischen Wandels als ein auflagensteigerndes Thema – vorneweg der Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Frank Schirrmacher (2004). Das Buch »Das Malthus-Komplott« wurde innerhalb eines Jahres über 500.000 Mal verkauft und führte damit monatelang die Bestsellerliste an. Begleitet wurde dieser öffentliche Diskurs mit einer Debatte um die (Gesund-) Schrumpfung unserer Städte, um die kinderlose Gesellschaft und um die Frauen, die angeblich nicht mehr Mütter werden wollen und um Männer, die sich angeblich in einem »Zeugungsstreik« befinden.

Doch nicht nur die »alternde« Gesellschaft lässt bei vielen Sorgenfalten entstehen: Der zu erwartende Rückgang der deutschen Bevölkerung, der durch eine vermehrte Einwanderung ausgeglichen werden soll, entfachte eine Debatte um die »Deutsche Leitkultur«.

Lange war von Seiten der Kultur in dieser teilweisen polemischen und populistischen Diskussion, von der keiner wirklich sagen kann, ob Zahlen und Fakten zutreffen oder ob diese nur politisch geschickt interpretierbar sind, nichts zu hören. Aus einem guten Grund: Nimmt man Schlingensiefels »Radikalaufklärung« oder Inszenierungen wie die Dresdner »Die Weber« mit dem »Hartz IV-Chor« aus, beteiligen oder positionieren sich nur wenige Museen und Theater an aktuellen Diskussionen. Das Deutsche Hygiene-Museum Dresden ist sicherlich eine der wenigen Ausnahmen, da es sich schon seit Jahren immer wieder mit Ausstellungen in die »Demografiedebatte« einmischt – eine Debatte, die immerhin auch schon in der Gründungszeit des Deut-

1 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2002.

schen Hygiene-Museums², der Weimarer Republik, intensiv geführt wurde. Warum gibt es so wenige Kulturinstitutionen, die sich diesem angeblich herannahenden gesellschaftlichen Wandel stellen und als Konzept die öffentliche Diskussion suchen, obwohl selbst Kulturförderer – die Kulturstiftung des Bundes vorneweg – Initiativprojekte wie »Schrumpfende Städte« (*Shrinking Cities*) (unter der Leitung von Philipp Oswalt) auflegen?

Kultur in Deutschland ist seit den Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts per se kritisch. Dies ist keine Ausrede bei der Klärung der Frage nach der mangelnden Auseinandersetzung mit Statistiken. Kultur übernahm die Rolle des kritischen Begleiters sozialer und politischer Ereignisse als eine bewusste Reaktion auf eine zahlengläubige Zeit, in der machtpolitische Maßnahmen allzu beliebig mit demografischem Material unterlegt wurden. So genannte »SPIEGEL-Themen« sind in der Museumswelt nicht geschätzt: Kultur braucht die Distanz zum Subjekt, um sich äußern zu können. Bisher ist die »Demografiedebatte« für die Kultur zu apodiktisch und zu wenig diskursiv.

Und Kultur folgt selten Trends. Stattdessen besitzt sie ein retardierendes Moment und ist bewusst konservativ, gerade nachdem sie sich in Deutschland zu oft vor den »Propaganda-Karren« der Politik hat spannen lassen.

Ohne Zweifel steht aber die Kultur im Spannungsfeld gesellschaftlicher Entwicklungen – und Wandel kann und soll sich auch dem nicht entziehen. Beispiele hierfür gibt es reichlich: Seit den 70er Jahren entstand eine Art »Migrationskultur«³, die in der Literatur, im Film und in der Kunst vertreten ist. Eine Vielzahl an gut gemeinten Integra-

2 Man denke hierbei nur an den Wiener Kreis und seinen Einfluss auf die Sozialmuseen.

3 Am Beispiel der Literatur waren bereits in 50ern erste Beispiele der »Gastarbeiterliteratur« in der westdeutschen Literaturlandschaft zu finden. Diese neue Erscheinung wurde von literaturwissenschaftlicher Seite erst 20 Jahre später als eine eigenständige, ernst zu nehmende Literaturform akzeptiert (vgl. Ackermann 1983).

tionsprogrammen wurde konzipiert, mit denen man sich in den unterschiedlichsten Kultureinrichtungen (so auch in Museen und Ausstellungen) anderen Kulturen öffnen wollte. Dazu gehörten vor allem museumspädagogische Programme, Theaterstücke im Lehrstil sowie Filme, die Herkunftsländer und den kulturellen ›Background‹ zu erläutern suchten. Doch diente diese Art und Weise der kulturellen Hinwendung mehr der Selbstvergewisserung der Deutschen in Bezug auf ihre Toleranz als der ›Integration‹ der Migranten.

Kultur, definiert als gemeinsame (Lebens-)Basis, bedeutet nicht den stetigen Versuch, nur die ungelösten Probleme zu benennen. Kultur ist vielmehr ein verbindendes Identitätselement, mit dem sicherlich mehr Spannung erzeugt und mehr Menschen betroffen gemacht werden könnten. Aktuelle Beispiele menschlicher Verwirrung und Hilflosigkeit findet man verstärkt seit dem 11. September 2001 bei Themen wie Terrorismus, ›Verwestlichung‹ oder ›Clash of Civilizations‹, die zunehmend an Aktualität und Popularität gewinnen.

Zurück zum formulierten Thema Demografie und Kultur: Hätte man stets den Anspruch, den (An-)Forderungen an die Kultur die angebliche Realität in den Institutionen folgen zu lassen, dann hätte man sich seit den 80er Jahren auf die prognostizierte Freizeitgesellschaft, den beschriebenen »Übergang von protestantischen Tugenden der Pflichterfüllung zu Hedonismus und Selbstverwirklichung« (Bittner 2001: 15) eingestellt.

Das Wissen um den demografischen Wandel ist mittlerweile groß: Ein unübersichtliches Zahlenwerk und portionierte Interpretationen in Form von Prognosen füllen die Medien. In Zeiten der ›Informationsgesellschaft‹, in der eigene Interpretationen überflüssig werden, ist eine gewisse ›Zahlenblindheit‹ auszumachen. Die Zahl ist allmählich zum Sinn, zum Selbstzweck geworden (vgl. Loter 2004). Die Rolle der Kultur muss nun sein, zu hinterfragen, ob Zahlen die Wirklichkeit zu repräsentieren vermögen und ob gesellschaftliche Prozesse algorithmisch verlaufen. Das Leben, die Gesellschaft und erst recht die Kultur sind ›unberechenbar‹. Die Kulturschaffenden können natürlich nur mit ›Weichbildern‹ argumentieren. Sobald sie sich auf die Diskussion um die Zahlen und Fakten einlassen, verlassen sie den freien Rahmen der Interpretation und begeben sich in das Feld der Politik oder der

»Bedingungen der Möglichkeiten«, wie es Ulrich Raulff (2005) frei nach Kant nennt. Wer einmal die Kultur der Politik wegen einschränkt, gibt sie für immer auf, denn: »Das einmal Verlorene bringt keine Ewigkeit zurück. Bauwerke mögen sich rekonstruieren lassen (wie die Dresdner Frauenkirche), aber den lebendigen Geist einer Kultur, ihre künstlerische Libido, erweckt kein Zauberstab zum zweiten Leben.«

Statistiken als Ideologiefutter?

»Der diskrete Charme der Demografie« nennt Michael Meyer (2005) den Versuch, die Bevölkerungsentwicklung nicht nur als Horrorszenario erscheinen zu lassen. Er konfrontiert Zahlenargumentationen mit Beispielen aus dem ›wirklichen‹ Leben.

Die heute 50- bis 60-jährigen erinnern sich gut daran, dass man vor 40 Jahren das vollkommen überbevölkerte Deutschland beklagte: Städte, die ineinander verschmelzen, unendliche Autobahnbänder von Horizont zu Horizont und indische Verhältnisse wurden prognostiziert. Und heute? Wenn die demografischen Erwartungen stimmen, schrumpft in 100 Jahren – so alt werden demnächst durchschnittlich die weiblichen Mitglieder unserer Gesellschaft – die Weltbevölkerung. Bisher wurde panikmachend das Gegenteil erzählt. Versteht dies der Zeitungsleser, ohne politische Manipulation dahinter zu vermuten?

Oder betrachtet man die geradezu lächerliche postkoloniale Geste, die Geburtenbevölkerung in der Dritten Welt beeinflussen zu wollen, während seit den 80er Jahren das Aids-Virus unablässig einen ganzen Kontinent – Afrika selbstredend – aufs Unmenschlichste dezimiert, todkranke Waisen zurücklassend.⁴ Wie sollen hier Statistik und Realität überhaupt in Bezug gesetzt werden?

Was haben die Demografie und Roland Berger gemeinsam? Statistiken und Berater – und am besten beide zusammen – sind immer hervorragend dazu geeignet, schlechte Nachrichten als Gegebenheit des Schicksals und nicht als politische und wirtschaftliche Fehlplanungen erscheinen zu lassen. Wenn man genügend Literatur zum

4 Als Beispiel für die Legitimationspublizistik siehe Leisinger 1999.

Thema Demografie gelesen hat, kann man sich irgendwann nicht mehr des Eindrucks erwehren, dass die Demografie sehr flexibel gegen »Fortschrittsfeinde« – frei nach Rolf Peter Sieferle – eingesetzt werden kann. Der »Zusammenbruch des Fortschritts«, so Sieferle (1984: 264), »bedeutet, dass [...] sich plötzlich alle Kontrahenten in der Gegenwart befinden und darüber streiten, wie es weitergehen, und nicht, ob die Entwicklung beschleunigt oder gebremst werden soll«. Für dieses »Wie« anstelle des »Ob« bietet die Demografie das probate ideologische Instrumentarium – fern vom sicheren Grund der Geschichtskenntnisse in der Gegenwart über die Utopien von morgen.

Shrinking Culture?

Möglicherweise haben wirtschaftliche und besonders demografische Voraussagen einen größeren Einfluss auf die bundesweite Kulturdichte, als wir uns in unserer Alltagskurzsicht vorstellen können. Dass die Wissenschafts- und Bildungspolitik seit langer Zeit demografiegestützt geplant wurde, ist allen, die das Wort »Pillenknicke« oder »Babyboomer« kennen, seit langem bewusst. Aber es ist bei Politikern noch überraschend unpopulär, auch im Bereich der Kultur mit demografischen Materialien zu drohen. Ein kluger Überraschungscoup, solange die Kunst nichts dagegen zu setzen hat.

Im Rahmen des Initiativprojektes »Shrinking Cities« der Kulturstiftung des Bundes wird Schrumpfung als Chance gesehen. Ist dies reiner Zynismus? Welche Rolle spielt noch das klassische Museum, wenn unsere Städte schrumpfen? Unplanbar?

Nur um das Szenario zu verdeutlichen, sollen hier die Prognosen für Sachsen, das engere Einzugsgebiet der Staatlichen Kunstsammlungen, aufgezeigt werden: 19,1 Prozent der Sachsen sind derzeit arbeitslos, wobei Dresden mit 15,7 Prozent relativ gute Zahlen vorweist. 2020 werden 9,6 Prozent über 80 Jahre alt sein, vor drei Jahren waren es noch 4,8 Prozent. Hoyerswerda wird in 16 Jahren den Höchststand von 16,9 Prozent erreichen, wobei Dresden als attraktive Stadt interessanterweise nur 8,3 Prozent aufweisen wird. Besonders dramatisch ist die Tatsache, dass Jugendliche abwandern: Hier bilden Dresden und Leipzig den Gegenpol. So stieg in Leipzig der Anteil der 18-

24-jährigen um 53,1 Prozent, die Universitätsstadt liegt damit auf Platz 1.

Diese Zahlen bilden ein wahres Plädoyer, in Kultur und Bildung zu investieren, somit das Leben attraktiver zu gestalten und Menschen an Orte zu binden oder gar zur Ansiedlung zu bewegen. Das große Problem in Sachsen ist der niedrige Ausländeranteil: 12 Prozent besitzen in Baden-Württemberg keine deutsche Staatsbürgerschaft, 13,4 Prozent sind es in Berlin – Spitzenreiter in Sachsen ist Leipzig mit 6,5 Prozent (vgl. Hübler 2006). Damit die Menschen in Sachsen auf die Zukunft vorbereitet werden, hat die »Sächsische Zeitung« eine Serie zum »Bevölkerungsschwund«, »Sachsen ohne Sachsen«, aufgelegt, in der nach dem ›Vorher-Nachher-Prinzip‹ das triste Leben in Ruinen, ohne Arbeit, ohne Licht, bedroht von marodierenden Motorradgangs beschrieben wird – und dem die Alternative gegenüber gestellt: flexible Arbeitsstruktur, mobiler Handel, »Leih-Omas« und gesellschaftliches Engagement, um Leben in die Ruinen zu bringen (Heintges 2006).

Angesichts dieser Szenarien stellt sich sofort die Frage, ob Kultur es vermag, die notwendigen sozialen Angebote zu vermitteln. Oder sollten scheinbar überflüssige Kulturinstitutionen abgeschafft werden, weil sie in Zukunft nicht mehr finanzierbar sind, auch wenn sie zur Attraktivität einer Stadt oder Region beitragen würden? Außerdem ist in Deutschland die Frage berechtigt, ob nicht das kulturelle Angebot schon längst ausreicht? Weshalb benötigen wir 6000 Museen, wenn die Bevölkerung schrumpft?

»Wir müssen uns fragen, was wir uns in Zukunft eigentlich noch leisten wollen«, wird der Finanzexperte Helmut Seitz von der TU Dresden im »Behörden-Spiegel« zitiert. Er fordert, die Bedarfsstrukturen zu verändern und die Ausgabenstruktur umzulenken, da es mehr Geld für die Kommunen nicht geben wird. Das kann darauf hinauslaufen, dass »in Zukunft nicht mehr jeder ein Kulturhaus haben kann«, so Seitz (zit. n. Proll 2006), der ähnlich wie die meisten Politiker Kultur nicht als Stabilitätsfaktor unserer Gesellschaft betrachtet, sondern als ein stornierbares *nice-to-have*.

Wo sind die Kulturentwicklungskonzepte, die es uns erlauben, die Frage offen zu diskutieren, ob ›Breiten- oder Leuchtturmförderung‹

notwendig ist, wenn Kultur möglicherweise den einzigen gesellschaftlichen, identitätsbildenden Zusammenhang und Zusammenhalt in Zeiten einer *Shrinking Society* darstellt?

Die zukünftige gesellschaftliche Herausforderung angesichts des demografischen Wandels bedeutet, dass ›die Kultur‹ vor neue Aufgaben gestellt wird. Doch sind die kulturellen Institutionen bisher auf den eventuellen Paradigmenwechsel vorbereitet? Welche Handlungsnotwendigkeiten, aber auch welche neue Chancen ergeben sich für die Kultur in Anbetracht der gesellschaftlichen Herausforderung?

Die Akteure

»Es sind noch viele intellektuelle Schlachten zu schlagen, bevor der Kampf um ein wirkliches Begreifen der ›alternden Gesellschaft‹ gewonnen werden kann: diese nicht nur als ein Bevölkerungsaggregat zu sehen, bei dem der Anteil der älteren Menschen zunimmt, sondern auch [als] ein System von Strukturen, Rollen und Beziehungen, welche für das Alter eine fundamentale Basis darstellt.« (Riley/Riley 1994: 446)

Bei der ganzen Diskussion vermissen wir daher den Blick auf die heutigen Akteure, auf diejenigen, die sich an dem heutigen Diskurs beteiligen: Wer entwirft heute die Konzepte für morgen, wer stellt sich der Situation? Haben diese in einer Zeit der eher apolitischen Kunst überhaupt die Möglichkeit, sich gesellschaftspolitisch so zu äußern, dass davon Impulse ausgehen? Und wodurch ist der heutige Blick auf das Älterwerden geprägt?

Die Sinngebung durch Kultur fällt in dieser Debatte schwer: Ist Alter beängstigend, eine Chance, die Vorstufe vom Traum vom ewigen Leben, eine Verlängerung von Krankheit und Schmerz?

Wenn man Kultur auch als Selbstdefinition, als Anspruch an die eigene Lebensgestaltung versteht, dann ist es bisher nicht gelungen, das Thema »Alter« zwischen Religion und Politik in der öffentlichen Kulturdebatte zu platzieren – Michel Houellebecq's »Elementarteilchen« und »Die Möglichkeit einer Insel« einmal ausgenommen. Wo-

bei Houellebecq (2005) uns allen schmerzlich klar macht, dass Alter nicht automatisch den Trost der Altersweisheit mit sich bringt, sondern wir nur noch klarer und begierlicher auf das hoffen, was unser Körper nicht mehr zu leisten vermag. Oder um mit den Worten von Wolf Jobst Siedler (2006) zu reden: »Von wem, um Himmels Willen, stammt denn die Zuversicht, dass man im Alter weise wird?« Er verweist dabei auf die Tatsache, dass die meisten Großes zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr verbracht und den Rest der Lebenszeit nur noch daran »herumgefeilt« haben. Implizit fragt er: Was machen wir denn Sinnvolles aus der verlängerten Lebenserwartung?

Mag auch hier Kultur die Antwort sein? Denn: »Kultur ist ein vom Standpunkt des Menschen aus mit Sinn und Bedeutung bedachter endlicher Ausschnitt aus der sinnlosen Unendlichkeit des Weltgeschehens.« (Weber 1988: 180) Aber wo sind dann die oben genannten Konzepte, wo die lustvolle Sinnerwartung? Bisher kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Kultur des dritten Lebensabschnittes entweder etwas mit Henning Scherffs Alterswohngemeinschaft in Bremen, mit dem realitätsfernen Kampf der Gewerkschaften gegen das Rentenalter mit 67 oder der Idee des *Lifelong Learning* zu tun hat, das in den 90er Jahren Esoteriker und Personalchefs gleichermaßen propagiert haben. Zu denken ist aber eher an die »Marienbader Elegie«, ein sehr spätes Werk Goethes, als ein Beispiel anhaltender Produktivität. Aber Goethe war zu dieser Zeit verliebt, in das Leben und in Ulrike von Levetzow. War die Verliebtheit der Grund für die anhaltende Produktivität und Lebenslust des 74-Jährigen?

Das Alter und die Migration

In den zitierten Romanen von Houellebecq, aber auch bei anderen, wird Altern – egal in welcher Lebensphase – nicht als kulturelle Potenz in einer gesellschaftlichen Ordnung empfunden, sondern nur als moralischer Schmerz. Neben der Hinwendung zum Fremden ist es eine der vornehmsten Aufgaben, die Kultur im demografischen Wandlungsprozess übernehmen kann, dem Alter Würde und Zuversicht zu verleihen.

»Die Generation vor uns kam aus einer Welt von Unsicherheit, Angst, Armut und Krieg und erreichte eine Welt der Sicherheit und des einzigartigen Reichtums, jene Bundesrepublik, in die wir reingeboren wurden. Wir aber gehen den umgekehrten Weg: Wir waren jung in den Jahren von Wohlstand und Glück, und wir werden altern in einer Welt, die seit dem 11. September 2001 von großen Unsicherheiten und Ängsten geprägt ist.« (Schirmmacher 2004: 33)

Und bei Schirmmacher (2004: 33) weiter: »Wenn uns der demographische Krieg der Kulturen nicht ausgehöhlt, ausgebrannt und kleinstufig vorfinden soll, müssen wir zunächst der Diffamierung des Alters den Krieg erklären.«

Was bedeutet demnach »Alter«? Mittlerweile kennen die meisten die Zahlen: Die drittgrößte Bevölkerungsgruppe mit 17 Prozent bilden heute die 65-Jährigen und Älteren. Die 25-45-Jährigen bilden mit 31 Prozent die größte Gruppe, gefolgt von den 45-65-Jährigen mit 26 Prozent. Ein steigender Altersquotient wird für die nächsten 30 Jahre vorhergesagt (vgl. Statistisches Bundesamt 2003). Schuld daran ist der Geburtenrückgang, Abhilfe schafft dabei die Zuwanderung. Interessanterweise setzen sich die Besucher der Dresdner Museen zum ersten Mal mit deutlich mehr als 2 Millionen Besucher aus aller Welt so zusammen, wie die Zukunftsprognosen es prophezeien (vgl. Technische Universität Dresden 2004): Die größte Gruppe sind die »50+«. Bedeutet dies, dass die klassischen Kunstmuseen ein idealer Identitätssort für die zukünftige Gesellschaft sind oder hat die junge Generation den Bezug zur Geschichte und damit den Zugang zur Kultur verloren? Wenn diese Tendenz anhält, dann kann nur eine verstärkte Bildungsinitiative Abhilfe schaffen, damit eine zukünftige, überalterte Gesellschaft sich nicht auch kulturell im Niemandsland befindet, wo sie vermutlich auch auf die meisten entwurzelten Immigranten treffen wird.

Aufgrund der Veränderungen der wirtschaftlichen und damit finanziellen Situation wird die Bevölkerungsgruppe der »Senioren« in Zukunft zu der wichtigsten, größten und finanzstärksten Besuchergruppe für kulturelle Institutionen werden. So wünschen wir uns dies zumindest.

Gibt es aber nicht noch andere Faktoren, die bisher nicht kalku-

liebar sind? Wird die nachfolgende Gruppe der Senioren die Zeit und tatsächlich die finanzielle Möglichkeit haben, ins Museum zu gehen und Kultur im bisher bekannten Maß zu genießen? Werden längere Lebensarbeitszeiten wieder zu mehr Krankheiten führen? Wird die medizinische Versorgung nicht mehr finanzierbar? Wird Kultur nur noch ein Luxus, den sich die Gesellschaft in Anbetracht der oben genannten Szenarien überhaupt nicht mehr leisten kann – oder ist Kultur das Einzige, was diese heterogene Gesellschaft überhaupt noch zusammenhalten wird?

Vielleicht ist die Antwort simpel: Die kulturellen Institutionen werden aufgrund der finanziell ungebundenen Freizeitgestaltung von »best agers« (50+ und 60+) die Zielsetzungen und Konzepte dieser Zielgruppe anpassen. Alles nur eine Frage der Zielgruppenorientierung und Vermarktung?

Kultur und Kulturpolitik

Kurt Biedenkopf (2006) weist seit Jahren darauf hin, dass Kultur jener Faktor in einer säkularisierten Welt ist, der neben Wissen und Bildung das Fundament einer Gesellschaft darstellt, die sich aufgrund ihrer Herkunft nahezu ausschließlich auf Geschichte und Tradition berufen kann – viel mehr wird an Gemeinsamkeit nicht bleiben. Oder anders formuliert: Welche Chance besteht in einer globalisierten Welt, sich auf eine gemeinsame Kultur beziehen zu können?

Was bedeutet dies für eine Kulturpolitik der Zukunft? Es deutet auf jene Situation hin, wo alle etwas von der Kultur erwarten, die Kultur selbst aber sich eher kritisch und zögerlich ob des Anspruches und der Erwartungen verhält. Denn eigentlich müsste es der Kultur wirtschaftlich gut gehen. Tatsächlich ist aber absurderweise das Gegenteil der Fall, denn in Anbetracht der demografisch begründeten Zukunftserwartungen werden als erstes die Gelder für Kultur und Bildung gestrichen, anstatt damit das Land attraktiv für gebildete Zuwanderer und lebenswerter für eine zu zeugende Generation zu machen. Deshalb sind es vor allem unkalkulierbare Faktoren und nur vage Prognosen und Szenarien, die skizziert werden können, um zukünftige Rahmenbedingungen der Kulturarbeit zu zeigen.

Welche – kalkulierbar – veränderten Rahmenbedingungen könnten in Zukunft für eine Kulturinstitution relevant sein?

Es handelt sich um rein intrinsische Motivationen: Welche Rolle kann Kultur für eine überalterte Bevölkerung und für eine Gesellschaft spielen, die in hohem Maß Zuwanderer integrieren muss? Angesichts eines wachsenden Legitimationsdrucks auf kulturelle Einrichtungen und einer erhöhten Vermarktungserwartung bleibt die Frage, wie weit sich Kultur politisch instrumentalisieren lassen muss, um unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen ihre Existenzberechtigung zu beweisen. Soll sich Kultur den Alten und Migranten zuwenden oder vielmehr sehr konservativ die Werte unserer Gesellschaft demonstrativ aufrechterhalten, um zeigen zu können, dass diese Kultur auch im Wandel beständiger Identifikationsstifter ist? Mit anderen Worten: Muss die Kultur umso beständiger sein, je mehr sich die Gesellschaft wandelt? Dass das konservative Element der Kultur Deutschland auch in Wirrnissen und dramatischen Zeiten zusammengehalten hat, wird niemand leugnen wollen. Weshalb nicht auch jetzt in Zeiten der schnellen Prognosen und kurzlebigen politischen Konzepten?

Dann bleibt dennoch offen, ob zumindest die Vermittlungsziele bleiben. Welche Rolle spielt die Altersgruppe, der Generationskonflikt, die Herkunft der Migranten für die jeweiligen kulturellen Institutionen? Es ist zu bezweifeln, dass Kultur sich überhaupt an einigen wenigen Zielgruppen orientieren kann, ohne die Qualität zu verlieren. Es gibt hierfür auch keine praktikablen Beispiele, wenn man einmal von der Einvernahme der Kultur nach Revolutionen und Kriegen absehen möchte. Zwar wissen wir, dass Kultur in Krisenzeiten besonders geschätzt und geradezu emotional verehrt wird, aber was sind dann die Beweggründe, Erwartungen und Motive der demografisch relevanten Bevölkerungsgruppen?

Möglicherweise müsste der Kultur innerhalb der Biografien ein neuer Stellenwert vermittelt werden; Kultur auch im Sinne von Tätigkeit begriffen werden – in einer Zeit der Arbeitslosigkeit oder des Rentnerdaseins: also nicht das Rezipieren, sondern die aktive Teilnahme am Kulturleben zur Sinngebung – und dies in einer Zeit, in der sich sicherlich die Kommunikation unter den Menschen verändert,

sodass die soziokulturelle Dimension im Dialog der Generationen heute noch gar nicht eingeschätzt werden kann.

Es fehlen gerade im Kulturbereich Alternativen zu anderen produktiven Tätigkeiten, die im Alter den Platz der Arbeit einnehmen können: zum Beispiel das Ehrenamt. Welche Folgen können aber bei der Schaffung von diesen Tätigkeitsfeldern für (Vor-)Ruheständler im Kulturbereich entstehen und welche Auswirkungen hat dies für die Arbeitsorganisation und die Personalstruktur der Kulturinstitutionen, wenn beispielsweise immer mehr originäre Aufgaben durch ehrenamtliches Engagement ersetzt werden? Können diese Tätigkeitsfelder eine Konkurrenz für Arbeitsplätze in Zeiten der radikalen Personaleinsparung sein und würde damit nicht eine Entprofessionalisierung der hochspezialisierten Ausbildungsberufe im Kulturbereich die Folge sein?

Es gilt ebenso zu bedenken, dass der öffentliche Dienst in vielen Jahrzehnten einen hochkompetenten Bestand an Fachkräften im Kulturbereich bilden konnte. Diese Mitarbeiter genießen ein hohes Ansehen, denn der öffentliche Dienst hat immer auf Erfahrungskompetenz gesetzt. Jetzt sind es aber gerade diese Mitarbeiter, die man mit vorgezogenen Rentenmodellen besonders schnell loswerden möchte, um dann in wenigen Jahren das Rentenalter nach oben zu erweitern. Dann sind diese Fachkräfte aber längst nicht mehr vorhanden. Solche Planungen sind nicht nachvollziehbar und erst recht nicht vermittelbar.

Die Herausforderung an die Kultur

Wie viele soziale und soziokulturelle Aufgaben können Kulturinstitutionen übernehmen, ohne sich dabei von ihrem eigentlichen Auftrag zu weit zu entfernen? Wenn sich Kulturinstitutionen vermehrt als Orte der Kommunikation begreifen, ist auch Raum für das bereits erwähnte Ehrenamt. Dies gilt im besonderen Maß für das Museum, in dem Wissen archiviert und beispielsweise mit Zeitzeugen lebendig an jüngere Generationen oder Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund vermittelt werden kann. Für solche Aufgaben müssen neue

Schlüsselfunktionen geschaffen und eingesetzt werden. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Kompetenz im Kulturbereich, hier geht es besonders um die Bildungsvermittlung, um das Bewahren von Wissen durch Zeitzeugen. Schulen und Senioren müssen hier enger zusammengebracht werden, nicht zuletzt, um drohende Konflikte zwischen einer Alters- und einer Jugendkultur frühzeitig aufzubrechen.

Der positive Sinn im Zusammenwirken der Generationen besteht in einem Überspannen von historischen Dimensionen, im Prägen einer neuen Sicht auf Geschichte, weil man selbst an der Geschichte beteiligt ist. Frank Schirrmacher (2004) beschreibt die zwei Jahrhunderte, die der alte Ernst Jünger umfassen konnte. Noch faszinierender sind die Beschreibungen der über 80-jährigen Direktorin des Puschkín-Museums, Irina Antonowa, die als Tochter eines Diplomaten aus der Sowjetunion den Beginn des Dritten Reiches in Berlin erlebt hat und sich an den Reichtagsbrand erinnert. Sie kann bis heute nicht verstehen, wie die von ihr geschätzte deutsche Kultur sich in mörderische Barbarei verwandelte und ihre russische Heimat zu vernichten versuchte. Nur vor dem Hintergrund dieser Hassliebe versteht man ihr Verhalten und ihre Einstellung zum Thema »Beutekunst«.

Kultur und der Simulator »Next Generation«

Was die Kultur benötigt, sind Exkursionen in die Zukunft und den Mut, in konkreten Szenarien zu denken und mit Fallbeispielen zu experimentieren – ohne sich von vornherein Selbstbeschränkungen aufzuerlegen: Entdeckungsexpedition ins Land der zukünftigen Generationen, ein Laborversuch, kombiniert mit einem Praxistest. Der Kultur wäre generell zu empfehlen, wieder mehr Stellung zu beziehen und Kunst mit Aussagecharakter nicht nur als Programmkunst zu deklassieren. Ganz im Gegenteil: Mehr Programme führen zu mehr Realität, wenn die Kultur den Mut aufbringt, sich mit der Wirklichkeit auseinander zu setzen. Dass dabei die Kultur ganz selbstverständlich ein stabilisierender Faktor sein kann, darf man als Verantwortlicher für die Dresdner Sammlungen von Weltklasse durchaus behaupten. Kunst und Kultur haben die Stadt in all ihren Katastrophen durch

mehr als vier Jahrhunderte hindurch stabilisiert und ihr Hoffnung vermittelt. Dies gilt in unterschiedlichem Maßstab auch für andere Städte und in gewisser Weise auch für das Individuum. Es sei an dieser Stelle an das Erfolgsprinzip der »Geschichtswerkstätten« in den 70er und 80er Jahren erinnert, denen es gelungen ist, in Zeiten des Umbruchs durch Wissen Alltagshilfe zu vermitteln. Das Erklären von historischen Zusammenhängen ist ein integraler Faktor für die Identitätsfindung. Hermann Glaser plädiert für eine Förderung des Diskurses zwischen den Generationen, um eine Aufhebung der Polarität zwischen Alt und Jung zu erreichen. Selbst wenn es noch so utopisch klingen mag, aber Glaser plädiert ferner für eine Aufhebung der Aufteilung in verschiedene Alter, da diese zu einer Segregation führt. Aus der Sicht der biologischen und entwicklungspsychologischen Erkenntnisse erscheint diese Aufhebung zwar nicht möglich, Glaser möchte aber die anthropologische Idee »Jung und Alt« als differenzierte Ganzheit verstehen (vgl. u.a. Glaser/Röbke 1992).

Immer wenn man einen Ausflug in das Utopische unternimmt, holen einen die Fragen der Finanzierung besonders schnell in die Realität zurück. Wie sollen solche Veränderungen im Kulturbereich finanziert werden? Weshalb nicht die Ziele der Wirtschaftsförderung mit denen der Kulturförderung verknüpfen, in dem beispielsweise Konsum und Tourismus viel enger mit dem Kulturbereich verbunden werden? Es sei noch provokanter erlaubt: Weshalb nicht ein Bonussystem der Kranken- und Altersversicherung mit der Finanzierung der Kultur verbinden?

An dieser Stelle sei der Ausflug aus der Realität beendet – zurück zur Alltagswelt, zum Thema Migration. Können wir im Bereich der alternden Gesellschaft noch auf einen gewissen Erfahrungshorizont zurückgreifen, dann ist das zweite virulente Thema, Migration und Kultur, noch schwerer zu fassen. Zum einen soll die eigene Geschichte und Tradition besonders sozial verbindend dargestellt werden, zum anderen muss die Kultur sich so öffnen, dass Zuwanderer egal welchen Bildungsstandes sich in der Kultur wiederfinden. Ist – wenn die Prognosen überhaupt zutreffen – nicht Migration irgendwann das Hauptthema für die Kultur? Wie wird sich die Kultur gegenüber all jenen Migranten öffnen – besonders wenn diese Öffnung sich auf die

gesamte Bandbreite der Kultur beziehen würde – von der Geschichtsvermittlung über die Kunst bis hin zur Alltagskultur?

Migration als Folge von Bevölkerungsrückgang

Welche Möglichkeiten bestehen für die Kultur bei dem Thema Migration? Sollen beispielsweise Museen mit den Menschen wandern – oder gar zu den Menschen gehen? Um überhaupt adäquat reagieren zu können, sollte man auch hier die gut gemeinten Projekte hinter sich lassen und sich der Diskussion der unterschiedlichen Arbeits- und Wissenschaftsbereiche widmen.

Die Kultur kann als Folie dienen, um Wertmaßstäbe und Kriterien zu diskutieren und diese kritisch zu reflektieren. Beispielhaft sei hier das Metropolenprojekt des Wissenschaftskollegs zu Berlin genannt, das mit einer interdisziplinären Arbeitsgruppe die Museen der europäischen Metropolen nach beredten und lebendigen Zeugnissen fremder Kulturen durchforstet.

Noch weiter geht Neil McGregor, Direktor des British Museum in London: Er lädt Immigranten aus Krisenregionen in das Museum ein, um dort gleichsam Deeskalationsprogramme innerhalb der Objektwelten der jeweiligen Krisenparteien durchzuführen.

Was tun, wenn die kulturelle Repräsentation des Fremden nicht mehr im Museum, sondern auf der Straße stattfindet? McGregor öffnet das Museum zur Straße hin und erreicht das, was jedes Museum leisten sollte: Seine Besucher in ihrer Meinung zu hinterfragen und sie für Handlungsschritte im Alltag stark zu machen.

Wie können wir uns vorbereiten? Was kann die Kultur – oder in diesem Fall das Museum – heute schon für die Einbindung von Migranten tun, ohne zuerst nach dem Loyalitäts-Fragebogen oder der Bereitschaft zur ›Assimilation‹ zu fragen? In einer globalisierten Welt kann, ja: muss die Kultur internationale Kooperationen mit Museen aus anderen Kulturkreisen eingehen. Dieser Schritt darf kein Problem der Administration oder Kommunikation sein – das Gründen von Institutionen auf supranationaler Ebene tut Not.

Auch wenn Migration eine zukünftige Herausforderung an die Kul-

tur sein wird, möchten wir das Thema nicht noch mehr ins Uferlose ausdehnen.

Doch sei noch ein Satz am Ende erlaubt: Egal welche Herausforderungen zukünftig auf uns warten sollten: Kultur wird in prognostizierten Wandlungsprozessen – sollten sie überhaupt eintreten – eines leisten können: Zwischen biografiebedingten Ängsten und Zwängen und den gesellschaftlich vorgegebenen Lebensläufen zu vermitteln und auszugleichen.

Literatur

- Ackermann, Irmgard (1983): Gastarbeiterliteratur als Herausforderung. In: *Frankfurter Hefte* 1, S. 56-64.
- Beck, Ulrich (1999): Modell Bürgerarbeit. In: ders., *Schöne Neue Arbeitswelt*. Frankfurt am Main.
- Biedenkopf, Kurt (2006): *Die Ausbeutung der Enkel. Plädoyer für die Rückkehr der Vernunft*. Berlin.
- Bittner, Regina (2001): Die Stadt als Event. In: dies. (Hg.), *Die Stadt als Event. Zur Konstruktion urbaner Erlebnisräume*. Frankfurt am Main.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2002): *Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen*. Berlin.
- Djerassi, Carl (2001): Sex und Unsterblichkeit. In: Stiftung Deutsches Hygiene-Museum, *Sex. Vom Wissen und Wünschen*. Begleitbuch zur Ausstellung, Ostfildern-Ruit.
- Glaser, Hermann/Röbke, Thomas (1992): Alt werden – jung bleiben. Kultur als Herausforderung. In: dies. (Hg.), *Dem Alter einen Sinn geben. Wie Senioren kulturell aktiv sein können*. Heidelberg.
- Heintges, Valeria (2006): Das Sterbende Dorf/Neues Leben in Ruinen. In: *Sächsische Zeitung* vom 18./19. Februar 2006, S. 3.
- Houellebecq, Michel (2005): *Die Möglichkeit einer Insel*. Köln.
- Hübler, Doreen (2006): Wenige Kinder, viele Senioren. In: *Sächsische Zeitung* vom 18./19. Februar 2006, S. 3.

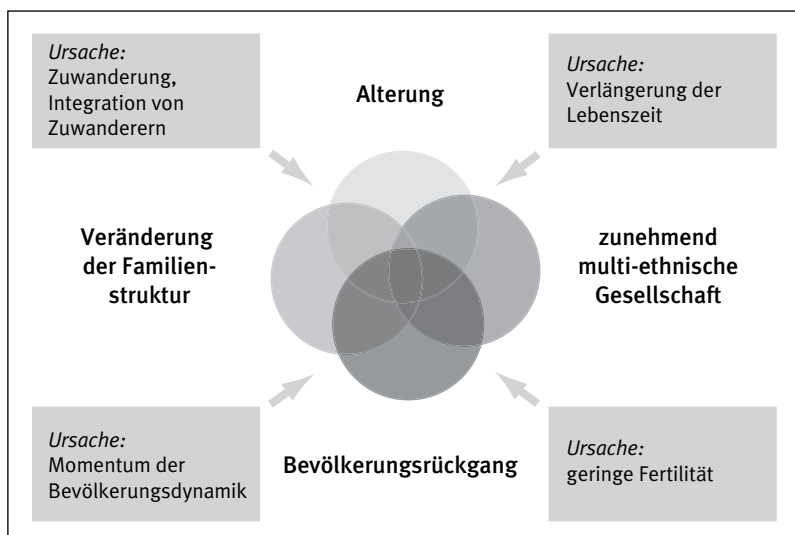
- Leisinger, Klaus M. (1999): *Die sechste Milliarde*. München: Novartis Stiftung für nachhaltige Entwicklung.
- Loter, Wolf (2004): Das falsche Gewicht. In: *brand eins – Wirtschafts-magazin* 6/2.
- Meyer, Michael (2005): Der diskrete Charme der Demographie. Vom konstruktiven Umgang mit der Bevölkerungsentwicklung. Ausgestrahlt im DeutschlandRadio Kultur, *ZeitFragen* am 04. April 2005, 19.30 Uhr.
- Prahl, Hans-Werner/Schroeter, Klaus R. (1996): *Soziologie des Alterns – Eine Einführung*. Paderborn.
- Proll, Uwe (2006): Der Staat sieht alt aus. In: *Behörden Spiegel II*, S. 1 und S. 15.
- Raulff, Ulrich (2005): Über den Nutzen der Kunst für das Land und das Leben. In: *HauptSacheKunst*. Eine Dokumentation zum Kunstkongress der Landesregierung Baden-Württemberg am 2. November 2005.
- Riley, M.W./Riley, J.W. (1994): Individuelles und gesellschaftliches Potential des Alterns. In: B. Baltes/J. Mittelstraß/U.M. Staudinger (Hg.), *Alter und Altern: Ein interdisziplinärer Studententext zur Gerontologie*. Berlin.
- Schirmacher, Frank (2004): *Das Methusalem-Komplott*. München.
- Siedler, Wolf Jobst (2006): Über das Alter. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Januar 2006, S. 35.
- Sieferle, Rolf Dieter (1984): *Fortschrittsfeinde?* München.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): *Bevölkerung Deutschlands bis 2050*. Presseexemplar. Wiesbaden.
- Technische Universität Dresden, Institut für Soziologie (2004): *Gemäldegalerie Alte Meister und Grünes Gewölbe*. Abschlussbericht zu einer Befragung von Besuchern in der Gemäldegalerie Alte Meister und dem Albertinum in Dresden. Arbeitsberichte Dresdner Soziologie Nr. 20. Dresden.
- Touraine, Alain (2000): Eine unzeitgemäße Vorstellung: Das Ende Der Arbeit. In: W. Krull (Hg.), *Zukunftsstreit*. Göttingen.
- Weber, Max (1988): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Stuttgart.

→ **WIRKLICHKEIT UND PERSPEKTIVEN DER DEMOGRAFISCHEN ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND**

RALF E. ULRICH

Der demografische Wandel hat in den vergangenen Jahren zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland erhalten. Seine wichtigsten Ursachen – anhaltend geringe Fertilität, steigende Lebenserwartung und Zuwanderung – sind von langfristiger Natur. Seine Folgen – demografische Alterung, die Verwandlung in eine zunehmend multi-ethnische Gesellschaft, der Bevölkerungsrückgang und die Veränderungen der Familienstrukturen – durchdringen teilweise schon heute, absehbar immer mehr in den kommenden Jahren die deutsche Gesellschaft.

Abbildung 1: Elemente und Ursachen des demografischen Wandels



Die stärkere Aufmerksamkeit gegenüber demografischen Prozessen hat auch zu einer stärkeren politischen und mitunter auch ideologischen Aufladung des Themas geführt. Auf der einen Seite hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren »die Demografie« in Medien und Poli-

tik als Kürzel für eine unabänderlich eintretende zukünftige demografische Entwicklung eingebürgert, sie wird »als Schicksal Deutschlands«, als »demografische Zeitbombe« apostrophiert. Deutschland wäre eine »Greisenrepublik«, ein »sterbendes Volk«, dem »Entvölkerung« und ein »Krieg der Generationen« bevorstünden.

Vor allem auf diesen Gebrauch bezieht sich die Kontroverse um »Demografie und Demagogie«, wie sie 2004 u.a. durch Albrecht Müller, Gerd Bosbach und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit ihrer Broschüre »Mythos Demografie« entfaltet wurde. Der Demagogie-Vorwurf behauptet, dass die antizipierte demografische Entwicklung parteiübergreifend als Argument für einen Sozialabbau in Deutschland benutzt werden soll. Gerd Bosbach spitzte das in der »Frankfurter Rundschau« (23.2.2004) in einer »ketzerischen« Frage zu: »Soll mit dem ›Hammer‹ Demografie von einem ganz anderen Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen abgelenkt werden? Will man die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer langfristig von der Teilhabe am Produktivitätsfortschritt abkoppeln?«

Die Demografie-Skeptiker richteten den Vorwurf dabei weniger an die Wissenschaftsdisziplin Demografie als an die Medien und die Politik. Die mediale Überzeichnung ist keine Besonderheit des demografischen Themas. Wahrscheinlich wird jede bedeutende gesellschaftliche Thematik in ihrer Rezeption durch Medien und Politik und in der Aufmerksamkeitskonkurrenz mit anderen Themen stark vereinfacht. Oft werden dabei wissenschaftliche Hypothesen zu sicheren Gewissheiten umgedeutet, auch um Handlung leitend wirken zu können. Dies lässt sich immer wieder an Themen wie dem globalen Klimawandel, dem so genannten Waldsterben, der Verknappung der Ölvorräte (*Hubbert's-Peak*) oder der Rolle von Al-Quaida beobachten.¹

1 Ein klassisches Beispiel für Erfolg durch Vereinfachung war 1972 der erste Bericht des Club of Rome »Die Grenzen des Wachstums«. Mit einem systemdynamischen Simulationsmodell wurden zukünftige globale Zusammenhänge zwischen Industrie- und Agrarproduktion, Ressourcenverbrauch, Umweltverschmutzung und Bevölkerungsentwicklung untersucht. Die Ergebnisse waren weitgehend hypothetisch, aber die stark

Aus demografischer Sicht ist weniger die mediale Überspitzung interessant. Der wissenschaftlich interessanteste Teil der Kontroverse ist die Validität von demografischen Projektionen. Tatsächlich findet die öffentliche Kontroverse zum demografischen Wandel bisher kaum um die Deutung von Tatsachen der Vergangenheit und Gegenwart statt. Die Details demografischer Entwicklungen eignen sich kaum für Kontroversen in einer intellektuellen Öffentlichkeit. Sie sind zu kompliziert und erfordern Fachwissen.² Wichtige Grundlage öffentlicher Kontroversen zum demografischen Wandel sind Aussagen zur Zukunft, demografische Projektionen. Sie verdeutlichen quasi die Auswirkungen einer Fortsetzung vergangener und aktueller demografischer Entwicklungen, vergrößern sie wie ein Diaprojektor. Sie prägen die aktuellen Perspektiven der deutschen Gesellschaft auf den demografischen Wandel.

Fast alle Aussagen zur Zukunft sind in einem gewissen Sinne Extrapolationen einer Analyse der Vergangenheit und Gegenwart, wenn auch keineswegs lineare Extrapolationen. Im Folgenden werden zunächst die Ursachen des demografischen Wandels aus demografischer Sicht etwas genauer beleuchtet. Daran anschließend wird die Aussagekraft von Bevölkerungsprojektionen aufgegriffen.

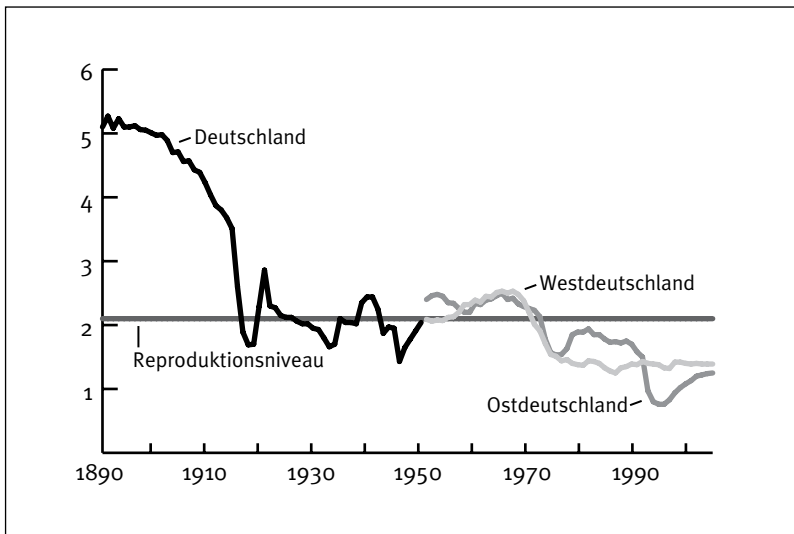
In Deutschland lag 2004 die Gesamtfruchtbarkeitsrate bei 1,3 Kindern je Frau. Bei diesem Niveau der Fertilität ersetzt sich eine Elterngeneration durch eine Kindergeneration, die nur zwei Drittel so

vereinfachte Rezeption in den Medien verschaffte dem Buch einen wichtigen Einfluss.

- 2 Ein gutes Beispiel dafür ist der beliebte und beharrliche Gebrauch des Begriffs »Geburtenrate« in den Medien. Es gibt dafür keine wissenschaftliche Entsprechung in der Demografie, sondern nur die rohe Geburtenrate (Geburten im Laufe eines Jahres je 1000 Personen der Mitteljahresbevölkerung, in Deutschland derzeit 9,7) und die Gesamtfruchtbarkeitsrate, ausgedrückt in Kindern je Frau, derzeit bei 1,3. Die rohe Geburtenrate ist ein Maß der Geburtlichkeit, sie widerspiegelt neben der Fertilität auch die Altersstruktur einer Gesellschaft. Die Gesamtfruchtbarkeitsrate ist tatsächlich ein Maß der Fertilität und nicht von der Altersstruktur beeinflusst.

groß ist. Eine Gesamtfruchtbarkeitsrate von 2,1 Kindern je Frau wäre notwendig, um das Reproduktionsniveau der Fertilität zu erreichen, bei dem sich eine Elterngeneration in gleicher Größe reproduziert. Der Rückgang der Fertilität ist ein säkularer Prozess, der Deutschland mit verschiedenen Fluktuationen bereits durch das gesamte 20. Jahrhundert begleitete. Schon während des Ersten Weltkrieges sank die Gesamtfruchtbarkeitsrate unter das Reproduktionsniveau, stieg aber nach dem Krieg wieder an. Von der zweiten Hälfte der so genannten ›Goldenen Zwanziger‹ bis 1933 – also in Friedenszeiten – blieb die Fertilität unter 2,1 Kindern je Frau. Mit dem Ende des ›Baby Booms‹, der auf den Zweiten Weltkrieg folgte, begann eine weitere Phase des Geburtenrückganges in der Mitte der 1960er Jahre.

Abbildung 2: Entwicklung der Gesamtfruchtbarkeitsrate in Deutschland im 20. Jahrhundert



Darstellung des Autors nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Dieser Rückgang kam Anfang der 70er Jahre zu einem Halt. Seitdem stagniert die Fertilität in Westdeutschland auf niedrigem Niveau. Der Rückgang der Fertilität zog bereits in den 70er Jahren Aufmerksamkeit

auf sich. »Werden die Deutschen aussterben?« war eine Schlagzeile in Zeitschriften; sie widerspiegelt die Art der öffentlichen Besorgnis. Doch das Interesse und die damit verbundene Sorge über die geringe Fertilität und das seit 1972 bestehende Geburtendefizit in Deutschland schwanden in den 80er Jahren schnell.

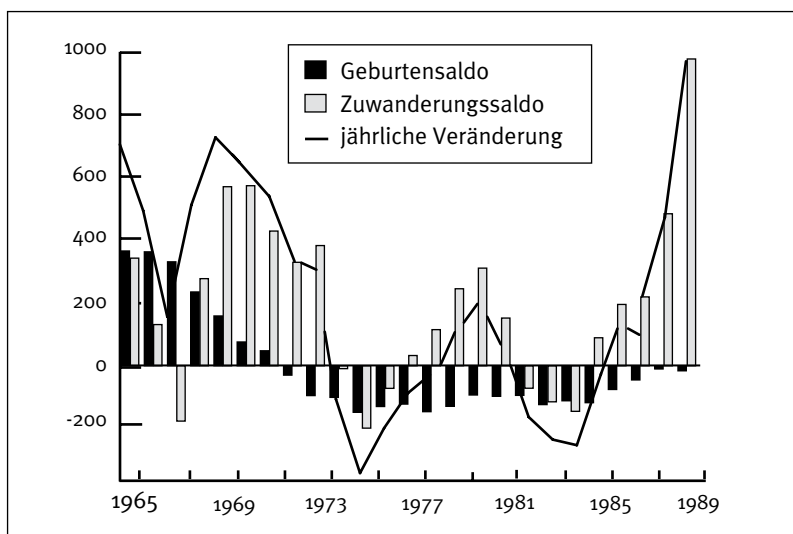
Der Grund für die schnelle Verdrängung dieser demografischen Herausforderung lag in der Kompensation der niedrigen Geburtenrate durch die Zuwanderung von Migranten in den letzten drei Jahrzehnten. Anfang der 70er Jahre lag die jährliche Zahl der Geburten in der Bundesrepublik zum ersten Mal unter der Zahl der Sterbefälle im gleichen Zeitraum. Dieses bis heute anhaltende Geburtendefizit hätte bereits den Beginn eines Bevölkerungsrückgangs bedeutet, hätte keine Zuwanderung nach Deutschland stattgefunden. Mit der Anwerbung von Arbeitsmigranten in den 60er Jahren und dem zunehmenden Familiennachzug in den 70er Jahren wurde die Bundesrepublik zu einem der wichtigsten Zuwanderungsländer Europas. In den letzten drei Jahrzehnten hat die Zuwanderung von Ausländern und Spätaussiedlern das zunehmende Geburtendefizit kompensieren können und sogar ein Bevölkerungswachstum in Deutschland hervorgebracht. Bis in die 90er Jahre wurde dieser Tatbestand jedoch durch die Regierungspolitik Deutschlands eher verdrängt: Deutschland sei kein Zuwanderungsland. Diese Konstellation führte zu einer raschen Verdrängung der öffentlichen Sorge über die demografische Zukunft Deutschlands. Im Rückblick könnte man dies als ›Zuwanderungssillusion‹ bezeichnen. Während der Wirtschaftsrezessionen Mitte der 70er Jahre und in den frühen 80er Jahren überstiegen die Fortzüge von Ausländern in einzelnen Jahren ihre Zuzüge. In diesen Jahren addierte sich eine negative Zuwanderungsbilanz zu dem bestehenden Geburtendefizit und die Bevölkerung der Bundesrepublik ging zurück. Diese kurzfristige Entwicklung wurde jedoch durch die zunehmende Zuwanderung Ende der 80er Jahre mehr als ausgeglichen. Bis 2003 ergaben sich auf dem Gebiet des heutigen Deutschland ein Geburtendefizit von 3,1 Millionen und ein Zuwanderungsgewinn von 6,8 Millionen. Damit konnte Deutschland einen Bevölkerungszuwachs von 3,7 Millionen Menschen trotz des bestehenden und sich vertiefenden Geburtendefizits verzeichnen.

Tabelle 1: Komponenten der Bevölkerungsdynamik in Deutschland, 1950-2003 (in Mio.)*

	Geburten- überschuss	Wanderungssaldo	Bevölkerungs- veränderung
1950-1971	+ 8,0	+ 1,3	+ 9,2
1972-2003	-3,1	+ 6,8	+ 3,7
1950-2003	+ 4,9	+ 8,3	+ 13,2

* Gebiet des heutigen Deutschlands; Berechnungen des Autors anhand von Daten des Statistischen Bundesamtes

Abbildung 3: Zuwanderung und natürliche Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik, 1965-1989



Darstellung des Autors nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Die anhaltende Zuwanderung hat die Struktur der in Deutschland lebenden Bevölkerung nach Staatsbürgerschaft und ethnischer Herkunft verändert. Im Jahr 2004 lebten mehr als elf Millionen Menschen mit einem so genannten Migrationshintergrund in Deutschland, die Mehrheit von ihnen sind Ausländer. Das Kriterium der Staatsangehö-

rigkeit beschreibt die Vielfalt der deutschen Bevölkerungsstruktur in der Vergangenheit und in der Zukunft jedoch nur unzureichend. Spätaussiedler und jene Kinder von Ausländern, die die deutsche Staatsbürgerschaft bei Geburt durch das *Ius Soli* erhielten, sind Deutsche, aber ihre Integration in die deutsche Gesellschaft erfordert oft Unterstützung und Anstrengung.

Die dritte Ursache des demografischen Wandels in Deutschland – neben der geringen Fertilität und der Zuwanderung – ist die Verlängerung der Lebenszeit. Die männliche Lebenserwartung bei Geburt stieg im Laufe des 20. Jahrhunderts um 30 Jahre, von 44,8 Jahren in der Periode 1901 bis 1910 auf 74,8 Jahre im Zeitraum 2000 bis 2002. Der größte Teil dieses Gewinnes an Lebenszeit wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erzielt und hat sich in den vergangenen Jahrzehnten etwas verlangsamt. Im europäischen Vergleich liegt die Lebenserwartung Deutschlands im Mittelfeld. Länder wie die Schweiz, Italien, Norwegen oder Japan haben heute höhere Lebenserwartungen erreicht. Deshalb scheint es plausibel, auch für Deutschland zukünftig weitere Steigerungen der Lebenserwartung zu erwarten.

Zusammengefasst führten die drei beschriebenen Ursachen des demografischen Wandels in Deutschland zu:

- demografischer Alterung;
- fortgesetzter Zuwanderung und einer zunehmend multi-ethnischen Bevölkerungsstruktur;
- Veränderungen der Haushalts- und Familienstruktur;
- einem zukünftigen Bevölkerungsrückgang.

Die ersten drei Prozesse sind bereits heute für ganz Deutschland sichtbar. Auch der Bevölkerungsrückgang hat bereits in einigen Teilen Deutschlands eingesetzt. Für die Gesamtbevölkerung Deutschlands rechnen aktuelle Projektionen mit dem Beginn des Rückgangs im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts.

Das zunehmende öffentliche Interesse für den demografischen Wandel in Deutschland gründet sich – wie bereits bemerkt – zu einem wesentlichen Teil auf die Antizipation zukünftiger Entwicklungen, die hauptsächlich in Bevölkerungsprojektionen extrapoliert werden. Die

Veränderung von Bevölkerungsstruktur und -größe vollzieht sich in den meisten Fällen viel langsamer als andere Elemente des gesellschaftlichen Wandels, wie Konjunkturzyklen, Veränderungen der Einkommensverteilung oder die Bildungsexpansion. Von einem Kalenderjahr zum nächsten wird jeder Einwohner eines Landes ein Jahr älter, und es gibt nur verhältnismäßig wenig Sterbefälle (10,2 je 1000 Einwohner), Geburten (9,7 je 1000 Einwohner) und Wanderungen.

Deshalb haben Bevölkerungsprojektionen auf den ersten Blick eine gewisse Ähnlichkeit mit einfachen Extrapolationen. Selbst auf mittelfristige Sicht wird ein großer Teil des demografischen Wandels durch das so genannte Momentum der Bevölkerungsdynamik bestimmt, das in der Altersstruktur enthaltene Trägheitsmoment. Je weiter der Betrachtungszeitraum einer Bevölkerungsprojektion reicht, desto wichtiger werden jedoch Veränderungen der Fertilität, der Lebenserwartung und der Zuwanderung. Sie basieren auf einer Vielzahl individueller Entscheidungen: wann eine Ehe geschlossen wird, wann ein Kind gezeugt wird, gesundheitsrelevantes Verhalten oder die Veränderung des Wohnsitzes. Die Demografie ist nicht in der Lage, zukünftiges Verhalten und damit diese Veränderungen präzise vorherzusagen; sie muss deshalb Annahmen über ihre zukünftige Entwicklung treffen. Diese Annahmen basieren auf der Analyse vergangener Trends und enthalten ein Element der Extrapolation. Für die Ergebnisse langfristiger Bevölkerungsprognosen sind die getroffenen Annahmen ein ausschlaggebender Faktor und enthalten bei einem Zeitraum von 50 Jahren somit ein beträchtliches Maß an Unsicherheit hinsichtlich dieser Annahmen. Es ist in der Demografie üblich, diese Unsicherheit durch die Formulierung verschiedener Annahmen und ihrer Kombinationen in Szenarien abzubilden. Damit wird ein Spektrum möglicher zukünftiger Entwicklungen abgedeckt.

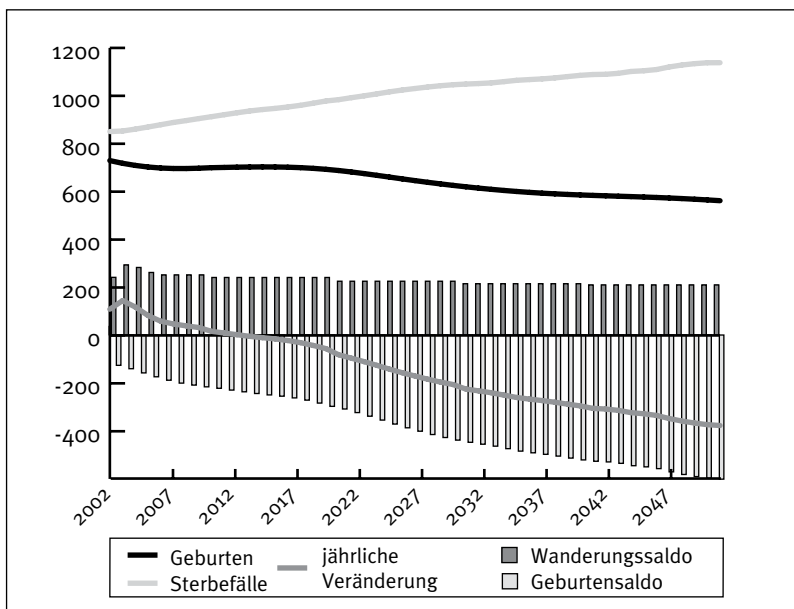
Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig offizielle Bevölkerungsprojektionen für Deutschland. Der aktuellste Satz von Bevölkerungsprojektionen für Deutschland ist die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050, die vom Statistischen Bundesamtes im Jahr 2003 veröffentlicht wurde. Wenn Institutionen wie das Statistische Bundesamt ihre Bevölkerungsprojektionen in Zeitabständen von einigen Jahren immer wieder revidieren, dann

reagieren sie damit auf neuere Daten und Erkenntnisse, welche Eingang in die Formulierung der Annahmen finden. Die Resultate der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes werden im Folgenden verwendet, um Dimensionen des demografischen Wandels in den nächsten Jahrzehnten aufzuzeigen.

Die Berechnung des Statistischen Bundesamtes verwendet verschiedene Annahmen für zwei Determinanten der Bevölkerungsdynamik: Mortalität und Zuwanderung. Für die dritte Determinante, Fertilität, wurden keine Variationen berücksichtigt, sondern nur eine Fortschreibung ihres aktuellen, niedrigen Niveaus. Bei den Mortalitätsannahmen weicht die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung von bisherigen Projektionen ab, indem sie eine höhere Steigerung der Lebensdauer zugrunde legt. Die angenommene Spannbreite zukünftiger Entwicklungen der Lebenserwartung reicht von einer Erhöhung um nur zwei Jahre bis zu einer um 7,5 Jahre für Männer bis 2050. Die mittlere Annahme – die normalerweise als der wahrscheinlichste Fall betrachtet wird – geht von einem Anstieg der männlichen Lebenserwartung von sechs Jahren zwischen 2002 und 2050 aus. Bei den Annahmen zur Zuwanderung reicht die Spanne von einem durchschnittlichen jährlichen Wanderungsgewinn von 100.000 bis 300.000 Ausländern. Die mittlere Annahme entspricht mit jährlich 200.000 Zuwanderern dem Durchschnittswert der vergangenen vier Jahrzehnte.

Die Kombinationen von drei Annahmen für jede der zwei Determinanten (Mortalität, Zuwanderung) führen zu neun Szenarien des demografischen Wandels. Die Kombination von niedrigen Zuwanderungsannahmen mit niedrigen Steigerungen der Lebenserwartung führt dann am Ende des Vorausschätzungszeitraumes zu der kleinsten erreichbaren Bevölkerungsgröße. Demgegenüber erwartet man von einer Kombination hoher Zuwanderung und hoher Gewinne der Lebenserwartung die höchste vorstellbare Bevölkerungsgröße. Wenn man die demografische Alterung berücksichtigt, kommen die Annahmenkombinationen zu anderen Resultaten. Die Kombination hoher Zuwanderung zumeist junger Menschen mit den geringsten vorstellbaren Gewinnen in der Lebenserwartung würde zu vergleichsweise geringer Alterung führen. Demgegenüber würde eine Kombination

Abbildung 4: Komponenten des demografischen Wandels, 2000-2050, mittleres Szenario



Daten: Statistisches Bundesamt 2003

aus geringer Zuwanderung und der höchstmöglichen Steigerung der Lebenserwartung zu einem extremen Anstieg der demografischen Alterung führen. Durch die Kombinationen der jeweils mittleren Annahmen beider Prämissen wird das so genannte mittlere Szenario bestimmt, auf welches sich die öffentliche Aufmerksamkeit zumeist bezieht.

Im mittleren Szenario würde Deutschlands Bevölkerung noch für einige Jahre weiter wachsen und im Jahr 2013 den Höchststand erreichen. Danach beginnt der Bevölkerungsrückgang in Deutschland insgesamt, der im Jahr 2050 zu einer Einwohnerzahl von 75,1 Millionen Menschen führt. Der Altenquotient, also die Anzahl von Menschen im Alter von 60 Jahren und älter je 100 Menschen in der Altersgruppe 20 bis 59 Jahre, würde von 43,9 im Jahr 2001 auf 77,8 im Jahr 2050 steigen.

Kann Zuwanderung auch zukünftig das Geburtendefizit ausgleichen, wie dies in den vergangenen drei Jahrzehnten möglich war? Zur Beantwortung dieser Frage ist ein Blick auf die Komponenten des demografischen Wandels in Deutschland hilfreich. Im Jahr 2002 gab es einen Überschuss von 120.000 Sterbefällen gegenüber den registrierten Lebendgeburten. Im gleichen Jahr gab es aber auch Zuwanderungsgewinne von 220.000 Personen. Im Resultat kam es zu einem Bevölkerungszuwachs von 100.000 Personen. Die Differenz zwischen der Zahl der jährlichen Geburten und jener der Sterbefälle wird jedoch in den kommenden Jahrzehnten nicht konstant bleiben, sondern ansteigen. Nach dem mittleren Szenario der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung wird sie die Anzahl von 300.000 Personen im Jahre 2020 überschreiten und schließlich die Größe von 560.000 Personen am Ende des Betrachtungszeitraumes 2050 erreichen.

Der Grund für den Anstieg des Geburtendefizits liegt in der anhaltend geringen Fertilität über einen langen Zeitraum. Gegenwärtig leben in Deutschland elf Millionen Frauen in der Altersgruppe 20 bis 39. Dieser Altersgruppe von Frauen sind die meisten Geburten zuzuordnen. Bereits im Jahr 2010 wird es nur noch 10,1 Millionen Frauen in dieser Altersgruppe geben, und nach einigen Jahren der Stagnation wird die Zahl potenzieller Mütter weiter sinken. Allein daraus ergibt sich ein Rückgang der jährlichen Zahl der Geburten. Dies würde auch dann gelten, wenn die Zahl der Kinder je Frau auf dem heutigen Niveau konstant bliebe. Demgegenüber wird jedoch die jährliche Zahl der Sterbefälle zunehmen, weil immer mehr Menschen höhere Altersgruppen erreichen, in denen auch höhere Sterbewahrscheinlichkeiten vorherrschen. Unter der Annahme eines konstanten Zuwanderungsgewinns von 200.000 oder 300.000 Ausländern pro Jahr wird das zunehmende Geburtendefizit den Wanderungsgewinn unweigerlich in einem bestimmten Jahr überschreiten und Deutschland insgesamt damit in die Phase des Bevölkerungsrückgangs eintreten. Die demografische Erfahrung der letzten drei Jahrzehnte – dass Zuwanderung das Geburtendefizit kompensieren konnte – eignet sich also nicht zum Verständnis der Fortsetzung des demografischen Wandels in Deutschland.

Der Vergleich verschiedener Szenarien einer Bevölkerungsprojek-

tion kann eine Art von Sensitivitätsanalyse liefern und den separaten Einfluss von Variationen einzelner Faktoren auf Bevölkerungsgröße und Alterung darstellen – *ceteris paribus*. Bis zu welchem Grad könnte höhere Zuwanderung die demografische Alterung in Deutschland verhindern oder aufschieben? Der beste Indikator für diesen Vergleich ist der Altenquotient. Die Lebenserwartung bei Geburt in allen drei verglichenen Szenarien erreicht 81,1 Jahre für Männer und 86,6 Jahre für Frauen im Jahr 2050. Wenn die jährliche Zuwanderung von Ausländern bei nur 100.000 Personen pro Jahr läge, würde der Altenquotient bis 2050 auf 84,5 Personen im Alter 60 und älter je 100 Personen im Alter 20 bis 59 steigen. Eine doppelt so hohe Zahl von ausländischen Zuwanderern pro Jahr (200.000) würde zu einem geringeren Anstieg des Altenquotienten auf nur 77,8 bis zum Jahr 2050 führen. Bei noch höheren Zuwanderungen – von 300.000 Ausländern pro Jahr – würde der Altenquotient nur 73,7 erreichen. Die Höhe der jährlichen Zuwanderung hat also einen Einfluss auf den zukünftigen Verlauf der demografischen Alterung in Deutschland, allerdings in moderatem Umfang. Jährliche Zuwanderungen von mehr als einer Million Personen wären allerdings notwendig, um die demografische Alterung in Deutschland vollständig aufzuhalten (UN Population Division).

Sind langfristige Bevölkerungsprojektionen nun »moderne Kaffeesatzleserei« (Gerd Bosbach) oder ist die durch sie vorgezeichnete Entwicklung »vorgegeben und unausweichlich« (Johann Hahlen³)?

3 »Die Alterung wird also nicht erst in 50 Jahren zu Problemen führen, sondern bereits in den nächsten beiden Jahrzehnten eine große Herausforderung für Wirtschaft, Gesellschaft sowie vor allem für die sozialen Sicherungssysteme darstellen. Diese Entwicklung ist vorgegeben und unausweichlich: Im Jahr 2024 werden die 1964 Geborenen, der geburtenstärkste Jahrgang Deutschlands, 60 Jahre alt.« Diese Formulierung von Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes, auf der Pressekonferenz zur Präsentation der Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung am 6.6.2003 wurde von den Demografie-Skeptikern oft zitiert.

Oder, etwas nüchterner gefragt: Wie groß ist die Aussagekraft des mittleren Szenarios langfristiger Bevölkerungsvorausschätzungen?

Zunächst ist es sinnvoll, daran zu erinnern, dass diese Betrachtung von außergewöhnlichen Ereignissen, wie z.B. neuen und verheerenden Pandemien, Kriegen, einer Auflösung der EU oder Prozessen wie dem Zerfall des Ostblocks absieht. Für Gesellschaft und Politik ist es aber auch wichtig zu wissen, wie sich heute bestehende Strukturen und Prozesse bei einer langfristigen Fortsetzung auf Bevölkerungsgröße und -struktur auswirken würden. Für einen Zeitraum von ein bis zwei Jahrzehnten und für Deutschland insgesamt werden sich Veränderungen im Fertilitätsverhalten und unerwartete Veränderungen der Mortalität nur geringfügig auf die Bevölkerungsgröße und die Altersstruktur auswirken. Aber internationale Wanderungen können auch in diesem Zeitraum zu einer Bevölkerungsentwicklung führen, die erheblich von den Projektionen abweicht.

Für die über einen Betrachtungszeitraum von vier oder fünf Jahrzehnten berechneten Ergebnisse darf man zumindest bei der Bevölkerungsgröße keine große numerische Genauigkeit erwarten. Ein Blick auf jene Bevölkerungsvorausschätzungen der amtlichen Statistik Deutschlands, die der 10. koordinierten vorausgingen, bestätigt dies. Ein wichtiger Grund dafür waren die erheblichen Änderungen in der Fertilitäts- und Mortalitätsentwicklung der letzten fünf Jahrzehnte, die weder Demografen noch Bevölkerungsstatistiker antizipierten.

In diesem Zeitraum hat es durchaus eine wesentliche Verbesserung im analytischen Verständnis dieser Prozesse durch die Demografie gegeben. Dennoch ist es realistisch zu erwarten, dass sich auch in den nächsten fünf Jahrzehnten Fertilität, Mortalität und Wanderungen abweichend von den heute für das mittlere Szenario getroffenen Annahmen entwickeln werden. Deshalb kann man das mittlere Szenario nicht als Prognose verstehen. Die von Demografen und Bevölkerungsstatistikern formulierten alternativen Annahmen und Szenarien ihrer Projektionen dürften jedoch mit weit größerer Wahrscheinlichkeit die tatsächliche zukünftig eintretende Entwicklung erfassen.

Bevölkerungsprojektionen stecken einen Raum zukünftiger Entwicklung ab und benennen eine Variante als wahrscheinlichste Entwicklung. Für die öffentliche Rezeption sind die wirtschaftlichen und

sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung mindestens genauso wichtig wie die demografische Entwicklung selbst. Sie werden jedoch nicht von der Demografie allein oder überwiegend gedeutet.

Bringt ein höherer Anteil älterer Menschen im Erwerbsleben eine geringere Innovationsfähigkeit der Wirtschaft mit sich? Wird eine ältere Bevölkerung politisch konservativer wählen? Muss ein Bevölkerungsrückgang zu schrumpfenden Märkten führen? Oder wird es nur zu einer qualitativen Umschichtung in der Nachfrage kommen? Wie können die sozialen Sicherungssysteme mit einer größeren Zahl von Leistungsempfängern bei gleichzeitig schrumpfender Zahl von Beitragszahlern umgehen? Wie werden die Kapitalmärkte auf die demografische Alterung reagieren? Wie wird sich das so genannte Krankheitspanorama unter dem Einfluss der Alterung wandeln? Wie stark wird sich der Bedarf an pflegerischer Betreuung erhöhen? Dies sind keine Fragen an die Bevölkerungswissenschaft allein. Sie können nur durch das Zusammenspiel von Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Geografie, Gesundheitswissenschaften u.a. behandelt werden. Die starke Beschäftigung der deutschen Öffentlichkeit und Forschung mit dem Thema des demografischen Wandels hat in den letzten Jahren auch eine Vielzahl von interdisziplinären Untersuchungen auf diesem Gebiet hervorgebracht.

In der medialen Vermittlung wurden die Ergebnisse der Bevölkerungsprojektionen oft ohne eine historische Einordnung dargestellt. Die Dramatik der Herausforderungen wurde dadurch beeindrucken-der. Um die zukünftig zu erwartende demografische Alterung realistisch einordnen zu können, ist ein historischer Rückblick und Vergleich wertvoll. Tatsächlich gab es Voraussagen zu einer zukünftig dramatisch zunehmenden demografischen Alterung in Deutschland bereits 1933 (siehe Abbildung 5). Die Altenquote lag damals bei 18,9 Menschen im Alter 60 und darüber je 100 Menschen im Alter 20 bis 59. Die Gesamtfruchtbarkeitsrate lag nach den ›Goldenen Zwanzigern‹ bei 1,7 Kindern je Frau.

Eine zentrale Rolle in der Diskussion um die demografische Alterung spielt der bereits genannte Altenquotient. Im internationalen Vergleich werden dabei verschiedene Altersgrenzen verwendet (z.B. 65), für Deutschland entspricht die Altersgrenze 60 dem durchschnitt-

Abbildung 5: Erwartungen zur demografischen Alterung Deutschlands aus dem Jahr 1933



Altenquote 1939: 18,9;

Fertilitätsrate 1933: 1,7 Kinder je Frau

lichen Renteneintrittsalter der Gegenwart. Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung stellte sowohl die Entwicklung des Altenquotienten mit der Altersgrenze 60 dar wie auch alternativ mit der Altersgrenze 65. Für das mittlere Szenario ergab sich bei Altersgrenze 60 eine Veränderung von heute um 44 Menschen im Alter 60plus je 100 Menschen im Alter 20 bis 59 zu dem Wert 78 im Jahr 2050 – in der Tat eine dramatische Veränderung.

Es ist ein großer Nutzen von Bevölkerungsprojektionen, den Einfluss einzelner Faktoren darstellen zu können. Auch wenn die absoluten numerischen Ergebnisse einer langfristigen Projektion nicht als Vorhersage zu benutzen sind, so kann man aus den Differenzen zwischen den Werten verschiedener Szenarien wichtige Schlüsse ziehen. Dies gilt für den Einfluss verschiedener Zuwanderungsszenarien auf die Alterung (gering), wie für den Einfluss einer höheren Altersgrenze (hoch).

Gerd Bosbach hat darauf hingewiesen, dass die Dramatik der demografischen Alterung durch die Betrachtung des Altenquotienten

überhöht dargestellt wird. Wichtiger ist für ihn der Gesamtlastquotient, der die Bevölkerung bis 19 Jahre *und* die Bevölkerung im Alter 60plus in Relation zur Bevölkerung 20 bis 59 setzt, also Jugendquotient und Altenquotient vereint. Nur diese Betrachtung würde der Gesamtlast für die Generation im erwerbsfähigen Alter gerecht. Da die Zahl der Kinder und Jugendlichen langfristig sinke, verringert sich dieser Teil der sog. Gesamtlast. Der Gesamtlastquotient steigt daher weniger dramatisch an als der Altenquotient. Jedoch stellt erstens die Zahl älterer Menschen für die sozialen Sicherungssysteme einen viel wichtigeren Faktor dar als die Zahl junger Menschen. Zum Zweiten wird die Verringerung der Zahl von Kindern und Jugendlichen nur sehr eingeschränkt zu einer wirtschaftlichen Entlastung führen. Eine Gesellschaft, die sich darum bemüht die Kinderzahl wieder zu erhöhen, wird nicht sehr schnell die Zahl der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen verringern, das wäre fatal. Auch dort, wo heute bereits Schulen geschlossen werden mussten, wie z.B. in Sachsen, zeigt sich, dass die Möglichkeiten für Einsparungen sehr begrenzt sind. Finanzwissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von *Kostenremanenzen*. Es ist also durchaus berechtigt, bei der Diskussion um die Folgen der demografischen Entwicklung vor allem auf die Alterung zu fokussieren.

Die in den letzten Jahren stark gewachsene Aufmerksamkeit für die demografische Entwicklung ist sicher ein großer Vorteil für Deutschland. Sie erleichtert es, die notwendigen langfristigen Anpassungen in den sozialen Sicherungssystemen, der Zuwanderungspolitik und anderen Bereichen einzuleiten und politisch zu vermitteln. Die zu erwartenden Auswirkungen des demografischen Wandels sind weit reichend, auch wenn viele konkrete Zusammenhänge und ›Elastizitäten‹ heute noch nicht umfassend erforscht sind. Nach mehreren Jahren ›Demografie-Fokus‹ ist es sicher auch ganz nützlich, einige demografische Argumente und ihren Gebrauch in den Medien kritisch zu hinterfragen. Dies ist so ähnlich auch mit den Ergebnissen der Klimaforschung geschehen. Es wäre jedoch fatal, in einen Zustand der Beliebigkeit von Argumenten zu geraten oder die Notwendigkeit von Anpassungen in Frage zu stellen.

Literatur

- Bosbach, Gerd (2002): Die modernen Kaffeesatzleser. 23.02.2004.
http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentaion/?cnt=392527 (besucht am 19.04.2006).
- Meadows, Dennis (Hg.) (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart.
- Grant, Lindey (2001): Replacement Migration: The UN Population Division on European Population Decline. *Population & Environment* 22/4, S. 391-399.
- Pöttsch, Olga/Sommer, Bettina (2003): *Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung*, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden.
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V. (Hg.) (2003): *Mythos Demografie*, Berlin.

→ »älter«

→ KULTURELLES POTENZIAL DER ALTERNDEN NACHWUCHSARMEN GESELLSCHAFT¹

CLEMENS GEISSLER

1. Humanvermögen als Kulturpotenzial

Der demografische Wandel verändert das Kulturpotenzial tief greifend. Das kulturelle Entwicklungspotenzial wird nämlich dadurch bestimmt, ob und wie viele Menschen leben, in welchem Lebensalter und in welcher Zeit sie leben, wo und in welchem Milieu sie leben, über welche Kompetenzen sie verfügen, wie sie leben. Menschen sind die primären Träger der Kultur. Der Begriff Lebenskultur drückt dies ebenso aus wie das anthropologische Verständnis von Kultur als die Pflege der menschlichen Lebensführung durch alle und für alle. So gesehen ist Kultur die Gesamtheit der Bestrebungen einer Gemeinschaft, die individuellen und kollektiven Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Der demografische Wandel zwingt dazu, die hierfür entwickelten politischen Konzepte zu überprüfen. Dabei ist einerseits zu beachten, dass Kultur in ihrer historischen Ausprägung auch Basis des Menschseins ist, andererseits erfordern die gewandelten Lebensweisen und Lebensverhältnisse einen eindeutigen Perspektivenwechsel, da sonst die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens verfehlt wird.

Die Richtungen des Perspektivenwechsels werden im Folgenden mit einigen knappen Hinweisen beispielhaft konkretisiert. Sie orientieren sich an den herausragenden demografischen Veränderungen: langes Leben, wenig Nachwuchs, regionale Vielfalt.

1 Die Tagung schloss mit einer Podiumsdiskussion zum Thema »Kultur und Demografie – Wandel und Wirkung. Fazit und Ausblick im Gespräch«. Die Beiträge des Verfassers waren zusammenfassende Ausschnitte aus den nachstehend dargelegten Befunden und Anregungen.

2. Gesellschaft des langen Lebens – die bildungsdemografische Dynamik der Alterung

Die Wirkungen der Bildungsexpansion der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts wandern nun mit den älter werdenden Frauen und Männern von deren Jugend in das Alter. Der Vergleich der Geburtenjahrgänge Mitte der 30er und Mitte der 60er Jahre zeigt für diesen Zeitraum (nur 30 Jahre!) Folgendes: Der Anteil der Realschulabschlüsse verdoppelte sich, der Anteil der Hochschulreife-Abschlüsse sechsfachte sich, die Zahl der Hochschulabschlussprüfungen verdreifachte sich. Damit sind die Bildungsprofile der Rentner/Pensionäre unserer und der vor uns liegenden Zeit beschrieben. Der Anteil der Höherqualifizierten steigt stetig.

Diese bildungsdemografische Dynamik wandelt das Alter epochal. Da Art und Intensität der kulturellen Teilhabe auch durch das Bildungsniveau bestimmt werden, wird sich die Kulturpraxis der Gesellschaft des langen Lebens wandeln. Das Leitbild der Lebenskultur braucht die Ergänzung der bisher vorherrschenden Kultur des Jungbleibens durch die Kultur des Älterwerdens. Auch die kulturelle Praxis wird viel mehr als bisher von den Älterwerdenden getragen werden – und damit wird sich auch das Kulturprofil verändern.

Besonders bemerkenswert ist der Anstieg des Bildungsniveaus der Frauen. Von sehr niedriger Ausgangslage aus haben sie inzwischen das Qualifikationsniveau der Männer erreicht. Im Blick auf den Lebenslauf ist bedeutsam, dass sich die Handlungsspielräume drastisch unterscheiden, je nach dem, ob Elternschaft dazu gehört oder nicht. Derzeit ist der Anteil der zeitlebens kinderlosen Frauen und Männer umso höher, je höher das Qualifikationsniveau ist.

Für die Kulturpraxis ist dies deshalb bedeutsam, weil mit den höheren beruflichen und sozialen, zeitlichen und finanziellen Handlungsspielräumen der Kinderlosen ein erhöhter kultureller Teilhabespielraum einhergeht. Außerdem ist bemerkenswert, dass in der kulturellen Praxis der nachwachsenden Generation die Kinder der Gebildeten mit ihrem Leistungs- und Anregungspotenzial fehlen werden.

Die Relevanz dieses bildungs- und wissensdemografischen Strukturwandels für die gesellschaftliche Entwicklung ist unübersehbar.

Nur politische und kulturelle Blindheit lässt die Potenziale der Gesellschaft des langen Lebens als Wissens- und Kompetenzbrache unbeachtet. Wer Älterwerdenden Teilhabe verweigert, verschwendet Arbeitsvermögen und Kulturpotenzial. Ältere können zunehmendes Kompetenzpotenzial in die generationsübergreifende Zusammenarbeit einbringen. Die gegenseitige Integration von Neuwissen und von Erfahrungswissen ist die Mehrgenerationenbasis für kreative Milieus in der alternden Wissensgesellschaft. Es ist die Wechselseitigkeit dieses Vorgangs zu betonen. Bei den Älteren geht es um die Integration des Neuen, das die Jüngeren mitbringen, in ihre Erfahrungen. Bei den Jüngeren handelt es sich um den direkten Zugang zu den Erfahrungspotenzialen und persönlichen Beziehungen (Netze), über die nur die Älteren verfügen. Nur auf diese Weise kann in der nachwuchssarmen Gesellschaft des langen Lebens die überlebensnotwendige Innovationsdynamik gestärkt und gesichert werden.

Dieser Bedeutung, die die Kompetenzen und Potenziale der Älteren für die kulturelle Entwicklung haben, steht bisher die verbreitete Vorstellung von einer eingeschränkten Einsatzfähigkeit älterer Arbeitnehmer im Erwerbsleben entgegen. Offensichtlich ist in den Köpfen von Entscheidern und Beratern das unbegründete »Defizitmodell des Alters« vorherrschend. Auch die kulturellen Institutionen sind als Arbeitsstätten herausgefordert, die Potenziale aller Generationen einzusetzen, als hauptberuflich und als freiwillig Mitarbeitende. Ein vergleichender Blick auf Europa zeigt die Verschleuderung des Arbeitspotenzials der Älteren in Deutschland (2004). Von den 55- bis 64-Jährigen sind zum Beispiel in der Schweiz und in Schweden 70 Prozent erwerbstätig, in Deutschland aber nur 39 Prozent; im Durchschnitt der EU-15-Staaten sind es 43 Prozent.

Neben den Arbeits-, Nachfrage-, Mobilitäts- und Innovationspotenzialen, die zuerst im Blickfeld sind, kommt es auf einen erweiterten Blickwinkel an, wenn die Vielfalt des Potenzials der Älteren, die unsere Lebenskultur prägt, in das öffentliche Bewusstsein eindringen soll. Bedeutende Potenziale sind: Solidaritätspotenzial, Zeitpotenzial, zeitgeschichtliches Potenzial, religiöses Potenzial, Selbsthilfe- und Partizipationspotenzial, Managementpotenzial sowie Netzpotenzial.

Kulturpolitische Konzepte und kulturelle Programme sind ebenso

auf die Zustimmung der Bürger bei Wahlen angewiesen wie alle anderen politischen Handlungsfelder. Wählermehrheiten sind nur durch die Älteren zu gewinnen. Die Älteren haben eine besonders hoch ins Gewicht fallende Verantwortung für das Gemeinwesen, für die Zukunft der Jüngeren. Sie bilden die größte und außerdem noch wachsende Wählergruppe. Ihre Wahlbeteiligung ist am höchsten.

Die bildungsdemografische Dynamik der Alterung würde die Zukunft der Wissensgesellschaft gefährden, wenn Bildung und Ausbildung als eine Aufgabe gesehen würde, die allein die Jüngeren betrifft. Auch hier geht es um alle Lebensalter. In der alternden Gesellschaft hat Weiterbildung den gleichen hohen Rang wie die Erstausbildung. Die Weiterbildungsbeteiligung der Älteren ist noch nicht ausreichend, sie hat in den vergangenen Jahren jedoch merklich zugenommen. Auch für die Entwicklung unserer Lebenskultur und die Pflege der kulturellen Überlieferung in intergenerationeller Zusammenarbeit ist lebenslange Kompetenzentwicklung eine entscheidende Basis.

3. Elternschaft oder Kinderlosigkeit?

Die Dynamik sozialdemografischer Polarisierung

Die demografische Alterung birgt hinsichtlich ihres Ausmaßes und ihrer Wirkungen neben Chancen, die insbesondere aus der erfreulichen Zunahme der Lebenserwartung resultieren, jedoch auch Risiken. Vor allem mit der geringen Bereitschaft zur Weitergabe des Lebens, statistisch belegt durch die niedrigen Geburtenraten, sind erhebliche gesellschaftliche Risiken verbunden. Die geringe Geburtenhäufigkeit zeigt sich in zwei Entwicklungen: einerseits in der Beschränkung der Kinderzahl in den Familien, die am deutlichen Rückgang des Anteils der Mehrkinderfamilien ablesbar ist und andererseits in der gewollten Kinderlosigkeit. Die Ausbreitung des Ideals der gewollten Kinderlosigkeit bewirkt in der deutschen Gesellschaft das Schrumpfen des Familiensektors. Jene Frauen und Männer, die der Zukunft zugewandt Elternverantwortung übernehmen, stehen mit ihren Kindern dem bisher wachsenden Sektor zeitlebens kinderloser Frauen und Männer gegenüber. Letztere verfügen über (gegenwartsbezogene) Handlungs- und Entfaltungsspielräume, die auch expandierende individu-

elle Teilhabepotenziale in der Öffentlichkeit sind. Demgegenüber erbringen Mütter und Väter mit ihrem Einsatz für die nachwachsende Generation jene Leistungen, die die Überlebensfähigkeit der Gesellschaft sichern. Sie setzen Zeit, Kompetenzen und materielle Ressourcen zur Erfüllung der elementaren menschlichen Erhaltungs- und Entfaltungsbedürfnisse ein. Durch ihr partnerschaftliches Leben und das Wahrnehmen der Elternrolle prägen sie zukunftsbezogen die gesellschaftliche Lebenskultur.

Wenn in Deutschland von Parallelgesellschaften die Rede ist, dann reicht es nicht aus, auf die deutsche Bevölkerung einerseits und die in Deutschland lebende Bevölkerung mit Migrationshintergrund andererseits hinzuweisen. Vielmehr kommt es im Hinblick auf die kulturellen Implikationen des demografischen Wandels darauf an, die soziale Polarisierung zwischen dem Familiensektor und dem Sektor der Kinderlosigkeit ebenfalls als Parallelgesellschaft wahrzunehmen und deren sozialkulturelle Auswirkungen nicht zu ignorieren. Die Möglichkeiten der lebenslangen Verwirklichung der individuellen Entfaltungsbedürfnisse dürfen nicht auf Kosten der elementaren Bedürfniserfüllung von Eltern und Kindern gehen. Im Blick auf die politische Kultur ist es nahe liegend, die Einführung eines Familienwahlrechts ernsthaft anzustreben, wenn zukunftsorientierte Politik sonst die erforderlichen Mehrheiten nicht findet. Eltern mit Kindern sind um der Lebensperspektive ihrer Kinder willen »geborene« Anwälte einer längerfristig ausgerichteten Politik, die am Leitbild der Generationen- und Familiengerechtigkeit ausgerichtet ist.

Der gesellschaftspolitische Perspektivenwechsel, der, vom demografischen Wandel und seinen Wirkungen ausgehend, unumgänglich ist, muss auf der unumstößlichen Tatsache aufbauen, dass allein die Familie der Ort des Entstehens von Humanvermögen ist. Sein Aufbau beginnt im Kindesalter. Die Potenziale und Kompetenzen der Älteren nehmen hier ihren Ausgang, sie fallen nicht im Älterwerden vom Himmel herab. Die Familie ist zusammen mit dem Bildungssystem der bevorzugte Ort der Entfaltung und Pflege des Humanvermögens. Im Licht der Bildungsdebatte (Pisa), die einseitig auf den schulischen Pfad der Wissensausbreitung und Kompetenzentwicklung gerichtet ist, muss nachdrücklich daran erinnert werden, dass im Lebenszyklus

die familiäre Erziehung stets der Ausbildung und Erwerbsarbeit vorausgeht. Nur mit dem gemeinsamen Erfolg von Familie und Bildungssystem werden eine solidarische Lebenskultur und eine leistungsfähige Wirtschaft möglich. Ohne ein tragfähiges Fundament an Humanvermögen wird nicht nur die Hoffnung auf Bewahrung des Wohlfahrtsniveaus durch ein effizientes Wirtschaftssystem zur Illusion – vielmehr unterbleibt auch die Weitergabe kultureller Werte und Kompetenzen. Wiederum kann nur Blindheit leugnen, dass die Leistungen der Familie von keinem anderen Leistungsträger erbracht werden können. Sie ist die wichtige kulturelle Infrastruktur der Gesellschaft. In ihr beginnt die soziale, ökonomische, kulturelle Wertschöpfungskette – nicht erst in der beruflichen Ausbildung. Das Gelingen dieser Wertschöpfung setzt Zusammenarbeit auf der Stufe jedes Kettengliedes voraus. Im Blick auf den Erziehungs- und Bildungsprozess im Kinder- und Jugendalter kommt es auf das erwähnte Zusammenwirken der Eltern mit den Akteuren im Bildungssystem an. Auch in der kulturellen Bildung ist die Bildungspartnerschaft von Eltern, Pädagogen und Künstlern unerlässliche Bedingung eines nachhaltigen Erfolgs.

Die Sicherung des Lebensunterhalts, die Pflege und Entfaltung des Humanvermögens und die gesellschaftliche (auch kulturelle) Teilhabe verlangen von Müttern und Vätern, mehrere Rollen zugleich auszuüben. Für das Gelingen dieser Mehrfachrollen sind umfassende und vielseitige Vereinbarkeitsstrukturen unerlässlich. Das Fehlen oder der bisher unzulängliche Grad der Vereinbarkeit ist im Bündel der Gründe für die Geburtenarmut ein bedeutender Faktor. Nur strukturelle Rücksichtnahme erlaubt Müttern und Vätern, ihre Aufgaben in Familie und Gesellschaft so zu erfüllen, dass sie im Lebenslauf gegenüber Kinderlosen keine Benachteiligungen zu erdulden haben.

Auch die kulturellen Einrichtungen, Verbände und Initiativen sind angesichts des demografischen Prozesses herausgefordert, die Strukturen ihrer Praxis so zu gestalten, dass sie (zuerst) den spezifischen Handlungsspielräumen von Eltern und Kindern gerecht werden. So würde der kulturelle Sektor seinen Beitrag zum Abbau der verbreiteten strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien verstärkt leisten und dadurch gleichzeitig dem kulturellen Potenzial, das in Fa-

milien entsteht, kreative Teilhabe an der gesellschaftlichen kulturellen Entwicklung verlässlich eröffnen.

4. Lebensräumliche Potenzialvielfalt – Die Dynamik regionaler Veränderung

Keine Region ist von der Abnahme der Zahl und des Anteils der Jüngeren und von der Zunahme bei den Älteren ausgenommen. Deshalb haben jede Region und jede Gemeinde die Aufgabe, ihre Potenziale und deren Struktur zu erkennen, zu bewerten und das eigene Handlungskonzept zu entwickeln. Allerdings unterscheiden sich Potenziale der Generationen von Region zu Region erheblich:

- Die regionalen Unterschiede der Geburtenhäufigkeit sind nach wie vor erheblich.
- Die altersspezifischen Binnenwanderungen in Deutschland verstärken die demografische Dynamik in den Herkunfts- und in den Zielgebieten, zum Beispiel durch die höhere bildungs- und arbeitsmarktbezogene (Zwangs-)Mobilität der Jüngeren.
- Die Zu- und Abwanderungsbewegungen mit dem Ausland verstärken die regionaldemografische Vielfalt sowohl altersstrukturell als auch ethnisch.
- Die bildungs-, berufs- und familiendemografischen Strukturmerkmale weisen ebenfalls erhebliche regionale Unterschiede auf.
- Die Veränderungen der regionalen Bevölkerungszahl insgesamt schwanken zwischen stark abnehmend und stark zunehmend. Gründe sind die einander überlagernden Auswirkungen der Unterschiedlichkeit von Geburten, Zu- und Abwanderungen, Sterblichkeit.

Es liegt auf der Hand, dass diese regionaldemografische Vielfalt auf eine ausgeprägte Unterschiedlichkeit der regionalen Kulturpotenziale hinweist und zwar strukturell und quantitativ. Kulturpolitische Handlungskonzepte dürfen daher nicht ohne eine vorausgegangene lebensräumlich differenzierende Analyse der Kulturpotenziale und der

tatsächlichen Kulturpraxis entwickelt werden. Besondere Aufmerksamkeit erfordern die Veränderungen, die die Wanderungen bewirken. Vor allem in den Zuwanderungsgebieten sind Fremde eine kulturelle Herausforderung.

Zu beachten und voneinander zu unterscheiden sind die im Rahmen der Binnenwanderungen ihre Region wechselnden Deutschen und die über die Grenzen zuwandernden Ausländer. Beiden Gruppen gemeinsam ist die Fremdheit im aufnehmenden Gemeinwesen. Die deutlichen regionalen Unterschiede der Lebensbedingungen und der Lebenslagen werden durch die Wanderungen verstärkt. Dadurch verändern sich auch die Bedingungen kultureller Entwicklung in den Regionen Deutschlands.

Die Folgen der weltweiten demografischen Entwicklung, die verbunden ist mit Armut, Hunger, Gewalt, Krankheit und Dürre sowie mit Unterdrückung und Ausbeutung, sind internationale und interkontinentale krisenbedingte Wanderungsströme. Über fremdkulturelle Zuwanderer braucht sich auch in Europa und Deutschland niemand zu wundern. Weltverantwortung und das Überwinden von Fremdheit gehören zu den kulturellen Herausforderungen des demografischen Wandels in allen Regionen. Regionale Vielfalt und kulturelle Eigenart erhalten einen neuen Stellenwert bei der lebensräumlich orientierten kulturellen Entwicklung.

5. Chancen und Strategien – Generationennetzwerke Kultur

Es ist nicht zu übersehen, dass der demografische Wandel neben den Risiken auch Produktivkräfte birgt. Im Bereich der speziellen Kulturpraxis geht es um ein Bündnis der Generationen, in das die Älterwerdenden ihre Potenziale und Kompetenzen kreativ einbringen. Im Bereich der allgemeinen Lebenskultur besteht die Chance, das Lebenskonzept der gewollten Kinderlosigkeit zu überprüfen und die strukturelle Rücksichtslosigkeit, unter der Familien und Kindern leben, abzubauen. Derart neues Denken und Handeln verlangt geeignete Strategien gesellschaftlicher Strukturpolitik. In ihr hätte Kultur als Investition in Humanvermögen ihren herausragenden Platz.

5.1 Altern ist nicht Niedergang, sondern Wandel

Altern ist nicht Niedergang, sondern Wandel der Potenziale – auch Wandel des Kulturpotenzials. Dies weist auf veränderte Perspektiven des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens der Generationen. In der Gesellschaft des langen Lebens liegen Chancen im altersbedingten Wachstum des Humanvermögens. Das Ergebnis ist der Reichtum an Alter und die Chance der Weiterentwicklung produktiver Auseinandersetzung zwischen Neuwissen und Erfahrungswissen als Basis der Erneuerung (Innovation). Die gewohnte Arbeitsteilung zwischen Jung und Alt ist auch in der Kultur nicht zukunftsfähig.

Die Potenziale des Alters werden jedoch nur dann wirksam, wenn Institutionen, Organisationen und Unternehmen dazu die Gelegenheiten schaffen. Hierzu gehören: auf Ausgrenzen der Älterwerdenden verzichten, Ältere zur Mitarbeit zulassen und gewinnen, auf deren spezifische Potenziale (z.B. Zeitbudget, kulturelle Biografie, Kompetenzen) eingehen, Jüngere und Ältere rechtzeitig zu intergenerationeller Zusammenarbeit motivieren und befähigen. Dabei geht es darum, dass Ältere die Jüngeren nicht verdrängen, sondern sie entlasten und unterstützen. Jeder Kulturbereich ist herausgefordert, die neuen Chancen zu ergreifen. Nicht allein den tradierten Sektoren wie Kunst, Bildung, Wissenschaft, Medien eröffnen sich neue Perspektiven. Auch die gemeindenahen Heimatmuseen, Bibliotheken, Stadt- und Firmenarchive, Kunst- und Musikschulen, Kulturzentren oder Lokalredaktionen brauchen die neuartige intergenerationelle Perspektive und Zusammenarbeit. Diese bezieht sowohl die verschiedenen Generationen innerhalb der erwerbsberuflichen Kulturarbeit als auch die außer- und nebenberuflich freiwillig Tätigen aus den verschiedenen Milieus der Älterwerdenden ein.

Im Rahmen einer Initiative »Generationennetzwerk Kultur« können und sollten in unterschiedlichen Modellen solche Erfahrungen gesammelt und öffentlich kommuniziert werden, die der kulturellen Praxis helfen, durch generationenübergreifende Arbeit zur Nachhaltigkeit beizutragen. Im Bereich der Umweltbildung und Umweltkommunikation wurden im »Generationennetzwerk Umwelt« tragfähige und ermutigende Wege beschritten.

5.2 Ohne Nachwuchs gibt es keine Zukunft

Ohne Nachwuchs gibt es keine Zukunft, keine Zukunft des Alters, keine Zukunft der Kultur. Dabei verdeutlichen die durch den demografischen Wandel veränderten Entwicklungsperspektiven besonders klar, dass zukunftsfähige Lebenskultur nur durch konsequente strukturelle und persönliche Rücksichtnahme auf die Lebensbedürfnisse von Eltern, Kindern und Familien gesichert werden kann. Anders ist der Abwärtstrend der Generationenerneuerung, der seit dem Beginn der 1970er Jahre andauert, nicht aufzuhalten. Die politische Chance besteht darin, im Blick auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Lebenskultur nicht weiter hinzunehmen, dass sich die Realität der Lebensbedingungen von Familien, trotz ihrer unersetzlichen Leistungen, so weit vom Leitbild der Gerechtigkeit entfernt hat. Diejenigen jungen Frauen und Männer, die Elternschaft anstreben, brauchen neben geeigneten Rahmenbedingungen ein ermutigendes gesellschaftliches Klima, ein Klima der Wertschätzung kultivierter menschlicher Lebensführung, in der das Leben mit und für Kinder einen zentralen Platz hat.

Die männliche Welt ist vorrangig herausgefordert. In ihr ist das Ideal der Kinderlosigkeit stärker verbreitet als in der weiblichen Welt. Hinzu kommt, dass bei manchen Männern, die Väter sind, die Vaterrolle noch nicht konsequent genug gelebt wird. Außerdem beherrschen Männer in überdurchschnittlichem Ausmaß die Schaltstellen der Gesellschaft, auch im Kulturbereich. Sie könnten daher auch Schrittmacher des Umdenkens hin zur Rücksichtnahme auf Eltern und Kinder sein.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels liegt in der Intensivierung sowohl des Mehrgenerationendenkens als auch in der Diskussion von Ursachen und Folgen der anhaltenden defizitären Generationenerneuerung die Chance, eine kulturelle Schlagseite der öffentlichen Diskussionen zu überwinden. Der neue Dialog der Geschlechter und der Generationen könnte nämlich bewirken, dass im öffentlichen Diskurs die wichtigen Lebensfragen nicht weiter ausgeblendet, geleugnet oder belächelt werden. Die Chance liegt in der erkennbar wachsenden Bereitschaft der Individuen und der Öffentlichkeit, über Lebensfragen nicht nur im persönlichen Umfeld, sondern

auch im Kontext der Zukunft des Gemeinwesens nachzudenken und zu reden: unvoreingenommen und ohne Tabuisierung grundlegender Zusammenhänge.

Veränderungen der Lebenskonzepte, der Lebenskultur beginnen in den Köpfen. Sie zeigen sich auch in der Sprachkultur. Die Bevölkerung Deutschlands wird zwar strukturell stetig älter, jedoch gibt es keinen Maßstab für eine Überalterung. Dieser Begriff sollte als Unwort gemieden werden. Ein anderes Beispiel sind die statistischen Daten zur Geburtenrate. Die Daten wirken unreal, wenn zum Beispiel von 1,4 Geburten je Frau die Rede ist. Schließlich leistet die Orientierung der Daten an der weiblichen Welt einer fortgesetzten Ausklammerung der Mitverantwortung der Männer für unsere Lebenskultur unnötig Vorschub.

5.3 Doppelstrategien

Überall wachsen die Potenziale des Alters, überall ist die Generationenerneuerung – die Erneuerung der Elterngeneration durch Nachwuchs – überlebensnotwendig. Deshalb erfordert der demografische Wandel eine Doppelstrategie, nämlich die Verknüpfung der Strategie der Nachwuchssicherung mit der Strategie der Zusammenarbeit der Generationen. Derart neues Denken und Handeln verlangt, einseitige Konzepte nicht aufzugreifen. Weder die Entwicklungskonzepte der Art »Junge Stadt« oder »Region der Senioren(-Wirtschaft)« sind jeweils für sich zukunftsfähig, noch solche Kulturkonzepte, die sich einseitig entweder am Leitbild einer »Jugendkultur« oder einer »Altenkultur« orientieren. Begriffe wie »Jugendwahn« und »Altenterror« bezeichnen die Risiken kultureller Sackgassen.

Die Älteren erwarten eine ihrer Lebenslage angemessene stärkere Alten- und Gegenwartsorientierung des politischen Denkens und Handelns. Eltern mit Kindern sind um die Lebensperspektive ihrer Kinder willen Anwälte einer längerfristig ausgerichteten Politik. Deshalb braucht die Gesellschaft neben der Altenorientierung auch eine Nachwuchsorientierung der Politik im Rahmen einer integrierten Generationen- und Familienpolitik. Junge Frauen und Männer, die das Leben weitergeben, brauchen notwendig Ermutigung, Anerkennung und Hilfe, öffentlich und privat. Auch in einer alternden Gesellschaft

muss sich Jugend ihres eigenen kulturellen Entfaltungsspielraums sicher sein. Andererseits müssen die kulturellen Grundbedürfnisse der Älteren so erfüllbar sein, dass auch ihnen Entfaltung gesichert und Hilfe gewährleistet wird. Wenn diese Balance gelingt, besteht die Chance, dass die Älteren einer Politik zugunsten der Zukunft der Jüngeren die mehrheitliche Zustimmung verschaffen und selbst aktiv mit den Jüngeren zusammenarbeiten. Es geht um Zukunftsentscheidungen neuen Typs, die in einem Gemeinwesen die Pflege des Humanvermögens und das Miteinander aller Generationen zum kulturpolitischen und damit zum strukturpolitischen Ziel haben. Die Strategien gesellschaftlicher Strukturpolitik können nur dann einen zukunftsfähigen Ziel- und Handlungskorridor bilden, wenn sie nicht einseitig, sondern vielseitig konzipiert sind.

Kulturpolitische Strategien würden den dargelegten Befunden und Anregungen umso eher gerecht, je besser es gelänge, sie mit den nachstehend genannten Strategiepaaren zu verbinden. Wegen der vielfachen inhaltlichen Schnittstellen ist jeder einzelne Strategieansatz zwar mit anderen mehrfach verkettet; das Gerüst der Doppelstrategien macht jedoch die Komplexität der Wirkungsverflechtungen handhabbar und nachvollziehbar. Die Betonung liegt dabei auf dem »und«.

- Bedingungen der Generationenerneuerung und der intergenerationalen Zusammenarbeit herstellen,
- Förderung wirtschaftlicher Wertschöpfung und demografischer Wertschöpfung,
- Abbau überholter falscher Altersbilder und Abbau des Ideals der gewollten Kinderlosigkeit,
- Pflege des Humanvermögens durch möglichst kurze Erstausbildung und lebenslange Weiterbildung,
- Innovation durch wechselseitige Integration des Neuwissens der Jüngeren und des Erfahrungswissens der Älteren,
- Strukturen der Vereinbarkeit von Elternschaft und Ausbildung sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- früherer Eintritt in den Beruf und späteres Eintreten in die Altersversorgung,

- Gegenwartsbedürfnisse erfüllen (Alterssicherung) und Zukunftsperspektiven sichern (Schuldenabbau),
- Pflege des Humanvermögens und des Naturvermögens.

Als eines der kulturpolitisch bedeutsamen Strategiepaare sei das zuletzt genannte hervorgehoben. Im Konzept der Kulturlandschaft kommt die Wechselbeziehung, die zwischen den Strategien der Pflege des Naturvermögens und der Pflege des Humanvermögens besteht, deutlich zum Ausdruck. Die Bereitschaft einer Elterngeneration, in die nachwuchsgetragene Generationenerneuerung emotional und materiell zu investieren, ist nämlich eng verknüpft mit der Vorstellung, dass die Lebensbedingungen ihrer Kinder nicht durch rücksichtslos verschleudernden Umgang mit den Potenzialen der natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet werden. Jede Kulturlandschaft ist menschlicher Lebensraum. Kulturlandschaftsqualität ist Lebensqualität. Beides im eigenen Lebensraum zu pflegen, ist eine erprobte ertragreiche Möglichkeit intergenerationeller Zusammenarbeit in Umweltbildung und Umweltkommunikation, in Umweltgestaltung und Umweltschutz. Die Erträge kommen der Kulturlandschaft zugute. Die Zusammenarbeit von Jung und Alt (z.B. Senioren als Umwelttrainer im Elementarbereich) ist Ausdruck einer zeit- und problemgerechten Lebenskultur. Sie gibt auf zwei herausragende Zukunftsaufgaben, nämlich die Bewahrung der Schöpfung und die Kulturpflege in einer alternden Gesellschaft, eine lebenspraktische Antwort.

Abschließend sei betont, dass in unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern bereits ermutigende Beispiele für das Ergreifen der Herausforderungen, die der demografische Wandel birgt, geschaffen wurden. Generationennetzwerke sind ein geeigneter Rahmen für die Aktivierung und Förderung der kulturellen Potenziale, über die die nachwuchssarme Gesellschaft des langen Lebens verfügt.

→ DIE CULTURA DER KULTUR – DEMOGRAFIE, KULTUR UND MEDIEN

THOMAS IHM

Die demografische Entwicklung ist in den Medien noch nicht ganz angekommen, trotz vieler verdienstvoller Anläufe, trotz herausragender Publikationen und Studien. Die Presse berichtet über die Demografie wie sie auch über den Klimawandel, die Menschenrechte, Krieg und Hungersnöte oder die Arbeitslosigkeit berichtet: eher routiniert, gelegentlich etwas aufgeregt, aber im Allgemeinen mit mäßigem Interesse. In der Psychologie kennt man das Phänomen, dass mittlere Probleme, die einen mittleren Stress verursachen, die meisten Energien wecken. Ist das Problem zu groß, potenziert das die Aussicht, mit enorm viel Stress am Problemlösungsversuch zu scheitern. Also lässt man es sein und wendet sich lieber den kleineren Geschichten zu. Man nennt das Verdrängung. Demografie ist unter journalistischen Gesichtspunkten ein Stimmungskiller, ein Frustthema für Leser, Zuschauer und Zuhörer. Wer glaubt, die Entwicklungen, die aus der neuen Altersstruktur erwachsen, dramatisieren zu müssen, um die Aufmerksamkeit auf die Probleme der Zukunft zu lenken, wird wahrscheinlich das Gegenteil erreichen. Die Menschen sehnen sich nach Hoffnung, die Aussicht auf Kummer und Sorgen schreckt sie ab.

Über Demografie zu berichten, heißt dabei nicht nur, das Publikum zu frustrieren, es bedeutet auch, es zu überfordern. Wir sprechen von einer Entwicklung, die sämtliche Bereiche und sämtliche Akteure in ihren Strudel ziehen wird und in der sich der Einzelne wie der Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Familie, Parteien, Verbände und Vereine als Objekt und Subjekt beschrieben finden. Diese Komplexität – in einer öffentlichen und zumal noch spekulativen Debatte – aufzulösen, erscheint schlechterdings unmöglich.

Spekulationen werden nicht ernst genommen, weil sie nicht konkret sind. Prophezeiungen werden nicht ernst genommen, weil sie zu konkret sind. Außerdem gibt es einen Konflikt zwischen der wissenschaftlichen und der journalistischen Spekulation. Wissenschaftler raten ungern, weil sie fürchten, sich vor ihrer Zunft zu blamieren. Journalisten hingegen lieben Ratespiele, weil sie nur beim Spekulie-

ren vor der Kritik ihrer Kollegen sicher sind. Wie kommt das? Wissenschaftler orientieren sich am Ideal des Erkenntnisgewinns. Erst wenn die Zeit reif ist, wird ein Forschungsergebnis veröffentlicht. Journalisten orientieren sich am Redaktionsschluss. Wenn ein Prozess am Laufen ist, die Entscheidung aber noch auf sich warten lässt, muss dennoch berichtet werden. Wenn dann noch die Faktenlage für alle Journalisten in etwa gleich ist, entscheidet die Brillanz der Argumentationsführung und die Geschliffenheit des Stils über die Qualität des Beitrages. Ist der Prozess hingegen abgeschlossen, weiß man nie, ob man auch wirklich alle relevanten Fakten zur Beurteilung kennt. Die Chance, sich bis zum Redaktionsschluss zu blamieren, ist ungleich größer. Der hier gegebene Anlass ist wahrscheinlich irgendwo zwischen Erkenntnisgewinn und Redaktionsschluss anzusiedeln.

Demografie als Kulturphänomen

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, über drei Themenfelder zu spekulieren: zum einen über den Kultursektor mitsamt der Kulturpolitik, zum anderen über die Frage, wie die Medien bei der Kulturvermittlung im Prozess der demografischen Entwicklung gefordert sein werden. Letzteres lässt sich sogar von relativ sicherem Fundament aus beantworten, da wir schon über einige Erfahrungen verfügen. Die Kulturprogramme des ARD-Hörfunks berichten über Kultur, sind aber gleichzeitig mit ihren Klangkörpern, ihren Hörspielen und künstlerischen Features sowie fachlichen Hintergrundsendungen selbst auch Träger von Kultur und Bildung. Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung werden deshalb nicht nur beobachtet, sie betreffen die Programme auch unmittelbar. SWR 2 (das Programm, dem ich angehöre) ist das Kulturradio des Südwestrundfunks. Das Durchschnittsalter unserer Hörer (63,8 Jahre) liegt deutlich über dem Mittelwert von 59 Jahren, der für die gehobenen ARD-Programme, d.h. Kultur- und Informationsradios, ermittelt wurde. Unser Ziel ist es, den Altersdurchschnitt in Zukunft in Richtung 60 zu drücken. Sollte uns die demografische Entwicklung zwischenzeitlich einholen, werden wir uns wahrscheinlich freuen, wenn wir die 64 halten können.

Aus meiner früheren Tätigkeit als bundespolitischer Korrespondent des SWR im ARD-Hauptstadtstudio nahm ich die Erfahrung mit, dass innerhalb der politischen Klasse die demografische Entwicklung und ihre Herausforderungen – auch wenn sie nicht dezidiert auf der Agenda steht – wie ein ständiges Hintergrundrauschen wahrgenommen wird. Haus und Hof sind schon mehrfach verpfändet, die Hypotheken sind für die Jüngeren schon jetzt so belastend, dass man das staatsbürgerliche Erbe am liebsten ausschlagen würde, wenn man es könnte. An Warnungen über die Folgen der Staatsverschuldung und die Folgen des Reformstaus herrscht eigentlich kein Mangel, aber wer hört schon auf Cassandra? Während meiner Arbeit in der Kulturredaktion ist mir das Thema dagegen selten begegnet. Im Kulturleben spielt es praktisch keine Rolle. Gleiches gilt für die Kulturpolitik. Das Zusammenwirken von Demografie und Kultur ist sowohl als kulturelles wie als kulturpolitisches Thema ein Desiderat.

Tendenziell wird Kultur in der überalterten Gesellschaft eher wichtiger werden. Kulturproduzenten, -politiker und -vermittler werden durch die demografische Entwicklung vor neue Aufgaben gestellt. Diese These beruht auf der Vermutung, dass sich im Zuge der demografischen Entwicklung die Gesellschaft – wie man so sagt – neu erfinden muss, weil sie nämlich in eine in der Menschheitsgeschichte absolut neue Konstellation eintritt. Sie muss ihre kulturellen Werte neu justieren und ihre Traditionen überdenken. Um sich weiter als Gemeinwesen zu begreifen, braucht sie Instanzen, die Sinn und Orientierung geben, das Gemeinschaftsgefühl stärken und den Diskurs beleben. Die Familie kann dieser Ort, aus den bekannten demografischen Gegebenheiten und den daraus erwachsenden Folgen für den Einzelnen, nicht mehr so sein wie früher. Über die Rolle der Religion kann man nur spekulieren, jedenfalls wird sie in der Einheit von Familie und Religion – siehe oben – ebenfalls an Einfluss verlieren. Was bleibt, ist die Kultur als das bewährte Bindemittel für auseinanderstrebende Rollen in einer Gesellschaft, um die zunehmend divergierenden Interessen und Erfahrungen auszugleichen und zusammenzuführen.

Ohne hier näher auf die vielfältigen Positionen und Definitionen zum Kulturbegriff eingehen zu wollen: Kultur wird heute eher als ein

Prozess wahrgenommen – als ein Fluss oder ein fortwährender Mischvorgang. Das verbindet sie mit dem Phänomen der »demografischen Entwicklung«. Ich meine sogar, dass wir statt von demografischer Entwicklung genauso gut von kultureller Entwicklung sprechen können, und ich denke, dass das mehr als nur Semantik wäre. Das Wort »Demografie« betont die technisch-organisatorische Seite, den Sachzwang, dem wir ausgeliefert sind und sein werden. »Kultur« hingegen verweist auf das kreative Potenzial, die Chance, unsere Zukunft zu gestalten. Hierin liegt allerdings auch eine Warnung, denn ohne unser Zutun wird es dennoch zu einem kulturellen Wandel kommen, den wir dann wahrscheinlich als einen Verlust an Kultur erleben werden.

Die Freiheit der Kunst – die in der Regel eine absolute Freiheit sein soll – rät uns, Künstlern keine Auftragskunst abzuverlangen. Außerdem wissen wir, dass sich ein Publikum nur in Maßen erziehen lässt. Aber eine Hoffnung oder Erwartung darf schon ausgedrückt werden. Erstens: die Vorstellung, dass der Kulturbetrieb versucht, mit künstlerischen Mitteln auf die Folgen der demografischen Entwicklung zu reagieren, diese zu beschreiben und möglicherweise kommende Konflikte zu antizipieren, sei es in Form neuer Stücke, sei es in der Adaption klassischer Stoffe. Die demografische Entwicklung liefert Themen genug: Einsamkeit im Alter, Altenheime in Schwellenländern, Kinder als Luxusgeschöpfe – aus solchen Sujets kann man Tragödien oder Komödien machen. Zweitens: die Vorstellung, dass dann Kulturprodukte wie Theater, Kino, Literatur zum Katalysator einer öffentlichen Debatte über Demografie werden.

Chancen für die Kulturpolitik

Für Kultur und Kulturpolitik wäre das ein Kompetenzzuwachs. Alte und Junge, Wohlhabende und Bedürftige, Inländer und Ausländer zusammenzuführen, ist eine kulturelle Herausforderung. Wir erleben im Zuge der demografischen Entwicklung bereits eine Aufwertung der Familienpolitik. Analog dazu halte ich es für möglich und auch wahrscheinlich, dass bald die Kulturpolitik eine ähnliche Entwicklung nimmt. Bislang taumelt dieses Politikfeld zwischen Kulturlobbyismus

und Kulturbürokratismus, bietet sich der Politik als williger Dummy im Föderalismusstreit an und gibt vielen Politikern Gelegenheit, Mitglied einer Jury oder eines Stehempfangs zu werden.

Auch wenn man es weniger polemisch sieht, unbestritten bleibt, dass wir es hier regelmäßig mit einer Nischen-Politik zu tun haben, die die Nähe zu Insidern und Spezialisten sucht. Hier kann man auf die Analogie zur Familienpolitik verweisen, der es lange Zeit ähnlich ging. Bis vor wenigen Jahren galt sie als eigenbrötlerische Disziplin ohne weitergehende Bedeutung, als »Gedöns«, wie Alt-Bundeskanzler Schröder es einmal und damals übrigens auch zutreffend sagte. Inzwischen beansprucht die Familienpolitik eine Generalkompetenz für den Dialog zwischen Familien und Wirtschaft und Gesellschaft. Über Konzepte aus der Familienpolitik versuchen wir, das Verhältnis von Beruf und Familie an die neuen Herausforderungen anzupassen und damit Barrieren zu beseitigen, die sich auf der demografischen Zeitachse als überaus schädlich erweisen werden. Die Familienministerin agiert dabei wie ihre Vorgängerin besonders über das Mittel der Kommunikation mit gesellschaftlichen Akteuren und der Öffentlichkeit. Die Familienpolitik ist heute ein kreatives Politikfeld mit ungewöhnlich hohem Prestige.

Die Kulturpolitik kann diesem Weg folgen. Die regelmäßig wiederkehrenden Debatten zu unseren Werten und zum Patriotismus sind letztlich nichts anderes als Diskurse über unsere Kultur. Als Kulturdebatte geführt, würde in solch einem Diskurs eine viel positivere Konnotation mitschwingen als unter den Begriffen Werte- oder Patriotismusdebatte. Während in letzteren vor allem das Moment des Restaurierens anklingt, klingt Kultur nach Gestalten und Bewahren. Ärgerlicherweise hat das Wort »Leitkultur« diesen Ansatz unglücklich kontaminiert, weil es mehr nach Kommando denn Kultur klingt. Kulturpolitik als Appell an die Kreativität aller verstanden – das wäre meines Erachtens ein Versuch, der der demografischen Entwicklung positive Aspekte abgewinnen könnte. Wir werden sehen, ob es dazu kommt.

Die Parteien haben im Bundeswahlkampf 2005 im Stile einer rot-gelb-grün-schwarz-roten Koalition über Kulturpolitik gesprochen. Da war so viel Konsens in den zentralen Fragen, dass man meinen konn-

te, Kulturpolitik sei ein nahezu streitloser Bereich. Leider entsteht dabei auch der Eindruck, Kulturpolitik sei profillos, denn im Wesen der Demokratie liegt es, die Profile durch Kontroversen sichtbar zu machen. So bedienten sich die Parteien der Kulturthemen und Kulturschaffenden im Wahlkampf vor allem als Publikumsbeschaffer. Das gestalterische Potenzial dieser Politiksparte wartet noch darauf, entdeckt zu werden.

Kulturelle Karez

Unter Sparzwängen leiden alle – auch und gerade im Kulturbetrieb. Es ist eine Eigenart von Kulturleistungen, gleichzeitig Dienstleistung und Ware sowie nicht-materieller Ausdruck von Tradition oder Kunst zu sein. Damit ist jede finanzielle Kürzung auch ein ideelles Opfer. Die staatlichen Geldgeber stehen vor einem Dilemma, das sich nicht immer durch Effizienzgewinne aus dem Kulturbetrieb selbst lösen lässt. Führen sie die Kulturfinanzierung so fort wie bisher, überfordern sie ihr Haushaltsbudget. Bauen sie Kulturleistungen ab, schädigen sie dauerhaft die kulturelle Infrastruktur. Unter demografischen Gesichtspunkten gewinnt das Dilemma an zusätzlicher Brisanz.

Genau genommen funktioniert das Kultursystem zur Zeit nicht viel anders als das Renten- oder Gesundheitssystem – also wie eine umlagefinanzierte Solidarversicherung. Der Kulturbetrieb lebt zum größten Teil von Geldern, die er von den Leistungserbringern erhält. Diese wiederum können aufgrund der Belastungen durch den Beruf bzw. Beruf und Familie kaum oder nur in einem geringen Maße Kultur konsumieren. Zum rechten Kulturgenuß braucht man ja nicht nur Zeit, sondern auch Muße. Nichts ist unerfreulicher als nach einem harten Arbeitstag ein schlechter Schlaf auf einem teuren Opernplatz, während daheim die Babysitterin für gutes Geld das ebenfalls schlafende Kind bewacht. Wenn die Eltern dann endlich in ihrem richtigen Bett sind, wacht garantiert das Kind auf. Und wenn es endlich wieder schläft, läutet wenig später der Wecker den nächsten anstrengenden Arbeitstag ein. Zeitbudget und Arbeitsbelastung der aktiven Generation lassen tatsächlich wenig kulturelle Spielräume zu. Und die, die man nutzt, dienen eher der Entspannung und der Unterhaltung und

weniger der kulturellen Bildung. Die Nettozahler der mittleren Generation (das Gesagte gilt in eingeschränktem Maße auch für Kinderlose und Singles) vertrauen darauf, dass sie in der Lebensphase, in der sie Muße für ihre kulturellen Interessen haben, ein entsprechendes Angebot vorfinden werden. Nur: Ebenso wie bei Rente und Gesundheit wird auch bei der Kultur nichts angespart. Es werden nicht einmal Anwartschaften erworben.

Cultura, damit meinten die Römer die Pflege des agrarischen Landes. Eigentlich müsste die Theater-, Orchester- und Museenlandschaft so gepflegt werden, dass sie noch vielfältiger und prächtiger wird, um all diejenigen, die im Alter nach Zerstreuung oder Sinn suchen, zu versorgen. Wahrscheinlicher ist, dass sich die früheren Kultur-Nettozahler um ihre Subventionen betrogen sehen werden, wenn sie dereinst nach preiswerten Eintrittskarten verlangen. Cultura kann man genauso gut auch als Pflege des Publikums ansehen.

Meines Erachtens ist es gefährlich, wenn der Kulturbetrieb jene Hochleister, denen es nicht an Interesse, sondern an Gelegenheit zur kulturellen Teilhabe mangelt, weiter so ignoriert wie derzeit. In einer Solidarversicherung, in der sich der zahlende Teil übervorteilt fühlt, stirbt langfristig die Solidarität. Es gibt erste Versuche, manche Orte bieten kleine Konzerte, kurze Führungen oder eine schnelle Theaterszene in der Mittagspause an. Das Publikum dankt. Aber da ist noch viel mehr möglich und nötig. Es gibt viele Projekte, Kinder und Jugendliche für Kultur zu begeistern – und jedes verdient volle Unterstützung. Es mangelt aber am Versuch, die mittlere Generation bei der Kultur zu halten. Würde jede Generation in jeder Lebensphase kulturell eingebunden, würde sich das Bild von der umlagefinanzierten Versicherung erübrigen.

An dieser Stelle ließe sich jetzt ausführlich darüber diskutieren, wie das konkret geschehen könnte. Man kann das Problem inhaltlich oder organisatorisch angehen. Zum Beispiel könnte ein Opernhaus für ein besonders begehrtes Stück das Recht zum Kartenkauf unter jungen Familien verlosen (und sei es nur für einen Teil der Karten). Über den Kreis der Gewinner hinaus wäre das ein Signal an alle Mütter und Väter, auch sie im Saal haben zu wollen. In der Phase der frühen Elternschaft nämlich schließt man sich nicht nur von den Freizeit-

und Kulturaktivitäten der Übrigen aus, sondern auch von der Kommunikation mit ihnen. Mütter und (zunehmend mehr) Väter finden sich in einer marginalisierten Peer Group wieder, in der leidenschaftlich über sehr spezielle Fragen diskutiert wird, die wiederum von nicht-praktizierenden Eltern nicht verstanden werden. Diese scheinbare Isolation aufzubrechen hieße, den Eltern das Gefühl zu geben, trotz Kind das Privileg auf Kultur behalten zu können. Wäre das gerade wegen der demografischen Entwicklung nicht wünschenswert? Da allerdings die kulturelle Enthaltsamkeit von Hochleistern traditionell verfestigt ist und deshalb von den Betroffenen selbst in der Regel klaglos akzeptiert wird, besteht zunächst durchaus die Gefahr, dass familiengerechte Angebote aus dem Kulturbetrieb (z.B. Vorführung am Sonntag-Nachmittag mit Kinderbetreuung) übersehen werden. Das latent vorhandene Interesse zu reanimieren, wird das Kulturmarketing allein überfordern. Das Ziel des obigen Beispiels – einmal angenommen, es ließe sich in die Praxis umsetzen – wäre es, über die Kontingentierung der Karten eine öffentliche Debatte anzustoßen, die dann weit über den Kreis der potenziellen Kartenkäufer hinausreicht. Ein herausragendes Gastspiel mit Starbesetzung und eine flankierende kulturpolitische Debatte könnten als Initialzündung für die zu diesem Thema überfällige Diskussion fungieren.

Wenn man über Kultur redet, wird stets betont, wie wichtig es sei, Kinder und Jugendliche mit den klassischen Kultureinrichtungen vertraut zu machen. Über den jeweiligen Gegenstand hinaus haben die Besuche von Bühnen und Museen den Zweck, Rezeptionstechniken zu erlernen oder zumindest Schwellenängste abzubauen. Neben der Schule ist hier vor allem das Elternhaus gefordert. Hier wäre zu fragen, inwiefern sich die relative Kulturferne der Eltern auf die Kinder überträgt. Die Selbstverständlichkeit, mit Kulturgütern umzugehen, lernen Kinder wahrscheinlich dann am besten, wenn die Eltern selbstverständlich mit Kulturgütern umgehen, wenn das Lesen, Musikhören, der Gang ins Theater oder Museum vorgelebt und mitgelebt wird. Der familienpolitische Ansatz, Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen, sollte zur Trias ›Beruf – Familie – Kultur‹ erweitert werden. Statt diese Bereiche als konkurrierende Interessen zu interpretieren, wie es der Tradition entspricht, wäre es sinnvoller, zukünf-

tig ein produktives und schöpferisches Potenzial in ihrem Zusammenwirken zu suchen.

Eine Grundannahme lautet, dass sich die Menschen in ihren späteren Lebensjahren, wenn die Belastungen durch Kinder und Beruf nachlassen, wieder verstärkt kulturell engagieren. Diese Vermutung bzw. Erfahrung erweist sich zunehmend als brüchig. Das Konzept, Menschen in ihrer Jugend für die klassischen Spielarten der Kultur zu interessieren, ihnen in den mittleren Jahren eine kulturelle Karenz abzuverlangen, um sie später wieder im Kulturleben begrüßen zu dürfen, reibt sich auch zunehmend mit dem Prinzip des lebenslangen Lernens, dass nicht auf den beruflichen Bereich beschränkt ist, sondern auch das Erlernen neuer Kulturen und Kulturtechniken beinhaltet. (Welche Bedeutung Zuwanderung, Integration und Milieubildung spielen, wird in anderen Beiträgen dieses Bandes ausführlich diskutiert.) Wie die Konkurrenz dieser permanenten Multikulti- und Multi-mediasozialisation auf das starre Phasenmodell der traditionellen Kulturvermittlung einwirkt, ist eine weitere zu diskutierende Frage.

Herausforderungen an den Kulturjournalismus

Was an Kritik über Kultur und Kulturpolitik geäußert wurde, gilt im vergleichbaren Sinn auch für die Medien. Im Feuilleton der Zeitungen blüht eine Nischen- und Spezialistenkultur. Wer eine Theater-, Opern- oder Filmrezension liest, muss im Grunde genommen erst einmal das Stück sehen, bevor er die Rezension versteht. Das liegt daran, dass Rezensenten sich gern in der Rolle des künstlerischen Co-Produzenten sehen, der davon ausgeht, dass erst im Zusammenklang von Werk und Rezeption die wahre Kunst entsteht. Anders als im Politik- oder Wirtschaftsteil gibt es im Kulturteil kaum Artikel, die einem voraussetzungsfrei erst einmal erklären, worum es überhaupt geht, bevor die volle Wucht der Kommentierung einsetzt. Lokalblätter und Publikumszeitungen sind da weniger präventiv und mithin verständlicher. Sehr gut – was die Verständlichkeit angeht – sind Radio und Fernsehen.

Neulich schrieb die FAZ (09.09.2005, S. 33) über eine Uraufführung der Oper »Odyssee – Ein Atemzug« von Isabel Mundry in Berlin:

»Man darf diesen ›Atemzug‹ auf keinen Fall versäumen. Das wird vielen Musikfreunden schwer fallen, denn das Stück wird insgesamt nur fünfmal gezeigt.«

Wie ist das zu verstehen? Auch wenn es schwer fällt, ein wahrer Musikfreund schafft das schon? Dann hieße das ja, dass alle echten Musikfans dieses Landes in etwa fünf Konzertsäle passen. Die Autorin der Rezension wollte diesen Eindruck natürlich nicht hervorrufen, aber der Hochmut des Feuilletons schimmert gleichwohl durch.

Aber auch wenn ein Stück hundertmal aufgeführt wird – nur wenige haben die Gelegenheit oder nehmen sie sich, ein Werk im Original zu erleben. Die Pflege, die Cultura der Opern-, Theater- oder Ballettlandschaft, der Literaturszene oder der Kinowelt ist auch Sache der Medien. So wie schon bei Politik oder Wirtschaft delegiert das Publikum das Gros der Beobachtung und Analyse an die dafür zuständigen Profis und rezipiert deren Beiträge. Allein die Medien können nachhaltig für Orientierung sorgen – der Einzelne ist in der Regel auf singuläre Beobachtungen verwiesen. Die Medien sind in der Pflicht, über das Kulturgeschehen zu berichten, es einzuordnen und zu werten, um dem Publikum jene Nahrung zu liefern, die für eine aktive Beteiligung am kulturellen Diskurs notwendig ist. Je eher der Kultursektor dazu Themen liefert, deren Relevanz und Gesprächswert so groß ist, dass sie über die reinen Kulturseiten und -sendungen hinausstrahlen, umso besser wird dies gelingen.

In unserer Redaktion stellen wir uns ständig die Frage, ob wir mit unseren Themen, unserem Themen-Mix und vor allem mit unserem Stil unser Publikum einladen oder abstoßen. Als aktuelle Kultursendung müssen wir, anders als die Spezialsendungen in SWR 2, besonders darauf achten, was wir beim Hörer voraussetzen dürfen. Die Erfahrung zeigt: Eine unpräzise, auf allerlei Fremdworte verzichtende Erzählweise macht einen Beitrag nicht oberflächlich. Im Gegenteil, eine klare Sprache zwingt zu klaren Gedanken. Das gilt in noch größerem Maße für das Fernsehen. Da dort die Botschaften hauptsächlich über das Bild transportiert werden, hat der Text eher eine Begleitfunktion. Da das Publikum der Kulturinteressierten traditionell eine Minderheit ist, entsteht leicht die Versuchung, die Minderheit als Elite mit besonderen intellektuellen Ansprüchen zu deuten und dem ge-

mäß anzusprechen. Die von vielen Menschen wahrgenommene Ungenießbarkeit des Kulturjournalismus ist ein Ausfluss dieses Denkens.

Um die Kulturberichterstattung für weitere Kreise attraktiv zu machen, ließen sich neue und spannende Fragestellungen entwickeln. Wenn man – pauschalierend natürlich – feststellt, dass Kino vor allem von Jüngeren, Bildende Kunst vom mittleren und Oper vom höheren Alter geschätzt wird, wie müsste dann ein zielgruppenorientierter Kulturjournalismus aussehen? Ist die Vorstellung von *der* Kultursendung, *dem* Kulturkanal, *dem* Feuilleton dann noch angebracht, oder wäre es nicht sinnvoller, die Themen nach Inhalt sowie Art und Weise ihrer Vermittlung an die jeweilige Klientel anzupassen? Der junge Kulturkonsument, dem die Oper ein Graus ist, und der Opernfreund, der noch nie ein Road-Movie sah – warum sollten beide an ein und derselben Quelle ihre Kulturinformationen bekommen? Andererseits: In der demografischen Entwicklung werden wir es mit Menschen zu tun haben, die mit Rock’n’Roll groß geworden sind und inzwischen Belcanto genauso lieben wie die Gitarre von Keith Richards. Überhaupt bieten die Konzerte der Rolling Stones mit ihren Besuchern von 17 bis 70 ein schönes Beispiel dafür, wie wenig schubladenhaft sich die demografische Entwicklung benimmt.

Beim Kongress der Kulturpolitischen Gesellschaft in diesem Sommer in Berlin wurde in der Abschlusserklärung auf die Notwendigkeit verwiesen, mittels empirischer Methoden das Publikum genauer zu vermessen. Was wir an Widersprüchlichem beobachten, wird sich wahrscheinlich nie ganz auflösen lassen, aber ein paar handfeste Hinweise über die Erwartungen derer, die wir kollektiv als das Publikum bezeichnen, werden in der demografischen Entwicklung umso wertvoller sein.

Exemplarisch seien hier einige Zahlen über SWR 2 angeführt. Wie alle gehobenen ARD-Programme erreichen wir nur eine sehr bescheidene Minderheit. Dabei spielt es keine Rolle, ob sich das Radioprogramm wie bei uns ähnlich einem Fernsehprogramm in eine Vielzahl von klar unterscheidbaren Sendungen auffächert oder im Stil einer populären Welle über den Tag ein Profil an Musik und Wort sendet. Zwei Drittel unserer Hörer sind über 60 Jahre alt, ein Fünftel ist in den

50ern, die Altersgruppen zwischen 14 und 49 sind eine Minderheit. Auch ein zweiter Befund ist überraschend. Der Anteil derer mit Abitur bzw. Studium und derer, die über einen Hauptschulabschluss verfügen, hält sich mit jeweils einem starken Drittel in etwa die Waage. Wir interpretieren das mit historischen Ursachen. In der Kriegs- und Nachkriegsgeneration war ein höherer Bildungsabschluss oft nicht möglich oder nötig. Über den realen Bildungsstand sagt dies deshalb wenig aus.

Wir würden natürlich gern die Zahl unserer Hörer vergrößern. Außerdem wollen wir auch für jüngere Hörer attraktiver werden. Daran arbeitet die sendereigene Medienforschung mit einer eigens konzipierten Methode, der so genannten »MedienNutzerTypologie«. Im Wege der Milieuforschung, wie sie auch zu kommerziellen Zwecken verwendet wird, wird versucht, Zielgruppen zu kreieren, die sich empirisch darstellen lassen.

Ohne die Typologie im Einzelnen zu erläutern, ist festzustellen, dass die allermeisten Typen dieses Modells mit Schlagern, Pop und Oldies zufrieden sind. Etwa ein Fünftel interessiert sich dezidiert für Radioprogramme mit klassischer Musik und anspruchsvollem Wort. Hier wurde dann noch einmal geschieden. Drei Viertel dieser Gruppe nennen wir »Klassisch Kulturorientierte«, ein Viertel »Neue Kulturorientierte«. Beide werden als bildungsbürgerliche Typen beschrieben. Statistisch gesehen sind die Klassischen überwiegend älter (im Durchschnitt 61 Jahre), überwiegend Frauen und haben meist traditionelle Interessen, wie zum Beispiel Wandern. Bei den Neuen, den Jüngeren (Durchschnittsalter 38) ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen, es gibt etwas mehr Familienleben und einen Computer im Haus.

In der Gruppe der »Klassisch Kulturorientierten« – das ergab die Auswertung – seien für unser Programm kaum noch Zuwächse zu erzielen. Die »Neuen Kulturorientierten« hätten wir noch nicht so erreicht, wie wir es könnten. Da diese Gruppe allerdings recht klein ist, ist auch das Potenzial für die Erhöhung der Quote und die Senkung des Altersdurchschnitts recht gering.

Befunde wie der eben genannte bergen zunächst das Moment der Enttäuschung und deuten an, dass der Kulturjournalismus im schar-

fen Wettbewerb mit den leichteren Formen kaum punkten kann. Allerdings findet Kulturberichterstattung nicht nur im Kultursender statt, sondern auf allen Kanälen. Hörfunk und Fernsehen, auch das zeigen die Untersuchungen, versorgen die Bürger täglich mit einer Fülle von Kulturwissen. Der Angebots- und Nutzungsschwerpunkt liegt dabei eindeutig im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wer sich überdurchschnittlich für Kultur interessiert, nutzt möglichst viele Wege zum Thema. In der Beliebtheit vorne steht das Fernsehen, gefolgt von der Zeitung, dem Hörfunk und dem Internet. Je höher die formale Bildung, desto höher die Bedeutung aller Medien für den Bereich Kultur.

Über Mediennutzung und Kulturvermittlung in der Zukunft zu spekulieren, heißt natürlich auch über die Medien selbst zu spekulieren. Radio und Fernsehen stehen vor großen Veränderungen. Die Revolution der Geräte, der Software und der Daten-Übertragungsraten ist in vollem Gange. Neben Antenne, Kabel und Satellit werden sich Breitband-Internet und Handy als weitere Mittel zur Verbreitung von Programmen etablieren. Auf dem Markt der Medien werden sich Programmanbieter und Programmverteiler neu sortieren. Der Wettbewerb der Player untereinander wird schärfer. Die Regulation des Marktes durch die Landesmedienanstalten wird an Bedeutung verlieren, zumal schon jetzt das Internet theoretisch jedermann die Möglichkeit gibt, lizenzfrei ein Radio oder einen Fernsehsender oder eine Zeitung (oder irgendeine Online-Mischform aus diesen Elementen) zu betreiben.

Die Kulturberichterstattung wird in einem solchen Szenario nur dann ihren Platz bewahren, wenn sie es schafft, ihre Beiträge dort anzusiedeln, wo sie interessiertes wie zufälliges Publikum gleichermaßen und in möglichst großer Zahl antrifft, also nicht nur in den Spezial-, sondern auch in den Massenprogrammen, und dort wiederum bei den Leuchttürmen wie den Nachrichten bzw. Nachrichtenmagazinen. Das Potenzial von Kulturthemen für Schlager-, Pop- und Oldiefans ist noch nicht getestet worden. Hier verfahren die öffentlich-rechtlichen Anstalten in ihren TV- und Radioprogrammen allzu arbeitsteilig, eine wechselseitige Durchdringung von »U« und »E« bei den Themen und Programmen hielte ich für wünschenswert. Gleichzeitig gilt: Je inte-

ressanter/bedeutsamer/spannender das Kulturleben ist, umso größer sind die Chancen, Kulturthemen außerhalb von Spezialsendern, -sendungen oder -seiten zu positionieren.

Fazit

Demografische Entwicklung als kulturelle Entwicklung zu verstehen heißt in erster Linie, über die Gestaltungsfragen zu kommunizieren bzw. durch Kommunikation zu gestalten. Wenn die Rollen in einer Gesellschaft auseinanderdriften, ist Kultur traditionell der Kitt, der dem Gemeinwesen wieder zu einer Ganzheitlichkeit verhilft. In der Debatte über Demografie wurde bislang vor allem darüber diskutiert, wie die Rollenmuster verändert und angeglichen werden sollten, konkret: wie beispielsweise die mittlere aktive Generation entlastet und die ältere Generation belastet werden könnte. Kultur im engeren wie im weiteren Sinne könnte hierzu eine prozessbegleitende Kreativität beisteuern.

Die Parteien des letzten Deutschen Bundestages haben sich in einer längeren Diskussion darauf verständigt, dass es durchaus möglich sei, die Kultur als Staatsziel in die Verfassung zu schreiben. Das Thema Demografie war für die Beratungen nicht von Bedeutung – aber gerade unter den Bedingungen der demografischen Entwicklung könnte es sich als klug erweisen, die Kultur im Grundgesetz zu verankern. Leider haben Union und SPD das Thema im Koalitionsvertrag nun wieder fallen gelassen. Sollte sich das Parlament eines fernen Tages dennoch entschließen, eine entsprechende Klausel zu formulieren, würde damit nicht nur ein Ist-Zustand festgeschrieben, sondern auch die Verpflichtung eingegangen, ihn fortzuschreiben. Und vielleicht wird man dann besser sehen, dass die Cultura der Kultur eine Zukunftsverpflichtung ist.

→ »bunter und weniger«

→ **DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG, MIGRATION UND KULTURELLE VIelfALT**

MICHAEL BOMMES

Zentrales Element in der demografischen Entwicklung eines Landes sind neben Geburten und Todesfällen Zuzüge und Fortzüge, also grenzüberschreitende Wanderungen, die in ihrem Resultat über einen definierten Zeitraum zum Wachstum oder zur Schrumpfung einer Bevölkerung mehr oder weniger stark beitragen. Der Zusammenhang von »Kultur und demografischem Wandel« ist in zahlreichen Hinsichten keineswegs evident und erschließt sich dem öffentlichen Bewusstsein erst allmählich. In Frage steht, in welcher Weise dieser Wandel die Kultur der Gesellschaft betreffen wird: ihre Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse, ihre Rechtskultur, ihre Kultur der politischen Auseinandersetzung, die Massenmedien und ihr Publikum, den Breitensport, die Kunst, das Gesundheitssystem, seine Routinen und seine Patienten sowie die Familien und das Verhältnis der Generationen zueinander. Aus einem solchen Erläuterungsbedarf bezieht die Tagung der »Stiftung Niedersachsen« zum Thema »Kultur und demografischer Wandel« ihren – im »Euro-Speak« formuliert – »added value«: Demografischer Wandel betrifft nicht nur die Arbeitsmärkte und die sozialen Sicherungssysteme wie die Rentenkassen, Pflege- und Krankenversicherungen, auf deren Unwägbarkeiten und Kosten sich primär die öffentliche Aufmerksamkeit richtet, sondern auch die kulturellen Verhältnisse der Gesellschaft in ihren verschiedenen Teilbereichen ebenso wie die institutionalisierten Lebenslaufstrukturen und Muster des Lebensverlaufs.

Hat dieser Zusammenhang bislang allgemein keine hinreichende Aufmerksamkeit gefunden, so gilt umgekehrt, dass für den Teil des demografischen Wandels, dem internationale Migrationen zugrunde liegen, die Bedeutung des daraus resultierenden kulturellen Wandels kaum der Unterstreichungsbedarf. Er findet öffentliche Aufmerksamkeit und provoziert politische Auseinandersetzung. In einer gewissen Spiegelverkehrung richtet sich diese dabei oftmals primär auf kulturelle Vielfalt oder Differenz – manchmal anstatt auf nahe liegendere ökonomische und sozialstrukturelle Konstellationen auf Arbeits- und

Wohnungsmärkten, im Bildungssystem, in der Politik oder im Recht. Das ist ein bemerkenswerter Sachverhalt.

I.

Die Bevölkerungsstruktur Europas und auch Deutschlands war und wird auch zukünftig wesentlich durch internationale Migrationen geprägt sein. Demografische Analysen zeigen, wie stark in Deutschland die Bevölkerung seit dem Zweiten Weltkrieg durch Migration geprägt ist. Dies ist an anderer Stelle in diesem Band erläutert und wir beschränken uns daher hier auf wenige Hinweise: Deutschland verzeichnet zwischen 1950 und 2003 einen positiven Wanderungssaldo von 8,3 Millionen Personen. Dabei ist insbesondere bedeutsam, dass der seit Mitte der 1960er Jahre einsetzende Geburtenrückgang, der im Jahre 1972 dazu führte, dass die jährliche Zahl der Geburten erstmals die jährliche Zahl der Todesfälle unterschritt, durch die starke Zuwanderung in den Folgejahren kompensiert wurde und es trotz des Geburtendefizits von 3,1 Millionen zwischen 1972 und 2003 durch eine Zuwanderung von 6,8 Millionen zu einem Bevölkerungszuwachs von 3,7 Millionen Personen kam. Für die Zukunft aber scheint klar zu sein, dass der selbstverstärkende Prozess einer schrumpfenden Bevölkerung durch Zuwanderung nicht kompensiert, sondern allenfalls abgemildert werden kann.

Erst in den letzten Jahren hat eine intensive Diskussion darüber eingesetzt, welche sozialen und eben auch kulturellen Folgen damit verbunden sein werden. Dabei reichen die Einschätzungen von kulturpessimistisch gestimmten Analysen, die in eher spengleristischer Manier den Untergang des Abendlandes aufziehen sehen,¹ bis zu gelasseneren Stimmen, die darauf hinweisen, dass die moderne Gesellschaft durch zahlreiche demografische Strukturverschiebungen seit ihrer Entstehung gekennzeichnet gewesen sei, dass alle Prognosen über die künftige Bevölkerungsentwicklung weiterhin durch eine Reihe von Unwägbarkeiten bestimmt und daher weiterhin mit hohen

1 Vgl. Birg 2001 sowie zur Kritik Oberndörfer 2005.

Unsicherheiten verbunden seien – und dass es schließlich keinen Grund gebe anzunehmen, dass sich die Gesellschaft nicht auf eine veränderte Altersstruktur ihrer Bevölkerung einstellen und entsprechende soziale und kulturelle Strukturen ausbilden könne.²

Diskussionen über den Zusammenhang von Migration und Kultur sind in diesem Spannungsfeld angesiedelt. Die Art und Weise, in der dies der Fall ist, erschließt sich auf der Grundlage einer methodischen Überlegung: Wer über Bevölkerung redet, muss sich des Bezugsrahmens vergewissern, in dem er oder sie sich bewegt. Geht es um lokale, regionale, nationale Bevölkerungen, die europäische oder gar die Weltbevölkerung? In gleicher Weise muss man sich verdeutlichen, dass Bevölkerung in verschiedenen sozialen Kontexten auf unterschiedliche Weise relevant wird: Für Kindergärten und Schulen gibt es zu viele oder zu wenige Kinder; für Arbeitsmärkte zu viele oder zu wenige, qualifizierte, unter- oder überqualifizierte Arbeitskräfte; für Rentensysteme zu viele Leistungsbezieher; für die Struktur des Gesundheitssystems eine mit bestimmten Krankheitsrisiken ausgestattete Bevölkerung; für Wohnungsmärkte eine auch durch die Bevölkerungsstruktur akzentuierte Nachfrage usw. Daraus ergibt sich: Alle diese sozialen Systeme beobachten die Bevölkerung unter ihren eigenen Prämissen, ihre Entwicklung wird für die eigene Strukturentwicklung dieser Systeme auf je andere Weise relevant. In diesem Sinne bezeichnet die Bevölkerung (bzw. die Bevölkerungen) die Umwelt der Gesellschaft und ihrer sozialen Systeme. Mit anderen Worten: Bevölkerung ist eine Kategorie der Beobachtung im Hinblick auf die Frage, wie viele relevante Menschen es in einem definierten Bezugsrahmen (ökonomisch, rechtlich, politisch etc.) gibt und durch welche für den Beobachter bedeutsamen Eigenschaften sie gekennzeichnet sind. Bevölkerung bzw. Bevölkerungen sind als solche unerreichbar, man kann sie nicht adressieren³ und sie handeln auch nicht – denn han-

2 Siehe dazu Fassmann 2005.

3 Man kann sicher zum Beispiel eine Ansprache im Fernsehen halten und dabei das Volk oder die Bevölkerung adressieren. Aber das ist eine kommunikative Fiktion und empirisch antwortet auch nie das Volk oder

deln können nur Individuen. Auch bestimmt der direkte Bezug auf Bevölkerung nicht das Handeln von Individuen: Sie bekommen keine Kinder, weil sie sich an Fertilitätsraten oder der Altersstruktur der Bevölkerung orientieren. Dies macht verständlich, warum man gerade im Feld bevölkerungspolitischer Diskussionen auf merkwürdig wertbesetzte, appellative und emphatische Formen der Kommunikation trifft. Weil Bevölkerung eine Kategorie der Beobachtung und kommunikativ unerreichbar ist, oszilliert die politische Diskussion gewissermaßen zwischen zwei Formen der politischen Kommunikation: a) einer emphatischen Gemeinschaftskommunikation, in der die Bevölkerung als Volk adressiert und an die Individuen appelliert wird, ihr Handeln an der Gemeinschaft zu orientieren;⁴ b) einer nüchternen, reflexiv sozialtechnischen Kommunikationsform, die darauf zielt, im Lichte der Resultate der Bevölkerungsbeobachtung die Randbedingungen des Handelns von Individuen mit Mitteln der Sozialpolitik in einer Weise zu verändern, dass daraus Motive zur Familiengründung resultieren – sei es durch positive oder negative Anreize (Becker 1992; Clarke/Strauss 1998; Rürup/Gruescu 2003).

In komplementärer Weise kommt in diesem Zusammenhang das Thema der Migration und damit zusammenhängend dann die Frage der Kultur ins Spiel: Zum einen wird internationale Migration in sozialtechnischer Perspektive unter dem Gesichtspunkt thematisiert, ob sich damit die demografischen Prozesse in einem Land wirksam beeinflussen und im je gewünschten Sinne beeinflussen lassen. Auch

die Bevölkerung. Eine Antwort kann allenfalls stellvertretend formuliert werden: etwa durch die mediale Inanspruchnahme des Wissens um die Meinungen, Wünsche oder Bewertungen der ›breiten Mehrheit‹.

- 4 Dies hat seine historische Grundlage in der Inklusionsform des Nationalstaates, der die auf seinem Territorium befindliche Bevölkerung als nationales Volk der Staatsbürger einbezieht und darauf seine Souveränität in doppeltem Sinne stützt: durch und über das Volk. Das Wissen um die Entwertung der nationalen Gemeinschaftssemantik im Gefolge des Nationalsozialismus im profanen bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat ist dann die Grundlage des erwähnten Kulturpessimismus und der in diesem Zusammenhang artikulierten Untergangsstimmung.

wenn mittlerweile Einigkeit darüber zu bestehen scheint, dass sich der Schrumpfungsprozess von Bevölkerungen eines Landes durch Migrationen nicht vollständig kompensieren lässt, so besteht zugleich kein Zweifel, dass Länder mit zurückgehenden Bevölkerungen in Europa zukünftig auf Migration aus Gründen wie insbesondere dem Ausgleich von Arbeitsmarktungleichgewichten angewiesen sein werden. In diesem Zusammenhang wird aber die Frage, wie viel Migration diese Länder brauchen werden, regelmäßig mit der Gegenfrage konfrontiert, wie viel Migration sie verkraften können – und dies nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der aus Migration resultierenden kulturellen Pluralisierung und ihren Auswirkungen auf die Zuwanderungsländer. Und diese Frage ist doppelt artikuliert: Sie meint nicht nur empirisch die kulturelle Pluralisierung, die die alltäglichen Lebensverhältnisse in den Bereichen Arbeit, Familie, Politik, Erziehung und Ausbildung oder Religion betrifft, sondern nicht zuletzt auch die kulturell interpretierte Gemeinschaft des Volkes. Die Auswirkungen von Zuwanderungen als Teil des demografischen Prozesses auf die kulturellen Verhältnisse beziehen ihre öffentliche Evidenz nicht nur – und wohl auch nicht primär – aus ihren empirischen Auswirkungen auf die alltäglichen Lebensverhältnisse, sondern weil sie die politisch emphatische Konzipierung von Bevölkerung als Volk in den Nationalstaaten irritieren. Es ist vor diesem Hintergrund nicht überraschend, dass insbesondere im demografischen Diskurs mit seiner immanenten Tendenz zur kurzschlüssigen Überbrückung der Unerreichbarkeit der Bevölkerung durch ihre Adressierung als Gemeinschaft von einigen führenden Vertretern⁵ Migrationen als potenzielle Aushöhlung dieser Gemeinschaft betrachtet werden. Dabei sind solche Einschätzungen in erstaunlicher Weise in Distanz zur Empirie der Migrationsverhältnisse seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Europa – und der daraus resultierenden kulturellen Vielfalt – formuliert.

5 Dabei stoßen diese Positionen innerhalb der Disziplin der Demografie auf wenig offiziellen Widerspruch. Der informellen Distanzierung ist bislang keine öffentliche Distanzierung gefolgt und bleibt dann externen Kommentatoren überlassen; vgl. Oberndörfer 2005.

II.

Migrationen kommen in allen Gesellschaften vor und bezeichnen in diesem Sinne eine »conditio humana« (K. J. Bade). Sie haben aber in verschiedenen Gesellschaften auch einen je anderen Sinn: In nomadischen Gesellschaften sind alle Mitglieder Migranten, und weil Migration die Grundlage der Reproduktion ist, ist der Sachverhalt selbst sozial kaum bemerkenswert. In der ständischen Gesellschaft erfolgen Migrationen auf der Basis sozialer Zugehörigkeit, diese reguliert auch die Wanderungsoptionen. Es finden sich vielfältige räumliche Mobilitäts- und Wanderungsformen von Kaufleuten und Händlern, Pilgern und Wallfahrern, Studenten, Handwerkern, Gesellen, Saisonarbeitern und Hauspersonal. Zugewanderte werden als Fremde in der Form von Studentenmatrikeln, Konventslisten und Bürgeraufnahmebüchern und durch die Zuordnung zu Kollektiven sozial kenntlich gemacht. Die Wanderer selbst sind als Studenten, Pilger, Kaufleute, Handwerker oder Gesellen äußerlich erkennbar. Möglichkeiten und Verbote der Wahrnehmung von Wanderungsgelegenheiten und daran gebundene Chancen hängen von Zugehörigkeit ab, darüber vermittelt wird Migration in ihren Risiken und Erfolgsaussichten organisiert – etwa in Gilden, Zünften und Bruderschaften der Kaufleute, Handwerker und Gesellen oder im Herbergswesen, das um Wall- und Pilgerfahrten herum entsteht. Legitime Migration basiert auf Zugehörigkeit und daher ist umgekehrt Migration auf der Basis von Nicht-Zugehörigkeit riskant. Die unehrbaren Berufe wie Spielleute, Hausierer, Artisten, Kesselflicker, (Flick-)Schuster oder Scherenschleifer sowie die Bediensteten, Saisonarbeiter und »fahrenden Leute« wurden als solche ohne Zugehörigkeit, als herrenlose Menschen ohne »Herd und Heimstatt« in ihren Möglichkeiten beschnitten und der Kontrolle und Repression unterworfen. Die ständische Gesellschaft reagierte auf die Phänomene, für die sie keinen strukturellen Ort vorgesehen hatte, mit Repression und zwangsweiser Kenntlichmachung wie etwa dem Brandmarken von Landstreichern (Jaritz/Müller 1988; Bommes 1999: 58ff.).

Im Unterschied dazu kennt die moderne Gesellschaft keine festgelegte, durch Abstammung regulierte Zugehörigkeit von Individuen, die zugleich die ihnen offen stehenden sozialen Handlungsmöglich-

keiten reguliert. Die Individuen sind im Prinzip selbst dafür verantwortlich und zuständig, sich um den Zugang zu den für eine selbstständige Lebensführung bedeutsamen sozialen Bereichen wie Ausbildung, Arbeit, Gesundheit, Recht, Religion oder Familie zu bemühen. Dies ist die sozialstrukturelle Grundlage für die Bedeutung, die Migration in der modernen Gesellschaft annimmt: Migrationen sind im Kern Versuche der Realisierung von Teilnahmekanzen an solchen sozialen Bereichen durch räumliche Mobilität, also eben Arbeitsmigration, Bildungsmigration, Familien- und Heiratsmigration oder Fluchtmigration.

Aber nicht jede solche räumliche Mobilität wird in der modernen Gesellschaft auch sozial als Migration registriert: Der Arbeitsplatzwechsel und die Wohnortverlagerung von Osnabrück nach Stuttgart gilt nicht als Migration, sondern ggf. als erwartete Mobilität – und der Niedersachse sieht sich in Stuttgart nicht als Migrant behandelt. Nicht Binnenwanderung bezeichnet in Europa oder den klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Australien oder Kanada die Migrationsproblematik, sondern internationale Migration. Das ist in anderen Regionen der Welt wie zum Beispiel China anders, für die massive Urbanisierungsprozesse und die damit einhergehenden Land-Stadt-Wanderungen eine erhebliche sozialstrukturelle Herausforderung darstellen.

Internationale Migrationen sind – ebenso wie Binnenmigrationen – durch den Versuch von Individuen motiviert, Teilnahmekanzen auf Arbeitsmärkten, im Bildungssystem, in Familien oder anderen sozialen Zusammenhängen zu realisieren. Aber in diese Migrationen wird wie in alle Staatsgrenzen überschreitenden Migrationen auf verschiedene Weise politisch und rechtlich interveniert. Die Grundlage dafür ist die Organisationsform der Politik in der modernen Gesellschaft, der nationale Staat. Politische und rechtliche Interventionen in internationale Migration geschehen nicht historisch zufällig und vorübergehend, sondern sie sind Ausdruck eines Strukturproblems der modernen Weltgesellschaft. Diese Weltgesellschaft erzeugt nämlich parallel einerseits – aufgrund der Verfassung von Arbeitsmärkten, des Bildungssystems, der Massenmedien, der Institutionalisierung der Kernfamilie (um nur die wichtigsten Zusammenhänge anzusprechen)

– permanent Motive für internationale Migrationen und schränkt diese andererseits – aufgrund der spezifischen Verfassung des politischen Systems, seiner segmentären Unterteilung in Nationalstaaten – dann wiederum ein. Internationale Migrationen stellen die Einteilung der Weltbevölkerung in Staatsbevölkerungen in Frage. Staaten regulieren ihr Verhältnis zu diesen Migrationen vermittelt über die zwei konstitutiven Dimensionen, die das Verhältnis zu ihren eigenen Staatsbevölkerungen definieren: die *Loyalitätsbeziehung*, die unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung politischer Souveränität den Staatsbürgern (und allen anderen auf dem Territorium befindlichen Personen) Folgebereitschaft gegenüber den staatlichen Entscheidungen abverlangt; die *Leistungsbeziehung*, die im Gegenzug dem Staat auferlegt, Leistungen der rechtlichen, politischen und sozialen Sicherheit zu erbringen, die in dem Begriff des Wohlfahrtsstaates zusammengefasst sind. Beinahe alle politischen Regulationsformen internationaler Migration sind durch Aspekte strukturiert, die diese beiden Dimensionen, also Fragen der Loyalität und der wohlfahrtsstaatlichen Leistungserbringung, betreffen. In der Gegenwart lässt sich dies leicht daran verdeutlichen, dass einerseits Migration und Terrorismus öffentlich immer wieder in einen engen Zusammenhang gebracht werden, also die Loyalitätsproblematik thematisiert wird, und andererseits in den letzten Jahren in allen europäischen Staaten wiederkehrend die Diskussion geführt wird, ob Zuwanderung zur Leistungsfähigkeit von Wohlfahrtsstaaten beiträgt oder diese mindert.

Europa hat sich neben Nordamerika, Südostasien/Australien und Südafrika seit dem Zweiten Weltkrieg zu einer der Weltzuwanderungsregionen entwickelt. In Deutschland war dies mit einer Reihe von Zuwanderungsbewegungen verbunden, die bis in die Gegenwart relevant sind und auch die Bahnen für zukünftige Zuwanderungen gelegt haben: die Zuwanderung

- von Vertriebenen und Flüchtlingen in den 1940er und 1950er Jahren als eine Folge der Katastrophe des Nationalsozialismus und des von ihm ausgehenden Zweiten Weltkrieges;
- der als Gastarbeiter angeworbenen Arbeitsmigranten aus den Mit-

telmeerländern Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Italien, Spanien und Portugal seit 1955 bis 1973 (Anwerbestopp) sowie ihrer Familien;

- der Aussiedler seit den 50er bis zum Ende der 80er Jahre auf der Grundlage von bilateralen Abkommen mit den sozialistischen Staaten Polen, Rumänien, Ungarn und UdSSR – und seit Ende der 80er Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und der Einführung der Freizügigkeit insbesondere aus den Nachfolgestaaten der UdSSR (diese Zuwanderung hatte ihren Höhepunkt zwischen 1988 und Mitte der 90er Jahre und läuft mittlerweile aus);
- von Asyl suchenden, politischen Flüchtlingen und Bürgerkriegsflüchtlingen. Auch hier lag der Höhepunkt zwischen dem Ende der 80er und der Mitte der 90er Jahre. Mit der Änderung des Asylrechts und der Europäisierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik sind die Zahlen erheblich zurückgegangen;
- von Werkvertragsarbeitnehmern und Saisonarbeitern seit Ende der 80er Jahre;
- von Ehepartnern und anderen Familienangehörigen – gegenwärtig eine der bedeutendsten Zuwanderungsbewegungen;
- von Hochqualifizierten insbesondere seit Ende der 90er Jahre zunächst auf der Grundlage von Ausnahmeregelungen, mittlerweile auf der Basis der Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes vom 1.1.2005;
- von so genannten illegalen Migranten, die ohne rechtmäßigen Aufenthalt oder erforderliche Arbeitserlaubnisse insbesondere in privaten Haushalten, im Baubereich, im Hotel- und Gaststätten-gewerbe und in der Prostitution Beschäftigung finden. Ihre Größenordnung ist naturgemäß nur schwer zu bestimmen.

Zwischen 1950 und 2000 sind etwa 30 Millionen Menschen, Deutsche und Ausländer, zugewandert. Etwa 20 Millionen haben Deutschland im gleichen Zeitraum verlassen.

Politische Regulationsversuche internationaler Migration befinden sich in allen europäischen Wohlfahrtsstaaten und auch in Deutschland seit den frühen 90er Jahren im Umbruch. Sie stehen in

einem Kontext, in dem diese Staaten die Leistungsbeziehung, die sie zu ihren Staatsbevölkerungen unterhalten, im Rahmen des Umbaus ihrer wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme neu definieren. Dabei ist seit den frühen 90er Jahren eine doppelte politische Bewegung zu registrieren:

- einerseits der übergreifende Versuch, klare Bestimmungen der sozialen Integrationsbedingungen für den Teil der Migrationsbevölkerungen festzulegen, der mit einem absehbar dauerhaften und verfestigten Aufenthaltsstatus in diesen Ländern ausgestattet ist. Hier besteht eine auffällige Konvergenz zwischen der Öffnung der Staatsbürgerschaft für Migranten und der Neukonzipierung der sozialen Integrationszielsetzung unter der Maxime ›Fördern und Fordern‹ im aktivierenden Wohlfahrtsstaat;
- andererseits und korrespondierend dazu finden sich erhebliche Anstrengungen dieser Staaten festzulegen und durchzusetzen, welche Migranten sie zukünftig haben wollen und welche nicht. Dies impliziert einerseits die Öffnung für solche Migranten, die als potenziell leistungsfähig gelten (v.a. Hochqualifizierte, Unternehmer, Studierende), und andererseits die Einschränkung von Zuwanderungsmöglichkeiten aus humanitären Gründen, von Familiennachzug und Heiratsmigration sowie die Aufrüstung der Kontrollkapazität in diesen Staaten und der EU zum Zwecke der Verhinderung und Abwehr unerwünschter und illegaler Migration.

Soziale Integration und Migrationskontrolle bezeichnen also gegenwärtig und absehbar die beiden Kernbausteine europäischer (und in diesem Zusammenhang auch deutscher) Migrations- und Integrationspolitik. Dabei liegt der Akzent europäischer und insbesondere deutscher Migrationspolitik vor allem auf Kontrolle und Abwehr, ohne dass bislang funktionierende Formen des Migrationsmanagements im Umgang mit Zuwanderungen aus dem Süden gefunden sind. Dies wird wiederkehrend eindringlich deutlich an ertrinkenden Menschen im Mittelmeer oder verzweifelten Zuwanderern an den Grenzzäunen der spanischen Enklaven in Nordafrika. Der Schwerpunkt auf Abwehr und Kontrolle steht aber zudem in einem erstaunlichen Missverhält-

nis dazu, dass die Zuwanderungszahlen seit Mitte der 90er Jahre rückläufig sind, dass dem Versuch der Anwerbung von Hochqualifizierten gegenwärtig eine – wenn auch moderate – Abwanderung von Hochqualifizierten aus Deutschland gegenübersteht, darüber hinaus aber Deutschland und Europa aufgrund ihrer alternden und schrumpfenden Bevölkerung unzweifelhaft zukünftig auf Zuwanderung angewiesen sein werden, um absehbare Ungleichgewichte auf Arbeitsmärkten auszugleichen. Daher ist davon auszugehen, dass die Experimentierphase einer angemessenen politischen Gestaltung von Migration und Integration in Europa und in Deutschland noch eine ganze Weile anhalten wird und mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Jahre 2004 keineswegs abgeschlossen war.

III.

Befürworter und Gegner einer gegenüber Zuwanderung offenen Politik sind sich darin einig, dass internationale Migrationen einen an Bedeutung gewinnenden Sachverhalt in der modernen Gesellschaft bezeichnen, mit dem bedeutende ökonomische, politische, soziale und *kulturelle* Folgen für die Herkunfts- und Zuwanderungsländer verbunden sind. Was aber ist mit den *kulturellen* Folgen von Migration genau gemeint, wenn solche doch wiederum in der Wirtschaft, in der Politik und eben ›sozial‹ anfallen, d.h. in Bereichen wie Familie, Erziehung und Ausbildung, Religion, Massenmedien, Sport und Gesundheit? Was unterscheidet Kultur von Wirtschaft, Politik und dem Sozialen – und was meint kulturelle Vielfalt?

Es ist nahezu aussichtslos, definitorisch festlegen zu wollen, was Kultur *ist*. Denn der Kulturbegriff ist schillernd – es ist in den Sozialwissenschaften nie gelungen, sich auf einen einheitlichen Kulturbegriff zu einigen. Unstrittig scheint einzig zu sein, dass im Prinzip alles Soziale unter dem Gesichtspunkt von Kultur betrachtet werden kann. Das findet sich prägnant bei dem Kulturoziologen Tenbruck formuliert:

»Das Handeln ist die Quelle aller Kultur [...]. [I]m weiten Sinn rechnet dazu alles, was der Mensch aufgrund von Bedeutungen tut oder

was aus solchem Tun hervorgeht und deshalb Bedeutungen enthält. Deshalb sind alle seine Lebensäußerungen Kulturtatsachen, vom Wirtschaften und dessen Werkzeugen über die sozialen Gebilde und Institutionen bis hin zu den geistigen Gebilden des Mythos, der Religion, Kunst, Literatur, Philosophie und Wissenschaft. Landbau, Pflug, Haustier, Ehe, Prostitution, Waffen, Krieg, Freundschaft, Sport, Aberglauben, Moral, Spiel, Technik sind, wie alles, was aus der Hand des Menschen hervorgeht, Kulturerscheinungen [...]. Und jede Gesellschaft ist [...] eine Kulturerscheinung, da sie auf sinnhaftem Handeln [...] beruht [...].« (Tenbruck 1989: 46f.)

Der Kulturbegriff schließt nichts aus. Kultur bezeichnet vielmehr Soziales unter dem Gesichtspunkt der Kontingenz: Die von Tenbruck bezeichneten »Lebensäußerungen« haben die Form, die sie haben, weil sie »Kulturtatsachen« sind. Ihnen liegen Orientierungen und Regelsysteme zugrunde, die, weil sie kulturell sind, nicht beliebig, aber im Prinzip eben auch anders möglich sind. Die Entdeckung der Kultur, wie sie seit dem 18. Jahrhundert um sich greift, ist die Entdeckung einer »Nicht-Beliebigkeit«, die im Prinzip auch anders möglich ist: »Nach wie vor kann man mit einem Messer schneiden, kann man zu Gott beten, zur See fahren, Verträge schließen oder Gegenstände verzieren. Aber außerdem lässt sich all das ein zweites Mal beobachten und beschreiben, wenn man es als kulturelles Phänomen erfasst und Vergleichen aussetzt.« (Luhmann 1995: 42) Mit der Entdeckung von »Kultur« entsteht also die Möglichkeit, auf zwei Ebenen nebeneinander zu kommunizieren, nämlich im Modus erster Ordnung: Man betet, fährt zur See, schließt Verträge usw.; und im Modus zweiter Ordnung: Man sieht, dass es kulturspezifisch ist.

Kulturspezifität rückt in der modernen Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt von Einschränkung, d.h. Regelmäßigkeit, sowie unter dem Gesichtspunkt von Kreativität in den Blick. Der Kulturbegriff impliziert dabei zwingend die Perspektive des Vergleichs:

»Ein Wort, ein Begriff dafür meldet sich, wenn das Vergleichen alles, was verglichen werden kann, relativiert, und es schließlich keine verbindlichen Wesensformen mehr gibt, die Grenzen weisen könnten.

Das ist die historische Situation, von der aus dann weltweit und historisch rückwärts ohne Einschränkung Kultur geortet werden kann.« (Ebd.: 49)

Mit anderen Worten: Kultur ist eine Beobachtungsform, und die Beschreibung von etwas als Kultur impliziert eine bestimmte Beobachterhaltung: nämlich das, was geschieht, als kulturspezifisch zu kennzeichnen, das heißt als etwas, das auch anders möglich ist und im Lichte dieses Vergleichs in seiner Besonderheit zum Thema wird. Kultur bezeichnet also keinen schlüssigen ›Gegenstand‹ oder ein »raumzeitlich fixierbares Gebilde« (Matthes 1992), der sich von der Gesellschaft abgrenzen lässt. Der Blick auf etwas als Kultur und Versuche der Beschreibung von Kulturen rücken also die Kontingenz sozialer Verhältnisse in den Blick: Ihre Kontingenz wird im Lichte des Vergleichs sichtbar (Luhmann 1995).

Es ist kein Zufall, dass die Perspektive der Kultur in der Gesellschaft in einem Kontext entsteht und generalisiert wird, in der ausgehend von Europa die Welt erobert wird. Und diese Perspektive wird dann nach innen und nach außen gewendet: Es rücken dann nicht nur die ›primitiven‹ Kulturen der ›Wilden‹ in den Blick, sondern auch mitten in Europa können die Kulturen der Armen und des neu entstehenden Proletariats auf der einen Seite und des Bürgertums auf der anderen Seite im Kontext der sozialen Verwerfungen der industriellen Revolution so weit auseinander driften, dass sie in der Beobachtung und den Worten von Disraeli im 19. Jahrhundert als »two nations« erscheinen, also unter dem Gesichtspunkt zum Thema werden, ob damit das Auseinanderfallen der Gesellschaft angezeigt wird bzw. ihre Integration in Frage steht. Mit anderen Worten: Wie viel kulturelle Vielfalt die moderne Gesellschaft verkraftet, ist ein altes Thema, also eine Form der Selbstbeobachtung, die sie von Beginn an begleitet und das im Kontext internationaler Migration neu aufgelegt wird.

Migranten geraten in vielerlei Hinsicht unter dem Gesichtspunkt von Kultur in den Blick: Man beobachtet sie bzw. kann sie beobachten im Hinblick auf kulturelle Verschiedenheit, die dann zum Beispiel das Essen, die Kleidung, die Art und Weise der Präsentation der Körper in öffentlichen Räumen, die Wohnungsausstattungen, die Sprache, die

Religion oder die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und den Generationen betreffen kann. Und umgekehrt beobachten auch Migranten die Handlungsweisen im Zuwanderungsland im Hinblick auf solche Unterschiede und reflektieren daran ihr eigenes Verhalten. Für unser Thema interessiert aber nicht dieser Sachverhalt an sich, sondern die damit verbundenen gesellschaftlichen Implikationen.

Als Ausgangspunkt dafür, auf einige dieser Implikationen einzugehen, dient uns der Titel dieses Textes: »Migration und kulturelle Vielfalt«. Wer so formuliert, ruft Konnotationen einer wohlmeinenden Bewertung in dem Sinne auf, dass kulturelle Pluralisierung vor allem mit Bereicherung verbunden ist. Aber der aus Migrationen resultierende kulturelle Wandel wird bekanntlich nicht überall und von allen als Bereicherung, sondern auch als Bedrohung registriert. Wir haben darauf hingewiesen, dass dies insbesondere auch im Kontext der demografischen Diskussion wiederkehrend der Fall ist. Migrationen gelten dort auch als Ausdruck und Verschärfung einer die Bevölkerungsstrukturveränderung auslösenden und durch sie weiter forcierten kulturellen Fehlentwicklung. Damit ist das alte Thema aufgerufen, wie viel kulturelle Pluralität die moderne Gesellschaft aushält, und der Bereicherungsperspektive wird die Zerfallsperspektive entgegeng gehalten. Im Folgenden verbleiben wir nicht im Modus des Für und Wider, sondern unterlaufen ihn durch eine soziologische Beobachtung.

Die moderne Gesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass sie die kulturelle Gestaltung der Lebensverhältnisse in vielerlei Hinsicht freigegeben hat. Sie hat ihre strukturelle Verfassung gewissermaßen auf Distanz zur Kultur zeitgleich mit ihrer Entdeckung gebracht. Die Freigabe von Kultur ist ganz sinnfällig: Sie zeigt sich an der Kleidung von Professoren und Studierenden in Universitäten, in Jugendkulturen, an der Freigabe von Sexualität und den Formen von Intimbeziehungen, der Pluralität massenmedialer Angebote, der Pluralisierung von Werten und religiösen Ausrichtungen etc. Auf dieser Erscheinungsebene weben sich auch Migrantenkulturen nur in einen »bunten Teppich« ein.

Mit der strukturellen Freigabe der kulturellen Gestaltung der Lebensverhältnisse sind Freiheiten und Einschränkungen verbunden. Die Freiheit betrifft nicht nur – und nicht einmal primär – die Individu-

en, sondern vor allem die gesellschaftlichen Organisationen und Funktionsbereiche, die sich damit weitgehend unabhängig machen von dem Erfordernis und dem Aufwand der direkten Steuerung und Kontrolle des Verhaltens. Das kann man sich an Beispielen wie Berufsrollen, aber auch dem Publikum in Behörden, Kaufhäusern, Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, Gerichten oder Massenmedien verdeutlichen. Es wird gewissermaßen allen Individuen weitgehend unabhängig von ihrer kulturellen Selbstgestaltung zugetraut, Bürger, Student, Patient, Kunde, Kläger oder Angeklagter zu sein. Denn solche Einrichtungen beruhen auf anderen Formen der Sicherung von Erwartungserfüllung, die es erlauben, Kultur im Sinne der Ausgestaltung der Lebensführung von Individuen freizugeben. Diese Formen sind im Wesentlichen Mitgliedschaftsrollen: Individuen müssen selbst lernen, welche sozialen Erwartungen damit verbunden sind, eine Berufs- und Leistungsrolle in einer Organisation einzunehmen, denn nur so können sie arbeiten und dies verschafft ihnen ein Einkommen. Sie müssen lernen, Schüler oder Studenten, Patienten, Kunden, Bürger oder Kläger zu sein, denn nur dies eröffnet ihnen den Zugang zu Erziehung und Ausbildung, Gesundheit, Waren und Dienstleistungen, politischem Einfluss und Recht. Da ihnen auferlegt ist, selbst dafür zu sorgen, dass sie Zugang zu diesen für ihre Lebensführung bedeutsamen Bereichen finden, ist ihnen im Übrigen weitgehend selbst überlassen, in welcher kulturellen Form sie dies anstreben und dies an ihrem Erfolg zu reflektieren.

Das gilt in gleicher Weise für Migranten: Wie gezeigt wurde, sind internationale Migrationen durch den Versuch von Individuen motiviert, Teilnahmechancen auf Arbeitsmärkten, im Bildungssystem, in Familien oder anderen sozialen Zusammenhängen zu realisieren. Ausgehend von ihren erlernten kulturellen Formen der Lebensführung richten sie sich daher an Erwartungszusammenhängen dieser Kontexte aus. Auf der Grundlage der Freigabe der kulturellen Lebensgestaltung ist kulturelle Differenz kein prinzipielles Hindernis für Migrationen: Das zeigt sich daran, dass Migranten Verwendung auf den verschiedensten Märkten finden und sich umgekehrt an den dort gültigen Erwartungen ausrichten. Andernfalls könnte man gar nicht erklären, dass so viele Menschen wandern und Anschluss finden. Auch für

Migranten gilt also: Funktionsbereiche wie die Politik, die Ökonomie, das Recht, die Erziehung oder die Gesundheit und ihre Organisationen haben die Formen der kulturellen Lebensführung weitgehend freigegeben und verlangen ihnen umgekehrt für die relevanten Ausschnitte ihrer Teilnahme an Erziehung, Arbeit, Gesundheit usw. ab, sich auf die gültigen Erwartungen einzustellen. In Beispielen: Die Politik und die Nationalstaaten in (West-)Europa machen kulturelle Homogenisierung nicht mehr zur Voraussetzung für langfristigen Aufenthalt und Einbürgerung. Unternehmen nehmen Rücksicht auf die religiösen Orientierungen ihrer Belegschaft; Krankenhäuser stellen sich auf Patienten unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur ein; das Rechtssystem schützt die Individuen dagegen, aufgrund ihrer kulturellen oder religiösen Überzeugungen diskriminiert zu werden.

Die gekennzeichnete Freigabe der kulturellen Ausrichtung von Individuen und Kollektiven gilt auch mit Bezug auf Sprache. Sprache war historisch im Kontext der europäischen Staatenbildung nicht zuletzt das Medium der Herstellung der ›nationalen Gemeinschaft des Volkes‹. Die nationalen Wohlfahrtsstaaten in Europa verfolgen aber heute in ihrer Mehrheit keine gewaltsamen nationalstaatlich kulturellen Homogenisierungsprogramme mehr zur Herstellung einer nationalen Gemeinschaft von Staatsbürgern, wie dies noch bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts der Fall war. Stattdessen lässt sich seit dem Zweiten Weltkrieg eher ein sich herausbildender Postnationalismus der europäischen Staaten beobachten (Therborn 1995). Teil dieses Prozesses war auch die Entwicklung Europas zu einer der weltweit bedeutenden Zielregionen internationaler Migrationen. Daraus resultierte eine heute in allen Zuwanderungsländern zu konstatierende kulturelle Pluralisierung und Mehrsprachigkeit, auf die die europäischen Staaten nicht mehr in der Weise reagieren, dass sie diese für ein Übergangsphänomen halten, das durch forcierte kulturelle und sprachliche Assimilation aufgehoben werden kann. Auch Schulen, zuvor die ›Schulen der Nation‹, rechnen heute mit einer mehrsprachigen sowie religiös und kulturell verschieden orientierten Schülerschaft. Sie verlangen dieser ausgehend von einer solchen kulturellen und sprachlichen Heterogenität – und nicht in der Absicht ihrer Reparatur

– ab, insbesondere Schrift- und Verkehrssprache sowie andere formale Qualifikationen zu erwerben. Nationale Sprachen bezeichnen daher mittlerweile funktional die durchgesetzten Verkehrssprachen und nicht mehr »die Sprachen der nationalen Gemeinschaften«.⁶ Ihre Vermittlung zielt nicht mehr auf die Herstellung einer homogenen Schülerschaft und ihre Vergemeinschaftung, sondern auf die Erziehung zur Teilnahmekompetenz in sozialen Systemen. Das lässt sich auch deutlich den Zielsetzungen der gegenwärtig in vielen europäischen Staaten etablierten Integrationsprogramme entnehmen: Ziel ist zunächst der Erwerb der Verkehrssprache als Voraussetzung für soziale Teilnahmekompetenz im Kontext einer im Übrigen sozial weitgehend freigegebenen Mehrsprachigkeit – und nicht kulturelle Homogenisierung.

IV.

Aus der bisherigen Darstellung ergibt sich: Die kulturelle Vielfalt, wie sie aus internationalen Migrationen resultiert, ist für die moderne Gesellschaft strukturell gesehen keine Herausforderung, für die sie prinzipiell nicht ausgestattet ist. Vielmehr beruhen die Strukturprinzipien der funktionalen Differenzierung, die der Herausbildung der gesellschaftlichen Teilbereiche wie Politik, Ökonomie, Recht, Wissenschaft, Erziehung, Massenmedien etc. zugrunde liegen, gerade auf der Distanzierung und Freigabe von Kultur. Ihre Freigabe erlaubt die Wiedereinschränkung unter funktionalen Gesichtspunkten durch Mitgliedschafts- und Publikumsrollen in Organisationen. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Frage danach, ob die aus Migrationen resultierende kulturelle Vielfalt eher (a) eine Bereicherung oder (b) eine Bedrohung des Zusammenhalts der Gesellschaft darstellt, anders wieder aufnehmen.

6 Wie dies von Maas (1984) als politisches Projekt des Nationalsozialismus beschrieben worden ist.

a) Aus der Perspektive der Gesellschaft fällt Bereicherung durch kulturelle Vielfalt gewissermaßen immer nur bereichs- und funktions-spezifisch an – und man muss zulassen, dass empirisch natürlich auch das Gegenteil der Fall sein kann. Als kulturelle Bereicherungen durch Migration werden üblicherweise vor allem angeführt: Diversifizierung des Waren- und Dienstleistungsangebots, neue Einflüsse in Literatur oder Kunst, der Ausbau des Tourismus sowie allgemein die Entstehung vertiefter transnationaler Beziehungen ökonomischer, politischer, rechtlicher oder wissenschaftlicher Art. Es besteht kein Zweifel, dass solche Bereicherungen in den verschiedensten Bereichen anfallen.

Für die weitere Diskussion aufschlussreich ist erneut der Bezug auf Sprache: In der Bereicherungsperspektive wird die Mehrsprachigkeit von Migranten als Kompetenz und kulturelles Vermögen markiert, das aber aus der Perspektive der Zuwanderungsländer häufig zu wenig Beachtung finde bzw. vielfach vor allem als Integrationshindernis betrachtet werde. Aber hier gilt es zu unterscheiden: Einerseits bezeichnen die Herkunftssprachen der Migranten sicher immer auch ein kulturelles Vermögen unter Bedingungen von Mehrsprachigkeit, mit dem sie aufwachsen und das zu respektieren und ggf. auch zu fördern ist. Andererseits sehen sich die Migranten aber mit Blick auf ihre sozialen Teilnahmekancen mit der Anforderung konfrontiert, die Verkehrssprache und hier insbesondere die Schriftsprache des Zuwanderungslandes zu lernen, denn dies stellt ohne Zweifel eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme in den modernen Funktionsbereichen und Organisationen dar (Maas 2005). Und PISA hat in den Blick gerückt, dass der Erwerb von *literacy* eine wesentliche Bedingung für Bildungserfolg und abhängig davon für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt ist.

Vor diesem Hintergrund verstellt eine vereinseitigende Bereicherungsperspektive, dass Mehrsprachigkeit jenseits des in den jeweiligen Migrantsprachen immer auch gebundenen kulturellen Vermögens auf Problemkonstellationen verweist, für deren Bewältigung mit dem Appell der stärkeren Anerkennung von Migrantsprachen wenig gewonnen ist. Denn zum einen ändern solche Appelle nichts daran, dass Sprachen wie Türkisch oder Marokkanisch im sozialen Verkehr

der Zuwanderungsländer bislang primär den sozialen Status der entsprechenden Migrantengruppen konnotieren und eben nicht als funktional bedeutsame Verkehrssprachen gelten – es sei denn, sie gewinnen im Kontext des Ausbaus internationaler ökonomischer, politischer, rechtlicher oder wissenschaftlicher Beziehungen an Bedeutung, wie dies etwa für das Türkische ausgehend von Deutschland in der EU zunehmend der Fall zu sein scheint.⁷ Zum anderen aber bezeichnet die kulturelle Ausstattung von Migranten, nicht nur ihre Sprache, sondern auch ihr spezifisches Wissen betreffend, nicht nur ein Potenzial, sondern ggf. auch eine Hürde für die Bewältigung der Anforderungen in Erziehung, Ausbildung und auf immer stärker Wissen nachfragenden Arbeitsmärkten. Das Problem, wie solche Hürden überwunden werden können, bezeichnet kein Anerkennungs-, sondern ein Kompetenz- und Lernproblem – aber gewissermaßen auf beiden Seiten: auf Seiten der Migranten, die sich ihrer eigenen kulturellen Voraussetzungen und der sozialen Bedingungen in Familie, Schule und dem lokalen Wohnkontext vergewissern müssen, unter denen sie selbst und ihre Kinder lernen können; auf Seiten der Organisationen des Erziehungs- und Ausbildungssystems, die unter Bedingungen anhaltender Zuwanderung und der regelmäßigen Beschulung von Zuwandererkindern sich der organisatorischen und Wissensvoraussetzungen vergewissern müssen, unter denen Migrantenkinder ausgehend von ihren kulturellen Ressourcen erfolgreich erziehen und ausgebildet werden können. PISA hat durch den internationalen Vergleich gezeigt, dass weit mehr möglich ist, als in Deutschland erreicht wird. Eine Voraussetzung dafür ist, dass das Erziehungssystem dieser Aufgabe nicht weiterhin ausweicht, sei es in paternalistischer Bereicherungsperspektive, die die beobachtete Kultur der beschulten Migrantenkinder und ihrer Familien im Modus »interkulturellen Lernens« anerkennt und in dieser Weise wohlmeinend ihren schulischen Misserfolg abdunkelt, sei es in einer Perspektive, die die beobachtete Kultur der Kinder und ihrer Familien als Integra-

7 Vgl. »Das Türkische hat so einen schlechten Ruf« in der FAZ vom 18.2.2006.

tionshindernis registriert und damit die Gründe für das Funktionsversagen der Schule, d.h. die Erziehung und Ausbildung der Kinder, vollständig externalisiert.

Kulturelle Vielfalt durch Migration bezeichnet daher immer beides: Potenzial und Restriktion für die gesellschaftlichen Einrichtungen und ihr Funktionieren ebenso wie für die Migranten und ihre Lebenschancen. Kulturell vermittelte Orientierungen und Kompetenzen können eben auch ein Hindernis darstellen: sei es für die Individuen selbst bei ihrem Versuch, soziale Teilnahmekancen zu realisieren; sei es für Funktionsbereiche und Organisationen wie Schulen, Krankenhäuser oder Gerichte, die nicht davon ausgehen können, dass Migranten die Verständnisvoraussetzungen zur Einnahme der vorgesehenen Rollen selbstverständlich mitbringen. Sie müssen sie dennoch erziehen, behandeln oder ihnen zu ihrem Recht verhelfen.

Die Vereinseitigung der Bereicherungsperspektive erklärt sich zu einem Teil aus einem Korrekturmotiv gegenüber nicht nur in Erziehung und Ausbildung, sondern auch auf Arbeitsmärkten, in Unternehmen, Verwaltungen, Wohnungsmärkten oder Krankenhäusern anzutreffenden Formen der Beobachtung der Kultur von Migranten, die darin immer wieder auch Gründe zur Nichteinstellung, zum Ausschluss von Fortbildung und Beförderung, zur Verweigerung aufklärender Beratung, zum Nichteingehen von Mietverträgen oder zur Verweigerung angemessener Behandlung finden. Dagegen versucht die Bereicherungsperspektive gewissermaßen andere Beobachtungsmöglichkeiten von Kultur in Stellung zu bringen. An den gegenwärtigen Auseinandersetzungen darüber, ob der »Multikulturalismus« gescheitert ist, kann man dann sehen, dass die Beobachtungen von Kultur selbst zum Gegenstand der Auseinandersetzung in der Gesellschaft werden.

Möglichkeiten der Distanzierung gegenüber solchen Vereinseitigungen bieten aber die Strukturen der Gesellschaft selbst. Denn sie erlauben es nicht nur, sondern verlangen geradezu danach, die kulturellen Handlungsressourcen aller Individuen und nicht nur der Migranten unter dem Gesichtspunkt in den Blick zu rücken, in welcher Weise sie zu dem je funktional Erforderlichen, sei es in der Ökonomie, der Politik, dem Recht oder der Erziehung, beitragen oder eben die

Möglichkeiten einschränken. Und so wie allen Individuen und damit auch Migranten abverlangt ist, wenn sie teilnehmen wollen, ihre Handlungsmöglichkeiten an solchen Erwartungen auszurichten und entsprechend auszubauen, so schließen insbesondere Erziehungseinrichtungen, aber auch Unternehmen bei ihrem Personal oder Krankenhäuser bei ihren Patienten an die vorhandenen Kompetenzen an, um sie ggf. davon ausgehend in die Lage zu versetzen, Wissen zu erwerben, ihre beruflichen Qualifikationen auszubauen oder ihr Verhalten an den Erfordernissen für eine Heilung auszurichten. Die Ausrichtung der Beobachtung von Kultur an dem funktionalen Kriterium, Potenziale zu nutzen und Restriktionen zu überwinden, kann ggf. davor schützen, die Beobachtung von Kultur selbst zu funktionalisieren, sei es in wohlmeinender Absicht, sei es zur Sicherung von Vorteilen oder zur Externalisierung von Funktionsversagen.

b) Positionen, die in der aus Migration resultierenden kulturellen Pluralisierung vor allem eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erkennen und auf der Grundlage dieser Diagnose für eine Leitkultur eintreten oder in pessimistischer Haltung fortgesetzte Migration als Teil des beobachteten Werteverfalls registrieren, haben empirisch betrachtet eigentlich wenig dazu zu sagen, warum die Fortsetzung unter solchen Vorzeichen bisher so unspektakulär gelingt. Internationale Migrationen und die daraus resultierende kulturelle Pluralisierung haben sich in zahlreiche Routinen des Alltags der europäischen Zuwanderungsländer eingeschrieben. Diese Länder besitzen bislang ein erstaunliches Integrationspotenzial, das seinen Grund auch in der zuvor dargelegten Distanzierung der Kultur in der modernen Gesellschaft und der Freigabe der kulturellen Ausrichtung der Lebensführung unter Bedingungen funktionaler Differenzierung hat.

Dies gilt trotz der brennenden Autos in französischen Vorstädten und dem Mord an Theo van Gogh in den Niederlanden (Mak 2005). Wie weit dieses Integrationspotenzial reicht, ist schwer einzuschätzen. Es gibt jedoch in der sozialwissenschaftlichen Forschung eine hohe Bereitschaft, im Anschluss an kulturpessimistische Stimmungen, die sie seit ihrer Entstehung begleiten und die sie immer auch selbst mit unterfüttert, vor allem Desintegrationspotenziale der Ge-

sellschaft auszumachen.⁸ Dies ist ein Verweis darauf, dass das Problem der modernen Gesellschaft weniger darin besteht, dass sie durch Kultur- oder Werteverfall gekennzeichnet ist, sondern dass sie Kultur und Werte auf Distanz bringt, deren Folgeprobleme, zu denen nicht zuletzt die intellektuelle Klage über diese Distanzierung gehört, sie dann abarbeiten muss – Verfallsdiagnosen sind daher permanenter Begleittext und Resultat des Problems, kaum aber seine Lösung.

Dies bildet den Hintergrund für die heimliche Übereinstimmung zwischen einerseits denen, die für eine substanzielle Leitkultur über die Forderung der Anerkennung von Verfassungsprinzipien hinaus eintreten oder in kultureller Pluralisierung nur die Fortsetzung eines Kultur- und Werteverfalls registrieren, und andererseits solchen muslimischen Strömungen unter Migranten, die in politisch religiöser Perspektive die Zumutungen funktionaler Differenzierung und damit die Trennung von Politik, Recht, Wissenschaft und Religion ebenso wie die gesellschaftliche Entlassung des Individuums aus sozialen Bindungs- und Abhängigkeitsverhältnissen und seine menschenrechtliche Absicherung aus religiösen Gründen ablehnen. In beiden Fällen geht es auf je verschiedene Weise darum, die strukturelle Distanzierung von Kultur in der modernen Gesellschaft, die erst die Umstellung der Funktionsweise von Politik, Recht, Ökonomie, Erziehung und Wissenschaft auf abstrakte Prinzipien und damit ihre universalistische Ausrichtung ermöglicht hat, durch substanziell partikulare Weltsichten einzuschränken. Dabei erhalten die Skeptiker gegenüber Migration und kultureller Pluralisierung und die fundamentalistischen Strömungen unter Migranten wechselseitig aneinander Bestätigung

8 Dafür stehen aktuell die Arbeiten von Heitmeyer, der »Desintegrationspotenziale« seit mittlerweile 20 Jahren aufspürt und im Zuge des von ihm beobachteten Werteverfalls befürchteten Gefahren der Ausbreitung von »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« in einem Langzeitprojekt nachgeht (zuletzt Heitmeyer 2006). Diese Perspektive bleibt leitend, auch wenn er in Reaktion auf entsprechende Kritik für seine Forschung inzwischen den Titel »Integrationspotenziale« ausgeliehen hat.

für die je eingenommenen Positionen und damit Gelegenheiten des Rechthabens.

Auf der Grundlage einer Ineinandermischung von Ereignissen wie dem 11. September, den Anschlägen von Madrid und London, dem Mord an Theo van Gogh, so genannten Ehrenmorden, Zwangsheiraten und arrangierten Ehen wird in der öffentlichen Diskussion wiederkehrend die Modernisierungsfähigkeit *des* Islam prinzipiell in Frage gestellt. Dabei wird teils implizit, teils explizit ein internes wechselseitiges Abstützungsverhältnis zwischen Islam und Terrorismus einerseits und der Bedeutung des Islam für das Gelingen bzw. insbesondere für das Misslingen der sozialen Integration von Migranten andererseits unterstellt. In diesem Zusammenhang greift die öffentliche Diskussion dankbar Studien wie die von Necla Kelek (2005) auf, die zu klaren Aussagen bezüglich der fundamentalistischen Gefahr und der gescheiterten Integration der Türken kommt.⁹ In diesem Diskurszusammenhang werden auf muslimische Einwanderer zielende Bekennnisverlangen in Einbürgerungsverfahren eingebaut, die den Fundamentalismusverdacht generalisieren, und parallel die ›christlichen Grundlagen‹ des Westens bzw. Europas unterstreichen. Mediale Provokationen wie die Karikaturen Mohammeds setzen den intendierten ›Kampf der Kulturen‹ in Szene – und stoßen auf die provozierte Resonanz unter Muslimen, die als Beleg für das, was gezeigt werden sollte, genommen wird (Klausen 2006). Und unter Muslimen werden

9 Die Studie wiederholt alle Stereotype über die Türkei und die Türken in einer Form, die in der deutschen Debatte seit mittlerweile 30 Jahren vorliegt und ihr lieb und teuer geworden ist (Bommes 1993: 66ff.; Beck-Gernsheim 2006). Dies festzustellen bedeutet nicht zu bestreiten, dass die Autorin die Aufmerksamkeit auf die Praxis der arrangierten oder Zwangsverheiratung junger türkischer Migrantinnen gelenkt und damit eine öffentliche Diskussion angestoßen hat. Man muss sich dennoch nicht den Interpretationen der von ihr beschriebenen Fälle und schon gar nicht ihren politischen und rechtlichen Schlussfolgerungen anschließen – selbst wenn man keine »Angst um Forschungsmittel« hat (vgl. Necla Kelek: »Sie haben Angst um ihre Forschungsmittel.« In: Die Welt, 3.2.2006).

eben diese Provokationen nicht nur als Beleg für die Verweigerung der Anerkennung und des Respekts des Islam aufgegriffen, sondern die Generalisierung des Fundamentalismus- und Terrorismusverdachts und das Sich-Berufen auf Meinungs- und Veröffentlichungsfreiheit werden dann als purer Ausdruck eines zunehmend arroganten ›Okzidentalismus‹ wahrgenommen. Mit anderen Worten: Die Beobachter des ›Kampfes der Kulturen‹ belegen sich wechselseitig, dass er stattfindet.

Vor diesem Hintergrund eine abschließende Bemerkung zu den Auseinandersetzungen über den Islam in Europa: Internationale Migration und ihre Folgen wurden lange Zeit und bis in die Gegenwart funktionalistisch auf die Frage nach der Bedeutung für die soziale Integration von Migranten verkürzt – und damit auch der Zusammenhang von Migration und Religion. Der Islam und seine Formen der Organisationsbildung sowie die religiösen Orientierungen von Migranten sind primär unter dem Gesichtspunkt analysiert worden, inwieweit sie zur Integration der Migranten beitragen oder diese behindern. Die Interpretationen haben sich dabei erheblich unterschieden, aber dieser Integrationsfokus hat es versäumt, den strukturell langfristig bedeutsamen Sachverhalt angemessen zu erfassen, nämlich die Herausbildung des Islam in Europa zur wichtigsten Religion nach dem Christentum – genauer: Die Muslime bilden im nördlichen Europa nach den Protestanten und vor den Katholiken (und umgekehrt in Südeuropa nach den Katholiken und vor den Protestanten) die zweitgrößte Religionsgemeinschaft. Es waren vor allem amerikanische Politikwissenschaftler (Fetzer/Soper 2005; Klausen 2005), die darauf hingewiesen haben, dass die Institutionalisierung des Islam in Europa den europäischen Nationalstaaten ihre Geschichte der Differenzierung von Politik, Recht und Religion in Erinnerung ruft und ihre spezifischen Resultate vor Augen führt. Die Beziehungen zwischen Religion(en) und Nationalstaaten in Europa sind verankert in historischen Kompromissen: Die Geschichte des Verlaufs der Differenzierung zwischen Politik/Staat, Recht und Religion und die daraus resultierenden Strukturbildungen – z.B. in Großbritannien (anglikanische Staatskirche), in Frankreich (*laïcité*) und in Deutschland (Konkordat, Kirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften) – bilden den jeweiligen Kontext,

in den hinein die Entwicklung des Islam platziert ist und aus dem heraus seine jeweiligen Ausprägungen zu erklären sind. Dabei stellt die Ankunft des Islam in Europa diese Kompromisse zugleich auf den Prüfstand. Der hoch generalisierte Fundamentalismusverdacht – jeweils in den einzelnen Ländern kontextspezifisch vorgetragen – artikuliert sicher auch diese Herausforderung.

Gleichzeitig setzt die Institutionalisierung des Islam in Europa diesen einem wachsenden Druck der Differenzierung aus. Die Muslime und ihre Versuche, Formen der religiösen Sinnstiftung in der Migrationssituation, angemessene Formen der Organisation sowie politische und rechtliche Anerkennung zu finden, sehen sich in der Auseinandersetzung mit diesem Differenzierungsdruck gewissermaßen eingeklemmt zwischen einem generalisierten europäischen Fundamentalismusverdacht einerseits und den Anstrengungen religiöser Organisationen aus ihren Herkunftsländern sowie Organisationen, die von sich radikalisierenden jungen Intellektuellen getragen werden, andererseits, diese Versuche für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Herausforderung Europas besteht darin, je gefundene Arrangements des Verhältnisses zwischen Religion(en), Recht und Politik zwar nicht vollständig umzubauen, jedoch Modifikationen vorzunehmen, die es erlauben, die Muslime als Religionsgemeinschaft und ihre Organisationsformen einzubeziehen – mit allen Herausforderungen und Zumutungen, die dies zugleich für den Islam mit sich bringen wird. Im Kern konfrontiert dies die Europäer mit der Frage, wie liberal sie im Umgang mit einer Pluralität von Religionen sind – wohlfeile Unvereinbarkeitsvermutungen des Islam mit der ›europäisch-christlichen Kultur‹ ebenso wie einseitige Fundamentalismuszuschreibungen (als hätte der Islam hier ein Monopol) sind Hinweise darauf, dass eine solche Liberalität keineswegs zwangsläufig ist.

Geleitet durch eine einseitige integrationspolitische Perspektive ist den strukturellen Effekten von Migration auf die Gesellschaft und damit der Bedeutung von Religion und dem unübersichtlichen Institutionalisierungsprozess einer Weltreligion in Europa sowohl für künftige Migrations- und Niederlassungsprozesse als auch für die Gesellschaft selbst zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Der Islam – wie viele anderen Effekte von Migration – gilt implizit weiterhin ge-

wissermaßen als Erscheinung in der Gesellschaft, die »von außen« kommt und die ihre strukturelle Relevanz verlieren wird, wenn es den Migranten nur erst einmal gelingt, sich »in die Gesellschaft zu integrieren«.¹⁰ Interessiert man sich wirklich für die Auswirkungen des Islam auf die gesellschaftlichen Strukturen in Europa, dann erfordert dies eine doppelte Blickrichtung: Es geht sowohl um ein Verständnis der Herausforderung des Islam selbst durch die etablierten gesellschaftlichen Strukturen in Europa und die Bestimmung und Stärkung der Potenziale, die dies erlauben, als auch gleichzeitig um eine Vergegenwärtigung der Herausforderung des Islam für die etablierten gesellschaftlichen Strukturen in Europa. Ein selbstgenügsames Verschanzen hinter den »europäisch-christlichen Werten« ist vor diesem Hintergrund Ausdruck der Verweigerung einer Reflexion auf die blinden Flecken der eigenen Tradition, die selbst ihre Schwierigkeiten mit den Zumutungen der Moderne, ihrer Distanz zur Kultur, hat, und dies als »Kampf der Kulturen« im Rückgriff auf eine Melange aus Aufklärung und Wertefundamentalismus inszeniert.

-
- 10 Dabei wird häufig wissenschaftlich und politisch implizit eine modernistische Annahme mitgeschleppt: Die muslimische Religiosität der Migranten gilt tendenziell als Zeichen unvollständiger Integration. Dabei geht dies an klassischen Wissensbeständen der Soziologie vorbei. Denn die Etablierung der Soziologie als Disziplin ist nicht zuletzt durch die religionssoziologischen Studien der Klassiker zu den Weltreligionen vorangetrieben worden. Die Soziologie hat seit ihren Gründungstexten (Weber, Durkheim, Simmel) die Eigenständigkeit der Religion als soziales Phänomen anerkannt. Sie steht nicht in einer Tradition, die seit dem 18. Jahrhundert das Verhältnis von Wissenschaft und Religion als konkurrierend bzw. substitutiv interpretiert hat. In der Soziologie ist vielmehr unterstrichen worden, dass die Religion in der Gesellschaft etwas leistet, was die Wissenschaft nicht leisten kann. Religionen sind in ihren Ausprägungen variabel und daher kontingente soziale Ordnungen. Andererseits bezeichnet aber Religion ein unvermeidliches, in der modernen Gesellschaft selbst ausdifferenziertes Element von Gesellschaft (Kieserling 2001).

Literatur

- Becker, Gary (1992): *A Treatise on the Family*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (2006): Türkische Bräute und die Migrationsdebatte in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-2.
- Birg, Herwig (2001): *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*. Berlin.
- Bommes, Michael (1993): *Migration und Sprachverhalten. Eine ethnographisch-sprachwissenschaftliche Fallstudie*. Wiesbaden.
- Bommes, Michael (1999): *Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat. Ein differenzierungstheoretischer Entwurf*. Wiesbaden.
- Clarke, Georg R.G./Strauss, Robert P. (1998): Children as Income-Producing Assets: The Case of Teen Illegitimacy and Government Transfers. In: *Southern Economic Journal*, Vol. 64, S. 827-856.
- Fassmann, Heinz (2005): *Demographie und Demagogie – Demographische Argumente und politische Öffentlichkeit*. Vortrag auf der Tagung des Rates für Migration mit dem Thema »Demographie und Demagogie« in Berlin am 13.9.2005, Manuskript. Wien/Berlin.
- Fetzer, Joel S./Soper, J. Christopher (2005): *Muslims and the State in Britain, France and Germany*. Cambridge.
- Heitmeyer, Wilhelm (2006): *Deutsche Zustände*, Folge 4. Frankfurt am Main.
- Jaritz, Gerhard/Müller, Albert (Hg.) (1988): *Migration in der Feudalgesellschaft*. Frankfurt am Main/New York.
- Kelek, Necla (2005): *Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland*. Köln.
- Kieserling, Andre (2001): Die soziologische Beschreibung der Religion: Implikationen für die Selbstbeschreibung der Wissenschaft. In: J. Höcht-Stöhr/M. Schibilsky (Hg.), *Reden über Religion*, Bd. 2. Stuttgart 2000, S. 32-47.
- Klausen, Jytte (2005): *The Islamic Challenge Politics and Religion in Western Europe*. Oxford.
- Klausen, Jytte (2006): *Rotten Judgement in the State of Denmark*. In: URL: http://www.salon.com/opinion/feature/2006/02/08/denmark/index_np.html.

- Luhmann, Niklas (1995): Kultur als historischer Begriff. In: ders., *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*, Bd. 4. Frankfurt am Main, S. 31-54.
- Maas, Utz (1984): *Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand. Sprache im Nationalsozialismus*. Opladen.
- Maas, Utz (2005): Sprache und Sprachen in der Migration im Einwanderungsland Deutschland. In: *IMIS-Beiträge* 26, Themenheft: Sprache und Migration, hg. von Utz Maas, S. 89-133.
- Mak, Geert (2005): *Der Mord an Theo van Gogh*. Frankfurt am Main.
- Matthes, Joachim (1992): »Zwischen« den Kulturen? In: ders. (Hg.), *Zwischen den Kulturen?*, Soziale Welt Sonderband 8, Göttingen, S. 3-9.
- Oberndörfer, Dieter (2005): Demographie und Demagogie. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12, S. 1481-1491.
- Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2003): *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungspolitik*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- Tenbruck, Friedrich, H. (1989): *Die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft. Der Fall der Moderne*. Opladen.
- Therborn, Göran (1995): *European Modernity and Beyond. The Trajectory of European Societies, 1945-2000*. London u.a.O.

→ KULTUR UND DEMOGRAFIE: DIE EUROPÄISCHE DIMENSION¹

MICHAEL DAXNER

»Diese Ausgeschlossenen aber drängen nun an die Schaufenster, hinter denen die Reichen der Erde sitzen. Der Druck vor den Schaufenstern wird stärker werden. Ob uns diese Migration passt, ist nicht mehr die Frage. Die Frage ist, wie man damit umgeht, wie man sie gestaltet und bewältigt. Migration fragt nicht danach, ob die Deutschen ihr Grundgesetz geändert haben, sie fragt nicht danach, ob einige EU-Staaten sich aus der Genfer Flüchtlingskonvention hinaus-schleichen [...]. Die Migration ist da.« (Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, 29./30.10.2005)

I.

Das Thema ist überfällig und wird doch nur zaghaft diskutiert. Die Bereiche Demografie und ›Brain Circulation‹ werden nicht gemeinsam, sondern bürokratisch getrennt von einander politisch verwaltet. Was beide mit Kultur zu tun haben, ist auf allen Ebenen umstritten. Ironisch könnte man sagen, was früher für die Geografie gegolten hat, stimmt heute für die Demografie: *Elle sert d'abord à faire de la guerre ...* (»Sie dient vor allem dazu, Krieg zu führen«).

Wir haben noch nicht zur Kenntnis genommen, dass Millionen Menschen auch bei uns, in Europa, ›on the move‹ sind; dass das Bürgerrecht auf Mobilität und die zwangsweise Migration aus Not, politi-

1 Beitrag zum abschließenden Podium der Tagung, erweitert um einige Anmerkungen neueren Datums und die Reflexion der Diskussion. In Abschnitt III sind Elemente einer früheren Veröffentlichung, »Kulturpolitik unter Nachbarn«, verarbeitet, die in deutscher und tschechischer Sprache umfangreicher und mit anderem Schwerpunkt zugänglich ist: Politická kultura a občan – Politische Kultur und Bürger. Kulturpolitik unter Nachbarn, in: Eugenie Trützschler von Falkenstein und Emil Voracek (Hg.), Politische Kultur – Politická kultura. Prag 2004.

scher Verfolgung, Vertreibung oder naturbedingter Delogierung ein Regelfall für Millionen Menschen geworden ist. Wir scheuen uns hinzusehen, wenn Mobilitätsprogramme mit Partnern, die in ein, zwei Jahren zur EU gehören werden, an kleinlichen Visa-Problemen scheitern. Wir beobachten ›Brain Drain‹ mit Sorge, streichen unseren ›Brain Gain‹ schamvoll ein, und haben keine Politik für die ›Brain Circulation‹ gefunden.

Wie absurd sich die Frage stellt, ob wir ein Einwanderungsland sind, wenn man die Immigrationswellen bzw. die Emigrationsereignisse in große historische Zusammenhänge setzt, kann ermesen, wer sich den Salzburger Protestanten in Brandenburg, den Polen im Ruhrgebiet, den Russlanddeutschen hier, den jüdischen Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion dort zuwendet. Als Österreicher in Deutschland bemäke ich oft, dass ausgerechnet die Deutschen sich so gerne ›deutsch‹ fühlen wollen, hybride Nachromantik, was sollen denn wir Österreicher sagen, gar wir Wiener: Fühlen wir uns deutsch, österreichisch, cisalpin ... ? Als Jude in Deutschland bemäke ich, dass die Frage nach den deutschen Juden bzw. den jüdischen Deutschen noch immer virulent ist, und als deutscher Staatsbürger in Österreich fällt mir auf, wie unvermittelt und brüsk der kulturelle Nationalismus bzw. Rassismus meiner Heimat den biologistischen deutschen zu übertrumpfen versucht – zum Glück in beiden Ländern nicht repräsentativ und mit leidlich geringen Folgen.

Ich lasse mich auf die Kulturfrage also *ex negativo* ein, aus der Erfahrung, dass augenscheinlich keine historische Erfahrung zu ›lessons learned‹ führt. Leitkulturdiskussionen oder die Frage, wie christlich das Abendland denn nun wirklich sei, um die Türkei zu ertragen, sind obskur. Die Hälfte des Kontinents war länger muslimisch als der anderen bewusst ist, und wird es wieder, wenn Südosteuropa den Integrationsprozess abgeschlossen hat. Kultur wird in der Tat zur Schlüsselfrage, aber nicht im Sinne von Huntington oder anderen Überfremdungsneurotikern, sondern als »integrierende Differenz«. Dies nämlich wäre die These: dass sich mit schwächer werdenden Nationalstaaten und im Zuge einer Supranationalität die neue Weltinnenpolitik nicht mehr politisch oder ethnisch, sondern nur mehr

ökonomisch, sozial und kulturell ausdifferenziert. Auf Europa konzentriert bedeutet das, dass alle irgendwie ›Nachbarn‹ sind, dass alle irgendwie sich nicht nur systemischen Normen und Regulierungen unterwerfen, sondern auch den lebensweltlichen Traditionen, Regeln und Konkurrenzen in Lebensstil und biografischer Aspiration. Alle heißt in der Tat ›alle‹. Es macht soziologisch und kulturell einen Unterschied, ob die kollektive Identität systemisch, z.B. als Staatsbürger, Asylbewerber, Fremde und Einheimische, Bildungsinländer usw. definiert wird, oder ob sie sich lebensweltlich in der Konkurrenz von Generationen, Lebensstilen, kulturellen Präferenzen, kurz: in einer offenen Diversität ausdrückt, die sich nicht durch Mehrheitsprinzipien, sondern durch Intensitäten und Glaubwürdigkeiten repräsentiert und deshalb unterschiedliche Affinität zu den Regeln des ›Systems‹ – bei notwendiger und rechtsstaatlich durchzusetzender Gesetzestreue – besitzt. Diese etwas massive Umschreibung eines liberalen Konsenses ist notwendig, um weder Beifall von den Staatsanbetern (›Das System steht für sich‹) noch von den Ultradifferenzierern (›Jede Lebenswelt für sich ist ein geschützter Raum‹) zu bekommen.

II.

Wenn diese Einführung hingenommen wird, sollen einige Rahmenbedingungen sehr schematisch – und bewusst etwas undifferenziert – das Realismusprinzip fördern:

- Europa wird kontinentaler, d.h. nicht die Konkurrenz zwischen Ländern und Staaten oder Kulturregionen wird wichtiger, sondern Europa als ›Global Player‹ im Wechselspiel mit anderen Großregionen.
- Wenn Europa tatsächlich weiblicher, jünger (durch Immigration) und älter (durch sinkende Reproduktionsraten in den bisherigen Sozialgefügen), vielsprachiger (durch Immigration) und anglophoner wird, dann müssen die bestehenden Mobilitätsprogramme überprüft werden, damit die einzelnen distinkten Gruppen in der ›Brain Circulation‹ eine faire Chance auf Zugang zum Arbeits-

markt bekommen und nicht nur innerhalb ihrer Lebenswelt sozialisiert werden.

- Die Formel, dass die im ›Drain‹ abgebenden Systeme immer einen stärkeren Verlust erleiden als die aufnehmenden Länder im ›Gain‹ gewinnen, muss zu einem integrierten Kompensationsverfahren innerhalb der EU, z.B. im 8. Rahmenprogramm usw. führen.
- Für die überalterten Regionen muss es nicht nur eine Einwanderungspolitik, sondern eine Ansiedlungsstrategie geben.

Innerhalb dieses Rahmens kommt jetzt die Kultur zum Tragen. Kultur hat sich ausgebreitet in einem Begriffsland fast ohne Grenzen. Ich bin gegen einen totalen Kulturbegriff, der sich als nicht mehr gesellschaftlich vermittelt darstellen lässt, sondern alles so penetriert, dass die sozialen und moralischen Dimensionen unter ihn subsumiert werden, anstatt in Spannung zu ihm zu stehen. (Es geht mir nicht um Etymologien, aber die agrarische Wurzel von Kultur und Erziehung mag uns daran erinnern, dass es sich hier um Metaphern handelt, die eine bestimmte gesellschaftliche Dynamik [›Sozialisation‹] im Blick haben, die sich dann wiederum in Bildung und Ausbildung [›Formation‹] auflöst.)

III.

Nachbarn machen normalerweise keine Politik miteinander, sie regeln ihre Alltagskontakte und Konflikte, arrangieren ihre lebensweltlichen Praktiken, verzetteln sich oft in Kleinlichkeiten, sind heroisch verbündet bei Straßenfesten und lokalen Bürgerinitiativen. Politik ist etwas, das weit entfernt in der Bürgermeisterei, in der Hauptstadt oder beim Heiligen Vater gemacht wird.

Solches Strickmuster für den Spießbürgeraltar wird entworfen, wenn die großen Probleme ausgeblendet oder auf das Niveau einer Alltäglichkeit gedrückt werden, die zwischen Ländern und Volksgruppen so nie geherrscht hat. Nur kommt das heute nicht als Wettkampf der Trachtenkapellen und Tanzgruppen daher, sondern als Kulturpolitik. Diese versäumt fast nie, das fremde Element – ›unsere türkischen Mitbürger‹, ›unsere jüdischen Mitbürger‹, ›das neue jüdische Leben

in unserer Mitte«, »unsere Gäste aus fernen Ländern« – so zu benennen, dass Differenz zum Einigungsfaktor wird. Dennoch kommt immer ein Possessivum »unser(e)« vor, das das Paradox der Einverleibung des Fremden zum Zweck der Aufrechterhaltung der Differenz mit sich trägt. Ist das so schlecht? Ich denke, es ist ungut, weil es nicht von der Aufhebung der Differenz durch Anerkennen der Diversität getragen ist, sondern von dem höchst ambivalenten Gedanken, dass »uns« das Andere bereichern oder stärken könnte.

Konservative wollen gerne zu vergangenen Nationalkulturen zurückkehren. Sie stimmen den hohen Ton oder folkloristische Töne an. Ihnen geht es um Kontinuitäten mehr als um Prozesse. Progressive konzentrieren sich auf die Brüche in der Entwicklung und auf kulturelle Verwerfungen. Auch bei ihnen, wie bei der Gegenpartei, werden Ausgrenzung, Marginalisierung, Abgrenzung sichtbar.

Obwohl sich die kulturwissenschaftliche Forschung² jede Mühe gibt, werden die Strukturen der Kulturpolitik von ihr so wenig bestimmt, wie die Hochschulforschung die nationale Wissenschaftspolitik mitgestalten kann – von Ausnahmen abgesehen. Kulturpolitik als Instrument der regionalen Außenpolitik hat lange Zeit versucht, die Grenze zwischen dem Eigenen und dem Anderen oder Fremden festzulegen, um das Gemeinsame als das vom jeweiligen Partner zu Akzeptierende zu definieren. Grenzen werden überschritten, wenn es darum geht, die eigene Identität zu festigen. Kulturabkommen waren die auf Gegenseitigkeit beruhende Regelung des Identitätsausgleichs in den Grenzen der Nichteinmischungsdoktrin. Die Tauschbedingungen, »Austausch« als Leitmetapher, waren eher vom Empfänger bestimmt. Es sollte nichts gezeigt, gehört, gesagt werden, das der eigenen Interpretation von Thema oder Objekt zu sehr widerspricht. Also blieb das Widerständige den wissenschaftlichen Symposien »oben« und dem alltäglichen inoffiziellen Tauschgeschehen »unten« vorbehalten.

2 Gleichwohl verdienen Ansätze wie das österreichische Kulturwissenschaftliche Forschungsprojekt, 1998-2003, gefördert vom Wissenschaftsministerium (BMBWK), jede Unterstützung und Wiederholung. Vgl.: Lutter 2003.

ten. Deklamatorische Multikulturalität wird allemal vom Zaun überschreitenden Frauenhandel, Schmuggel und von den Verkehr gewordenen Vorurteilen übertroffen.

Die Europäische Union, das Entstehen supranationaler Zusammenschlüsse, globale Präferenzen, die regionale Nachbarschaftskonflikte aushebeln, neue, vordem unbekannte Nationalismen und Identitätspolitiken geben uns einen Vorgeschmack von der neuen Weltinnenpolitik. Unter dem Aspekt der Globalisierung wird die Bedeutung des Angrenzens, der Grenzfläche revidiert.

Plötzlich ist es unerheblich, ob Austausch und Mobilität auf dem guten Willen und Idealismus von versöhnungsbeflissenen Epigonen der Nachkriegszeit beruhen. Bis auf die ständig präsente Eigentumsfrage – Grund und Boden, Kunstgegenstände – sind die Regelungen nach 1945 längst überbaut. Aufmerksame Beobachter und Akteure haben das seit 1989 genau beobachtet. Das Ergebnis ist nicht überraschend, aber der Diskurs ist noch nicht bei sich und der Realität angekommen. Gibt es eine Rückkehr der Stereotype, überall, in den Niederlanden, in Polen, in Deutschland oder Österreich? Was bedeutet es, wenn die österreichische Regierung nur einheimische Verurteilte in österreichischen Gefängnissen behalten will, und die anderen in ihren Heimatländern einsitzen lassen möchte? Was bedeutet der Zusammenhang zwischen der verdrängten und unvollkommenen Aufarbeitung und dem Votum gegen die EU-Verfassung in den Niederlanden? Was bedeutet das schändliche Spiel um die Aufnahme Kroatiens und der Türkei in die Europäische Union? Die kurzschlüssigen Rekurse auf Interessen genügen nicht, hier sind kulturelle Brüche zu vermerken, die, ich betone es noch einmal, nicht mit Huntingtons simpler Philosophie³ übereinstimmen.

Es hat ja eine große Bedeutung gehabt, dass nach 1945 einige Gesellschaften, die deutsche und die österreichische zumal, begonnen haben, Vergangenheit nicht nur zu entsorgen, sondern zu bearbeiten, statt sie einfach aufzuarbeiten und abzulegen in der Kulturpo-

3 Die sich in seinem neuen Buch mehr noch als in »Clash of Civilizations« ausdrückt: »Who are We? Die Krise der amerikanischen Identität«, 2005.

litik. Das ist ganz gut gelungen, allen Desideraten und Kleinlichkeiten zum Trotz. Zu befürchten steht, dass die Erfolge gar nicht weitergeführt werden, weil der neue Diskurs sie alle so massiv überbaut, dass man schon gar nicht mehr die Ablage der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besorgen muss, sondern dass sie bereits erfolgt ist. Was die Migration aus dem ehemaligen Ostblock und die ›Brain Circulation‹ mit ihm betrifft, so gilt: Die Kultur zwischen den Nachbargesellschaften und ihren staatlichen Kulturpolitiken ist nicht erst seit 1989 nicht mehr durch das zentrale Datum 8. Mai 1945 bestimmt. Das ist für die geschichtsbewussten, republikanischen, europäischen, gebildeten und verantwortlichen Menschen der Jahrgänge bis 1950 schwer zu bewältigen. Selbst ein nicht durch die stalinistischen und epigonalen kommunistischen Regime geformter Antifaschismus gibt so wenig eine Leitkultur her wie die jämmerliche Identitätspolitik einzelner Staaten. Die Desillusionierung vom europäischen Westen führt, wie z.B. zur Zeit in Polen, zu einer stärkeren transatlantischen Bindung, mehr noch aber zu einer trotzig, negativ-kulturellen Introversion, die der Migration bzw. Wanderung andere als pragmatische Kontexte einschreibt.

Den Amerikanern ist man dankbar für die Befreiung, der Europäischen Union aber nicht dafür, dass sie neue Länder in ihre Reihen aufnimmt. Es ist eine subtile Rache für die Einladungsakzession, als ob Europa-West, weil fortgeschritten, das Recht gehabt hätte, die neuen Staaten in Europa-Ost, Gesellschaften des Übergangs, zum Beitritt einzuladen, aber zu den Bedingungen von Brüssel. Umgekehrt ist die Brüsseler EU, bei aller massiven und berechtigten Kritik, doch das wunderbare Experiment einer supranationalen Überwindung des Nationalstaates, und das fällt gerade in die Periode, in der sich nachholende Nationalisierung von der Indienstnahme des Nationalen durch den Sozialismus zu emanzipieren suchte. Diese Aporie macht größere Sorgen als das populistische Trittbrettfahren der meisten Regierungen in Ost und West, die eine ›Identitätspolitik light‹ zur befristeten Wiederbelebung frühkapitalistischer Akkumulation missbrauchen. Und jetzt Ceuta und Melilla. Und jetzt die schwarzen Drogendealer auf der Wiener Ringstraße. Und jetzt die nicht gemeldeten, weil nicht arbeitsberechtigten Menschen aus unendlich weit entfernten

ten Nicht-Heimaten. Heribert Prantl – siehe Einleitungszitat – hat Recht. Wir können gar nicht mehr gefragt werden, ob wir das alles wollen, nur mehr, wie wir es haben möchten, wenn wir es nicht so – also naturwüchsig, mythifiziert, gewaltsam – haben wollen.

Was ist dem neuen Europa gemeinsam, sind wir alle Nachbarn im kleinstteiligen Kontinent? (Die Frage sollte zunächst nicht lauten, welche Gemeinsamkeiten wir pflegen und entwickeln wollen.) Das neue Europa wird eine ganz neue Zusammensetzung von Europäern haben. Die Antwort ist nur legitim, wenn wir ein ›Wir‹ als Subjekt eines weitgehend verallgemeinerungsfähigen Satzes setzen dürfen.

Ist es so schwierig, einander zu verstehen? Ja. Und es ist sicher, dass nicht einmal ein viel besserer Wille reicht als wir konstatieren können? Verstehen ist mehr als die ethnopluralistische Toleranz, dem anderen großzügig zu gewähren, dass er bleibt wie er anscheinend ist. Dabei geht es um konkrete, lebensweltliche Erfahrungsräume, in denen Ahnen nichts, Wissen fast alles ist. Nehmen wir ein ganz einfaches Beispiel: sozialistische Reste, westliche Wohlstandsreste, afrikanische Kolonialerfahrung, Erinnerung an Befreiungskriege der dritten Generation, Überbauung des alten Islam durch den wahabitischen Islamismus ... Da schüttelt der Westspießier den Kopf, dass im Osten ein bestimmter Flügel der ehemaligen Kommunisten wieder Zugewinne bei Wahlen und an Popularität einfährt, und zwar mit sozialpolitischen wohlfeilen Verteilungssparolen und mit nationalen Ressentiments (›Ausverkauf‹). Die westliche Anpassung im Renten- und Sozialbereich wird vom Osten nicht mit Häme, sondern mit Erschrecken beobachtet. Im Sozialismus wurde die Armut und die Arbeit nach unten hin gleich verteilt, die kleine Einkommenselite blieb so weit von dieser breiten Basis entfernt, dass das ›Unten‹, so etwas wie die Brüderlichkeit der Depravierten, Kultur stiftend werden konnte. Im Westen schien alles selbst dort besser, wo es soziale Brennpunkte gab. Dass die Europäer des Ostens durch die westliche Wirtschaftskrise weit mehr um ihre Friedensdividende geprellt werden als durch die Misswirtschaft in den eigenen Reihen, will man nicht verstehen. Der Westen barmt, dass er Armut lernen muss, der Osten giftet, dass er von dort keinen Wohlstand heimholen kann. Das kann man verstehen, wenn man einige soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

kennt und sie nicht nur national gefärbt-einseitig übernimmt. Wer also macht die Menschen für dieses Verständnis kompetent? Ich denke, wir müssen weiter ausholen, denn die innereuropäische Wohlstandsverteilungsdiskussion ist eine blutarme Chimäre. Es werden mehr Menschen kommen, für die schon Moldavien oder Albanien oder Lampedusa oder Ceuta ein sicherer Ort ist, wenn auch nur eine Übergangsstation. Multikultur besteht dort, wo die Migration die demografischen Verwerfungen beeinflusst, sollten wir sagen.

Kennen Lernen ist nicht schon per se eine kulturelle Erfahrung, wenn man Kultur als Tünche verallgemeinert. Der Weg durch das Wissen über das Für-wahr-Nehmen und Zur-Kenntnis-Nehmen zum Verständnis setzt Konfliktbereitschaft und Wissen voraus. Die eine ist eine Frage auch unserer Bildungsanstrengungen und die zweite eine der Anschauungspolitik. Für beide braucht man Geld, Mobilität, Konzepte und Menschen, die bereit sind, über ihre Interessen hinaus etwas in die Hand zu nehmen, ohne diese Interessen zu verbiegen. Für beide muss es einige rechtliche Rahmenbedingungen geben, die Brüssel zur Konventionalisierung der kulturellen Sphäre im Rahmen der EU führen.⁴ Das Problem ist, dass Brüssel bisher keine auswärtige Kulturpolitik anzubieten hat, sondern seine Bildungsprogramme und die Kultur unter das Subsidiaritätsprinzip stellt, zugleich aber supranational das zusammenhalten muss, was nationalstaatlich nicht mehr trägt. Ich befürworte sehr die Ausweitung der Union um einen europäischen Kulturraum, der analog zur »Bologna-Erklärung« mit ihrem europäischen Hochschulraum wirkt. Das Wichtigste daran ist, dass Bologna noch gar nicht Zeit hatte, eine neue strukturelle Identität der europäischen Hochschulen zu schaffen, da wird es schon von außerhalb Europas als Maßstab und Form akzeptiert und adaptiert.⁵

4 Vgl.: Jochen Fried (2004), *Cultural Cooperation within the Wider Europe ... »Sharing Cultures«* loc. cit.

5 Im Rahmen der Präsidenschaften von Großbritannien (2005) und Österreich (1. Hälfte 2006) werden die Bemühungen um einen europäischen Forschungs- und Bildungsraum als Ergänzung zum Hochschulraum verstärkt.

PISA im Bildungsbereich und die unsäglich rückwärts gewandte Familiendiskussion durch Herrn de Fabio und die Kultusminister haben uns gezeigt, dass innerhalb Europas viele Länder vieles besser machen als wir in Deutschland. Weltinnenpolitik ist Europainnenpolitik ist deutsche Politik. Wir können bestimmte Probleme, etwa die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, auch die von herkunftsunabhängiger Arbeitsberechtigung und sozialer Sicherung, mit einer ›Kultur der Kargheit‹ innerhalb der sozialen Netzwerke lösen. Das gilt für die vielen armen Deutschen wie für die meisten Zuwanderer.

Nachbarn sollten gemeinsame Schulen und Hochschulen bauen, gemeinsam ihre Theater und Galerien subventionieren, gemeinsame Stadt- und Regionalschreiber anheuern. Aber sie sollten dies immer als Bruch mit den bestehenden Brüchen und Friktionen tun: nicht Gemeinsames schaffen, indem vergangene Konflikte geglättet werden, sondern Trennendes bestehen lassen, indem man dafür eine gemeinsame Sprache und Übersetzung findet.⁶ Bevor wir zur gewährenden Toleranz kommen und zum pluralen Nebeneinander von allem und jedem, müssen wir uns bequemen, eine Grundregel freier Gesellschaften auch auf alle kulturellen Sphären anzuwenden: Lebensweltliche und alltagspraktische Sinngebungen konkurrieren, sie sind nicht an die Nationalität ihrer Träger gebunden. In dieser Konkurrenz gibt es immer welche, die nicht zum Zug kommen. Und es gibt welche, die sich zu stark gegen alles und jeden durchsetzen. Deshalb die Forderung nach einem europäischen Kulturraum, dessen Standards als europäisch definiert werden und damit erst einmal europäisch werden können. Und die Frage ist weder zynisch noch ironisch zum Abschluss gestellt: Warum sollen diese Grundsätze nicht für alle gelten, die nun mal hier sind, nicht nur da?

6 Vgl. dazu den vorzüglichen Artikel von Gunter Hoffmann: »Verkrampft in alle Ewigkeit«, in: Die Zeit Nr. 32 vom 29. Juli 2004. Darin der Satz: »Man macht viel falsch. Man besucht sich. Und schaut sich nicht an.«

Literatur

- Daxner, Michael (2004): Politická kultura a občan – Politische Kultur und Bürger. Kulturpolitik unter Nachbarn. In: E. Trützschler v. Falkenstein/E. Voracek (Hg.), *Politische Kultur – Politická kultura*. Prag.
- Fried, Jochen (2004): *Cultural Cooperation within the Wider Europe ... »Sharing Cultures«*, Vortrag European Cultural Foundation, Amsterdam 2004.
- Huntington, Samuel P. (2005): *Who are We? Die Krise der amerikanischen Identität*. Wien, Frankfurt am Main.
- Lutter, Christina (2003): *What's been going on?*. Wien.

→ **DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS HERAUSFORDERUNG AN DIE INTERKULTURELLE KOMMUNIKATION**

MAGDA GOHAR-CHROBOG

Die Demografen sagen für die Welt im Allgemeinen und besonders für Europa den nächsten Generationen erschreckende demografische Veränderungen und Entwicklungen voraus. Die niedrige Geburtenrate in Europa bedroht ganze Völker in ihrer Existenz und führt bei der jetzigen hohen Lebenserwartung zu einem Zusammenbruch der Sozialsysteme.

»Wer heute lebt, nimmt an einem in der Menschheitsgeschichte einzigartigen und von uns allen nicht vorhersehbaren Abenteuer teil. Nicht nur Menschen, ganze Völker werden altern.« (Schirmmacher 2004: 14)

Diese Tendenzen lassen sich deutlich am Beispiel Deutschlands nachweisen. Dort leben nach den neuesten Erhebungen des Statistischen Bundesamtes zur Zeit 82,5 Millionen Menschen, davon 7,3 Millionen bzw. 9 Prozent Ausländer. Die erste Zahl wird sich bis zum Jahr 2050 um knapp 21 auf 62 Millionen verringern. Demgegenüber erleben die Entwicklungsländer einen beispiellosen Jugendboom. In Ägypten etwa stellen Jugendliche unter 25 Jahren 56 Prozent der Bevölkerung, im Iran sind es 75 Prozent der Bevölkerung. Diese demografischen Veränderungen werden globale Auswirkungen für Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen haben. Der Politologe Samuel Huntington sagt »nach dem Ende des Ost-West-Konflikts einen neuen Krieg der Kulturen« voraus (Huntington 2002 zit. n. Schirmmacher 2004: 15).

Halten diese beunruhigenden demografischen Tendenzen weiter an, so lassen sie den Europäern keine andere Wahl, als größeren Zahlen von Migranten Eintritt in ihre Länder zu gewähren, und zwar um ihre Renten zu sichern und um sich vor dem Aussterben zu retten (Schirmmacher 2004: 33). Diese Migranten werden zwangsläufig weniger aus der EU und ihrem regionalen Umfeld und mehr aus wirtschaftlich schwachen und politisch unruhigen Ländern des Nahen und

Mittleren Ostens, aus den Mittelmeer-Anrainerstaaten und aus dem Afrika südlich der Sahara kommen, wo der Bevölkerungszuwachs explodiert und damit die Zahl junger Menschen ohne Lebensperspektive zunimmt. Der »Bedarf an jüngeren Menschen« wird also, auch in Deutschland, voraussichtlich von Einwanderern erfüllt. »Ohne Zuwanderung würde der Rückgang der Bevölkerung sogar 23 Millionen Menschen betragen.« (Ebd.: 41)

»Selbst bei moderaten Einwanderungsüberschüssen von z.B. 210.000 pro Jahr (mittlere UN-Annahme), würde der Anteil der nach 1995 Zugewanderten einschließlich ihrer Nachkommen und einschließlich der schon heute in Deutschland lebenden Ausländer nach den Berechnungen der UN von 1995 bis 2050 auf rund 30 Prozent ansteigen.« (Birg 2001: 125)

Dass man die Einwanderung bezüglich Zahl und Herkunftsregion beeinflussen kann, ist u.a. aus folgenden Gründen zu bezweifeln:

1. Die politischen und ökonomischen Strukturen der Länder dieser Regionen bieten den meist jungen Migranten keine Perspektive für ein besseres Leben.
2. Die Anreize der europäischen, besonders der deutschen Sozialleistungen sind und bleiben beispiellos verlockend.

Zu den üblichen Problemen, die die Integration von Migranten mit sich bringt, kommt in diesem Fall erschwerend die religiöse Komponente hinzu. Die meisten Einwanderer gehören und werden weiter dem Islam angehören. Der Zusammenstoß zweier Welten ist vorprogrammiert. Der Welt droht die Gefahr eines »aufstrebenden Fundamentalismus«, wie sie Huntington benennt. Als Vorboten könnte man leicht die Anschläge vom 11. September 2001 in New York, in Madrid im März 2004 und in London im Sommer 2005 interpretieren.

Als hautnahes Beispiel für die Probleme der Integration von Menschen aus der islamischen Kultur in die europäische Gesellschaft gilt der Fall Hatun, der im Oktober 2005 vor einem Berliner Gericht verhandelt wurde. Die Brüder einer jungen Türkin wurden des Mordes an

ihrer Schwester angeklagt, die den Mut hatte, entgegen den Sitten ihrer Gemeinschaft ein im Sinne des Westens aufgeschlossenes und emanzipiertes Leben zu führen. Dieser Fall zeigt, wie maßgeblich und tief das fundamentalistische Denken das Leben vieler jungen Menschen aus diesem Teil der Welt, aus dem die Mehrzahl der Migranten stammt, prägt und steuert. Hier wird also ein Problem sichtbar, mit dem sich die Welt insgesamt und Europa im Besonderen auseinander setzen muss.

»Die islamische Religion ist durch die Globalisierung zu einer weltumspannenden Religion geworden. In vielen europäischen Ländern sind Muslime mittlerweile die zweitgrößte religiöse Gruppe nach den Christen. Das stellt die Muslime und die Länder, in denen sie leben, vor neue Herausforderungen. Der Islam muss, wie alle anderen Religionen auch, mit seiner Zeit gehen. Anpassung, aber auch Integration sind erforderlich. Ziel muss es sein, Muslime als Staatsbürger säkularer Rechtsstaaten zu integrieren.«¹

Dies bedeutet eine außerordentliche Herausforderung an die heutigen und zukünftigen Generationen Europas und erfordert entsprechend außerordentliche Maßnahmen von Seiten der Gesellschaften und Regierungen innerhalb dieser Region. Auch hier kann man nicht früh genug damit anfangen, sich mit dieser Herausforderung zu befassen und nach Lösungen dafür zu suchen, da vor allem auch Deutschland, wie die demografischen Zahlen beweisen, ohne Zweifel in Zukunft noch mehr zu einem Zuwanderungsland – insbesondere für die Dritte Welt – wird. Einige mögliche Maßnahmen wären:

1. Mit allen Mitteln zu versuchen, die Vielzahl der voraussichtlich überwiegend muslimischen Einwanderer zu integrieren. Ohne Integration werden sich diese verstärkt in ihre Ghettos zurückziehen. Das Entstehen von Parallelgesellschaften und die Isolation

1 Aus »Das ARD Mittagmagazin«: Muslime in Europa: Integration oder Parallelgesellschaften?, 30. November 2004.

vom Rest der Gesellschaft wären unvermeidbar. Die Migranten werden anfälliger und leichter manipulierbar durch diejenigen, die Hass und Gewalt »gegen die unislamische Umgebung der westlichen Gesellschaft predigen« (Ramadan 2005).² Auch hier ist der Fall Hatun nur ein Beispiel unter vielen ähnlichen Ereignissen.

2. Der Westen muss versuchen, für Jugendliche in den Entwicklungsländern, die auf der Suche nach Alternativen zu den schwierigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in ihren Ländern in den Westen auswandern, Anreize zu schaffen, ihrer Heimat nicht dauerhaft den Rücken zu kehren.
3. Durch eine sinnvolle Familienpolitik müssen in den westlichen Gesellschaften innerstaatlich Bedingungen für die Frauen geschaffen werden, die es ihnen ermöglichen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Frankreich hat durch eine gezielte Familienförderungs politik in Form von steuerpolitischen Anreizen für Familien mit Kindern sowie durch Ganztagskindergärten und -schulen erreicht, die Geburtenrate nachhaltig zu erhöhen.

Das Schwierigste allerdings wird sein, »die jährlich mindestens 200.000 Zuwanderer« zu verpflichten, »westliche Werte, die Landessprache und einen aufgeklärten westlichen Patriotismus« anzunehmen (Schirmmacher 2004: 53). Dies wird nur möglich sein, wenn ein geschickter und erfolgreicher Integrationsprozess stattfindet und ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens geschaffen wird. Hierzu kann das Fachgebiet der Interkulturellen Kommunikation maßgebend beitragen und beim Prozess der Integration von Menschen in einen ihnen fremden Kulturkreis helfen. Ähnliches hat die Interkulturelle Kommunikation in Situationen mit vergleichbaren Problemen mit großem Erfolg geleistet. Ich beziehe mich auf Erfahrungen amerikanischer Unternehmen im Bereich der Interkulturellen Kommunikation in den

2 Ramadan, Philosoph und Fürsprecher der muslimischen Gemeinschaft in Europa, ist Enkel des Gründers der Muslim-Brüderschaft, Muhammed Qutb.

USA. Sie haben erwiesen, dass die Nutzung dieses Instruments beim Einsatz eigenen Personals im Ausland erstaunliche Erfolge gebracht hat.

Der Vergleich zwischen der Integration von Mitarbeitern eines Konzerns in ein neues gesellschaftliches und kulturelles Umfeld und der Integration von Migranten in die Gesellschaft und Kultur ihres Aufnahmelandes mag auf den ersten Blick befremdend wirken. Doch folgende Darstellung wird belegen, dass sich viele Parallelen zwischen beiden aufweisen lassen und dass die durch demografische Veränderungen an eine Gesellschaft gestellten Herausforderungen in vielfacher Hinsicht mit denen eines Unternehmens oder Konzerns vergleichbar sind, der sich mit Integrationsproblemen seiner Mitarbeiter in ein neues gesellschaftliches und kulturelles Umfeld bei der Versetzung ins Ausland auseinander setzen muss. In den USA setzten amerikanische Konzerne schon seit den frühen 90er Jahren des letzten Jahrhunderts die Interkulturelle Kommunikation erfolgreich ein, so ein Artikel aus dem »Wall Street Journal« im Jahr 1992. Dort habe der Einsatz von interkulturellen Trainern seit dem Anfang dieses Jahrzehnts mit rasender Geschwindigkeit zugenommen. Nach vielen negativen Erfahrungen gescheiterter Auslandsaufenthalte nahmen Unternehmen, die im Sinne der Globalisierung ihre leitenden Angestellten zunehmend ins Ausland versetzten, die Hilfe von interkulturellen Trainern in Anspruch, weil sie sich die Kosten misslungener Versetzungen und frühzeitigem Abbruch des Auslandsaufenthaltes ihrer Angestellten samt deren Familien nicht mehr leisten konnten (Lublin 2000). Nach diesem Artikel waren dies im Jahr 1992 bereits mehr als 50 Prozent aller führenden amerikanischen Konzerne. Sie ließen ihren leitenden Mitarbeitern interkulturelle Orientierungs- und Aufklärungskurse erteilen, nachdem sie, gestützt durch Statistiken und Untersuchungen, zu der Überzeugung gekommen waren, dass sie dadurch erheblich weniger Misserfolge bei der Integration von Mitgliedern ihres Konzerns in eine fremde Gesellschaft und Kultur würden hinnehmen müssen. Zu diesem Zeitpunkt verloren amerikanische Firmen »schätzungsweise 2 bis 2,5 Milliarden US-Dollar jährlich durch

scheiternde Auslandsaufträge« (Black zit. n. Lublin 2000: 170).³ Diese Studien haben auch erwiesen, dass die Anpassungsschwierigkeiten der begleitenden Familienmitglieder an die neue Kultur eher zum Misslingen einer Auslandsversetzung führten als die schwache Arbeitsleistung eines Managers.

Das wachsende Interesse amerikanischer Konzerne an der Hilfe interkultureller Trainer schlug sich auch in einer Umfrage nieder, die »Berlitz International, Inc.« 1990 unter 200 ihrer Kunden durchführte. Sie ergab, dass deren Bedarf nach interkulturellen Orientierungs- und Aufklärungskursen erheblich größer war als ihr Interesse an Fremdsprachenunterricht. Berlitz reagierte darauf mit der Einrichtung einer Abteilung für interkulturelles Training im gleichen Jahr (Lublin 2000: 169).

Auch der amerikanische Autohersteller »General Motors« hat in den 90er Jahren, trotz allgemein notwendiger Kostenreduzierungen in anderen Bereichen, jährlich 50.000 US-Dollar für interkulturelles Training von 150 seiner leitenden Angestellten ausgegeben. Das Unternehmen hatte nämlich festgestellt, dass aufgrund solchen Trainings nur 1 Prozent von seinen ins Ausland versetzten Mitarbeitern wegen schwerwiegender kultureller Anpassungsprobleme zurückversetzt werden musste, verglichen mit einer Rate von 25 Prozent in vergleichbaren Konzernen, die ihrem Personal solches Training damals nicht anboten (ebd.: 170).

Selbstverständlich geht es bei der Integration von Ausländern, meist aus kulturell extrem verschiedenen Gesellschaften, um tiefer greifende Probleme, die nicht nur mit Mitteln der interkulturellen Kommunikation zu behandeln sind. Doch im Ansatz geht es in beiden Fällen um zwischenmenschliche Probleme und deren Einfluss auf den Erfolg, in einem Fall in der Mikrogemeinschaft eines Betriebes, im anderen Fall in einer friedlich und für alle Bürger gleich gut funktionierenden Makrogemeinschaft. In der Mikrogemeinschaft eines Betriebes drückte sich dies sogar durch erhebliche finanzielle Vorteile aus.

3 Nach J. Stewart Black, Außerordentlicher Professor für Betriebswissenschaften an der Dartmouth's Tuck School, aus dem gleichen Artikel.

Die Kernfragen sind in beiden Fällen gleich: Wie kann man Menschen bei der Umstellung von der eigenen in eine ihnen unbekannte, ja fremde Kultur helfen, den Prozess der Akkulturation mit dem geringsten Maß an Konflikten sowohl für sie als Fremde als auch für ihr Gastland zu bewerkstelligen? Wie geht der Fachmann der Interkulturellen Kommunikation mit dieser Problematik um? Welche Mittel wendet die Interkulturelle Kommunikation an, um Probleme, die mit der Integration in ein neues Lebens- oder Arbeitsumfeld zusammenhängen, anzugehen und zu bewältigen?

Voraussetzung für die Beantwortung dieser Fragen und folglich für die Anwendung solcher Maßnahmen, mit denen man sowohl Migranten als auch Einheimische diesen Prozess erfolgreich bewerkstelligen hilft, ist das Verstehen dessen, was bei einem solchem Prozess stattfindet.

Auslöser der Probleme, die bei der Umsiedlung von der eigenen, vertrauten in eine fremde Kultur stattfinden, ist nach Meinung der Experten Interkultureller Kommunikation der Kulturschock, ein inzwischen sehr häufig und vielfältig auch in anderen Zusammenhängen benutzter Begriff. Der Anthropologe Kalvero Oberg war der erste, der 1960 den Begriff des Kulturschocks in der Fachliteratur der Interkulturellen Kommunikation benutzte, um die Akkulturationsprobleme von Amerikanern, die in einem Gesundheitsprojekt in Brasilien tätig waren, zu beschreiben (Weaver 2000: 176). Dort beschreibt er den Kulturschock als eine Berufskrankheit, die Menschen überfällt, wenn sie ins Ausland versetzt werden. Wie die meisten Krankheiten werde sie begleitet von bestimmten Symptomen. Es gebe auch Mittel, mit denen sie geheilt werden könne. Ein Kulturschock werde verursacht durch die Angstgefühle, die sich ergeben, »wenn ein Mensch seine vertrauten Zeichen und Symbole gesellschaftlichen Verkehrs verliert« (ebd.). Diese Krankheit sei ein unvermeidbarer Bestandteil jedes Akkulturationsprozesses. Je fremder die neue Kultur und je größer damit der Verlust dieser vertrauten Zeichen und Symbole des gesellschaftlichen Umgangs, desto stärker der Kulturschock.

»Culture shock might be called ›an occupational disease‹ of people who have been suddenly transplanted abroad. Like most ailments, it

has its own symptoms and cure. Culture shock is precipitated by the anxiety that results from losing all our familiar signs and symbols of social intercourse.« (Oberg 1960 zit. n. Weaver 2000: 174)

Inzwischen wurde der Begriff erweitert und wird angewandt, um fast jedes Gefühl des physischen oder emotionalen Unwohlseins zu beschreiben, das ein Mensch beim Prozess der Umgewöhnung an eine neue Umgebung oder ein neues Umfeld empfinden mag. Dieser Zustand ist nichts anderes als das, was wir im allgemeinen Sprachgebrauch auch als Heimweh, Anpassungsschwierigkeiten oder Entwurzelung bezeichnen (ebd.: 176). 40 Jahre, nachdem Oberg den Begriff des Kulturschocks in diesen Zusammenhang gestellt hat, hat man Abstand davon genommen, ihn als Krankheit zu bezeichnen. Das Fachgebiet der Interkulturellen Kommunikation tendiert eher dazu, ihn als einen normalen Prozess der Umstellung, ja als positive Erfahrung zu beschreiben, die Teil jeder Umgewöhnung an eine neue Umgebung ist. Demnach beschränkt sich der Kulturschock nicht auf einen Wechsel ins Ausland. Auch Schulwechsel, der Übergang von Schule zu Universität, von einem Arbeitsplatz zum anderen, oder der Umzug von einer Stadt in die andere führen zu einer solchen Desorientierung. Bei jedem dieser Wechsel tritt ein ähnlicher Zustand ein: Die vertrauten, als selbstverständlich betrachteten Gegebenheiten verschwinden, um den Weg zu neuen zu räumen. Doch mit ihnen verschwinden zunächst einmal auch die Selbstverständlichkeit und Sicherheit unseres Handelns im täglichen Leben. Beim Übersiedeln in ein fremdes Land kommen erschwerend die intensiven kulturellen Unterschiede hinzu.

Menschen reagieren unterschiedlich intensiv und doch ähnlich auf den Kulturschock. Nach der ersten Phase der Begeisterung für das Neue treten häufig Gefühle der Angst, Verunsicherung und Frustration ein. Zunächst ist ihr Verhalten durch Ablehnung der neuen Umgebung, der Ursache ihres Unwohlseins, gekennzeichnet. Darauf folgt eine so genannte Rückwärtsbewegung. Das Zuhause, das sie zurückgelassen haben, wird idealisiert und auf eine fast irrationale Art und Weise glorifiziert. Psychosomatische Krankheitssymptome können folgen, und variieren, je nach Intensität der Erfahrung, von leichten

emotionalen Störungen und stressbedingten physiologischen Erkrankungen bis hin zur Psychose.⁴ Aus Unsicherheit entstehende Aggressionsgefühle gegenüber allem Fremden, dem man bei der Übersiedlung in ein neues Land begegnet, sind eigentlich eine natürliche und normale Reaktion auf die Schwierigkeiten, denen ein Mensch beim Prozess der Umgewöhnung begegnet. Die Zuflucht in extreme religiöse oder politische Tendenzen oder die Flucht in die innere Immigration sind nach Ansicht von Anthropologen Reaktionsformen auf den Kulturschock. Oft versuchen diejenigen, denen das Zurechtfinden in der neuen Gemeinschaft schwer fällt, mit allen Mitteln, die Mitglieder ihrer Familien, die anpassungsfähiger wären, von der neuen, aus ihrer Sicht negativen Umgebung abzuschirmen und vor ihr zu schützen. Beispiele von Familienoberhäuptern aus Südostanatolien, die besonders die weiblichen Mitglieder ihrer Familien von der Integration in die neue Gesellschaft abhalten, gibt es genügend. Sie stellen ein ernsthaftes Problem für die deutsche Migrations- und Integrationspolitik dar.

Menschen, die einen Kulturschock erleben, wissen meist auch nicht, was die Ursache ihres Schmerzes ist oder warum sie irrationale Verhaltensnormen und Aggressionen entwickeln. Die Situation kontrolliert sie, nicht sie ihre Situation. Nicht Agieren, sondern Reagieren kennzeichnet ihr Verhalten.

Man unterscheidet drei Aspekte, die typischerweise eng mit dem Kulturschock zusammenhängen bzw. als dessen Begleiterscheinungen gelten:

- Verlust der vertrauten Stützen und Symbole des sozialen Umgangs und Verhaltens;
- Zusammenbruch der Kommunikation;
- Identitätskrise.⁵

Zum ersten Aspekt: Die vertrauten Zeichen, die plötzlich fehlen, um-

⁴ Nach ebd.

⁵ Nach Weaver, G., ebd. S. 177.

fassen Tausende von verbalen und so genannten nicht-verbalen Details, mit deren Hilfe wir uns in Situationen des täglichen Lebens orientieren: wann wir beispielsweise jemandem bei der Begrüßung die Hand geben, wie wir uns im Lebensmittelgeschäft oder in der Straßenbahn verhalten, wann wir eine ausgesprochene Einladung als ernst gemeint verstehen und wann als Höflichkeitsgeste, unsere Wertvorstellungen, religiöse Angehörigkeit und ähnliches mehr. Diese Details bestehen auch aus den Hunderten von Sitten und Gebräuchen der Kultur, in der wir aufgewachsen sind. Wir eignen sie uns von Geburt an und im Laufe unseres Lebens an, und sie sind genauso ein Teil von uns wie unsere Sprache oder unser religiöser Glauben. Sie geben uns unbewusst die Rüstung, die wir brauchen, um sicher und effizient durch das tägliche Leben zu gehen.

Zum zweiten Aspekt: Sprechen Menschen unterschiedliche Sprachen, sowohl verbal als auch nicht-verbal, so kann es sehr schnell zu Verunsicherungen im zwischenmenschlichen Verkehr kommen und folglich zum Zusammenbruch der Kommunikation.

Zum dritten Aspekt: Durch den Verlust der vertrauten Zeichen und Symbole fühlt sich der Betroffene in seinem Verhalten verunsichert. Er weiß nicht mehr, was richtig und was falsch ist. Er wird von Hoffnungs- und Hilflosigkeit überwältigt.

Intensität und Art solcher Reaktionen auf eine neue kulturelle Umgebung hängen weitgehend von der psychologischen Konstitution des Betroffenen ab. Von ihr hängt es letzten Endes ab, ob und wie weit er in der Lage ist, Mittel – man spricht auch von Mechanismen – zu entwickeln, um der neuen Situation Herr zu werden. Das Fachgebiet der Interkulturellen Kommunikation bezeichnet diese Mechanismen als *Coping Strategies* (Allport 1961; Maslow 1970) oder Zurechtfindungsstrategien und grenzt sie damit bewusst von den »adjustment«- bzw. Anpassungsstrategien ab, die eher das Aufgeben des Eigenen zugunsten des Neuen implizieren. Es sind Maßnahmen, die der Mensch bewusst oder unbewusst entwickelt, um sich in der neuen Situation zurechtzufinden. Dass der Akkulturationsprozess gelingt, hängt weitgehend von der Fähigkeit des Betroffenen ab, solche Zurechtfindungsstrategien nicht nur zu entwickeln, sondern auch anzuwenden – selbstverständlich vorausgesetzt, dass er den Willen zur

Integration hat. Doch ohne Außenhilfe kann das in den meisten Fällen nicht gelingen. Gerade hier kann die Interkulturelle Kommunikation mit ihren Hilfsmitteln eingreifen. Die Aufgabe des interkulturellen Kommunikations- oder »diversity«-Trainers besteht darin, dem Zuwanderer zu helfen, die Dynamik, die dem Kulturschock zugrunde liegt, zu verstehen. Mit Hilfe des Trainers wird ihm bewusst, dass der Kulturschock und seine Auswirkungen ein unerlässlicher, unvermeidbarer und natürlicher Prozess der *cross-cultural* bzw. kulturübergreifenden Erfahrung ist und dass es von jedem Einzelnen abhängt, diese Erfahrung nicht nur zu bestehen, sondern daraus eine positive Erfahrung zu machen. Das Fach der Interkulturellen Kommunikation spricht von der »bewussten Wahrnehmung der eignen Reaktionen«. Tritt das Verstehen ein, das Bewusstsein dessen, was in ihm vor sich geht, kann der Migrant erste Schritte unternehmen, mit seiner neuen Situation fertig zu werden. Er kann anfangen, nicht nur auf seine neue Lebenssituation zu reagieren, sondern Selbstkontrolle ebenso wie Kontrolle über die Situation wiederzugewinnen. Er nimmt sein Leben selbst in die Hand und fängt an, wieder eine aktive, selbstbestimmte Rolle darin zu spielen.

Außenhilfe bzw. Hilfe durch interkulturelle Trainer kann auf allen Ebenen, mit denen der Migrant und seine Familie in Berührung kommen, angeboten werden: über die Gemeinden, Kulturzentren, Kommunen, Volkshochschulen, Schulen und Arbeitgeber, denen der Einwanderer in seiner neuen Heimat angehört. In den USA bieten auch Universitäten mit hohen Zahlen ausländischer Studierender solche Hilfestellungen an.

Wie würde ein Trainer in interkultureller Kommunikation praktisch vorgehen und worin würde seine Aufgabe bestehen? Es gibt viele Modelle für interkulturelle Aufklärung und »diversity«-Training:

In der ersten Phase vermittelt der Trainer allgemeine und grundlegende Kenntnisse darüber, was Kultur überhaupt ist. An dieser Stelle sollen aus der Vielzahl der Definitionen von Kultur zwei besondere erwähnt werden. Demnach ist Kultur a) die Art und Weise, wie Menschen in einer spezifischen Gesellschaft, Gruppe oder Organisation sich verhalten, kommunizieren, denken und die Realität wahrnehmen, b) ein Gefüge von Werten und Überzeugungen, die eine Gruppe von

Menschen miteinander teilt, und das ihr das Gefühl der Identität und Zusammengehörigkeit gibt (Weaver 2000: 1).

Der Grund, warum der Trainer der Interkulturellen Kommunikation mit dieser allgemeinen Orientierung am Begriff »Kultur« anfängt, liegt darin, dem Betroffenen bewusst zu machen, dass sowohl sein Verhalten als auch das seines Gegenübers auf diesem Fundament von geschichtlichem, sozialem und sogar anthropologischem Hintergrund beruht.

In der zweiten Phase findet eine Aufklärung über Grund und Ursprung des Kulturschocks statt. Hier wird besonderer Wert darauf gelegt zu betonen, dass er ein natürlicher Prozess der Akkulturation und nicht eine psychische Krankheit ist. Es findet eine Aufklärung darüber statt, was ein Konflikt überhaupt ist bzw. wie es zum Konflikt kommt, wenn zwei Kulturen aufeinander prallen, ebenso wie über die drei oben genannten Aspekte dessen, was man als Kulturschock bezeichnet.

Voraussetzung für das Gelingen der angebotenen Hilfe ist nach wie vor die Klarheit darüber, dass es zwei Betroffene in diesem so genannten Konflikt gibt, den Migranten und den Einheimischen. Beide Seiten müssen an dem Prozess der Akkulturation arbeiten, wenn den Problemen der Integration vorgebeugt und der Prozess zum Erfolg geführt werden soll. Die Aufgabe der Interkulturellen Kommunikation besteht darin, die Betroffenen auf beiden Seiten der Gesellschaft – Migranten und Einheimische – über die Dynamik, die dem Kulturschock zugrunde liegt, aufzuklären. Der Trainer der Interkulturellen Kommunikation hilft beiden Seiten zu verstehen, dass jeder Kulturschock und seine Auswirkungen ein unerlässlicher, unvermeidbarer und natürlicher Prozess der kulturübergreifenden Erfahrung ist, und dass es von jedem Einzelnen abhängt, sie nicht nur zu bestehen, sondern sie in eine positive Erfahrung zu verwandeln.

»Anticipation of a stressful event« (ebd.: 176) – die Erwartung einer stressbesetzten Begebenheit beeinflusst die Intensität der Reaktion eines Menschen darauf. Antizipieren wir, sind wir vorbereitet, erwarten wir eine stressvolle Situation, sind wir viel mehr in der Lage, damit umzugehen. Beide Seiten können sich darauf mit entsprechenden Maßnahmen vorbereiten.

Einige der Maßnahmen, mit denen man, wenn auch nur bedingt, Migranten auf die neue Kultur vorbereiten und den Problemen der Akkulturation vorbeugen kann, umfassen:

1. Sprachunterricht für den Migranten: Sprachkurse sind unerlässlich, helfen aber nur bedingt. Die Terroranschläge im Sommer 2005 in Großbritannien und im Jahr davor in den Niederlanden haben erwiesen, dass das Bewältigen der Sprache des Gastlandes nicht immer unbedingt eine Integration in dessen Kultur bedeutet. Genauso entscheidend wäre der Versuch, den Beteiligten zu helfen, Ursachen und Konsequenzen des Kulturschocks zu verstehen, damit sie ihm effektiv entgegenwirken können.
2. Interkulturelle Aufklärungskurse sollten schon vor der Einreise des Migranten in die neue Heimat und als Bedingung für die Einbürgerung, später auch beim Einleben in die neue Gesellschaft angeboten werden. Die Niederlande haben gute Erfahrungen mit dieser Vorgehensweise gemacht. »Seit September 1998 ist ein Gesetz über die Einbürgerung von Neuankömmlingen (WIN) in Kraft.«⁶ Zusätzlich zu 600 Stunden Sprachunterricht als Voraussetzung für die Einbürgerung von Nicht-EU-Ausländern hat man einen obligatorischen »individuell abgestimmten Integrationskurs« eingeführt. Parallel dazu werden Neuankömmlinge mit den »Facetten der Gesellschaft und den beruflichen Möglichkeiten vertraut gemacht und bekommen individuelle Sozialbetreuung«.⁷ Dass es trotzdem zu Hassausbrüchen und Mordanschlägen in den Niederlanden kam, angeblich als Reaktion auf die Aufforderung einiger Politiker, Bürgerrechte für Muslime einzuschränken, zeigt, dass die Probleme tiefgründiger liegen und dass sie, trotz interkultureller Hilfe, oft Generationen brauchen, ehe sie ausgeräumt werden können.
3. Interkulturelle Aufklärungskurse müssen für die Einheimischen in den Betrieben und Institutionen, in denen sie mit Fremden in Be-

6 ARD Mittagmagazin, Muslime, ebd.

7 ARD Mittagmagazin, ebd.

rührung kommen, angeboten werden, auch hier mit gezielter Aufklärung darüber, was Kultur überhaupt ist. Diese Aufklärung hilft dem Einheimischen, die Verhaltensnormen des Fremden und seine Reaktionen aus dessen kulturellem Hintergrund zu verstehen. Auch Aufklärung über den religiösen und gesellschaftlichen Hintergrund des Migranten ist unerlässlich. Ebenso unerlässlich ist die Ermöglichung der vollen Beteiligung der muslimischen Gemeinden auf lokaler und nationaler Ebene. Damit fühlen sie sich nicht mehr als Bürger zweiter Klasse, sondern als verantwortliche Mitglieder der Gesellschaft.

All das wird höchstwahrscheinlich die Schwierigkeiten der Integration nur bedingt vermeiden können. Oft sind die jungen muslimischen Migranten, die gewalttätig und irrational handeln, gesellschaftlich integriert. Sie haben eine Stelle, studieren an einer Universität oder haben junge Familien. Aber sie sind psychologisch und emotional unausgeglichen. Sie fühlen, dass sie in der fremden Gesellschaft, in der sie leben, nicht ihre Aufgabe gegenüber ihrer Religion und ihrer ursprünglichen Kultur erfüllen. In vielen Fällen glauben sie – manipuliert und einer Gehirnwäsche von so genannten Verteidigern des rechten Glaubens unterzogen –, dass sie sogar ihren Glauben betrügen, wenn sie ihre eigene Identität aufgeben und sich integrieren, noch schlimmer, wenn sie sich assimilieren (Ramadan 2005). Dies zeigt, wie tiefgreifend und schwer lösbar die Probleme der Integration sind, die Europa und Deutschland entgegenstehen. Es bleibt aber den Regierungen und Einheimischen nichts anderes übrig, als daran mit allen Mitteln zu arbeiten. Voraussetzung ist die Überzeugung, dass es hier um eine gemeinsame Verantwortung geht, wenn den Gefahren, die einem Land bzw. der Welt durch den »existentiellen Konflikt zwischen einem fundamentalistischen Islam und einem technologisch-säkularen Westen« (Huntington zit. n. Schirrmacher 2004: 15) drohen, erfolgreich entgegengewirkt werden soll.

Literatur

- Allport, Gordon W. (1961): *Pattern and Growth in Personality*. New York.
- Birg, Herwig (2001): *Die Demographische Zeitwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*. München.
- Huntington, Samuel (2002): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München.
- Lublin, Joann S. (2000 [1992]): In: G. R. Weaver (Hg.), *Culture, Communication and Conflict. Readings in Intercultural Relations*. Boston, S. 169ff.
- Maslow, Abraham (1970): *Motivation and Personality*, 2. Aufl. New York.
- Oberg, Kalvero (1960): Culture Shock and the Problem of Adjustment in New Cultural Environments. In: *Practical Anthropology* 7, S. 177-182 (wiederabgedruckt in: G.R. Weaver (Hg.), *Culture, Communication and Conflict. Readings in Intercultural Relations*. Boston 2000, S. 174).
- Ramadan, Tariq (2005): Interview »Real Story Is Not London Bombers But ›Silent Revolution‹ Of Western Muslims«. In: *New Perspectives Quarterly* vom 18. Juli 2005.
- Schirmmacher, Frank (2004): *Das Methusalem-Komplott*. München.
- Weaver, Gary R. (2000): *Understanding and Coping with Cross-Cultural Adjustment Stress*. Boston.

→ **BEVÖLKERUNGSWACHSTUM UND ZUWANDERUNG: WELCHEN PLATZ NEHMEN DIE »KULTURELLEN« FAKTOREN EIN?**

FRANÇOIS HÉRAN

Der Begriff »Kultur«, das ist bekannt, hat viele Bedeutungen – und diese Bedeutungen sind, je nach Sprache und, wenn man so sagen kann, von Kultur zu Kultur unterschiedlich. Französische Germanisten und deutsche Romanisten haben zu diesem Thema viel geschrieben. Lassen Sie uns das Thema auf unsere Weise und sehr konkret aufgreifen.

Wenn ein Franzose den Begriff »Kultur« hört ...

Wenn ein Franzose den Begriff »Kultur« hört, denkt er zunächst einmal an das Ministerium für Kultur und an die beiden populärsten Persönlichkeiten, die es seit seiner Gründung geleitet haben, André Malraux und Jacques Lang. Ohne besonders informiert zu sein, wird er auch an die zahlreichen Bereiche denken, für die dieses Ministerium zuständig ist: Literatur, Malerei, bildende Künste, Musik, darstellende Künste (Theater, Tanz, Zirkus usw.), Kino, Architektur, Pflege des kulturellen Erbes (Bibliotheken, Museen, Archive, Denkmäler) und vieles mehr. Sehr schnell tauchen Definitionsprobleme auf. »Kultur« umfasst nach dieser ersten Auffassung nicht nur die direkte Ausübung (Spielen eines Instruments), sondern auch den Konsum (ins Konzert gehen, eine CD hören, ein Konzert im Fernsehen verfolgen), weshalb auch die Kulturindustrien (Buch, CD, Videos, Fernsehen) berücksichtigt werden müssen. Eine weitere Frage betrifft das Spannungsfeld zwischen den drei Polen Bildungskultur (elitäre Kultur, Kulturerbe, Pariser Kultur usw.), Volkskultur und lokale Kultur sowie den »globalisierten« Kulturproduktionen, die von den »major companies« jenseits des Atlantiks verbreitet werden. Eine nahe liegende, aber anders gelagerte Frage betrifft den Platz, der dem erworbenen Know-how in Gestalt der Gastronomie oder Haute Couture einzuräumen ist: Haben wir es auch hier noch mit Kultur zu tun?

Aber lassen wir diese Diskussion beiseite, die besonders in Frank-

reich lebhaft geführt wird. Wichtig ist hier die Feststellung, dass diese zahlreichen Kulturformen, die das französische Ministerium für Kultur fördern soll, sowohl national verankert sind als auch eine universale Dimension besitzen. Ein zunehmender Teil der kulturellen Werke ist in eine umfassende Bewegung der internationalen Migration und Vermischung eingebunden. Die Musik liefert dafür ein eindeutiges Beispiel auf allen Ebenen. Nehmen wir nur zwei Beispiele: die Volksmusik des Maghreb, Westafrikas oder der Karibik erobert sich ein immer breiteres Publikum im Westen, während die Bewunderer von Bachkantaten mit Begeisterung das Gesamtwerk des Bach Collegium Japan unter der Leitung von Masaaki Suzuki für sich entdecken. Diese Art des Kulturverkehrs ist schon sehr alt. Sie erreicht eine erhebliche Zuhörerschaft, aber die damit einhergehenden Zuwanderungen von Künstlern (die heute zu den wenigen beruflichen Zuwanderungen gehören, die in Frankreich amtlich genehmigt sind) betreffen eine sehr begrenzte Zahl von Personen. Bach selbst musste die deutschsprachige Welt nicht verlassen, um von den neuesten musikalischen Strömungen in Deutschland, Frankreich oder Italien zu profitieren, die an deutschen Fürstenhöfen zu hören waren.

Der Begriff »Kultur« wird einen Franzosen auch an die persönliche Beherrschung der kollektiven Kultur denken lassen, die eher eine Fähigkeit zum Entschlüsseln als eine Ansammlung von Wissen ist. Und plötzlich erhält der Begriff »Kultur« neue Dimensionen. So gibt es zum Beispiel eine laizistische religiöse Kultur oder eine antike Kultur. Die französische Sprache enthält ebenso wie die deutsche zahlreiche Redewendungen und Metaphern biblischen Ursprungs; sie könnten vollkommen ihre Motivation im Saussure'schen Sinne des Begriffes verlieren, wenn die religiösen Referenzen verloren gehen. Sie können gern Agnostiker oder Atheist sein, aber Sie können den Louvre oder die Alte Pinakothek mit ihren Kindern nicht besuchen, ohne ihnen Grundlagen religiöser Kultur zu vermitteln. Und wie können wir die Neue Pinakothek oder die Gemäldegalerie Alte Meister im Dresdner Zwinger genießen, wenn wir nichts über die griechische Mythologie wissen?

Kultur als selektives Gedächtnis unserer Lebensbereiche

Wer »Kultur« sagt, sagt mithin Gedächtnis. Unser historisches Gedächtnis ist jedoch sehr selektiv, wie Anderson oder Bouchard nachgewiesen haben. In Frankreich hat die Erinnerung an die Sklaverei kaum Eingang in die nationale Kultur gefunden, dabei war sie über drei Jahrhunderte lang für den Wohlstand des Bürgertums in den Hafenstädten verantwortlich (wenn Chateaubriand berichtet, dass sein Vater »auf den Inseln« reich geworden ist, ist darunter zu verstehen, dass er sich am Sklavenhandel bereichert hat). Unsere Schulbücher enthalten zwar einige gegen die Sklaverei gerichtete Texte von Voltaire, Montesquieu, Mérimée oder Victor Hugo, aber eher mit dem Ziel, die Rhetorik der bedeutenden Autoren zu studieren, als solide Tatsacheninformationen zu vermitteln. Die Diskussion über die Erinnerung an die Sklaverei ist in Frankreich erst in den vergangenen Monaten wieder aufgelebt; noch beschränkt sie sich in erheblichem Maße auf Intellektuelle, die von den Antillen stammen.

Gestatten Sie mir, ein weiteres Beispiel zu nennen, das meinen eigenen Forschungen entstammt: die sehr selektive Filterung unserer Sprachkultur. Als Verantwortlicher für den Bereich Familie anlässlich der Volkszählung des Jahres 1999 hatte ich beschlossen, eine Reihe von Fragen in die Umfrage aufzunehmen, die die Sprachvermittlung innerhalb der Familien während des gesamten 20. Jahrhunderts betreffen. Die Umfrage bezog sich auf eine gewaltige repräsentative Auswahl von Personen: 380.000 Erwachsene im Alter von 18 bis zu über 100 Jahren. Das wichtigste Ergebnis lautet, dass 24 Prozent der Erwachsenen, die heute in Frankreich leben, sich daran erinnern, dass in ihrer Kindheit ihr Vater oder ihre Mutter üblicherweise in einer anderen Sprache als Französisch mit ihnen sprach. In der Hälfte der Fälle erfolgte die Vermittlung dieser Sprache gleichzeitig mit der französischen Sprache. Die befragten Personen haben dabei an die 600 Sprachen genannt (deren Bezeichnungen noch weit zahlreicher waren). Die Hälfte von ihnen nannte regionale oder grenzübergreifende Sprachen (Elsässisch, lothringisches Platt, Korsisch, Katalanisch, Baskisch, Bretonisch, Flämisches, Okzitanisch, das alte Nordfranzösisch, Provenzalisches usw.) und die andere Hälfte Sprachen, die durch Zu-

wanderung eingeführt wurden (Polnisch, Russisch, Italienisch, Ungarisch, Spanisch, Portugiesisch, Arabisch, Vietnamesisch, Chinesisch, nicht zu vergessen: die afrikanischen Sprachen aus den Regionen jenseits der Sahara und die anderen Sprachen der Mitgliedsstaaten der Union). Natürlich sind die Regionalsprachen rückläufig, während die Sprachen infolge der Zuwanderung auf dem Vormarsch sind, auch wenn in jeder Generation ein Drittel der Eltern aufhört, ihren eigenen Kindern die Sprache zu vermitteln, mit der sie selbst aufgewachsen sind.

Eine solche sprachliche Vielfalt widerspricht dem Bild, das wir uns üblicherweise von einer einsprachigen französischen Kultur machen. In unserer einen und unteilbaren Republik wird eine solche Vielfalt nur in geringem Maße offiziell anerkannt, auch wenn der Name der »Délégation générale à la langue française« (DGLF, Generaldelegation für französische Sprache) kürzlich in »Délégation générale à la langue française et aux langues de France« (DGLFLF, Generaldelegation für französische Sprache und für die Sprachen Frankreichs) geändert worden ist. Die Regionalsprachen gehen verloren (die gleiche Umfrage zeigt, dass selbst das Elsässische in den jungen Generationen nicht mehr weitergegeben wird), während die Sprachen der Zuwanderung sich selbst überlassen bleiben, ohne dass ihr Reichtum im schulischen Umfeld oder später auf dem Arbeitsmarkt ernsthaft genutzt würde.

Ich habe nicht die Absicht, hier ein Urteil über diese Situation abzugeben. Ich stelle nur eine deutliche Spannung hinsichtlich der Auffassung fest, die man heute von der »Kultur« in Frankreich hat. Wir sind gern bereit, literarischen und musikalischen Werken ein Recht auf Freizügigkeit zu gestatten. Sobald jedoch die Kultur diesen eher von Konsens geprägten Bereich verlässt, um sich mit der sensiblen Frage der sprachlichen, regionalen und ethnischen Identitäten zu befassen, stößt sie auf erhebliche Probleme, die Vereinbarkeit von kultureller Vielfalt und der Vorstellung von nationaler Einheit einzugehen.

Die Schwierigkeiten nehmen zu, wenn es um das kulturelle Anderssein geht, das durch die Zuwanderung hervorgerufen und von den zweiten Generationen mehr oder weniger wiederbelebt wird. Die

Zuwanderung trägt zum jährlichen Bevölkerungswachstum in Frankreich in einem Verhältnis bei, das seit langem zwischen 20 und 40 Prozent schwankt. Aber was bedeutet das genau? Die Zahl ist gering, verglichen mit dem, was in den meisten west- und südeuropäischen Ländern vor sich geht, in denen die Zahl der Sterbefälle ebenso groß oder sogar noch höher ist als die Zahl der Geburten, so dass das Wachstum in diesen Ländern zu 100 Prozent auf Zuwanderung beruht. Obwohl wir in Frankreich gegenwärtig einen starken Anstieg des Zuwanderungssaldos (mehr Zugänge als Abgänge) erleben, liegt dieser noch weit unter den Zahlen, die in Spanien, Portugal oder Italien erreicht werden – und ist weit von den Rekorden entfernt, die Deutschland in den 1990er Jahren erlebt hat, als Balkanflüchtlinge und Aussiedler zu der klassischen türkischen und jugoslawischen Zuwanderung hinzukamen. Momentan können wir, was Frankreich betrifft, nicht von einer massiven Zuwanderung sprechen, sondern von einer kontinuierlichen und bereits sehr alten Zuwanderung, denn sie ist die älteste in Europa, weil sie mindestens auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückgeht und nur in Kriegszeiten und wenigen Momenten in Friedenszeiten stark abgenommen hat (Ende der 1930er Jahre und unmittelbar nach Aussetzung der Arbeitszuwanderung im Jahre 1974).

Man muss aber auch wissen, dass eine Zuwanderung, die Jahr für Jahr in Höhe eines Drittels zum Bevölkerungswachstum des Landes beiträgt, viel ist, wenn der Zustrom über mehrere Jahrzehnte hinweg fortbesteht, wie dies in Frankreich, in den USA oder in Kanada der Fall ist. Dies genügt, um die Bevölkerungszusammensetzung im Aufnahmeland zu verändern. So lässt sich anhand der Daten der Familienumfrage des Jahres 1999 berechnen, dass ein Viertel der französischen Bevölkerung mindestens einen Großelternteil ausländischen Ursprungs hatte (Tribalat 2005). Fügen wir noch eine Generation hinzu, so hat ein Drittel Frankreichs ausländische oder teilweise ausländische Ursprünge.

Auf diese Weise hat Frankreich bereits langjährige Integrationserfahrungen hinter sich. Niemand möge sagen, dass es sich um Populationen handelte, die leichter zu integrieren waren als Zuwanderungen aus dem Maghreb oder aus den Ländern südlich der Sahara: Die

Vorurteile gegenüber Polen, Italienern oder Spaniern waren in den Jahren von 1880 bis 1940 unglaublich stark, so unterschiedlich waren die Lebensstandards und die Sitten und Gebräuche (in Lothringen wurde der Katholizismus der polnischen Zuwanderer als Bedrohung für den französischen Katholizismus empfunden; die kriminellen Handlungen im Namen der Ehre der Zuwanderer aus Sizilien oder Kalabrien stießen auf die gleiche Ablehnung wie ihr heutiges Äquivalent in Familien türkischen Ursprungs). Wir müssen uns von der vereinfachenden Sichtweise einer Gesellschaft A verabschieden, die ausländische Elemente B, C, D usw. aufzunehmen hat. Im Falle von Frankreich ist der Block A schon jetzt bunt gewürfelt, bereits vor langer Zeit hat er Elemente aller Art integriert. Eine der zusätzlichen Schwierigkeiten der Integration – man hat dies häufig festgestellt – ist das fremdenfeindliche Verhalten von kürzlich integrierten Personen, die versuchen, die Tür hinter sich zu verschließen, weil sie davon überzeugt sind, dass die Konkurrenz durch die Neuankömmlinge ihre eigenen Aufstiegschancen verringern wird.

Kulturerklärung und ihre Anwendung auf die Zuwanderer

Wie wir sehen, beschränkt sich »Kultur« nicht auf die objektive Gesamtheit kultureller Aktivitäten oder die persönliche Beherrschung von kulturellen Codes. Die Notwendigkeit, Herausforderungen in Gestalt von multiplen Erinnerungen innerhalb ein und derselben Nation anzunehmen, führt notwendigerweise zu der Frage eines anderen, anthropologischeren und identitätsbezogeneren, aber auch sehr problematischen Gebrauchs des Begriffes Kultur. Ich möchte über diese »kulturellen Züge«, »Kulturfaktoren« oder (in einer statistischeren Sprache) »Kulturvariablen« sprechen, die eine bequeme Berichterstattung über die »Widerstände gegen Veränderungen« oder die »Widerstände gegen eine Modernisierung« erlauben.

In der gegenwärtigen Debatte über die Integration von Zuwanderern in Frankreich sind Kulturerklärungen sehr geläufig. Eine der Fragen, die den Forschern des Institut national d'études démographiques (INED) am häufigsten gestellt wird und gelegentlich zur Zwangsvorstellung wird, betrifft die Frage nach der Fertilität von Aus-

länderinnen im Verhältnis zur Fertilität der Französinen. Gelegentlich verlagert sich die Frage hin zur Fertilität von Zuwanderinnen, die zu Französinen geworden sind: Könnte es nicht sein, dass sie dabei sind, die Basis der Alterspyramide zu infiltrieren und auf diese Weise auch die Zukunft unserer Bevölkerung – mittels einer langfristig ebenso effizienten wie diskreten »Überfertilität«? Unser Institut hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Frage so objektiv wie möglich zu beantworten, aber das ist nicht so einfach. Man muss erklären, dass Ausländerinnen gleichzeitig viel zu den Geburten (zur Zeit 15 %) und nur wenig zur Fertilitätsquote beitragen (sie heben die durchschnittliche Kinderzahl um ein oder zwei Dezimalstellen an). Das ist kein Widerspruch: Im äußersten Falle ist eine Zuwanderung vorstellbar, die für einen erheblichen Anteil an den Geburten verantwortlich ist, aber wenn ihre durchschnittliche Fertilität mit der der einheimischen Frauen übereinstimmt, ist ihr Beitrag zur Fertilität gleich null. Im Falle von Frankreich übersteigt die Fertilität der Ausländerinnen diejenige der einheimischen Frauen, aber nur geringfügig und mit der Tendenz einer Annäherung an die Fertilität der übrigen Bevölkerung. Da sie außerdem nur zehn Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter stellen, hat diese Überfertilität letztlich nur einen begrenzten Einfluss auf die nationale Geburtenrate.

Wenn wir noch weiter gehen und nicht nur die Fertilität von Ausländerinnen, sondern diejenige von Zuwanderinnen im Allgemeinen betrachten, einschließlich derjenigen, die die französische Staatsbürgerschaft angenommen haben, gilt grundsätzlich die gleiche Argumentation. Laurent Toulemon hat auf der Grundlage der Familienumfrage von 1999 nachgewiesen, dass Zuwanderinnen umso weniger fruchtbar sind, je jünger sie bei der Einwanderung waren und je länger sie in Frankreich sozialisiert wurden. Wenn man sich den Sonderfall der Zuwanderinnen ansieht, die im ersten Lebensjahr in Begleitung ihrer Eltern nach Frankreich gekommen sind, stellt man fest, dass sich ihre Fertilität auf französischem Boden auf dem gleichen Niveau bewegt, wie die Fertilität von Französinen, die im gleichen Jahr geboren wurden. Im Klartext: Es genügt eine Generation, bis sich die Fertilität von Zuwandererkindern derjenigen der einheimischen Bevölkerung angepasst hat.

Ein Dementi zum Kulturargument: der beschleunigte demografische Übergang in den Maghreb-Staaten

Erweitern wir unsere Überlegungen auf die Länder, aus denen ein großer Teil der Zuwanderer stammt, die nach Westeuropa gelangen: die Länder des Maghreb. In den 70er Jahren lag ihre Fertilität noch bei 7 Kindern pro Frau und niemand hätte einen Heller auf eine Veränderung hin zum heutigen Niveau gewettet, das bei etwa 2,5 Kindern pro Frau liegt. Kulturelle oder anthropologische Erklärungen liegen nahe (Fatalismus; religiöse Resignation; patrilineares Verwandtschaftssystem, beruhend auf großen Abstammungsgemeinschaften; Heirat zwischen Cousins in paralleler Linie usw.) und scheinen mit der ökonomischen Erklärung Hand in Hand zu gehen (Nutzen von Kindern für die eigene Alterssicherung). Durch ein außerordentliches Paradox ist in den Ländern des Maghreb genau in dem Moment, als die religiösen Werte in diesen Ländern einen außerordentlichen Aufschwung erlebten, die Fertilität umgekippt. Es ist schwierig, in einem solchen Kontext den modernisierenden Einfluss des Westens ins Feld zu führen. Kurz gesagt widerspricht die demografische Entwicklung im Maghreb, die direkten Einfluss auf das Verhalten der Zuwanderer aus diesen Ländern hat, eindeutig der substantzialistischen These von einer kulturellen Identität, die demografische Verhaltensweisen erklären würde.

Damit müssen wir uns von einigen überkommenen Vorstellungen verabschieden. Die geschichtlichen Arbeiten von Philippe Fargues und Youssef Courbage haben gezeigt, dass im Osmanischen Reich, vor dem Ersten Weltkrieg, die christlichen Minderheiten des Orients fertiler waren als die arabische Mehrheit. Mehr noch als Religion und Kultur ist es die relative Stellung einer Gruppe in einem multikulturellen Imperium, die den Willen fördern kann, sich durch demografisches Wachstum zu behaupten. Die geopolitische Situation besitzt stärkere Erklärungskraft als kulturelle Unterschiede. Palästina liefert dafür heute ein eindringliches Beispiel, das ebenfalls von Fargues untersucht worden ist. Mit einer der höchsten Geburtenraten weltweit widerlegt Palästina heute alle statistischen Beziehungen, die üblicher-

weise zwischen der Geburtenrate und dem Bildungsstand (der deutlich über dem Durchschnitt der arabischen Länder liegt) oder dem (ebenfalls sehr hohen) Urbanisierungsgrad hergestellt werden. Es ist überflüssig, sich hinter der »kulturellen« Erklärung zu verschanzen. Die Palästinenser wenden eine politische Strategie der Selbstbehauptung an, die die demografische Waffe einsetzt.

Kehren wir nun zum Maghreb zurück, so wissen wir, dass der starke Rückgang der Geburtenrate vor allem das Resultat einer späten Heirat in Verbindung mit einem stark verringerten Altersunterschied zwischen den Ehepartnern ist. Diese Faktoren scheinen eine kulturelle Eigenheit der europäischen Familie seit Jahrhunderten zu sein: Die Länder des Maghreb sind in weniger als drei Jahrzehnten zu diesem Ergebnis gelangt, obwohl sie einen starken Vormarsch des Islamismus erlebten. Der Iran ist den gleichen Weg gegangen, und die Länder des Nahen Ostens folgen nach, ausgenommen Palästina.

Zweifellos lassen sich Unterschiede zwischen der arabischen und der europäischen Situation feststellen. Wenn der Anstieg des Heiratsalters mit einem so starken Rückgang der Geburtenrate einhergeht, so hängt dies eher mit der unerbittlichen Kontrolle der weiblichen Sexualität vor der Heirat zusammen als mit einem allgemeinen Gebrauch von modernen Verhütungsmitteln, auch wenn dieser in der arabischen Welt erheblich zugenommen hat. Mag sein, dass dies nichts mit den gegenwärtigen Praktiken der Jugend in unseren Ländern zu tun hat. Die kulturellen Unterschiede bleiben infolgedessen bestehen. Aber indem wir diesen Einwand erheben, vergessen wir, dass die moderne Empfängnisverhütung eine noch sehr neue Praxis im Westen ist und dass es unseren Gesellschaften über Jahrhunderte hinweg gelungen ist, der Jugend lange Jahre eines sexuellen Vakuums zwischen dem Beginn der Pubertät (der sicherlich später erfolgt ist als heute) und dem Zeitpunkt der Eheschließung aufzuerlegen. Trotz einer Reihe von Versuchen können Historiker nicht erklären, wie die sexuellen Bedürfnisse während dieses langen Zeitraums befriedigt wurden, denn gewohnheitsmäßige sexuelle Beziehungen vor der Ehe, die hier und dort belegt sind, waren weit davon entfernt, in ganz Europa verbreitet zu sein.

Letztlich ist die kulturelle Kluft, die über einen langen Zeitraum

die arabisch-mohammedanischen Gesellschaften von den westlichen Gesellschaften auf dem Gebiet demografischer Verhaltensweisen getrennt hat und die noch vor über 30 Jahren als unüberwindbar galt, dabei sich zu schließen. Natürlich sind noch andere kulturelle Verhaltensweisen übrig, die im Wesentlichen die männliche Vorherrschaft und den unterbewerteten Status der Frauen in islamischen Ländern betreffen. Diese Unterschiede erscheinen heute unüberwindbar und es herrscht die Ansicht, dass Einnahmen aus der Erdölförderung, die selbst die konservativsten Regimes in ihrer Macht stärken, auf der einen Seite, und der israelisch-palästinensische Konflikt auf der anderen Seite die Positionen noch weiter verhärten könnten – ganz abgesehen von den Spannungen, die durch die amerikanische Intervention im Irak hervorgerufen werden. Aber wenn wir uns der Ansicht von Philippe Fargues anschließen, der ein besonders sachkundiger Beobachter der demografischen und sozialen Entwicklungen in der arabischen Welt ist, so bringen die gegenwärtigen Veränderungen bei den Geburtenraten unvermeidliche Veränderungen in den familiären Strukturen mit sich: die partriarchalische Vorherrschaft, ausgeübt von den Vätern, Brüdern und Cousins, wird mit dem drastischen Rückgang der Anzahl von Brüdern und der Abnahme des Altersunterschieds zwischen den Ehepartnern unweigerlich ihre Grundlagen verlieren. Man darf davon ausgehen, dass die Beziehungen zwischen Männern und Frauen in der arabisch-mohammedanischen Welt sehr bald ebenso spektakuläre Umwälzungen erleben werden wie die familiären Strukturen und der Sinn für Gleichheit. Wir werden sehen, ob dies eine Sache von ein oder zwei Generationen sein wird. Als wesentlich ist dabei hervorzuheben, in welchem Maße die kulturelle Erklärung kurzlebig ist; sie bringt vor allem unseren ausgeprägten Wunsch zum Ausdruck, die Unterschiede mit Substanz zu erfüllen.

Fruchtbar oder steril?

Die zwei Gesichter der italienischen Mamma

In gleicher Weise sollte die komplette Kehrtwendung in den europäischen Mittelmeerländern – Portugal, Spanien, Italien, Griechenland – dazu veranlassen, sich vor kulturellen Erklärungen im Bereich der Be-

völkerungsentwicklung zu hüten. Diese Hochburgen der Großfamilien, die ihren demografischen Übergang noch zu Beginn der siebziger Jahre fortsetzten, erleben heute Minusrekorde im Bereich der Geburtenraten. Gleichzeitig ist die massive Auswanderung zu einer massiven Einwanderung geworden. Die Umkehr erfolgt so schnell, dass sie radikal der Lehre von der Unwandelbarkeit kultureller Erklärungen widerspricht, die von sich behaupteten, den »Widerstand gegenüber Veränderungen« erklären zu können.

Aber Stereotype sind bekanntlich zählebig, angefangen von dem der italienischen Mamma. Lange Zeit als fruchtbare Erzeugerin beschrieben, wird sie heute beschuldigt, die Emanzipation ihrer Kinder zu verzögern, indem sie sie zu lange bei sich zu Hause behält, was diese daran hindert, ihrerseits eine Familie zu gründen. Einstmals fruchtbar, ist die italienische Mamma heute diejenige, die sterilisiert. Es ist noch nicht lange her, da liebte sie Kinder so sehr, dass sie viele Kinder bekam. Heute erklärt man uns mithilfe des Konzepts der »Opportunitätskosten«, dass sie Kinder derart liebt, dass sie so wenige wie möglich oder gar keine in die Welt setzt.

Es ist richtig, dass in Italien die Zahl der Kinder, die im Alter von etwa 30 Jahren noch bei ihren Eltern leben, doppelt so hoch ist wie in Frankreich. Gianpiero Dalla Zuanna (2004), Demograf an der Universität von Messina, schlägt eine »familialistische Interpretation der sehr niedrigen Fertilität in Italien« (a familistic interpretation of Italy's lowest low fertility) vor. Der Familialismus, so erklärt er, beschränkt sich nicht auf die Pflege von traditionellen oder konservativen familiären Wertvorstellungen. Er besteht darin, die Interessen der Eltern und der Kinder innerhalb der Kernfamilie zu verschmelzen. An ihre Eltern gebunden, können die Kinder das elterliche Domizil nur zu einem hohen moralischen und wirtschaftlichen Preis verlassen. Wenn sie ihren Lebensstandard beim Eintritt in das Berufsleben verbessern, nutzen sie dies nicht, um sich eine eigene Wohnung zu nehmen, sondern bleiben bei Papa und Mama und erzielen dadurch substanzielle Einsparungen, wodurch es ihnen finanziell noch besser geht.

Aber woher kommen derartige Normvorstellungen? Dalla Zuanna (2004) findet sie bei zwei Forschern, dem Hispano-Amerikaner David Reher (1998) – der wiederum von dem Historiker von Al-Andalus

Pierre Guichard beeinflusst ist – und dem italienischen Demografen und Soziologen Giuseppe Micheli (2000), der Verbindungen zu den alten Thesen von Frédéric Le Play und ihrer neueren Überarbeitung durch Emmanuel Todd zieht. Nach Ansicht von Reher und Micheli geht seit langem eine Trennlinie durch Europa: Auf der einen Seite steht die Norm der »starken Familie«, beeinflusst durch die Solidarität der muslimischen Welt innerhalb der Klans (die viel zitierte Asabiyyah, von der Ibn Khaldûn spricht), auf der anderen die Norm der »schwachen Familie«, die ihre Kinder so früh wie möglich emanzipiert. Dabei soll es sich um eine ausgeprägte Opposition zwischen Nord- und Südeuropa handeln, die bis ins Mittelalter oder sogar bis in die römische Antike zurückreicht.

Die logischen Schwierigkeiten, die eine solche These aufwirft, liegen auf der Hand. Zunächst einmal: Wie kann ein Einschnitt, der seit mehreren Jahrhunderten besteht, die demografischen Kehrtwendungen der vergangenen 30 Jahre erklären? Und wie konnte sich die Solidarität muslimischen Ursprungs innerhalb der Klans so lange mit Geburtenraten abfinden, die so viel höher sind als diejenigen in Europa? Warum sollen die mohammedanischen Einflüsse in Italien nachhaltiger wirken, als diejenigen anderer Eroberer der Halbinsel (Römer, Byzantiner, Normannen usw.)?

Und die internationalen Vergleiche, die Dalla Zuanna (2004) anstellt (und für die er diverse Quellen heranzieht, darunter OECD und Eurobarometer), richten diese These zugrunde, anstatt sie zu untermauern, wenn man die jeweiligen Positionen Italiens und Deutschlands einander gegenüberstellt. Tatsächlich zeigen sie, dass Italien auf Grund einer ganzen Reihe von Charakterzügen eine extreme Position in Europa einnimmt: ein verlängertes Zusammenleben mit den Eltern und danach ein Wohnsitz, der sich häufig in der Nähe befindet; ein hoher Grad an Wohneigentum; ein sehr geringes Vertrauen gegenüber Landsleuten, die nicht der Familie angehören; ein hoher Prozentsatz an Familienunternehmen (nach dem Vorbild von Agnelli oder Benetton). Das Problem liegt darin, dass Deutschland in allen diesen vergleichenden Tabellen ebenfalls auftaucht, aber entgegengesetzt zu Italien, obwohl hier die Geburtenrate ebenso niedrig ist wie in Ita-

lien. Ist eine Korrelation, die sich von einem Land zum anderen so problemlos umkehrt, überhaupt noch beweiskräftig?

Noch seltsamer ist die Umkehrung von Ursache und Wirkung. Dalla Zuanna (2004) hebt zu Recht die Rolle hervor, die der Wohnungsmangel in Italien für die Emanzipation von jungen Leuten spielt. Aber seiner Ansicht nach sind diese objektiven Probleme die Auswirkung einer malthusianischen Wohnungspolitik, die sich an die familialistische Norm anlehnt. In dieser Hinsicht können alle politischen Bereiche (Wohnung, Bildung, Sparwesen, Steuern, Raumordnung usw.) eine bereits seit alters her bestehende kulturelle Norm zum Ausdruck bringen, die für die Sozialwissenschaft das ist, was die materielle Infrastruktur für den Marxismus war. Viel vernünftiger wäre es wohl davon auszugehen, dass die Wohnungspolitik ebenso wie alle anderen politischen Bereiche eine wirkende Ursache ist, die in den Bereich der wirtschaftlichen und institutionellen Faktoren einzuordnen ist, anstatt sie zu einem mysteriösen Unterprodukt einer unbeweglichen »mediterranen« oder »meridionalen« Mentalität zu erklären. Wie Dalla Zuanna (2004) selbst hervorhebt, ohne ihr jedoch zu widersprechen, hat eine Reihe von italienischen Autoren die Hypothese aufgestellt, dass die Schwäche der Wohnungspolitik in Italien (wie im Übrigen auch in Spanien) mit Armut und Unterentwicklung zusammenhängt. Sie bringt die Unfähigkeit des Staates zum Ausdruck, einen ausgewogenen sozialen Schutz zu gewährleisten.

Im gleichen Zusammenhang trägt die Tatsache, dass die Ausgaben für den sozialen Schutz in Italien in hohem Maße den Rentnern zugute kommen und dadurch junge Paare benachteiligen, sicherlich dazu bei, deren Emanzipation zu verzögern und damit die Familiengründung zu verhindern. Aber Dalla Zuanna (2004) scheint Ursache und Wirkung zu verwechseln, wenn er beschließt, dass diese allgemeine Orientierung des sozialen Schutzes nur eine allgemeine familialistische Orientierung der Gesellschaft zum Ausdruck bringt. Viel eher könnte man auf den Gedanken kommen, dass eine familialistische Ideologie ganz im Gegenteil die verfügbaren Mittel des Staates oder der Städte und Gemeinden auf den Familienzuwachs konzentriert.

Familialismus gegen Geburtenzuwachs

Zweifellos wäre es angezeigt, Familialismus neu zu definieren, damit erklärende Hypothesen sowohl für Südeuropa als auch für andere Länder mit extrem niedriger Geburtenrate, wie Deutschland, die baltischen Staaten oder den fernen Osten (Japan, Südkorea, Taiwan), gelten können. Familialismus wäre dann kein erdrückender Einfluss der Eltern auf ihre Kinder mehr, sondern eine bestimmte Sichtweise der elterlichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die darin besteht, zwei einfache Prinzipien zu verteidigen: Man muss verheiratet sein, um Kinder zu bekommen, und die Ehefrau muss zu Hause bleiben, um sie zu erziehen. Die richtigen Indikatoren für diese Überzeugungen sind der Prozentsatz an Verbindungen, die mit einem langen Zeitraum des Zusammenlebens anfangen und der Prozentsatz der außerehelichen Geburten (bei Paaren, die zusammenleben). Es ist bekannt, dass diese Indikatoren in den nordischen Ländern, in Großbritannien und in Frankreich hoch sind, in Deutschland dagegen niedrig und noch niedriger auf den Mittelmeerhalbinseln. In diesem Sinne verhält sich der Individualismus gegenüber der Familiengründung letztlich weniger feindselig als der Familialismus. Er besteht darin, die Quellen der Legitimität zu verschieben: Die Verbindung braucht keine amtliche Eheschließung mehr, um authentisch und legitim zu sein, das Kind braucht keine amtlich verheirateten Eltern mehr, um legitim geliebt und erzogen zu werden.

Letztlich ist es der Familialismus, der die Geburtenraten drückt – aber ein Familialismus in dem Sinne, wie wir ihn verstehen: ein institutionelles Arrangement, das die familiären Strukturen verfestigt, indem es die Fronten zwischen Familien- und Berufsleben verhärtet, indem es die jeweiligen Rollen von Mann und Frau erstarren lässt, indem es im kollektiven Bewusstsein den Mangel an Kinderkrippen und Kindertagesstätten oder verlässlichen Halbtagschulen festschreibt, um letztlich das Modell der Hausfrau und Mutter zu rechtfertigen. Mutterschaft und Vaterschaft können nur dann mit den Anforderungen des Berufslebens vereinbar sein, wenn familiäre Strukturen flexibler werden und Erziehungsaufgaben nicht mehr allein der Ehefrau anlasten. Familialismus ist kein Fatum. Die Starrheit der familiären

Organisation hat nichts mit einem unerbittlichen anthropologischen Charakterzug gemein. Sie ist kein eigenständiger kultureller Faktor, der alles Übrige erklärt und dabei selbst unerklärlich bleibt. Ihre Geschichte lässt sich aufzeigen: ihre institutionelle, politische, finanzielle, psychosozilogische Geschichte. Und diese Geschichte kann Veränderungen unterzogen werden, die für eine richtig orientierte Politik machbar sind.

Eine recht weit verbreitete Erklärung für demografische Schwankungen greift auf Werte zurück. Allerdings muss man sich über diesen Begriff einigen. Handelt es sich um private, mehr oder weniger säkularisierte, mehr oder weniger individualistische Werte usw. oder um Prioritäten, die anhand der institutionellen Systeme zum Ausdruck kommen? Organisatorische Fragen (Existenz eines Vorschulsystems, Zeiteinteilung, Ganztagsschulen in Deutschland usw.) sind hier von wesentlicher Bedeutung. Welche praktischen Details machen eine Gesellschaft kinderfreundlich (Betreuung im öffentlichen Raum, Qualität der Wohnsituation usw.)? Welche Prioritäten werden den verschiedenen Lebensabschnitten eingeräumt? Fördern die Unterstützungs- und Organisationssysteme der Institutionen (Schule, Steuern, Nahverkehr, Stadtplanung, örtliche Demokratie, soziale Beihilfen usw.) die Emanzipation von jungen Leuten, die Betreuung von Kindern in den Städten, die Selbstständigkeit von Frauen, die Unterstützung von alten Menschen usw.? Zukünftig wird Kultur auch in den Wertvorstellungen bestehen, die Institutionen aller Art angenommen haben.

Kulturelle Faktoren, ökonomische Faktoren: die Grenzen des Gegensatzes

Sie wissen zweifellos, dass die französische Regierung im gedanklichen Einvernehmen mit vielen Intellektuellen und Künstlern die These von der kulturellen Ausnahme vertritt. Mario Vargas Llosa hat im Namen seiner Frankophilie dieser Diskussion die Schuld gegeben, in der er den identitätsbezogenen und protektionistischen Rückzug einer im Niedergang befindlichen Kultur sehen will, die ihren eigenen Ausnahmecharakter proklamiert und dabei das Urteil des Marktes um-

geht. Das ist natürlich ein Missverständnis. Die französische Position besteht nicht darin zu sagen, dass die französische Kultur eine Ausnahmekultur ist, sondern dass alle Kulturen außergewöhnlich sind. Ungeachtet ihres Herkunftslandes sind kulturelle Erzeugnisse keine Waren wie andere und müssen im Namen des Gemeinwohls und der Verteidigung der kulturellen Vielfalt in den Vorzug öffentlicher Unterstützung gelangen können. Da ich weder Künstler noch Diplomat bin, fasse ich diese Position zweifellos sehr mangelhaft zusammen. Ich beobachte nur, dass die Verteidigung der kulturellen Vielfalt oder der allgemeinen kulturellen Ausnahme eine Wirtschaftspolitik der Kultur im Namen bestimmter Werte voraussetzt. Letztlich handelt es sich um ein Paradox: Die Kultur ist eine Welt für sich, die kulturelle Identität ist unbeugsam, aber diese Vorstellung kann man nur vertreten, indem man die Grenzen zwischen der kulturellen Sphäre, der wirtschaftlichen Sphäre und der Welt der Wertvorstellungen verschiebt.

Mutatis mutandis ist es in etwa das, was mit dem Begriff der kulturellen Faktoren in der Demografie passiert. Vor etwa 40 Jahren ist den Demografen klar geworden, dass sich menschliche Verhaltensweisen im Bereich der Fertilität und Fortpflanzung nicht auf wirtschaftliche Interessen reduzieren lassen. Daraus haben sie abgeleitet, dass weitere Faktoren ins Spiel kommen, die sie als kulturelle Faktoren bezeichnet haben. Ursprünglich stellte sich der kulturelle Beweggrund als ein nicht ökonomischer oder sogar antiökonomischer Faktor dar. Zunächst einmal hat der Demograf jedoch nicht sofort die wirtschaftlichen Determinanten der Verhaltensweisen erforscht. Er ist zunächst einmal in seiner Kompetenzsphäre geblieben, indem er die »nahe liegenden Determinanten« (*proximate determinants*) demografischer Verhaltensweisen erforscht hat, die einen Zwischenraum zwischen der demografischen Sphäre und den anderen Sphären des Seins einnehmen. Die Analyse der Fertilität veranschaulicht diese Vorgehensweise sehr gut. Die Geburtenrate hängt von einer Reihe von Mechanismen ab, die absichtlich oder unfreiwillig, direkt oder ganz einfach nur probabilistisch dazu führen, die Gefahr einer Befruchtung zu begrenzen, wie zum Beispiel: das Alter der Frau zu Beginn des Zusammenlebens; die Wahrscheinlichkeit, im Wochenbett zu sterben und das gesamte gebärfähige Alter zu überleben; die Häufig-

keit der sexuellen Beziehungen; das Verbot von Beziehungen zu bestimmten Zeiten des Jahres; die ausdrückliche Absicht einer Geburtenplanung; der Zugang zu wirksamen Verhütungsmitteln. Es ist unmöglich, Fertilitätsschwankungen zu erklären, wenn man nicht aufzeigt, in welcher Weise externe Zwänge oder Anreize auf diese nahe liegenden Determinanten einwirken, die wiederum Einfluss auf die Fertilität haben.

Anschließend stellt sich die Frage nach diesen Zwängen und Anreizen. Die wichtigsten Theorien, die zu diesem Thema entwickelt worden sind, insbesondere um die treibende Kraft für diesen demografischen Übergang in Europa und weltweit zu erklären, stützen sich auf wirtschaftliche Argumente. Die Fertilität, so glaubte man, erklärt sich durch die Tatsache, dass die Vorteile, ein Kind (oder ein Kind mehr) zu bekommen, gegenüber den Vorteilen, kein Kind zu bekommen, überwiegen: Das Kind verschafft mehr Gewinne als Verluste. In die Berechnung beziehe man die direkten Kosten des Kindes für Wohnung, Ernährung, Kleidung, Erziehung und die Vorteile ein, die es in Form von Arbeitskraft in der Familie oder als garantierte Stütze im Alter einbringt. Man berechne seine marginalen Kosten im Verhältnis zu den Kindern, die man bereits hat, die Opportunitätskosten für die Eltern – insbesondere für die Mutter, wenn sie vorübergehend darauf verzichtet, ihre Kenntnisse auf dem Arbeitsmarkt einzusetzen, um ihre Kinder aufzuziehen usw.

Das Problem besteht darin, dass die Vorteile, die den Kosten gegenüberzustellen sind, nur schwer zu bewerten sind, es sei denn, man betrachtet das Kind als ein Konsumgut, das für die Eltern eine Nutzenfunktion erfüllt. Eine weitere Schwierigkeit geht auf die Tatsache zurück, dass man nicht so recht weiß, wann das Konto der gegenwärtigen Investitionen in die Kinder abzuschließen sein wird (nur eine Generation, zwei oder mehr?). Die Rechnungen unterscheiden sich je nach dem Verhaltensmodell, das man den Akteuren zuweist: »Egoismus« oder »Altruismus«, »erweiterter Egoismus« (erweitert um die Ehefamilie auf den Familienstamm), »indirekte Gegenseitigkeit« während des Bestehens der Linie (in gleicher Weise, wie sich meine Eltern um mich gekümmert haben, werde ich mich um meine Nachkommen kümmern, ohne Hoffnung auf eine direkte Gegenleistung:

Meine Nachkommen werden ihre Nachkommen unterstützen usw.), »Präferenz für die Gegenwart« (in welchem Falle die Interessen zukünftiger Generationen meine Kostenrechnung nicht stark belasten werden) usw. Kinder zu bekommen lässt sich mit einem eingeschränkten oder breiten Blickfeld betrachten, je nachdem, ob man die gewollten und ungewollten Auswirkungen einbezieht und ob man beschließt, sie grundsätzlich positiv oder negativ zu bewerten (man kann den Standpunkt vertreten, dass eine Welt ohne Kinder unendlich traurig wäre oder uns im Gegenteil eine himmlische Ruhe verschaffen würde: Das hängt von den Präferenzen ab). Man kann die ökonomischen Modelle verfeinern, indem man die Tatsache berücksichtigt, dass die Urheber der Entscheidung im Allgemeinen Ehepartner mit ihren jeweiligen Ressourcen und Verhandlungsfähigkeiten sind (so genannte »kollektive« Modelle). Außerdem kann man sich nach den Einflüssen der Außenwelt und nach den verheerenden Auswirkungen der Argumentation des Handelns »auf eigene Faust« fragen: Wozu soll ich mir die Mühe machen, Kinder zu haben (oder zukünftige Beitragszahler zu ernähren ...), wenn auch andere diese Aufgabe übernehmen können? Was dann letztlich noch bleibt, ist die Kardinalfrage, bei der die ökonomische und die ethische Frage aufeinander treffen: Welcher Wert ist einem weiteren Leben auf diesem Planeten beizumessen? Ist es absolut gesehen gerechtfertigt, gleichgültig welcher Lebensstandard es erwartet, oder soll man auf ein zusätzliches Leben verzichten, wenn dies mit einem Rückgang des durchschnittlichen Lebensstandards einhergeht? Brauchen wir mehr Leben oder weniger zahlreiche und dafür längere und gesündere Leben?

Wenn man in der Wirtschaftsliteratur nachschlägt, gelangt man zu einer frustrierenden Schlussfolgerung, die bei näherem Nachdenken jedoch eher beruhigend ausfällt: Es ist nicht sehr rational, Kinder zu haben, es sei denn, man wappnet sich mit einer Reihe von optimistischen und voluntaristischen Standpunkten oder erweitert die Definition der ökonomischen Rationalität in erheblichem Maße. Je mehr man ausrechnet, wie viel uns Kinder kosten, desto weniger sieht man ein, was sie uns bringen. Wenn die Entscheidung, Kinder zu bekommen, allein von der ökonomischen Berechnung des Einzelnen abhin-

ge, würde die Geburtenrate in den europäischen Ländern nicht zwischen 1,2 und 2,1 liegen, sondern im Bereich von Null. In Wahrheit ist die ökonomische Sichtweise des Problems legitim, sofern man sich nicht auf einen eingeschränkten Ökonomismus begrenzt, sondern auf eine erweiterte Ökonomie stützt. Der Wert des Kindes selbst kommuniziert mit weiter gefassten Wertesystemen. Das wohlverstandene Interesse kann zu einer Form von allgemeinem Interesse führen, bis hin zur Einbeziehung von desinteressierten Verhaltensweisen, die innerhalb der ehelichen und familiären Sphäre zentral bleiben, weil sie auf Wertesystemen beruhen. Offenkundig machen Begriffe wie Nachkommenschaft, Altruismus, Qualität, Präferenzen, kollektives Modell usw., die in die wirtschaftlichen Überlegungen einfließen, qualitative, historische und anthropologische Untersuchungen erforderlich.

Hin zu einer erweiterten Ökonomie

Dennoch wäre es ungerechtfertigt, wirtschaftliche Erklärungen zu disqualifizieren, indem man sie auf einen engen Ökonomismus reduziert. Die Ökonomen selbst sind sich der Notwendigkeit bewusst geworden, ihre Sicht der Dinge auf nicht monetäre Faktoren zu erweitern (die »erweiterte Ökonomie«, von der Hirschman spricht), auch wenn sie bei der konkreten Umsetzung ihrer Modelle häufig dazu tendieren, ihnen eine angenäherte Übersetzung in Form von finanziellen Äquivalenten angedeihen zu lassen, die häufig stark reduzierend sind. Es ist angezeigt, zwischen der Theorie und den Mitteln für die Umsetzung zu unterscheiden. Die Ökonomie als Disziplin ist potenziell dazu in der Lage, soziokulturelle Parameter zu berücksichtigen, wenn man darunter die rechtlichen Anforderungen (z.B. Abstammungsrechte oder Erbrecht), kollektive Solidaritätssysteme (eine eher staatliche oder eher familialistische Orientierung des sozialen Schutzes), die Unabhängigkeit junger Menschen von den Eltern (messbar anhand des Alters, in dem sie die elterliche Wohnung verlassen), die Diskriminierung der Frau (fortdauernde Ungleichheit der Löhne, die nicht durch unterschiedliche Ausbildung gerechtfertigt ist), religiöse und ethnische Zugehörigkeiten und Sprachräume versteht. Dies ist künftig möglich dank des Einsatzes von multivariablen statis-

tischen Modellen, die auf Einzeldatenbanken angewendet werden, weil technisch gesehen nichts gegen eine Einbeziehung von Variablen aller Art in diese mikroökonomischen Modelle spricht.

Es ist wichtig anzumerken, dass diese Analysetechniken auch den Demografen zur Verfügung stehen, die künftig über Einzeldateien oder über immer feinere Dateien auf lokalem Maßstab verfügen, die sie für die Durchführung von guten Kausalitätsanalysen benötigen. Immer häufiger haben diese Dateien außerdem eine historische Dimension, sei es eine retrospektive (Personen werden über ihren bisherigen Weg befragt) oder longitudinale (Personen werden im Laufe der Zeit wiederholt befragt). Die Zeiten sind vorüber, in denen Demografen auf der einen Seite und Wirtschaftswissenschaftler auf der anderen anhand von Makrodaten oder verallgemeinernden Daten arbeiteten, die jeweils die spezifischen Kategorien der einzelnen Disziplinen privilegierten. Demografische Analyse und ökonomische Analyse sind künftig in der Lage, anhand der gleichen Daten und mit analogen Werkzeugen zu arbeiten. Damit muss die Differenzierung zwischen demografischen Variablen, ökonomischen Variablen und kulturellen Variablen stark relativiert werden. Dies geht eindeutig aus einer zweifachen Episode in der Geschichte der Demografie in den vergangenen Jahren hervor.

Auf der Suche nach den kulturellen Faktoren: das »Princeton European Fertility Project«

In den 60er Jahren hat sich das Office of Population Research der Universität Princeton, das eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der Theorie des demografischen Übergangs nach dem Krieg gespielt hatte, darum bemüht, die Theorie auf die Probe zu stellen, indem man sich den Reichtum an demografischen Daten zunutze machte, die in Europa verfügbar waren. Unter dem Titel »Princeton European Fertility Project« wurde das Programm von 1963 bis 1986 von dem amerikanischen Demografen Ansley Coale geleitet, der einige der besten europäischen Forscher auf diesem Gebiet einbezogen hat, wie Ron Lesthaeghe, Massimo Livi-Bacci oder Étienne van de Walle. Nach Auswertung der Daten von ungefähr 700 Regionen, Provinzen oder

»Departements« in Europa vom Ende des 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts sind die Autoren zu einer starken Schlussfolgerung gelangt, die heute Eingang in die demografischen Handbücher oder Nachschlagewerke gefunden hat und der zufolge ökonomische Faktoren kaum dazu in der Lage sind, das Tempo des Fertilitätsrückgangs in Europa zu erklären. Danach haben kulturelle Variablen eine stärkere Erklärungskraft, insbesondere die Säkularisierung, ethnische Unterschiede und Sprachunterschiede. Ansley Coale vertrat im Vorwort zu seiner abschließenden Zusammenfassung den Standpunkt, diese Schlussfolgerungen würden der klassischen Theorie des demografischen Übergangs widersprechen, die eine Beziehung zwischen dem Fertilitätsrückgang und anderen Faktoren, wie Urbanisation und Industrialisierung, Niedergang der landwirtschaftlichen Berufe und Anstieg des Bildungsniveaus herstellte.

Einige Mitglieder der Forschungsgruppe, allen voran Ron Lesthaeghe, haben diese Diagnose in den darauf folgenden Jahrzehnten fortgeführt, indem sie die These aufstellten, der demografische Übergang würde sich durch eine neue »Wertorientierung« erklären: Der Rückgang der Geburtenrate habe vor allem kulturelle Ursachen, er würde die Verbreitung westlichen und modernen Gedankenguts zum Ausdruck bringen. Man hat dieser Theorie ein weniger schulmeisterliches Label angehängt, indem man sie als »ideational theory« bezeichnete. Zweifellos sollte der negativ besetzte Begriff »ideologisch« vermieden und gleichzeitig darauf hingewiesen werden, dass der Motor der Veränderung nicht die Veränderung der materiellen Faktoren, sondern die Verbreitung von Gedankengut (modernem Gedankengut natürlich) war.

Wenn man sich jedoch die abschließende Zusammenfassung des Princeton-Projekts durchliest, gelangt man bei weitem nicht zu dieser Art von Schlussfolgerung. Welche Indikatoren haben Lesthaeghe und Wilson in ihrem Beitrag herangezogen? Die einbezogenen Länder (Dänemark, Niederlande, Belgien, Deutschland, Schweiz und Italien) werden in 136 protestantische oder katholische Regionen eingeteilt. Die abhängige Variable (d.h. das zu erklärende Phänomen) ist die Frühzeitigkeit des Rückgangs der Geburtenrate. Die Autoren messen sie, indem sie den bereits von 1870 bis 1910 zu beobachtenden Rück-

gang der Geburtenrate im Verhältnis zum Rückgang des Untersuchungszeitraums 1870 bis 1930 berechnen. Der herangezogene kulturelle Faktor ist die Säkularisierung, d.h. der Rückgang des Einflusses der Kirchen auf das politische, soziale und schulische Leben der Region, gemessen anhand der Zahl der abgegebenen Stimmen für nicht konfessionsgebundene oder sozialistische Parteien. Im Bereich der Wirtschaft wird der Anteil der berufstätigen Männer in der Landwirtschaft oder der ländlichen Kleinindustrie herangezogen, um die Bedeutung der Familienunternehmen als Hindernis für die Selbstständigkeit der jungen Leute anzuzeigen. Es ist nicht überraschend festzustellen, dass die abgegebenen Stimmen für nicht religiöse Parteien in hohem Maße mit dem Anteil der nicht ländlichen Arbeiter zusammenhängen. Wenn man den Einfluss jedes dieser Faktoren getrennt auf die Frühzeitigkeit des demografischen Übergangs berechnet, ist das Ergebnis weit von der Vulgata entfernt, die heute über das Princeton-Projekt im Umlauf ist (Lesthaeghe/Wilson 1986). Der Faktor, der einer schnellen Veränderung der Geburtenrate am stärksten zugeordnet wird, ist der Rückgang der Familienarbeit, weit vor dem Anstieg der Wählerstimmen für Parteien ohne konfessionelle Bindung. Nur Italien bildet eine Ausnahme, während im katholischen Deutschland beide Faktoren nahezu gleich liegen, gemeinsam aber nur ein Drittel der beobachteten Veränderungen erklären (19,5 % bei der ökonomischen Variablen, 15,5 % bei der kulturellen Variablen), was den Schluss nahe legt, dass das Modell andere Schlüsselvariablen außer Acht lässt.

Die Autoren ziehen zu Recht den Schluss, dass ökonomische Faktoren nicht ausreichen, um den demografischen Übergang zu erklären, und dass es notwendig ist, kulturelle Variablen einzubeziehen. Das geht in Ordnung, aber es erlaubt in keiner Weise das Fazit, dass die Veränderung der ökonomischen Strukturen der Verbreitung von neuem Gedankengut als Antriebskraft für demografische Veränderungen Platz machen muss. Das Gegenteil ist der Fall.

Wir müssen uns an dieser Stelle nach der Bedeutung des Wortes »kulturell« fragen. Die moralische Umrahmung der Bevölkerungen durch religiöse Institutionen und ganz konkret durch das Netzwerk der Gemeinden ist sicherlich ein »kulturelles« Phänomen, aber diese

Charakterisierung bleibt sehr vage. Wenn Institutionen über Jahrhunderte hinweg bestanden haben und auf dem gesamten Territorium in Form von Netzwerken strukturiert sind, dann verkörpern sie etwas ganz anderes als Gedankengut, sie haben sich im Raum materialisiert und besitzen die Härte von Stein. Das ist – wenn man so will – kulturelles Kapital, aber eingeführtes, kristallisiertes kulturelles Kapital. Umgekehrt ist das Streben der Kinder von Bauern nach Autonomie ebenso wie das Autonomiestreben der Kleinbauern gegenüber den Junkern oder großen Landbesitzern – das zentrale Thema in der viel zitierten Untersuchung von Max Weber über die Arbeiter östlich der Elbe – ein mentales und moralisches ebenso wie ein ökonomisches Phänomen. Man könnte es ebenso gut als kulturelles Phänomen bezeichnen. Max Weber sah in diesem Streben nach Emanzipation die wichtigste Triebfeder für die deutsche Emigration nach Amerika.

Wenn Berkeley sich mit Princeton beschäftigt

Lässt sich eine klare Grenze zwischen kulturellen und nicht kulturellen Faktoren ziehen? Von 1988 bis 1998 wurde das Princeton-Projekt von einem Team aus Berkeley wieder aufgegriffen, dem Ronald Lee, Professor für ökonomische Demografie und zweifellos der phantasiebegabteste lebende Demograf, und Eugene Hammel, Anthropologe und Demograf, angehören. Angeregt durch einen Doktoranden von Berkeley, Patrick Galloway, haben sie ein Projekt mit dem Titel »Economic and cultural factors in demographic behavior« auf den Weg gebracht, das sich erneut mit der Problematik des Princeton-Projekts befasste und es dieses Mal auf Preußen von 1849 bis 1914 anwandte und auf eine geografische Ebene, die fünfzehn Mal enger ist als die Region: die des (Land-)Kreises.

Die Zusammenfassung ihrer Arbeiten ist im Internet zu finden. Galloway, Lee und Hammel gelangen zu Schlussfolgerungen, die den Vulgata von Princeton eindeutig widersprechen. Man muss die Faktoren, die die preußischen Geburtenraten zu einem bestimmten Zeitpunkt ausmachen, von denen unterscheiden, die die Geschwindigkeit der demografischen Veränderung erklären. Die Geburtenrate erklärt sich ebenso durch die ökonomische Struktur wie durch kulturelle Da-

ten, während das Tempo der Veränderung eher mit ökonomischen Faktoren zusammenhängt. Je mehr Einwohner des Kreises bei Banken, Versicherungen und bei der Post arbeiten, desto schneller nimmt die Geburtenrate ab. Kurioserweise sind die katholischen Landkreise auch diejenigen, in denen die Geburtenrate am schnellsten abnimmt, was den allgemeinen Vermutungen widerspricht.

Das Urteil der Demografen von Berkeley über ihre Vorgänger ist mithin hart: »unbegründete Ablehnung der Rolle wirtschaftlicher Faktoren und Überschätzung kultureller oder traditioneller Faktoren«. Unter Anspielung auf ergänzende Arbeiten der Gruppe aus Princeton warnen die drei Forscher aus Berkeley vor übereilten Verweisen auf kulturelle und sprachliche Unterschiede. Es kann sich um indirekte Faktoren (so genannte »proxys«), um ökonomische und um strukturelle Faktoren handeln. Letztlich, so schlussfolgern sie, haben die Kritiker demografisch-ökonomischer Betrachtungsweisen die Unterscheidung zwischen »kulturellen« und »ökonomischen« Faktoren übertrieben.

In einer neueren Untersuchung greift Francesco Billari die Frage nach der europäischen Fertilität wieder auf, indem er die Diskussion in gleicher Weise eröffnet (Billari 2004). Er bleibt bei der Vorstellung, dass langfristige kulturelle Tendenzen erklärende Typologien liefern können, was uns eher skeptisch macht, aber er definiert die ökonomischen Variablen in einem weiteren Sinne neu, der alle Arten von Faktoren einschließt: kulturelle Faktoren wie Entscheidungen des Systems für den sozialen Schutz zu Gunsten der jungen Generationen oder der Rentnergenerationen, sozioökonomische Faktoren wie das Risiko von Arbeitslosigkeit bei jungen Leuten, institutionelle Faktoren wie die Schaffung eines Universitätscampus mit der Möglichkeit, die Studenten dort zu beherbergen, statt sie in der Stadt in der Nähe ihrer Eltern wohnen zu lassen.

Letztlich kehre ich zum zentralen Gedanken meines Vortrags zurück: Um die Vielfalt demografischer Verhaltensweisen zu erklären, müssen wir zweifellos auf die demografische Analyse zurückgreifen, aber mit vollem Recht auch die Ökonomie, die Soziologie und die Kulturgeschichte sowie die politische Soziologie bemühen. Ob sie nun Europa oder jede einzelne der europäischen Gesellschaften teilen –

kulturelle Teilungen sind in keinem Falle ihrem Wesen nach unveränderlich. Sie sind historisch und zeitlich bestimmbar. Sie bereiten uns immer wieder Überraschungen. Letztlich sind sie für den Menschen beeinflussbar.

Literatur

- Billari, Francesco (2004): Becoming an adult in Europe: a macro(/micro)-demographic perspective. *Demographic research*, Special collection 3, In honor of Jan M. Hoem on his 65th birthday, article 2.
- Dalla Zuanna, Gianpiero (2004): The Banquet of Aeolus. A Familistic Interpretation of Italy's Lowest Low Fertility. In: Gianpiero Dalla Zuanna, Giuseppe A. Micheli (Hg.), *Strong Family and Low Fertility. A Paradox? New Perspectives in Interpreting Contemporary Family and Reproductive Behaviour*, European Association for Population Studies, Dordrecht: Kluwer Academic Publishers, S. 105-126.
- Courbage, Youssef, Fargues, Philippe (1997): *Chrétiens et Juifs dans l'Islam Arabe et Turc*. Paris: Payot.
- Lesthaeghe, Ron/Wilson, Chris (1986): Modes of Production, Secularization and the Pace of the Fertility Decline in Western Europe, 1870-1930. In: Susan Watkins/Ansley J. Coale, *The Decline of fertility in Europe*, Princeton: Princeton University Press, S. 261-292.
- Micheli, Giuseppe A. (2000): Kinship, Family and Social Network. The Anthropological Embedment of Fertility Change in Southern Europe. In: *Demographic Research* 3(3), S. 1-34.
- Reher, David S. (1998): Family Ties in Western Europe. Persistent Contrasts. In: *Population and development review* 24(2), S. 203-234.
- Tribalat, Michèle (2004): Une estimation des populations d'origine étrangère en France en 1999. In: *Population. Revue de l'INED* 59(1), S. 51-81.

→ **DEMOGRAFIE UND KULTURELLER WANDEL AM BEISPIEL DER MUSIK**

RAIMUND VOGELS

In seinem Vortrag »Die Probleme der Vergleichenden Musikwissenschaft«, einer Art Gründungsdokument der Vergleichenden Musikwissenschaft, schreibt der Berliner Chemiker und Musikwissenschaftler Erich Moritz von Hornbostel im Jahre 1905: »Die Gefahr ist groß, dass die rapide Ausbreitung der europäischen Kulturen auch die letzten Spuren fremden Singens und Sagens vertilgt. Wir müssen retten, was zu retten ist, noch ehe zum Automobil und zur elektrischen Schnellbahn das lenkbare Luftschiff hinzugekommen ist, und ehe wir in ganz Afrika Tara rabum-diäh und in der Südsee das schöne Lied vom kleinen Kohn hören.« (v. Hornbostel 1905/06)

Der Schrecken des Untergangs und der Zerstörung musikalischer Kultur war geboren! Zu einem Zeitpunkt, da Kolonialismus und Imperialismus ihre Krakenarme über die ganze Welt ausbreiteten und erste Kulturkritiker die Folgen bedachten, war man in Europa noch fest davon überzeugt, dass die eigene Musik davon nicht betroffen sei, weil sie als kultureller Höhepunkt einer in sich begründeten Entwicklung gesehen wurde.

Auch Hornbostel war zu dem damaligen Zeitpunkt in seinem Denken noch weitgehend dem unilinearen Evolutionismus verhaftet und überzeugt davon, dass die überlegenen westlichen Zivilisationen mittelfristig zu einer Vernichtung der lokalen, sprich primitiven Kulturen und – damit verbunden – der Musikpraktiken der Südsee, Asiens und Afrikas führen werden. Diese wurden als Verfestigung früherer kultureller Stufen auf dem Wege zur Höhe der abendländischen Tonkunst gesehen. Das zu Grunde liegende Paradigma sah für die europäische Musik die Möglichkeit zur geschichtlichen Entwicklung mit teleologischer Orientierung an Brahms oder Wagner, später Schönberg, als konstitutiv an. Die Kulturen Afrikas und Asiens dagegen repräsentierten frühere Stufen auf dem Weg zur Mehrstimmigkeit. Eine geschichtliche Entwicklung im westlichen Sinne einer Musikhistorie konnte diesen Musikkulturen per definitionem nicht zugestanden werden, für sie blieb nur der statische Erhalt oder, was wahrscheinlicher schien,

der Untergang. Für Hornbostel leitete sich daraus zwingend ab, unter Ausnutzung der neuesten technischen Entwicklung, d.h. mit Hilfe des Edison-Phonografen die quasi musealisierten Musikformen rechtzeitig zu dokumentieren und ins Museum zu befördern, um dort die Belege für eine Weltmusikgeschichte zu bewahren.

Ob wir genau 100 Jahre später gedanklich wesentlich weiter sind, möchte ich hier im Detail nicht vertiefen. Die Ungeniertheit, mit der häufig selbst Lehramtsstudierende von der selbstverständlichen Überlegenheit der westlichen Kunstmusik ausgehen und den Rest der Welt musikalisch für weitgehend primitiv halten, schockiert zuweilen.

Hornbostels Logik zum Kulturwandel spiegelt auf den Kopf gestellt vielfach auch die heute regelmäßig geäußerten Besorgnisse. Es wird der Schrecken des Kulturverlusts auf der Grundlage von fremdkultureller Überlagerung prophezeit – mit dem Unterschied, dass uns jetzt diejenigen bedrohen, die Hornbostel noch bedroht sah. Verstärkt wird dieser Prozess durch eine unvorhersehbare technologische Entwicklung, die die Verbreitung einer vermeintlich kunstlosen Populärmusik fördert.

Die Hartnäckigkeit, mit der kultureller Wandel im Falle der Musik als Verlust und Niedergang gesehen wird, hat viel mit der Bedeutung der bürgerlichen Musik des 19. Jahrhunderts zu tun, die durch die Konstruktion des Genies, die säkularen gesellschaftspolitischen Tendenzen durch eine Projektion des Göttlichen auf den Einzelnen kompensierte und damit zur Emanzipation des Bürgertums von Adel und Kirche beitrug.

Seit dieser Zeit sind wir alle gewohnt, die »abendländische Tonkunst« als autonome, in sich selbst begründete Kunstform zu begreifen und übersehen damit häufig, dass sie – keineswegs autonom – ein Produkt vielfältiger kultureller, politischer und ökonomischer Bedingungen ist, die für das Entstehen und das Verständnis dieser Musik notwendig zu berücksichtigen sind. Erst das uns jetzt drohende Wegbrechen der gesellschaftlichen Grundlagen dieser Musik lässt uns aufwachen und ihrer soziokulturellen Bedingtheit bewusst werden. Das kulturanthropologische holistische Paradigma, nach dem kulturelle Eigenschaften wie z.B. die Musik nicht allein aus sich selbst heraus verstanden werden können, sondern nur im Kontext der wich-

tigsten Einflussfaktoren, gilt auch für die von uns allen so geliebte klassische Musik der Oper und des KonzertsaaIs.

Bei der Frage nach den Auswirkungen des demografischen Wandels befinden wir uns genau an einer solchen Schnittstelle. Allerdings führt eine isolierte Betrachtung, z.B. dessen, was die Umkehrung der Alterspyramide für den Konzertbetrieb bewirkt oder wie interkulturell wir werden wollen, schnell zu verkürzten Schlussfolgerungen, da die Verflechtungen mit den unterschiedlichsten, nicht zuletzt globalen Faktoren schnell übersehen werden.

Statt einseitig den Verlust und die Risiken der Veränderung zu betonen, möchte ich im Folgenden Zusammenhänge aufzeigen, die zum einen die Bedingungen solcher Wandlungsprozesse nachzeichnen und die zum anderen auf das große kreative Potenzial verweisen, über das Musik als kultureller Katalysator gerade im Kontext globaler Veränderungen verfügt.

Das 20. Jahrhundert hat eine enorme Intensivierung und Beschleunigung internationaler Kapital- und Warenströme mit sich gebracht. Aber auch die Zirkulation von Musik, Bildern und Ideologien über ein weit verzweigtes Netz von Medien hat heute globale Ausmaße angenommen. Immer mehr Menschen überschreiten nationale Grenzen. Die Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte haben in Verbindung mit modernen Kommunikationstechnologien zur Schaffung transnationaler sozialer Räume beigetragen, in denen die unterschiedlichsten kulturellen Formationen zusammen- und aufeinander treffen. Die sich in diesen Räumen entfaltende Dynamik sprengt oftmals die klassischen Begriffe von Kultur und Nation. Die Prozesse der Globalisierung werden von Theoretikern als Transformation von Raum und Zeit beschrieben. Ein Ereignis, das an einem Ende der Welt stattfindet, kann sich heute innerhalb kürzester Zeit auf das Leben von Menschen an weit davon entfernten Orten auswirken. Anthony Giddens (1996) zum Beispiel beschreibt soziale Beziehungen als »entbettet«, d.h. lokaler Kontexte enthoben und über weite raum-zeitliche Abstände verteilt. Unter Modernitätsbedingungen, so Giddens, werden Orte daher zunehmend imaginiert. Die damit beschriebene Ablösung kultureller Subjekte wie Objekte von bestimmten Orten meint nicht einfach den freien, grenzenlosen globalen Fluss von Kultur,

sondern impliziert ihre Wiedereinbettung in neue raum-zeitliche Kontexte. Gerade für die Musik spielen diese Prozesse der Wiedereinbettung und damit auch der Ausbildung neuer kultureller Identitäten oftmals eine prominente Rolle.

Ethnische Identitäten können deswegen im urbanen Kontext nicht allein auf jene Merkmale reduziert werden, die im Ursprungsland zu finden sind. Der Migrationskontext produziert keine kulturellen Enklaven, in denen ein Zustand eingefroren wird, der die Bedingungen der Heimatkultur konserviert. Vielmehr führt die neue Umgebung zu Veränderung und Adaption, während sich gleichzeitig auch die (Musik-)Kultur zu Hause – nicht zuletzt durch den transnationalen Austausch mit den Migranten selbst – verändert. Für die Diskussion über die kulturellen Identitäten der verschiedenen Migrantengruppen gerade in den westlichen Metropolen hat sich die Dichotomisierung von Selbst- und Fremddefinition als taugliches Mittel erwiesen, um gerade jene kulturelle Kontinuität jenseits des Bezugs auf die Heimatkultur zu fassen. Da für Migrantengemeinschaften hohe Mobilität und weite räumliche Zergliederung kennzeichnend sind, erweisen sich die sozialen Kontexte als wichtig für den Umgang mit so genannten *ethnic markers*, die verschwinden, unterdrückt oder überbetont werden können. Gerade Musik kann vor diesem Hintergrund eine ganz eigenständige Entwicklung einnehmen und sich weit von der Ursprungskultur entfernen, ohne deswegen weniger ethnisch signifikant zu sein (Reyes Schramm 1979).

Ich möchte dies an zwei Beispielen illustrieren: Die Abhängigkeit musikalischer Bedeutung von sozialen Bedingungen lässt sich gut am Beispiel der im 19. Jahrhundert nach Nordamerika ausgewanderten europäischen Landbevölkerung illustrieren, die auf der Suche nach einem höheren Lebensstand als Fabrikarbeiter in die amerikanischen Großstädte zogen. Die Bedeutung ihrer Lieder aus Polen, Italien, Rumänien oder Griechenland, die ursprünglich als epische Gesänge der Geschichtsbewahrung dienten, auf dem Dorfplatz bei geselligem Miteinander die Anknüpfung von Heiratsbeziehungen unterstützten oder aus Anlass bauerlicher Feste rituelle Funktionen innehatten, veränderte sich aber in der Neuen Welt. Sie wurden zu Dokumenten kulturellen Erbes, um die Bindung an das Herkunftsland aufrechtzu-

erhalten. Sie wandelten sich in ihrer Bedeutung zu nationalen Gesängen, die nicht mehr mündlich tradiert, sondern in Liederbüchern festgeschrieben in Klassen unterrichtet und auf speziellen polnischen oder ungarischen Abenden vorgetragen wurden. Die einst unbegleitet gesungenen Melodien wurden den neuen sozialen Anforderungen angepasst, in einen vierstimmigen Satz gepresst, die Texte standardisiert und die Gestaltvarianten durch eine verbindliche Melodielinie ersetzt.

Das zweite Beispiel geht auf Arbeiten einer Gruppe junger Kollegen zurück, die hier an der Hochschule für Musik und Theater Hannover unterstützt durch die VW-Stiftung die Prozesse musikalischer Identitätskonstruktion bei ghanaischen Migranten untersucht und dabei besonders die translokalen und transnationalen sozialen Netze berücksichtigt.¹ Für die meisten Ghanaer ist die Entscheidung, die Heimat zu verlassen, keine ausschließlich individuelle. Bei Migration handelt es sich oftmals um eine Familienstrategie, womit sich für den Einzelnen ein mitunter erheblicher sozialer Druck und eine hohe Erwartungshaltung von Seiten der Daheimgebliebenen verbindet. Einwanderer aus Ghana finden sich in Deutschland zumeist nicht einfach im »Nichts« wieder; ein zumindest rudimentäres Netzwerk von Verwandten oder Bekannten kann in der ersten Zeit beim Aufbau einer Lebensgrundlage behilflich sein. Daneben bieten vor allem kirchliche Organisationen Unterstützung etwa bei der Wohnungs- oder Arbeitsuche an. Allein in Hamburg, wo mit inoffiziell etwa 10.000 Menschen die größte ghanaische Gemeinschaft in Deutschland existiert, agieren über 60 Kirchen, die, meist von Ghanaern gegründet, ihre Klientel gezielt unter ghanaischen Migranten suchen. Diese meist pentecostalistisch oder charismatisch ausgerichteten Kirchen stellen in vielen Fällen Ableger ghanaischer Mutterkirchen dar, die von ihrer Organisation her nicht unähnlich transnationalen Unternehmen operieren. Ethni-

1 Der genaue Titel des durch die Volkswagen Stiftung geförderten Projektes lautet »Processes of musical transformation and identity construction in migrational settings: The music of Ghanaian migrants in Germany and its transcultural/transnational connections«.

sche Vereine, Wohlfahrtsorganisationen und andere Interessensgemeinschaften sind weitere Anlaufstellen in der Diaspora.

Dass Hamburg eine wichtige Bedeutung in der Migrationsgeschichte und auch der ghanaischen Imagination darstellt, zeigt sich im Begriff des so genannten *Burger*. Dieser wurde im Verlauf der 80er Jahre im ghanaischen Diskurs eine Bezeichnung für alle, die eine Zeit in Deutschland oder anderswo im Ausland verbracht haben und löste damit den bis heute im anglophonen Westafrika gebräuchlichen Terminus des *Been To* ab. Einer unserer Informanten definierte den *Burger* wie folgt:

»A Ghanaian who spent some years overseas and has adopted the white people's lifestyle, i.e. in walking, dressing, speaking, and also one who spends his money carelessly, with the connotation of being generous, one who invites people in bars, etc. Refers also to someone who has never been abroad, yet imitates white people's lifestyle.«

Man erkennt hier sehr deutlich, dass der *Burger* eine moderne Identität verkörpert, die sich wesentlich über das Zurschautragen westlicher Produkte und einer westlichen Lebensweise definiert.

Ihren musikalischen Ausdruck findet diese Identität im *Burger Highlife*. Dieser Begriff entstand ebenfalls in den 80er Jahren und zeichnet sich gegenüber den bis dahin populären Formen des *Highlife* durch die zusätzliche Verwendung von elektronischen Instrumenten wie Synthesizern und programmiertem Schlagzeug aus. Als Wegbereiter dieser Stilrichtung gilt gemeinhin George Darko, der mit seiner in Deutschland basierten Band »Cantata« 1983 diesen Trend ins Leben rief. Zahlreiche in Deutschland ansässige Musiker folgten Darkos Beispiel und machten den *Burger Highlife* vor allem in Ghana zu der wohl populärsten Tanzmusik. Tourneen in der europäischen und nordamerikanischen Diaspora zogen tausende Ghanaer an. Andere rezente Erscheinungen wie der so genannte *Hip-life*, der vor allem unter Jugendlichen populär ist, lehnen sich an afro-amerikanische Subkulturen wie *Hip-Hop* und *R&B* an. Was die Infrastruktur von Produktionsstätten und Musikern angeht, spielt Deutschland bis heute eine wichtige Rolle im ghanaischen Musikmarkt und zwischen zahlreichen

in Ghana ansässigen Künstlern und deutschen Studios hat sich ein reger Austausch entwickelt.

Musikalische Wandlungsprozesse können also nicht mehr verstanden werden, ohne die translokalen bzw. transnationalen Verbindungen sozialer Netze einzubeziehen. Musik ist ihrem Wesen nach mobil, und dies wiederum resultiert aus der Mobilität der Menschen, die sie mitbringen. Mobilität ist mitverantwortlich für neue Performanzformen und neue musikalische Räume. Unter dem Einfluss neuer Medien und Kommunikationstechnik hat die Mobilität von kulturellem Wissen, wie z.B. der Musik, im 20. Jahrhundert zusätzlich Dynamik erhalten.

Die Verwendung der Aufnahmetechnik, die im Jahre 1877 mit dem Edison-Phonografen ihren Anfang nahm, beschleunigte den musikalischen Wandel wie keine andere Erfindung zuvor. Die Möglichkeit, nicht nur Notendrucke, sondern tatsächlich Klänge ökonomisch zu nutzen, veränderte weltweit die Beziehung zwischen Künstler und Hörer, da die Live-Performance sich vom Normal- zum Sonderfall veränderte. Die daraus resultierende Trennung von Hörer und Musiker verfestigte die Tonaufnahme zur Norm, an die sich der Hörer in seiner Erwartung orientiert. Als Folge war die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts durch zwei gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet: zum einen durch das Wachsen einer international agierenden Tonträgerindustrie mit globalem Zugriff, zum anderen durch das Entstehen lokaler Märkte. Denn gerade weil Hörer und internationaler Musikstar schier unüberbrückbar voneinander getrennt waren, hat sich weltweit eine Vielzahl eigener Musikformen herausgebildet, die unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, in unterschiedlichen Aufführungsweisen und in informellen Netzwerken von Kopie und Austausch die Globalisierung als Vehikel für das Entstehen lokaler Identitäten nutzen. Als ein Beispiel unter vielen sei hier auf die weltweite Kassettenkultur verwiesen, die in den 80er Jahren sowohl im Kontext kultureller Homogenisierung als auch als Katalysator für Dezentralisation, Demokratisierung und die Entstehung lokaler Musikstile gesehen werden kann. Die geringen Produktionskosten ermöglichten die Herstellung von Tonträgern für spezielle, lokal begrenzte Käuferschichten. Vor allem für die städtische Jugend bot sich damit die Möglichkeit zur

Selbstproduktion und -vermarktung, was weltweit das Entstehen einer Vielzahl neuer Stile zur Folge hatte. Ganz ähnliche Prozesse lassen sich gerade zur Zeit wieder beobachten durch den mittlerweile erschwinglichen Einsatz digitaler Technik bei der Musikproduktion, die selbst das Beherrschen eines Instruments überflüssig macht. Diese Prozesse, die in Teilen aus Anleihen, Übernahmen und Imitationen entstanden und gegenwärtig entstehen, waren und sind zugleich aber so unvorhersehbar, dass sich die Sorge um kulturelle Homogenisierung als unbegründet erweist (Conel/Gibson 2003).

Die kulturelle Bedeutung von Musik unter den Bedingungen einer sich in ihrer Zusammensetzung wandelnden Gesellschaft kann nur im Kontext globaler Prozesse beleuchtet werden. Wir befinden uns zunehmend in einer Welt, in der Menschen, Dinge und Ideen mobil werden und kulturelle Gemeinschaften zugleich instabil. Während Adornos Sorge einer kulturellen Homogenisierung in Teilen durchaus berechtigt scheint, ist zugleich zu beobachten, dass das moderne Leben an unterschiedlichen Orten dieser Welt ganz unterschiedliche Formen annimmt. Die weltweite Kulturwirtschaft kann eher als eine Ökonomie der kulturellen Differenzen gesehen werden. Als Gegenbewegung zur Globalisierung bildet sich im Kontrast zu diesen totalisierenden Tendenzen eine schier unbegrenzte Zahl von Formen heraus. Hybridität ist nicht mehr die Ausnahme, sondern längst die Regel.

Mir scheint es durchaus berechtigt, das Fazit zu ziehen, dass die Migrationsbewegungen mit der Formierung von Diasporas, die Ausdehnung transnationaler sozialer Netzwerke, das Wachsen städtischer kultureller Konglomerate es zunehmend erschweren, die Wirkweisen von Kultur überhaupt zu erfassen. Vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen kann das Maß der kulturellen Ausdifferenzierung bis auf die individuelle Ebene heruntergebrochen werden. Man bewegt sich mehr in Szenen als in kulturellen Räumen. Es existiert eine Vielzahl musikalischer Praxen nebeneinander, die in Bezug zueinander stehen und mittels einer Vielfalt von Differenzierungsprozessen miteinander agieren und sich gegenseitig beeinflussen. Gleichzeitig gewinnt die individuelle Auswahl, und zwar auch altersunabhängig, zunehmend an Bedeutung. Und weil man zunehmend

die Qual der Wahl hat, navigiert man zwischen den Szenen und bastelt sich ein musikalisches Selbst.

Literatur

- Conel, John/Gibson, Chris (2003): Music and Movement. Overcoming Space. In: *Sound Tracks: Popular Music, Identity and Place*. London/New York, S. 144-159.
- Giddens, Anthony (1996): *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt am Main.
- Hornbostel, Erich Moritz v. (1905/6): Die Probleme der vergleichenden Musikwissenschaft. In: *Zeitschrift der Internationalen Musikgesellschaft* 7/3, S. 85-97, Nachdruck in: C. Kaden/E. Stockmann (Hg.) (1986), *Tonart und Ethos*. Leipzig.
- Reyes Schramm, Adelaida (1979): Ethnic Music, the urban Area, and Ethnomusicology. In: *Sociologus* 29, S. 1-21, Nachdruck in: K. Kaufman Shelemay (Hg.) (1992), *Ethnomusicology. History, Definitions and Scope*. New York/London.

→ Impulse für die Kulturpolitik

→ KULTUR UND DEMOGRAFISCHER WANDEL IN DEN NIEDERLANDEN

FRANK HUYSMANS

1. Demografische Entwicklungen

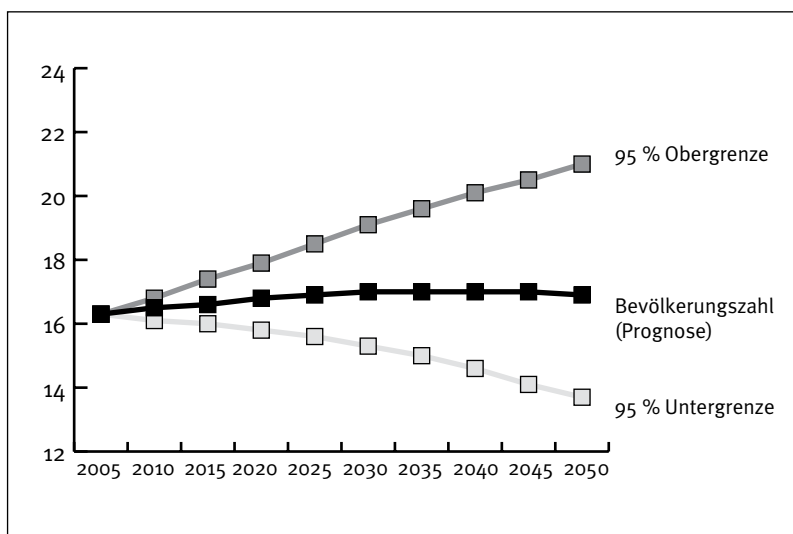
In meinem Beitrag möchte ich zeigen, wie Kultur und demografischer Wandel in den Niederlanden zusammenhängen. Den Terminus ›Kultur‹ möchte ich hier auf Institutionen beschränken, die Menschen mit dem kulturellen Erbe, mit künstlerischer Tätigkeit und Produktion in Kontakt bringen – also Museen, Bühnen, Archive und Bibliotheken, aber auch Kunst- und Musikschulen. Einleitend möchte ich die niederländische Demografie beschreiben. Hier sind drei Entwicklungstendenzen zu beobachten: Bevölkerungszuwachs, eine sich ändernde Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersgruppen sowie nach ethnischen Gruppen.

Bevölkerungszuwachs

Im Gegensatz zu Deutschland ist in den Niederlanden vorläufig nicht mit einem Rückgang der Bevölkerung zu rechnen. Die derzeitige Bevölkerung von 16,3 Millionen Menschen wird zwar, wie in der Bundesrepublik Deutschland, im Durchschnitt immer älter. Laut dem Statistischen Zentralamt CBS wird es jedoch voraussichtlich bis 2035 bis 2040 dauern, bevor eine Höchstbevölkerungszahl von 17,05 Millionen Einwohnern erreicht ist. Erst danach wird die Zahl bis 2050 auf 16,9 Millionen schrumpfen.

Bei diesen Prognosen ist zu beachten, dass ihre Zuverlässigkeit geringer wird, je weiter man in die Zukunft zu blicken versucht. So ist im gängigen 95 Prozent-Wahrscheinlichkeitsintervall sogar eine reelle Schrumpfung der Bevölkerungszahl bis 2050 nicht auszuschließen (Abb. 1).

Abbildung 1: Prognose der Bevölkerungszahl in den Niederlanden (in Mio.)



Quelle: Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS), Statline (statline.cbs.nl), Oktober 2005.

Alter

Ein Blick auf die vorausgesagte Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersgruppen bis Mitte des Jahrhunderts zeigt, dass es zwar eine »Ergrauung«, aber keine entsprechende »Entgrünung« geben wird. Die Anzahl der nicht mehr Erwerbstätigen wird sich bis 2040 von derzeit 2,3 auf 4 Millionen fast verdoppeln. Anteilsmäßig bedeutet das einen Anstieg von 14 auf fast 24 Prozent. Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen wird sich jedoch in derselben Periode absolut und relativ kaum verringern. Es ist vor allem die Gruppe der Erwerbstätigen (20 bis 64 Jahre), die bis 2040 schrumpfen wird (Tabelle 1). Nach derzeit 4,4 Erwerbstätigen pro Pensioniertem wird es etwa 2035-2040 nur noch 2,3 geben. Erst nach 2040 wird sich diese Lage langsam verbessern.

Tabelle 1: Prognostizierte Bevölkerungszahl in den Niederlanden nach Altersgruppen

	0-19 J.	20-64 J.	65 J. u.ä.	gesamt
2005	4,0* (24,5)**	10,0 (61,5)	2,3 (14,0)	16,3 (100,0)
2010	3,9 (23,9)	10,0 (61,0)	2,5 (15,1)	16,5 (100,0)
2015	3,8 (23,1)	9,9 (59,7)	2,9 (17,3)	16,6 (100,0)
2020	3,8 (22,5)	9,8 (58,6)	3,2 (19,0)	16,8 (100,0)
2025	3,7 (21,9)	9,7 (57,4)	3,5 (20,6)	16,9 (100,0)
2030	3,7 (22,0)	9,5 (55,7)	3,8 (22,3)	17,0 (100,0)
2035	3,8 (22,3)	9,3 (54,3)	4,0 (23,4)	17,0 (100,0)
2040	3,8 (22,5)	9,2 (53,9)	4,0 (23,6)	17,0 (100,0)
2045	3,8 (22,5)	9,3 (54,7)	3,9 (22,8)	17,0 (100,0)
2050	3,8 (22,5)	9,4 (55,7)	3,7 (21,9)	16,9 (100,0)

Quelle: Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS), Statline (statline.cbs.nl), Oktober 2005 – *Anzahl in Mio. ** in Prozent

Ethnische Herkunft

Was genau ein »Ausländer« ist, ist eine Frage der Definition. In den Niederlanden spricht man gemeinhin von »Allochthonen«, eine im Grunde genommen rein statistische Kategorie. Ein Allochthone ist jemand, der selbst oder von dem zumindest einer der Elternteile außerhalb der Niederlande geboren ist (im Gegensatz zu den ursprünglich einheimischen »Autochthonen«).

Es gibt vier große Herkunftsgruppierungen, deren Immigration teils mit der Kolonialvergangenheit zusammenhängt und teils mit der

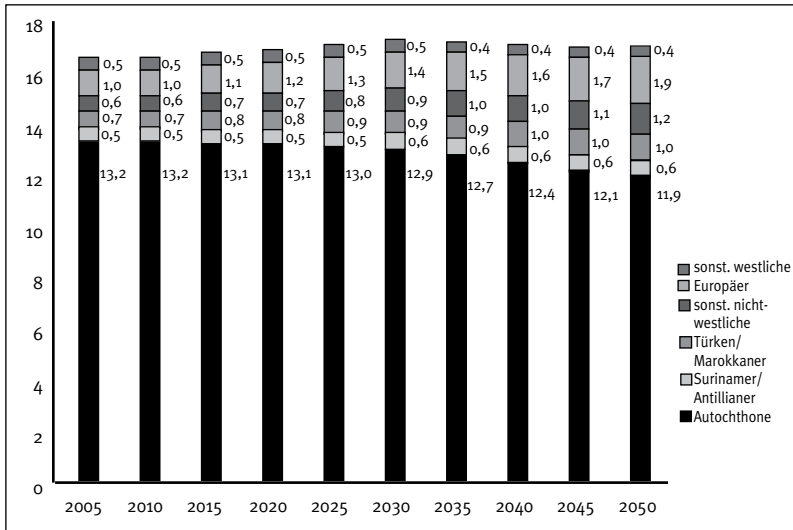
Arbeitsimmigration der 60er Jahre. Die Surinamer und Antillianer/Arubaner entstammen den ehemaligen niederländischen Kolonien in der Karibik (»Westindien«). Als Surinam in den 70er Jahren unabhängig wurde, setzte eine Emigration in die Niederlande ein. Obwohl die Niederländischen Antillen und Aruba noch immer Teil des Königreichs sind (Aruba mit dem Sonderstatus des autonomen Staats innerhalb des Königreichs), werden alle, die auf den Karibikinseln geboren sind, zu Zwecken der Integrationspolitik zu den Allochthonen gerechnet. Das gilt auch für diejenigen Surinamer, die vor der Gründung der Republik Surinam im Königreich geboren wurden.

Die quantitativ größeren Gruppierungen der Türken und Marokkaner kamen ursprünglich in den 60er und 70er Jahren im Rahmen der industriellen Expansion in die Niederlande. Im Gegensatz zu den Surinamern und Antillianern emigrierten sie in ein Land, dessen Sprache sie nicht beherrschten. Dies hatte Konsequenzen für die nachfolgende Generation der Türken und Marokkaner, die in den Niederlanden zur Welt kamen. Die schulischen Probleme in den Fächern Niederländisch und Mathematik nehmen jedoch mittlerweile ab (Dagevos/Gijsberts/van Praag 2003). Auffallend ist die derzeit beachtliche Heiratsmigration: 70 bis 80 Prozent der in den Niederlanden ansässigen türkischen und marokkanischen Heiratenden wählen einen Partner oder eine Partnerin aus dem Herkunftsland (Hooghiemstra 2003).

Neben den vier großen Gruppen hat sich in den 90er Jahren, zum Teil in Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik, eine beachtliche Gruppe von Afrikanern und Asiaten in den Niederlanden angesiedelt. Außer diesen nicht-westlichen Allochthonen gibt es eine fast ebenso große Gruppe Einwanderer aus westlichen Ländern (Abb. 2).

Der Anteil der Allochthonen wird laut Prognose von derzeit 19,1 Prozent der Bevölkerung auf 29,7 Prozent im Jahr 2050 stetig wachsen. Letztere Zahl setzt sich zusammen aus 16,6 Prozent Einwanderern aus nicht-westlichen Ländern (einschließlich der vier großen Gruppen der Türken, Marokkaner, Surinamer und ehemaligen Einwohner der Niederländischen Antillen und Aruba) sowie 13,2 Prozent Einwanderern aus westlichen Ländern (einschließlich EU-Staaten).

Abbildung 2: Bevölkerungszahl und -zusammensetzung in den Niederlanden nach ethnischer Herkunft (in Mio.)



Quelle: Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS), Statline (statline.cbs.nl), Oktober 2005.

Die ethnischen Minderheitsgruppen sind in den drei größten Städten Amsterdam, Rotterdam und Den Haag besonders stark vertreten, also da, wo die kulturelle Infrastruktur am stärksten ausgeprägt ist. Ein Drittel der Einwohner der »Großen Drei« besteht derzeit aus Allochthonen nicht-westlicher Herkunft (Latten/Nicolaas/Wittebrood 2005). Dieser Stand wird sich in den kommenden Jahrzehnten vergrößern. Es ist zu erwarten, dass die genannten Gruppen im Jahr 2020 etwa die Hälfte der Einwohner von Amsterdam, Rotterdam und Den Haag bilden werden.

2. Entwicklungen in der Kulturteilnahme der Niederländer

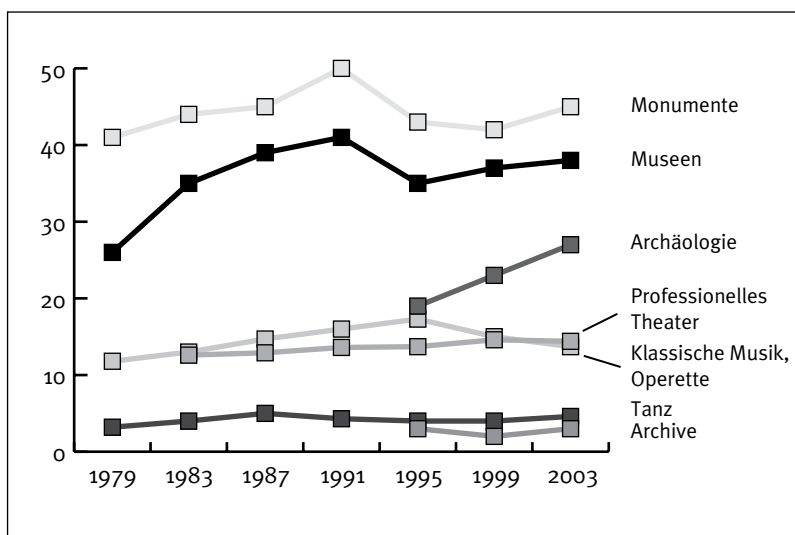
Alterung und Migration wirken sich in unterschiedlicher Form auf die Kulturteilnahme der Gesamtgesellschaft aus. Wie diese Prozesse genau verlaufen, ist Thema des dritten Abschnittes. Zuerst ist ein

Blick auf die Beteiligung am kulturellen Leben überhaupt nötig. Inwieweit nehmen Niederländer am kulturellen Leben teil und wie hat sich ihre rezeptive (als Besucher) und aktive Kulturteilnahme (als Kulturschaffende) in den letzten Jahrzehnten entwickelt?

Rezeptive Kulturteilnahme: klassische Kultur

Obwohl alle kulturellen Äußerungen aus anthropologischer Sicht gleichberechtigt sind, ist es sinnvoll, zwischen klassischer und populärer Kultur zu unterscheiden, weil sich die Entwicklungen empirisch teilweise in eine andere Richtung bewegen. Mit dem Begriff der »klassischen Kultur« sollen hier Konzerte klassischer Musik, Oper und Operette, Tanz und professionelles Theater benannt werden (Abb. 3).

Abbildung 3: Kulturteilnahme: klassische Kultur



(NL-Bevölkerung ab 6 Jahren, in Prozent)

Quelle: Sociaal en Cultureel Planbureau (AVO 1979-2003)

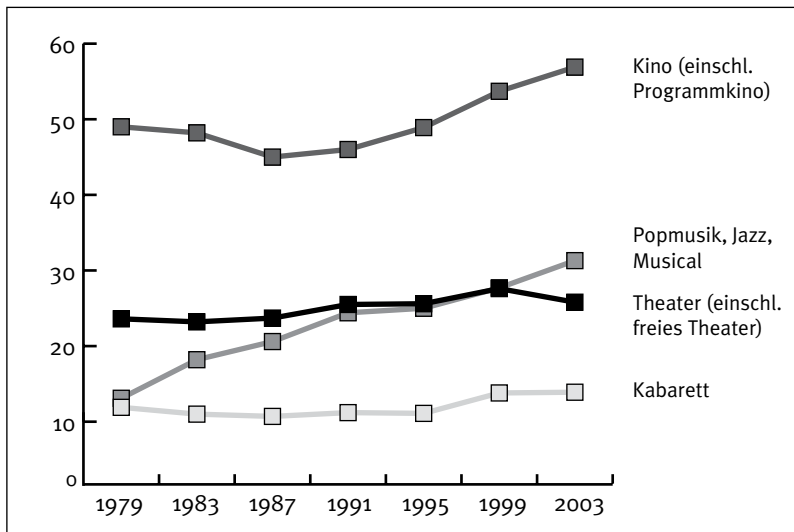
Das kulturelle Erbe (Monumente, Museen, Archäologie und Archive) erfreut sich wenigstens seit Mitte der 90er Jahre wachsender Beliebtheit, vor allem unter Kindern und Jugendlichen. Professionelles Theater kann seit 1983 eine stetig wachsende Reichweite in der niederlän-

dischen Bevölkerung verbuchen. In 20 Jahren ist seine Reichweite bei steigender Bevölkerungszahl um zwei Prozentpunkte gestiegen. Schneller wuchs die Beliebtheit von klassischen Konzerten, Opern und Operetten zwischen 1979 und 1995 (5,5 Prozentpunkte), um danach jedoch noch schneller zu sinken. Die Popularität des Tanzes stieg in den 80er Jahren stark, nahm aber in den 90er Jahren wieder ab. In den letzten Jahren ist die Zahl der Besucher wieder gestiegen. 2003 gaben respektive 14,4 Prozent, 13,7 Prozent und 4,6 Prozent der Niederländer ab 6 Jahren an, im vergangenen Jahr mindestens einmal eine Vorstellung von Theater, klassischer Musik oder Tanz besucht zu haben (Huysmans/van den Broek/de Haan 2005).

Rezeptive Kulturteilnahme: populäre Kultur und Omnivorisierung

Eine sehr viel größere Reichweite erzielen die populären Kultursparten (Abb. 4). Seit 1979 haben die einzelnen Formen – Kino, Popmusik

Abbildung 4: Kulturteilnahme: populäre Kultur



(NL-Bevölkerung ab 6 Jahren, in Prozent)

Quelle: Sociaal en Cultureel Planbureau (AVO 1979-2003)

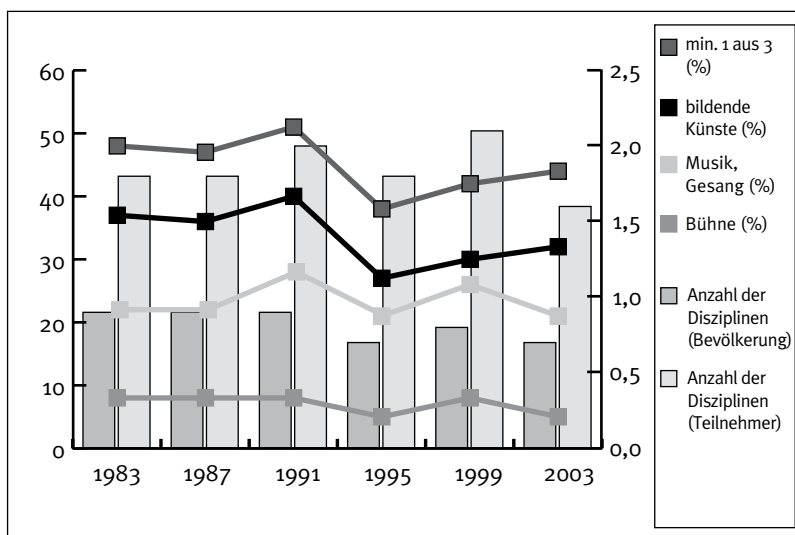
und Musical, Theater (hier einschließlich freie Theater) und Kabarett – Zugewinne verbuchen können.

Besonders die Beliebtheit der Popmusik ist beachtenswert. Ende der 70er Jahre besuchten nur 13 Prozent der Niederländer mindestens einmal im Jahr ein Popkonzert, 2003 waren es 31 Prozent. Das Kino hat in den 80er Jahren Besucherverluste hinnehmen müssen, hat sich seitdem jedoch erholt, obwohl seit 2003 die Besucherzahlen wieder gesunken sind. Theater und Kabarett konnten sich gegen Popmusik und Kino behaupten.

Aktive Kulturteilnahme

Die aktive Beteiligung am kulturellen Leben stieg Ende der 80er Jahre sprunghaft an (Abb. 5). Dieser Sprung ist höchstwahrscheinlich auf

Abbildung 5: Aktive Kulturteilnahme in der Freizeit



NL-Bevölkerung ab 6 Jahren (Teilnehmer im vergangenen Jahr und Anzahl der Disziplinen, in Prozent)

Quelle: Sociaal en Cultureel Planbureau (AVO 1983-2003)

die Zusammensetzung der Untersuchungsstichproben zurückzuführen und hat daher keine Basis in der Realität. Für die Ziffern ab 1995 gilt das jedoch nicht. Auf den ersten Blick hat sich die aktive Kulturteilnahme seitdem verstärkt: Immer mehr Niederländer sind in zumindest einer der drei unterschiedenen Disziplinen aktiv. Singen, Musizieren und Theaterspiel haben seit 1999 an Popularität verloren. Es zeigen sich zwei entgegengesetzte Tendenzen: Zwar wächst die Anzahl der kulturell Aktiven, doch kombinieren sie seltener als vorher verschiedene künstlerische Disziplinen. Die steigenden Zahlen sind einzig auf die Ausübung der bildenden Künste zurückzuführen.

3. Zusammenhänge zwischen Kulturteilnahme und Demografie

Der wachsende Anteil von älteren Niederländern in der Gesamtbevölkerung wird sich im Prinzip positiv zumindest auf die rezeptive Kulturteilnahme auswirken. Ob der gleiche Effekt vom wachsenden allochthonen Bevölkerungsteil ausgehen wird, ist schwieriger vorausszusagen; zur Zeit ist die Prognose eher negativ. Beide demografische Tendenzen werden separat behandelt.

Alterung und Generationenwechsel

Im Vergleich zu früheren Generationen sind die Menschen, die in den kommenden Jahrzehnten in Rente gehen werden, relativ gesund, unternehmungslustig und wohlhabend. Aus einem Vergleich der heute 50- bis 64-Jährigen mit der gleichen Altersgruppe vor 20 Jahren geht hervor, dass diese Altersgruppe sowohl sportlich als auch kulturell viel aktiver geworden ist. Dasselbe gilt auch für die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Die große Anzahl der Mitglieder dieser Generationen wirkt sich zusätzlich positiv auf die Kulturteilnahme aus. Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich diese Art der Kulturteilnahme mit dem Wechsel der Generationen langsam, aber deutlich verändert. Die jetzt heranwachsenden Generationen unterscheiden sich von den früheren vor allem dadurch, dass sie sich weniger der klassischen als der populären Kultur zuwenden. Empirische Analysen haben gezeigt, dass man im formativen Alter herausgebildeten Präfe-

renzen später im Leben vergleichsweise treu bleibt (de Haan/Knust 2000). Kulturelle Vorlieben bleiben also im Lebenslauf eher stabil. Daher ist ein Präferenzwandel in Richtung der klassischen Kultur im Prozess des Älterwerdens der Gesamtbevölkerung nicht zu erwarten. Ergo: Der größere Anteil der Senioren in der Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten die steigende Tendenz zur Popularisierung bzw. Omnivorisierung der Kultur (zum Kombinieren von klassischer und populärer Kultur) zwar zurückstellen, aber nicht reversieren.

Ethnisierung und kulturelle Integration

Der wachsende Anteil von Niederländern mit nicht-niederländischem kulturellen Hintergrund stellt für die kulturellen Institutionen eine große Herausforderung dar. Spätestens seit den Ermordungen des Politikers Pim Fortuyn (2002) und des Filmemachers und Meinungsmachers Theo van Gogh (2004) wird die Problematik der Integration der kulturellen Minoritäten in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Zwar teilen nicht alle die Meinung, dass die Integration schlicht missglückt ist. Fast alle Pressestimmen sind sich jedoch darin einig, dass die gesellschaftliche Bedeutung der kulturellen Integration über Jahre hinweg unterschätzt wurde.

Der Kultur und ihren Institutionen wird bei der Integration eine besondere Verantwortlichkeit zugedacht. Museen, Theater etc. haben Mühe, Mitglieder nicht-westlicher Gruppen für ihr Angebot zu gewinnen. Zumal Türken und Marokkaner sind unter ihren Besuchern klar unterdurchschnittlich vertreten – trotz einer geringfügig steigenden Tendenz in manchen Kulturfeldern. Zum Teil hat diese Unterrepräsentanz mit dem vergleichsweise niedrigen Ausbildungsniveau zu tun, zum Teil jedoch auch mit der kulturellen Distanz zum gängigen Angebot (Huysmans/van den Broek/de Haan 2005).

Die Perspektiven für die Kulturpartizipation sind angesichts der sich verändernden Bevölkerungszusammensetzung bei einer unveränderten Partizipationsrate unter den »neuen« Niederländern alles in allem nicht sehr günstig. Unter Politikern, Kulturverwaltern und Kulturmachern ist man sich nicht einig, was am besten zu tun ist, um die Lage zu verbessern. Politiker und Meinungsmacher progressiver linksliberaler Provenienz sind der Meinung, dass »kulturelle Erneue-

«angesagt» ist – kurz: Das institutionelle Kulturangebot sei dahingehend anzupassen, dass neue Niederländer sich besser mit ihm identifizieren können. Das allerdings ist konservativen und rechtliberalen Politikern ein Greuel. Sie sind der Meinung, dass die geringe Kulturteilnahme ein Indiz mangelnder Anpassungsbereitschaft der neuen Niederländer an die »Verhältnisse hierzulande« darstellt. Eltern und Schule, so ihre Meinung weiter, sollten alles daran setzen, dass das niederländische Kulturgut in Zukunft von den jungen Allochthonen als Teil auch ihrer Identität angesehen wird. Von Mitarbeitern kultureller Institutionen ist zu hören, dass der von konservativer Seite befürwortete Ansatz, bei Jugendlichen ein »niederländisches« kulturelles Interesse zu wecken, das nicht intrinsisch ist, nur schwer umsetzbar ist.

4. Förderung der Kulturteilnahme: Versuche in der Praxis

Die niederländische Kulturpolitik strebt seit Ende der 60er Jahre an, ein »größeres und heterogener zusammengestelltes Publikum« für Kultur zu gewinnen. Die Zielsetzung der Diversität schließt zuallererst Jugendliche und Allochthone ein. Es gibt aber auch in der wachsenden Gruppe älterer Niederländer noch Möglichkeiten, mehr Publikum zu gewinnen.

Alterung

Obwohl Niederländer im Frührenten- und Rentenalter kulturell viel aktiver sind als vor 20 Jahren, gibt es unter ihnen eine ebenfalls wachsende Gruppe mit unterdurchschnittlichem Bildungsniveau, die sich weniger für Kultur interessiert. Das Kulturmarketing der (historischen) Museen fasst sie als besondere Zielgruppe ins Auge – nicht nur aus Gründen der Publikumserweiterung, sondern auch mit Blick auf den gesellschaftlichen Auftrag des Museums. Um diese Gruppe zu gewinnen, bietet das Museum etwa Veranstaltungen an, die eine Gruppenführung mit anderen Aktivitäten (Kaffeetrinken, eine Vorlesung, abschließendes Abendessen) kombinieren. Momentan ist noch nicht abzusehen, ob solche Ansätze die genannte Gruppe dauerhaft an Kulturinstitutionen und ihr Angebot binden können.

Ethnisierung und kulturelle Integration

Seit etwa 1998 richten sich die Anstrengungen der Kulturpolitik sowie des Kulturmarketings darauf, Jugendliche und insbesondere Jugendliche nicht-westlicher Herkunft stärker für Kultur zu interessieren. Problematisch ist dieses Ziel vor allem in der klassischen Kultur. Projekte wie »Kultur und Schule« (*Cultuur en School*, national, seit 1997) oder »Aktionsplan kulturelle Reichweite« (*Actieplan Cultuurbereik*, lokal und regional, seit 2001) zielen darauf, ein jüngeres und bunteres Kulturpublikum zu gewinnen. Evaluationen zeigen, dass dies bisher nur in geringem Umfang gelingt (Huysmans/van der Vet/van Eijck 2005). Die erfolgreichsten Projekte knüpfen im Allgemeinen direkt an die Lebenswelt der Jugendlichen an. In jüngster Zeit hat etwa die »Urban Culture« unter den jungen Einwohnern der Großstädte an Popularität gewonnen, die eine Mischung verschiedener künstlerischer Ausdruckformen mit ethnischem Hintergrund wie Rapmusik, Poetry Slams und Street Dance umfasst. Ist das junge Publikum erst einmal für »Urban Culture« gewonnen, öffnet es sich teilweise auch für klassische kulturelle Werte.

Fest steht, dass nur kontinuierliches Engagement die allochthone Jugend erreicht. Das Grundrezept dafür heißt: Interaktion zwischen etablierten Kulturmachern und kreativen Jugendlichen. Theater, Museen und andere kulturelle Institutionen schaffen dauerhaft Laborräume für künstlerische Experimente. Dabei folgt man nicht dem pädagogischen Top-Down-Ansatz, sondern einem Partizipationsprinzip, bei dem kulturell Etablierte und Außenseiter gleichberechtigt sind und sich auf gegenseitiges Lernen einstellen. Aus derartigen Projekten entstehen zum Teil interessante neue künstlerische Produkte, für die dann auch ein neues Publikum zu gewinnen ist. Dieser Ansatz erfordert zwei Voraussetzungen: zum einen die Bereitschaft zu langfristiger Investition in die Projekte – kulturelle Erneuerung kostet Zeit. Zum anderen braucht es die Bereitschaft des »Kulturprofis«, sich dem »Amateurlünstler« zu öffnen und sich auf einen Austausch einzulassen. Es geht also nicht darum, bisherige Arbeitsmethoden zu lehren, sondern die alternativen Mittel einer heranwachsenden Künstlergeneration auszubauen.

Dabei muss nichtsdestotrotz die (historisch gewachsene) Identi-

tät der anbietenden Institution berücksichtigt werden. Eine in die Jahre gekommene Einrichtung, die plötzlich ein gewollt jugendhaftes Projekt anbietet, wird weder von der Zielgruppe noch von seiner üblichen Klientel oder den eigenen Mitarbeitern ernst genommen. Die kulturelle Erneuerung muss also bei der eigenen Kultur anfangen und von da aus versuchen, auf neue Formen hinzuarbeiten. Ein interessanter Ansatz ist hier die Rekrutierung von »Kulturscouts«, Jugendlichen, die in ihrer eigenen Referenzgruppe zur Elite gehören und von dieser Position aus überblicken können, welche Gruppenmitglieder über kulturelles Talent verfügen. In Rotterdam hat dieser Ansatz erfolgreich auf neue talentierte Gruppen aufmerksam gemacht; Den Haag hat das Prinzip mittlerweile übernommen.

5. Ausblick

Der demografische Wandel wird die kulturelle Landschaft der Niederlande nicht unberührt lassen. Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland wird die niederländische Bevölkerung in den nächsten Jahren noch nicht zu schrumpfen beginnen. Alterung und Ethnisierung der Gesellschaft weisen in beiden Ländern jedoch deutliche Parallelen auf.

Kultur – in diesem Beitrag konzentriert auf die kulturellen Institutionen – ist wie überall vor allem in den Städten vertreten. Die Einwohnerschaften der drei großen niederländischen Städte Amsterdam, Rotterdam und Den Haag bestehen schon heute zu einem Drittel aus Einwanderern, ihren Kindern und Kindeskindern. In 15 Jahren wird diese Gruppe die Hälfte der Einwohnerschaft bilden. Schon aus rein demografischen Gründen ist es daher unumgänglich, dass die sich kulturelle Infrastruktur den fremden Einflüssen öffnet, wie die Schulen, Bibliotheken und Sportvereine dies bereits vor Jahren getan haben. Wie die Mischung aus alt und neu genau aussehen muss, wird zur Zeit heftig diskutiert. Neben dieser ideologischen Debatte gibt es die genannten aus der bisherigen Praxis entstandenen Einsichten. Ob diese hinreichend sind, von einem niederländischen Beispiel im Sinne eines Vorbildes zu sprechen, sei dahingestellt. Es sollte zunächst zu Frieden stellen, wenn niederländische Erfahrungen als Inspiration für

die Kulturpolitik Deutschlands dienen können – wie umgekehrt, so ist zu hoffen, auch.

Literatur

- Dagevos, J./Gijsberts, M./Praag, C. van (Hg.) (2003): *Rapportage minderheden 2003. Onderwijs, arbeid en sociaal-culturele integratie*. Den Haag: Sociaal en Cultureel Planbureau.
- Haan, J. de/Knulst, W. (2000): *Het bereik van de kunsten. Een onderzoek naar veranderingen in de belangstelling voor beeldende kunst en podiumkunst sinds de jaren zeventig*. Den Haag: Sociaal en Cultureel Planbureau.
- Hooghiemstra, E. (2003): *Trouwen over de grens. Achtergronden van partnerkeuze van Turken en Marokkanen in Nederland*. Den Haag: Sociaal en Cultureel Planbureau.
- Huysmans, F./Broek, A. van den/Haan, J. de (2005): *Culture lovers and culture leavers. Trends in interest in the arts and cultural heritage in the Netherlands*. Den Haag: Sociaal en Cultureel Planbureau/Ministerie van OCW.
- Huysmans, F./Vet, O. van der/Eijck, K. van (2005): *Het Actieplan Cultuurbereik en cultuurdeelname, 1999-2003. Een empirische evaluatie op landelijk niveau*. Den Haag: Sociaal en Cultureel Planbureau.
- Latten, J./Nicolaas, H./Wittebrood, K. (2005): Concentratie allochtonen toegenomen. In: *Bevolkingstrends*, 3e kwartaal 2005, S. 90-95.

Internetquellen

- <http://netwerkcs.nl> – Netzwerkorganisation kulturelle Diversität.
- <http://statline.cbs.nl> – Niederländisches Statistisches Zentralamt, Voorburg/Heerlen.
- <http://www.cultuur.nl> – Niederländischer Kulturrat, Den Haag.
- <http://www.cultuurbereik.nl> – Aktionsplan kulturelle Reichweite.
- <http://www.minocw.nl/cultuur> – Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft, Den Haag.
- <http://www.scp.nl> – Sozial- und Kulturplanungsamt der Niederlande, Den Haag.

→ CANADA'S ART OF DIVERSITY. MULTICULTURALISM, CHOICE AND PARTICIPATION IN THE CULTURAL SECTOR

JACK JEDWAB

1. Introduction

Over the past few decades, the composition of the Canadian population has been dramatically transformed with the significant influx of non-European immigrants. Currently, more than two-thirds of Canada's immigrants came from countries outside of Europe thus contrasting with the historic immigration pattern based on the vast majority of new arrivals originating in Europe. Recent projections of the Canadian population indicate that by 2017 more than one-fifth of Canadians will be non-European. In Toronto and Vancouver the percentage of non-Europeans will be even more important as they will constitute the near majority of the population in these major Canadian cities where the largest communities will be of Chinese and South Asian descent. Canada's rapidly evolving demographic reality has prompted analysts to pay more attention to how public and private sector institutions will be affected by the change in clientele. As immigrants adjust to life in Canada so too will the country further change to accommodate this growing segment of the population. Some observers have extended this broader reflection over future institutional change to the arts and culture sector by considering what the demographic shifts will entail for consumer habits. Also greater attention is being directed at the ethnic composition of Canada's creative and performing artists.

Arts and culture are an essential part of Canadian identity. The country is characterized by its multiple identities as reflected by its fast-evolving demographic composition. More than nine out of ten Canadians agree that preserving Canada's cultural heritage is important for the country to remain distinct and that its artists play a vital role in supporting the country's cultural identity. Nearly all Canadians agree that the arts teach us about different cultures and ways of life. Compared to many other countries, Canadians are proud of their ar-

tistic and literary heritage. A 2004 survey of 33 countries reveals that 88 per cent of Canadians are proud of the country's achievements in arts and literature (27 per cent are very proud). This contrasts with Germany where the percentage expressing pride in artistic and literary achievement is 76 per cent (17.6 per cent report being very proud). For all countries combined nearly 80 per cent are proud of achievements in arts and literature with 28.2 per cent declaring that they are very proud (International Social Science Programme, March-April, 2004). It is not clear that the degree of a country's ethnic diversity undercuts pride in artistic achievements.

2. Multicultural and Arts Policies

For nearly thirty-five years Canada has had a multicultural policy which is often considered the main element in the government's support of diversity. But multicultural policy in Canada has seen adjustments over the decades in keeping with changing priorities in support of immigrants and ethnic communities. When introduced in 1971, the multicultural policy provided funding to several ethnic community organizations in order to help them build institutional capacity. It also provided funding for cultural festivals and exhibits of various ethnic groups other than British, French or Aboriginal peoples. By the early 1980's such ›cultural funding‹ was not continued and by the end of that decade operational funding for minority ethnic organizations were no longer offered. While favorable to multiculturalism many Canadians seemed apprehensive about using public funds in capacity-building of ethnocultural advocacy groups. As regards funding for ethnocultural artists it was believed to be in their best interests to seek support through either government or private sector bodies devoted to the arts and not funds directed at ethnic communities. Arts funding agencies were seen as best suited to support and evaluate the work of artists independent of their ethnic origin. In short, for funding purposes they were first and foremost considered artists and not members of minority ethnic groups.

By the 1990's Canada's multicultural policy focused on the follow-

ing objectives: promoting full and active participation of ethnic, religious, and cultural communities in Canadian society; increasing public awareness, understanding and informed public dialogue about multiculturalism, racism and cultural diversity in Canada; improve the ability of public institutions to respond to ethnic, religious and cultural diversity by assisting in the identification and removal of barriers to equitable access and by supporting the involvement of these communities in public decision-making processes and encourage and assist in the development of inclusive policies, programs, and practices within federal departments and agencies. Hence if it were demonstrated that artists from ethnic minorities were facing barriers in conducting their work then the policy would attempt to address that issue but not likely through the provision of funding from that program.

Recent evidence confirms that Canadians react favorably to the philosophy of multiculturalism which they equate with the country's diverse demographic character. When asked about accepting immigrants from many different countries a majority of Canadians believe such diversity strengthens national culture. Only one in five Canadians feel that the diversity of Canada's immigration weakens its culture. When asked to weigh two statements about the nation's multicultural policy most Canadians feel that it helps rather than hinders integration of immigrants into Canadian society. Still some 40 per cent of Canadians surveyed agree that multicultural policy causes some groups to never fully integrate (Jedwab 2004).

Gagnon and McFarlane (2003) argue that on the one hand, in order »to build capacity«, the Department of Canadian Heritage wants »to promote and help sustain Canada's cultural diversity and promote Canadian identity by ensuring that we have the community, institutional and industrial capacity and infrastructure that are required«. On the other hand, in order »to connect Canadians to one another« the Department of Canadian Heritage wants »to help Canadians overcome differences and distances to better understand one another and increase our appreciation of the values that we share as Canadians«. According to the authors there is a paradoxical desire to both sustain and overcome cultural differences. Within this paradox, the government of Canada is compelled to celebrate at once both the mainte-

nance of cultural difference and the assimilation of those differences within a broader, multicultural vision of Canadian collectivity.

Still when it comes to the expression of culture through the arts very few Canadians seem concerned with a lack of integration of immigrants and ethnic communities. In part this is because such choices are deemed to be part of the private domain where Canadians widely support diverse cultural expression. Only where government support for artistic expression in languages other than English, French or aboriginal is there debate over the extent to which significant financing should be offered to ethnic artists. If there is an integration-related concern it arises from the larger arts institutions in Canada wondering whether the increasingly diverse consumers will attend their events and performances to make up for losses in traditional clientele.

During a 2003 Government Forum on Cultural Diversity, Canada's Minister responsible for multiculturalism (Minister's Forum on Diversity and Culture, April 22, 2003) declared that the artistic landscape must reflect the country's demographic diversity. To this end the Canadian government committed to facilitate access to funding for artists of diverse ethnic origins in order to generate more opportunities for them. According to the Minister, doing this would help strengthen the ethnic communities and ensure that their cultural uniqueness be preserved as part of their heritage. The Minister added that providing all Canadians with exposure to a variety of cultural influences through diverse artistic expressions helps build bridges between cultures and thereby improve understanding between communities. In this regard the development of diversity in the arts and culture is a necessary step in the continuing evolution of a multidimensional Canadian culture. The Minister concluded that the arts and cultural sector of Canadian society should reflect our multicultural demography, both in the diversity of its players and in the diversity of its creation.

In November 2005 Canada's Multiculturalism Program and the Canada Council for the Arts (Partnership Agreement 2005) struck a multi-year agreement to increase diversity in the arts sector by enabling professional artists and arts organizations from diverse cultural communities to increase their access to the Council's programs and enhance their artistic development. According to the Minister respon-

sible for Multiculturalism: »The new agreement would help reaffirm the commitment to support artists and arts organizations across the country in reflecting Canada's rich diversity.«

The specific objectives of the partnership are to promote the professional development of individual artists and encourage the development of culturally diverse arts communities; to further professionalize and strengthen the development of new arts organizations; to disseminate the work of artists and organizations representing culturally diverse communities in Canada and abroad; to better inform and advise artists and arts organizations from diverse cultural communities on Council programs.

3. Canada's Changing Demographics

The substantial increase in the numbers of non-Europeans in Canada and their growing share of the national population is the focus of much interest and attention as regards its possible impact on the arts. In the January 2002 edition of Statistics Canada's publication »Focus on Culture«, Marie Lavalée-Farah (2002) observed that: »[T]he increased number of immigrants coming from a non-European background may be having an impact on the interest in performing arts of European origin. At the same time, they can encourage a broadening of the focus of the performing arts in Canada and perhaps open up new areas of growth. This, combined with declining attendance and a growing supply of diverse entertainment products, poses major challenges to performing arts organizations seeking new audiences.«

It is worth keeping in mind that the ethnocultural and ethnoracial minorities are heavily concentrated in the country's larger cities where in effect the vast majority of immigrants settle. Researchers contend that ethnicity is multidimensional and includes ancestry, birthplace, language and visible minority identification. Moreover the strength of ethnic attachment can evolve with age and its influence on cultural choices often shifts over time. In other words the changing nature and intensity of ethnic attachment can modify cultural tastes. Clearly, the role of ethnic identification on cultural consumption habits operates along with other facets of identity in determining con-

sumer choices. In addition to one's age, such things as gender and income further influence artistic and cultural participation.

On the question of ethnic background the census of Canada permits up to four responses. Hence it provides an opportunity to better understand the mix of identities amongst an important number of people. On the basis of combined declarations of single and multiple ethnic origins other than those that are Canadian, French or British it is persons with German origins that represent the largest group in Canada followed by those of Italian descent. On the basis however of Canadians that make only one declaration of ethnic background it is persons of Chinese descent that constitute the largest group, though much less those identifying as either Canadian, British or French.

In 1996, the number of persons with European-origin mother tongues (other than French or English) exceeded those with non-European mother tongues by over 600,000 persons. Some five years later the number of persons with European-origin mother tongues (i.e. Italian, German, Spanish, etc.) just barely maintained their collective lead over the non-European languages (Chinese, Arabic, etc). Indeed, between 1996 and 2001, while European-heritage languages rose by 2 per cent in real numbers, those with non-European mother tongues increased by nearly 30 per cent over that same period.

Despite the trends presented above, one area where the European-heritage languages remain dominant is in the degree to which they are known and spoken as second languages. Whereas in 1996 Spanish was the most important second language spoken following English and French, in the 2001 census it is German that has moved into that position. This is largely due to the movement of German from first to second language amongst the children of persons from countries where that language is dominant. For the first time in the country's history over one million Canadians reported an ability to speak a Chinese language (Mandarin, Cantonese and Hakka) and they have increased considerably in terms of the degree to which they are spoken as second languages.

4. Cultural Diversity in the Arts: Participation and Preference

Surveys illustrate the importance of one's ethnic origin in influencing the cultural consumption habits of the Canadian population. Some 60 per cent of Canadians agree that connecting with one's culture or ethnic background is an important reason for participating in arts and cultural events. About 45 per cent indicated that having more exhibits or performances that connect with the respondent's cultur-

Table 1: Reason for attending arts events: to connect with your cultural or ethnic cultural or ethnic background by ethnic category (Subsample: Respondents who participated in an artistic or cultural activity in the past 12 months)

	Total	Canadian, British and French origins	Other Europeans	Non- Europeans	Aboriginals
Very im- portant	21*	19	22	37	33
Some- what im- portant	32	31	34	38	31
Not very important	21	21	21	13	18
Not at all important	25	26	23	9	18
DK/NA	1	1	—	1	—

* in per cent – Source: Decima Research: Access and Availability Study for the Department of Canadian Heritage 2001.

al or ethnic background would enhance the appeal of the arts (Decima Research 2001).

Persons of non-European origins in Canada are by far the most likely to justify their participation in an artistic or cultural activity on the basis of its connection to their cultural or ethnic background.

Some three-quarters regard this as important motivation towards their participation. Nearly two-thirds of persons of aboriginal descent believe that connecting with their culture as an important reason for participating in arts activities.

Consistent with the importance they attribute to the arts supporting their ethnocultural identities the non-European groups have a tendency to attend more performances that reflect their cultures of origin than do Canadians of British or other European origins.

Table 2: Of the performances, events and exhibits that you have attended in the last 12 months, were any of them within the tradition of your ethnic and cultural heritage? Canadians by ethnic origin, 2002 (Respondents who have attended at least one of the activities in the last 12 months)

	British origin	Other European origins	Non-Europeans
Yes	42*	37	61
No	56	62	39
DK	1	1	—

* in per cent – Source: Environics, Arts and Heritage Participation Survey 2001.

As mentioned earlier, participation in artistic expression or events has rarely been considered in Canada as an indicator of integration. Choosing to attend cultural performances based on one's ethnic background does not imply that Canadians of diverse origins are not interested in performances that are not connected to their ancestral origins. In fact those with strong interest in cultural expression may see the diversity of options available as strengthening their appreciation of the arts.

Some 85 per cent of Canadians are interested in seeing artwork and attending live performances of different cultures (Decima Research: Access and Availability Study for the Department of Canadian Heritage 2004). Most Canadians disagreed (58 per cent) when asked whether they prefer to see performances reflecting their own

cultural background further confirming the level of interest in culturally diverse performances. Just over one-third of Canadians surveyed said that they are more interested in seeing works of art and live performances from their own cultural background than from other cultural backgrounds. There appears no contradiction between preferring arts that appeal to one's own culture and being interested in exposure to other cultures.

But interest in the artistic and cultural expression of other groups outside one's ethnic background does not automatically translate into attendance. This is frequently determined amongst other factors by access, income and language knowledge. About one-quarter of persons of British or other European descent reported attending cultural events that were not European, North American or Aboriginal. On the other hand a majority of non-Europeans did attend such events.

Table 3: Of the performances that you have attended in the last 12 months, were any of them in other traditions, that is non-European, non-North American or non-Aboriginal by ethnic category?

	British Origins	Other European origins	Non- European origins	Aboriginals
Yes	28*	23	54	17
No	68	75	45	83
DK	4	2	1	—

* in per cent – Source: Environics, Arts and Heritage Participation Survey 2001.

It is worth noting that some three-quarters of persons of Chinese and South Asian backgrounds attended cultural events in their respective traditions. However, their cultural attendance was not limited to events that reflected their own heritage. In fact as observed below some 60 per cent of non-Europeans had attended performances, events or exhibits in North American or European traditions.

Table 4: *Of the performances that you have attended in the last 12 months, were any of them in the North American or European tradition by ethnic category?*

	British	Other Europeans	Non-Europeans
Yes	78*	80	59
No	19	17	41
DK	3	3	–

* in per cent – Source: Environics, Arts and Heritage Participation Survey 2001.

5. Immigrants and Arts Integrated

Immigrants are only somewhat more interested in seeing works of art in their own cultural background than are non-immigrants and the majority believes that the arts would have more appeal if more performances were provided that connected to their cultural or ethnic background. However, more than 90 per cent of immigrants ex-

Table 5: *Respondents having attended at least one live performance, arts event or exhibit in past 12 months*

	More interested in seeing works of art and live performances from my own cultural background	Arts appeal: more exhibits or performances that connect with my cultural or ethnic background	Interested in seeing artwork and attending live performances from different cultures
Born in Canada	36.6*	43.5	81.3
Born outside of Canada	39.2	51.3	90.5

* in per cent – Source: Decima Research for the Department of Canadian Heritage 2002.

press an interest in seeing artwork and attending live performances from different cultures. So in terms of interest in the diversity of artistic expression perhaps paradoxically it is unapparent that non-

immigrants are less interested in multiple artistic expressions than immigrants.

Does immigrant participation in arts performances evolve over the time that they spend in the country? Survey data suggests that the more an immigrant is established the more he or she attends events that are not connected to his or her cultural origin. The table below demonstrates that those immigrants in the country for more than twenty years are the least inclined to attend performances in their own cultural background.

Table 6: Of the performances, events and exhibits that you have attended in the last 12 months, were any of them within the tradition of your ethnic and cultural heritage? By number of years established in Canada (respondents who have attended at least one of the activities in the last 12 months)

	Born out-side of Canada	In Canada 6-10 years	In Canada 11-20 years	In Canada 21 years or more
Yes	57*	64	60	52
No	42	35	40	46
DK	1	1	—	1

* in per cent – Source: Environics, Arts and Heritage Participation Survey 2001.

The above findings are confirmed in the next table as a significant decline is observed when surveying immigrants in Canada for less than 20 years. They are more inclined to have attended a non-European event than those longest established immigrants who are least inclined to have done so. The figures suggest that there is an important impact for arts attendance in the transition from a predominantly European to non-European immigration.

Table 7: Of the performances that you have attended in the last 12 months, were any of them in other traditions? That is non-European, non-North American or non-Aboriginal

	Born outside of Canada	In Canada 6-10 years	In Canada 11-20 years	In Canada 21 years or more
Yes	47*	49	39	37
No	53	51	60	63
DK	–	–	1	–

* in per cent – Source: Environics, Arts and Heritage Participation Survey 2001.

Not surprisingly those arts-attending immigrants in Canada over two decades have been much more likely to take in events of either European or North American tradition than the more recently arrived who are predominantly non-European.

6. Language and Arts

Less than half a million Canadians are unable to speak either English or French, representing approximately 1.5 per cent of the Canadian population. As observed below in the case of persons whose first language is Italian and Portuguese the share of persons not

Table 8: Knowledge of English and French amongst Canadians and persons of Italian, Portuguese and Chinese mother tongue, 2001

Canada 2001	Knowledge of official languages	English only	French only	English and French	Neither English nor French
Total	29,639,035	20,014,645	3,946,525	5,231,575	446,290
Italian	469,495	293,630	22,020	117,895	35,950
Portuguese	213,805	147,360	11,150	30,495	24,800
Chinese	853,750	655,170	5,825	36,665	156,090

Source: Statistics Canada, Special Compilation, Census of Canada 2001.

knowing one of Canada's two official languages rises somewhat and about one in five for whom Chinese is their first language know neither English nor French. On the one hand the absence of knowledge of a language can be an obvious impediment to certain arts participation and on the other hand the availability of arts and cultural performance in languages other than English and French may be a source of attraction to members of minority ethnic communities.

Language is an important aspect of ethnocultural identification and is considered vital towards the transmission of culture. Almost all Canadians agree that a dynamic arts and cultural identity in their language should be passed on to the next generation. Many Canadians whose principal language is neither English nor French will use other languages particularly in social and cultural activities. Knowledge of other languages is important towards accessing arts and culture production that are neither in the English and French languages. And those persons whose knowledge of either English or French is weaker may be more limited in their cultural choices. Consequently, it is not surprising that amongst those attending arts and cultural events it is allophones that are the most likely to have taken in the non-European performances. The survey below reveals that nearly 80 per cent of allophone respondents attended non-European arts events with English-speakers more likely to attend such events than French-speakers (59 per cent vs. 42 per cent).

Table 9: Number of non-European events attended by language at home (Respondents having attended at least one live performance, arts event or exhibit in past 12 months)

	Anglophone	Francophone	Allophone
None	41*	58	21
One culture/ tradition	27	24	29
Two	17	11	23
Three or more	16	7	27

* in per cent – Source: Decima Research 2001 for the Department of Canadian Heritage.

Ethnic attachments might be very relevant to an individual with limited or no knowledge of the related heritage language. Further confirmation that there is no contradiction between interest in cultural expression in one's own background and that of other cultures is illustrated. Contrary to what might be assumed the attraction of allophones to culturally diverse events does not diminish interest in seeing art and attending performances from different cultures. This is confirmed in the table below wherein some 90 per cent of allophone respondents indicate such interest.

Table 10: Level of agreement: Interest in arts performances in one's own background and from different cultures by mother tongue

	More interested in seeing works of art and live performances from my own cultural background	Would like more exhibits or performances that connect with my cultural or ethnic background	Interested in seeing artwork and attending live performances from different cultures
English	33.4*	39.3	84.8
French	44.0	58.6	86.9
Other	51.1	59.0	89.5

* in per cent – Source: Decima Research 2001 for the Department of Canadian Heritage.

7. Career Choice and Ethnic Origin

One of the concerns expressed by artists of ethnocultural origin is the existence of gaps in representation of minority ethnic groups in the creative and performing arts sector. As revealed below in this sector those of Canadian, British and French (CBF) are better represented than their share of the population, as to a lesser degree those persons of other European origins. For their part, persons of non-European background and the Aboriginal population are rather significantly underrepresented in the creative and performing arts sector.

As observed in Table 12 ethnic origin seems to be an important dimension in terms of the particular careers pursued in the creative

Table 11: Percentage of creative and performing artists and percentage of population by ethnic category for Canada, the Atlantic Region and the Provinces, 2001. Percentage of groups

	All creative and performing artists	Creative and performing arts	In % of the total Canadian population by ethnic categories
Canadian, British and French	30,300	62.5 %	57.9 %
Other European	11,380	23.5 %	20.4 %
Non-European	5,945	12.3 %	18.7 %
Aboriginal	790	1.6 %	3.0 %
Total	48,415	100.0 %	100.0 %

Source: Statistics Canada, Special Compilation, Census of Canada 2001.

and performing arts. A higher than average share of CBF creative and performing artists are conductors, composers and arrangers. The profile of those employed in the creative and performing arts of the ›other Europeans‹ more closely resembles that of the CBF group except as regards the percentage of musicians and singers and conductors and composers where the respective percentages are more like the non-European group. The latter include a substantial share of the musicians and singers amongst all non-Europeans working as creative and performing artists. In the case of Aboriginals nearly half of those reporting employment in the creative and performing arts declared that they are painters, sculptors and visual artists.

The factors that contribute to the representational gaps amongst non-Europeans and Aboriginals in the arts occupations have not been examined. And while there may be several issues worth exploring it appears possible to rule out a lack of interest in the arts on the part of the aforementioned groups. When surveyed some 43 per cent of non-Europeans say that are currently or were interested in pursuing a career in the arts or crafts, either as a creator, performer, artist, designer or manager. Some 39 per cent of Canadians of aboriginal descent expressed similar interest while 36 per cent of the European origin

Table 12: Percentage in arts occupations by ethnic category, single responses only, Canada, 2001

	Producers, directors, choreographers and related	Conductors, composers and arrangers	Musicians and singers	Dancers	Actors and co-medians	Painters, sculptors and other visual artists
Canadian, British and French	22.4	7.0	31.8	8.4	12.5	18.7
Other Europeans	21.5	2.2	39.8	8.4	9.5	20.7
Non-Europeans	19.2	1.7	43.4	6.1	12.0	18.0
Aboriginals	20.8	2.5	15.8	3.1	12.0	45.5

Source: Statistics Canada, Special Compilation, Census of Canada 2001.

population does and 31 per cent of those declaring Canadian, British and/or French background (Environics, Arts and Heritage Participation Survey 2001).

In addition to the slight gaps in representation of certain groups within the arts profession there are also income inequities between the white population and visible minorities as documented below. It is important to note however that income differences between artists of the different groups are nearly eliminated when data controls for education level. In other words when members of the groups listed below with similar levels of education are measured there is little disparity in average income.

Table 13: Average total income for selected artists by visible minority groups, Canada 2001 (in Canadian \$)

Canada population 15+ in labour force, 2001	Musicians and singers	Dancers	Actors and comedians
Total	20,683	17,812	28,673
Visible minority population	16,404	16,652	20,963
Black	16,639	14,349	24,607
South Asian	13,969	19,063	21,702
Chinese	15,734	21,788	21,631
Korean	14,399	–	22,807
Japanese	23,249	–	22,575
Southeast Asian	16,496	–	–
Filipino	17,288	13,104	19,829
Arab/West Asian	23,016	–	8,848
Latin American	13,826	16,583	21,417
All other visible minority groups	18,702	12,950	16,006
White	21,232	17,932	29,879
Aboriginal	17,830	18,733	25,265

Source: Statistics Canada, Special Compilation, Census of Canada 2001.

8. Conclusion: Sharing Canadian Diversity

As the majority of Canadians of non-European origins are immigrants it raises the issue of whether the cultural performance of longer-established groups within Canada will benefit from the participation of this fast-growing segment of the population. Much of this depends on the capacity to adapt their programming to reflect this increasing diversity. Is the preoccupation that any such adjustments are futile because the newer ethnic community's interest in cultural performance is limited to events that reflect their backgrounds? Survey findings in this essay do not support this idea. Indeed in studies conducted between 2001 and 2004 a strong majority of Canadians express

interest in seeing arts from a variety of cultures. Interest in one's own culture by no means implies disinterest in other cultural expression. In effect when it comes to artistic expression there is considerable evidence to suggest that those who attend arts performances more regularly are interested in varied expressions of culture.

Is multicultural assimilation or the maintenance of cultural difference the priority and primary aim of the Government of Canada? According to Gagnon and McFarlane (2003), »[T]he very idea of multiculturalism answers this question because it gives priority to and posits in advance cultural difference. In order for multiculturalism to make sense, the forces of cultural difference must already be in play – and they must be maintained. Multiculturalism also demands that we be open to the productive possibilities of the transcultural spaces in and between different cultures.« The paradox of multiculturalism is such that many Canadians regard diversity as the country's most important shared value. In effect the contradiction between the support of cultural difference and the need to share common values may not be as wide as some observers assume.

References

- Decima Research (2002): *Arts and Heritage Participation Survey for the Department of Canadian Heritage*.
- Demography Division, Statistics Canada and Department of Canadian Heritage (2005): *Population Projections of Visible Minority Groups, Canada, Provinces and Regions, 2001-2017*, March 2005.
- Environics (2001): *Arts and Heritage Participation Survey*, 2001.
- Gagnon, M. K./McFarlane S. T. (2003): *The Capacity of Cultural Difference*, Minister's Forum on Cultural Diversity, Department of Canadian Heritage, http://www.pch.gc.ca/special/dcforum/info-bg/05_e.cfm.
- International Social Science Programme*, Carleton University Survey Centre, March-April, 2004.
- Jedwab, J. (2004): Paradoxes of Diversity. Examining Multiculturalism's Multiple Meanings. In: *Association for Canadian Studies*, July 2004.

Lavalée-Farah, M. (2002): *Statistics Canada, Focus on Culture*, January 2002.

Minister's Forum on Diversity and Culture Opening Remarks, The Honourable Jean Augustine, Secretary of State (Multiculturalism) (Status of Women), Quebec April 22, 2003.

Partnership Agreement Between Department of Canadian Heritage and Canada Council for the Arts Ottawa, November 23, 2005.

Statistics Canada, Special Compilation, Census of Canada, 2001.

→ KONSEQUENZEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS FÜR DIE KULTURELLE INFRASTRUKTUR. ERGEBNISSE AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

CHRISTIAN MEYER

Hintergrund meiner Ausführungen sind drei Fachgespräche, die das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW (ILS NRW) unter dem Titel »Konsequenzen des demografischen Wandels für die kulturelle Infrastruktur« im Auftrag der Kulturabteilung des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW (MSWKS NRW) in den Jahren 2003 und 2004 durchgeführt hat.¹ Das Ziel dieser Fachgesprächsreihe war es, die Auswirkungen des gesellschaftlichen und demografischen Wandels auf die Kultur zu reflektieren und nach Handlungsspielräumen und Strategien zu fragen: Wenn wir abnehmende Bevölkerungszahlen registrieren, so wird dies Auswirkungen auf die Auslastung der Kulturinstitutionen haben, genauso wie eine Alterung der Bevölkerung sich auf die kulturellen Angebote auswirken wird. Die Tatsache, dass unsere Gesellschaft immer internationaler wird, wird sich in den Programmkonzepten ebenso wie die Pluralisierung von Kulturverständnissen niederschlagen müssen. Über diese Entwicklungszusammenhänge und die daraus entstehenden Chancen und Gefahren wurde im Kreis von ausgewählten Experten diskutiert.

Demografischer Wandel – Eine kurze Definition und Erläuterung

Umgangssprachlich ausgedrückt bedeutet der Begriff »demografischer Wandel«, dass wir

1 Im Zuge des Regierungswechsels in NRW im Mai 2005 wurden die Ressorts der Landesregierung neu zugeschnitten. Der Bereich Kultur ist nun der Staatskanzlei zugeordnet.

1. immer weniger,
2. immer älter und
3. immer bunter werden.

Die Abnahme der Geburtenrate und eine zunehmende Lebenserwartung bei gleichzeitiger Zuwanderung aus dem Ausland sind drei wesentliche Faktoren dieser Entwicklung, die laut vorliegenden Prognosen weiter anhalten und aller Voraussicht nach nicht umkehrbar, allenfalls abzuschwächen sein werden. Wanderungen innerhalb der Bundesrepublik (beispielsweise von den neuen Bundesländern in die alten oder von größeren Städten in kleinere) führen zu regional unterschiedlichen Entwicklungen. Einerseits werden dadurch die niedrigen Geburtenraten mancherorts ausgeglichen, andererseits verschärft sich in Regionen mit Bevölkerungsverlusten durch Abwanderung und negative natürliche Bevölkerungsentwicklung der demografische Schrumpfungs- und Alterungsprozess entsprechend drastisch (ILS NRW 2002).

Eine räumliche Betrachtung des demografischen Wandels lässt demnach eine Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung erkennen. Diese zeigt sich auch innerhalb Nordrhein-Westfalens, z.B. in Form des wachsenden Rheinlands und des schrumpfenden Ruhrgebiets und genauso auch kleinräumig innerhalb einzelner Städte. Beispielsweise verlieren in Dortmund eher benachteiligte innerstädtische Viertel an Bevölkerung, während randstädtische Stadtteile weiterhin Zuwächse verzeichnen können. Wenngleich diese urbanen Schrumpfungsprozesse in NRW nicht derart sichtbar sind wie in den Städten der neuen Bundesländer, sind sie dennoch vorhanden und stellen die schrumpfenden Städte in NRW bereits heute vor große Herausforderungen, die städtebaulich, finanziell, sozial und kulturell zu bewältigen sind.

Neben den gerade beschriebenen drei Komponenten des demografischen Wandels möchte ich an dieser Stelle noch eine vierte ergänzen: die zunehmende Armut und soziale Polarisierung der Gesellschaft. Dieser Prozess verläuft parallel zu den derzeitigen demografischen Entwicklungen und beinhaltet eine Reihe von Wechselwirkungen. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

hat (wie schon der erste) eine Zunahme der Armut in Deutschland festgestellt. Auch diese Entwicklung hat eine räumliche Komponente. Insbesondere in schrumpfenden Städten mit größeren Wohnungsleerständen finden sozial selektive Wanderungen statt (ILS NRW/ZE-FIR 2006: 106). Diese Wanderungsprozesse sind innerhalb schrumpfender Städte aufgrund entspannter Wohnungsmärkte in enormer Geschwindigkeit möglich, da stagnierende oder gar sinkende Mieten und eine erhöhte Wohnungsleerstandsquote Wohnungswechsel vereinfachen. Mobile Haushalte, die über ein ausreichend hohes und stabiles Einkommen verfügen, können ohne großen finanziellen Mehraufwand ihre Wohnsituation durch einen Umzug verbessern. Damit verbunden ist ein soziales »filtering down« in jenen Quartieren, die vermehrt durch solche Haushalte verlassen werden. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen werden von den beruflich Erfolgreichen verlassen, so dass in bestimmten verdichteten Teilräumen eine Bevölkerung mit einer Sozialstruktur verbleibt, die durch vielschichtige Risiken und soziale Isolation geprägt ist. Parallel dazu ist eine Abwertung des Stadtteilimages bis hin zu einer Stigmatisierung dieser Räume wahrscheinlich, was eine zusätzliche Benachteiligung der Bewohner bewirkt und gleichzeitig die selektiven Wanderungen verstärkt. Insgesamt kann von einem sich selbst verstärkenden Prozess gesprochen werden. Aber auch die Umzüge aus den Städten in ihr Umland sind zu großen Teilen von wohlhabenden Haushalten getragen und können demnach ebenfalls als sozial selektiv charakterisiert werden. Dadurch wächst einerseits die Kluft zwischen reicher werdenden Umlandgemeinden und den Städten. Andererseits lässt sich auch innerhalb der Großstädte eine Zunahme der Segregation feststellen, indem in so genannten benachteiligten Stadtteilen immer mehr Menschen leben, die von staatlichen Transferleistungen abhängig und oft nicht-deutscher Herkunft sind. Dieses hat auf den ersten Blick keine Konsequenz für den Kulturbereich. Allerdings steht hier die Kultur in der Pflicht, insbesondere mit kultureller Bildung Armut zu bekämpfen und die Lebensbedingungen in diesen Stadtteilen zu verbessern.

In der Gesamtbetrachtung ist für den Kulturbereich durch den demografischen Wandel eine Reihe von Konsequenzen zu erwarten, die aus der Überlagerung einer weiterhin negativen Bevölkerungs-

entwicklung mit der starken Alterung und Internationalisierung der Bevölkerung in Verbindung mit einer zunehmenden Individualisierung und Pluralisierung von Kulturverständnissen resultieren. Auf einige Auswirkungen möchte ich im Folgenden eingehen:

Abnehmende Bevölkerungszahlen

- Die sinkenden Bevölkerungszahlen in bestimmten Großstädten werden sich kurz- bis mittelfristig kaum auf die Zuschauerzahlen von Einrichtungen der Hochkultur in NRW auswirken.

Bei der derzeitigen Schrumpfung von Kernstädten und gleichzeitigem Wachstum ihrer Umlandgemeinden stellt sich in Nordrhein-Westfalen zunächst nur eine Bevölkerungsverlagerung ein: Nach Stadtregionen betrachtet bleibt die Bevölkerung zunächst relativ stabil. Werden die großen Einzugsbereiche kultureller Einrichtungen der Hochkultur und die hohe Mobilität ihrer Nutzer zugrunde gelegt, dürfte die Auslastung von Theatern, Opern oder Konzerthäusern aufgrund der Bevölkerungsentwicklung mittelfristig nicht gefährdet sein. Allerdings wird bei der feststellbaren zunehmenden Mobilität insbesondere des Publikums der Hochkultur eine regionale Abstimmung von Angeboten vor allem in solch dicht besiedelten Räumen wie Nordrhein-Westfalen zunehmend wichtiger.

- Der Bevölkerungsrückgang in den Kernstädten wird sich aufgrund begrenzter Einzugsbereiche auf die Auslastung von kulturellen Breitenangeboten auswirken.

Anders als Einrichtungen der Hochkultur haben kulturelle Breitenangebote räumlich sehr begrenzte Einzugsbereiche. Diese erstrecken sich beispielsweise bei Stadtbibliotheken oder Musikschulen nur auf das Stadtgebiet, bei einer Jugendeinrichtung auf den Stadtteil oder den Bezirk. Ein quantitativer Rückgang von Bevölkerung im direkten Umfeld hat insofern Konsequenzen für die Auslastung solcher Einrichtungen, wenn diese nicht ihren Einzugsbereich erweitern oder mehr Bevölkerung im Einzugsbereich mobilisieren können. Der quantitative

Rückgang von Bevölkerung geht aber auch mit einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur einher. Für die Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen bedeutet der demografische Wandel einen Rückgang von deutschen Jugendlichen bei gleichzeitiger Zunahme von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dieses führt u.a. zu veränderten qualitativen Anforderungen an stadtteilbezogene kulturelle Einrichtungen.

- Bevölkerungsverluste wirken sich negativ auf die kommunale Finanzsituation und somit auch auf die Kulturetats aus.

Die kommunalen Einnahmen sind eng an die Bevölkerungszahl gekoppelt: Weniger Bevölkerung bedeutet für die Kommunen weniger Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich und zugleich weniger Einnahmen aus der Einkommensteuer und über Kaufkraftverluste auch sinkende Gewerbesteuereinnahmen. Die Schätzungen gehen von 500 € (Bertelsmann-Stiftung) bis hin zu 1.100 € (Stadt Essen) je verlorenem Einwohner und Jahr (Landeshauptstadt Stuttgart 1999; Ludwig 2000). Eine geringere kommunale Finanzkraft muss sich auf die einzelnen Etats der öffentlichen Haushalte auswirken. Der Kulturbereich als freiwillige kommunale Leistung könnte von Kürzungen überproportional betroffen sein.

Die Alterung der Bevölkerung:

- Die landesweite Alterung der Bevölkerung führt zu einer qualitativen Verschiebung der Nachfrage hin zu den Älteren.

Der demografische Wandel führt zu einer Zunahme der älteren und einer starken Abnahme der jüngeren Bevölkerung. Damit schwindet die Bedeutung der Jugend als Zielgruppe kultureller Angebote. Dabei prägen insbesondere die Kindheit und Jugend das individuelle Kulturverständnis, d.h. entwickeln Jugendliche kein Verständnis für klassische Kulturangebote, sind sie auch in späteren Lebensphasen nur schwer von den klassisch orientierten kulturellen Einrichtungen zu erreichen (vgl. Göschel 1991). Daraus entsteht für die kulturellen Ein-

richtungen ein programmatisches Dilemma: Werden kulturelle Programme heute nach den Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichtet, so sind die Kulturhäuser heute weitgehend leer – werden die Programme heute nicht nach den Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichtet, sind die Kulturhäuser in 50 Jahren leer.

- Die Spaltung des Kulturbegriffs in einen »ernsten« und einen »unterhaltenden« schwimmt bei den jüngeren Generationen zunehmend. Dies führt zu einer Entfremdung zwischen Jung und Alt einerseits und der (Hoch-)Kultur und den jüngeren Generationen andererseits.

Das unterschiedliche Kulturverständnis von Jung und Alt beleuchtet eine Studie des BAT-Freizeit-Forschungsinstituts. Etwa die Hälfte der befragten über 65-Jährigen gab in der Befragung an, dass Kultur nur aus klassischen Angeboten wie Oper oder Theater besteht. Dagegen votierten 78 Prozent der jüngeren Bevölkerung (bis 34 Jahre) für einen Kulturbegriff, der auch populäre Unterhaltungsangebote wie Musicals oder Kino einschließt (vgl. BAT-Freizeit-Forschungsinstitut o.J.). Die jüngeren Generationen haben demnach ein wesentlich breiteres Verständnis von Kultur als die älteren, was sich auch in ihrem Nutzungsverhalten widerspiegelt: Nur auf eine einzelne Sparte fixierte Kulturinteressierte sind immer weniger auszumachen. Stattdessen ist ein Trend zu einem Sparten überschreitenden, offenen Kulturpublikum zu erkennen, das sich nicht nur auf die so genannte Hochkultur beschränkt (vgl. Keuchel/Zentrum für Kulturforschung 2003: 294). Die Spaltung des Begriffs in U- und E-Kultur hat nicht nur in der Kommunikation zwischen Erwachsenen und Jugendlichen zu einer Entfremdung geführt, sondern auch zu einer Entfremdung der Jugendlichen von Kultur allgemein. Allerdings haben es einige Kultursparten nicht nur geschafft, eine Spaltung zwischen U- und E-Kultur zu vermeiden, sondern sich auch ein jugendliches Publikum zu bewahren. Dies gilt u.a. für die Bereiche Theater und bildende Kunst. Es besteht zudem der Eindruck, dass die Spaltung in E- und U-Kultur Jugendliche in einigen Sparten von bestimmten Angeboten abgeschnitten hat, und ihnen damit eine größere Wahlfreiheit verloren gegangen ist.

- Klassische kulturelle Angebote stehen in wachsender Konkurrenz zu populären Kulturangeboten. Sie stehen vor der Aufgabe, flexibler auf die Anforderungen und Wünsche ihrer Nutzer zu reagieren. Dies ist z.T. mit den derzeitigen Organisationsformen nicht zu erreichen.

Verschiedene Studien weisen auf ein verändertes Kulturverständnis der jüngeren Generationen hin, das vermehrt auch populäre Unterhaltungsangebote wie das Musical oder das Kino einschließt. Erkennbar ist ein vielseitig interessiertes Kulturpublikum, das nicht nur auf die Hochkultur beschränkt ist und diese als ein (Freizeit-)Angebot unter vielen wahrnimmt. Diese breite Streuung kultureller Bedürfnisse, Interessen und Ansprüche erfordert von den kulturellen Einrichtungen eine flexible und vielschichtige Programmplanung, aber auch ein genaues Marketing und neue Formen des Ticketverkaufs. Dabei zeigt der Rückgang der Abonnenten, dass der Verkauf von herkömmlichen Abonnements mit beispielsweise 12 festgelegten Veranstaltungen zu festgelegten Terminen heute nicht mehr funktioniert. Hier müssen neue Varianten wie z.B. Wahlabonnements eingeführt werden. Untersuchungen in der Düsseldorfer Tonhalle haben zu dem Besorgnis erregenden Ergebnis geführt, dass die Hälfte der Abonnenten über 66 Jahre alt ist, jedoch nur fünf Prozent unter 40 sind. Somit fehlt eine Generation. Man darf nicht auf das Publikum warten, sondern muss mit umfangreichen pädagogischen Jugendprojekten aktiv werden.

Die Internationalisierung der Bevölkerung:

- Der wachsende Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund stellt die Gesellschaft vor eine enorme Integrationsaufgabe, die auch kulturell zu bewältigen ist.

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird vor allem in den Großstädten rasant zunehmen. Prognosen für die Großstädte machen deutlich, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den jüngeren Altersgruppen im Jahr 2040 über 50 Prozent liegen könnte (ILS NRW 2002: 9). Wird aber lediglich von Nichtdeut-

schen oder Ausländern gesprochen, wird die dahinter stehende kulturelle Vielfalt verschleiert: Die Spanne reicht von Spätaussiedlern aus den ehemaligen GUS-Staaten bis hin zu zugewanderten EU-Bürgern, die als Saisonarbeiter, Unternehmer oder Wissenschaftler zu uns gekommen sind. In der Konsequenz entsteht die Frage nach dem kulturellen Umgang mit einer wachsenden gesellschaftlichen Heterogenität. Wird diese ernst genommen, kann nicht mehr von einem allgemeinen Kulturbegriff ausgegangen werden. Es ist auf ein Verständnis von Kultur abzielen, das Gemeinsamkeiten sucht und kulturelle Andersartigkeiten akzeptiert und somit über den nationalstaatlichen Rahmen hinausreicht.

- Die klassischen kulturellen Institutionen und Infrastrukturen wie auch die kommunale Kulturplanung sind auf den wachsenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund noch nicht hinreichend vorbereitet.

Migranten stehen im Begriff, von Minderheiten zu Mehrheiten in den Großstädten anzuwachsen, worauf der Kulturbereich innerhalb der Städte bisher selten reagiert hat. In den nordrhein-westfälischen Kommunen bestehen nur wenige Erfahrungen mit interkulturellen Konzepten. Eine Studie aus dem Jahr 2002 kommt zu dem Ergebnis, dass mehr als drei Viertel der Kommunen in NRW keine gesonderten Finanzmittel für interkulturelle Kulturarbeit bereitstellen und in weniger als zehn Prozent der Kommunen entsprechende Richtlinien oder Konzepte entwickelt wurden (MSWKS 2002). Eine stärkere interkulturelle Orientierung ist aber auch bei den kulturellen Einrichtungen und Infrastrukturen notwendig – auch wenn sie ihre Zuschauerzahlen halten wollen. Sie reicht von der stärkeren Öffnung für Migranten, die die Anpassung der bestehenden Programmatik einschließt, bis zur stärkeren Einbindung von Migranten in die Entwicklung kultureller Konzepte und in Entscheidungsprozesse.

Wachsende Armut und sozialräumliche Polarisierung:

- Die Teilhabe an kulturellen Angeboten korreliert stärker denn je mit dem Bildungsgrad.

Ein starker Zusammenhang zwischen Bildungsstand und der Affinität zu kulturellen Angeboten ist allgemein empirisch belegbar. Ein durchschnittliches bis starkes Interesse am Kulturgesehen ist im Schnitt aller Altersgruppen eine Domäne von Gruppen mit hohem Bildungsstand. Dieser Zusammenhang zeigt sich bei den jüngeren Altersgruppen noch stärker: Über die Hälfte der in einer Studie befragten unter 25-Jährigen mit niedriger Schulbildung interessieren sich überhaupt nicht für das Kulturgesehen (vgl. Keuchel/Zentrum für Kulturforschung 2003: 97). Damit ist der Anteil von »Kulturuninteressierten« mit niedriger Schulbildung in dieser Altersgruppe so hoch wie in keiner anderen. Wenn neben dem Bildungsgrad die kulturelle Herkunft hinzugezogen wird, wird deutlich, dass der Einfluss des Herkunftslandes eher sekundär ist und vor allem die Schulbildung das Kulturinteresse beeinflusst (vgl. ebd.: 144). Zudem zeigt eine Befragung des ILS NRW aus dem Jahr 2004², dass eigene künstlerische Aktivitäten auch die kulturelle Partizipation fördern. Aus den Ergebnissen geht u.a. hervor, dass Jugendliche, die in ihrer Freizeit selbst Theater spielen, im Durchschnitt zwei- bis dreimal häufiger in den letzten sechs Monaten ein Theater besucht haben.

In der Konsequenz scheint die Chance auf kulturelle Bildung mit dem Besuch eines Gymnasiums einherzugehen. Daraus resultiert eine besondere Bedeutung der Schulen als Bindeglied zwischen kulturellen Einrichtungen und den jugendlichen Generationen, einerseits, um

2 Die Befragung wurde im Auftrag des MSWKS NRW im Mai 2003 auf der Jugendmesse »YOUr Vision of the Future!« (YOU) in Essen durchgeführt. Es wurden insgesamt 2831 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 20 Jahren zu verschiedenen Themen aus den Bereichen Stadtentwicklung, Wohnen, Sport und Kultur befragt.

ein Verständnis für Kultur zu erzeugen und andererseits, um Zugänge zu Jugendlichen zu finden.

Gegebene Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsmöglichkeiten

Die gerade beschriebenen Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Kulturbereich können keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vielmehr weisen sie auf die Komplexität der Veränderungen hin, die sich je nach den örtlichen und regionalen Gegebenheiten und in unterschiedlichen Kontexten vollziehen. Zum Umgang mit diesen Veränderungen kann es daher keinen Königsweg geben. Hier muss lokal und insbesondere regional sehr genau untersucht werden, welche Stärken und Schwächen vorhanden sind. Bei den weiteren Überlegungen zu den Konsequenzen des demografischen Wandels für die kulturellen Infrastrukturen und Institutionen sollten aber aus meiner Sicht insbesondere die folgenden Aspekte bedacht werden.

Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzsituation ergeben sich für die kommunale Kulturpolitik zwei Alternativen: Entweder müssen für die Beibehaltung des gesamten Angebotsspektrums die Standards (und Qualitäten) entsprechend der geringeren Finanzkraft gesenkt werden. Oder es müssen Fokussierungen und Spezialisierungen mit hohem Qualitätsniveau zugelassen werden. Die gegenwärtige kommunale Kulturpolitik hält jedoch eher an der überlieferten Bandbreite der kulturellen Infrastruktur fest und nimmt dabei die Absenkung der Standards billigend in Kauf. Dabei stellt sich die Frage, ob auch in solchen Bereichen kulturelle Aktivitäten erhalten werden müssen, wo öffentliche Angebote durch private – kommerzielle oder gemeinnützige – Träger ersetzt werden können.

Eine Handlungsoption in dieser Situation für die Städte bieten interkommunale Kooperationen. Im Ruhrgebiet besteht die Besonderheit, dass es eine Vielzahl von Großstädten auf engstem Raum mit einer kulturellen Gesamtausstattung und sich überlagernden Einzugsbereichen gibt. Dabei besteht aber auch die Gefahr, dass ein hochwertiges Nebeneinander entsteht und vieles doppelt oder ähn-

lich angeboten wird. Gerade im Ruhrgebiet ist aufgrund der engen räumlichen Verflechtungen eine Profilierung und Spezialisierung der einzelnen Städte sinnvoll. Kultur ist dabei auch als Beitrag zur Bildung eines innovativen Milieus in einer Region zu verstehen. Regionale Kooperationen scheinen angesichts knapper öffentlicher Kassen immer wichtiger zu werden, greifen aber auch in die kommunale Autonomie ein.

Wie beschrieben, ist mit der Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung auch die Notwendigkeit der Entwicklung interkultureller Konzepte verbunden. Auf die Gruppe der Migranten einzugehen gebietet sich für die kulturellen Institutionen auch aus wirtschaftlichen Gründen, wenn sie ihre Besucherzahlen halten wollen. Die zunehmende Internationalisierung insbesondere der großstädtischen Gesellschaften ist durch kulturelle Integration jedoch nur bedingt zu bewältigen. Dabei ist hervorzuheben, dass kulturelle Partizipation generell ganz wesentlich von den Bildungsvoraussetzungen abhängt. Allerdings lässt sich im Hinblick auf das Bildungsniveau auch beobachten, dass es bei deutscher wie auch nicht-deutscher Bevölkerung zunehmend schwieriger wird, trotz gegebener Voraussetzungen kulturelle Partizipation zu erreichen. Hier ist ein Wandel hinsichtlich kultureller Wertesysteme zu beobachten. Allein durch die kulturelle Teilhabe kann die Integration von Migranten nicht erreicht werden. Allerdings gibt es auch kaum nachhaltigere Sozialisationseffekte als durch (inter-)kulturell orientierte Angebote und Einrichtungen. Insofern lässt sich resümieren, dass der Kultursektor eine wichtige Rolle bei der Integration von Migranten spielen kann und sollte, aber nicht die entscheidende Instanz ist.

In Nordrhein-Westfalen ist, wie auch in anderen Bundesländern, in den letzten Jahrzehnten ein breites Spektrum kultureller Angebote aufgebaut worden. Ein weiterer Ausbau dieser Infrastruktur scheint nicht notwendig und auch unter finanziellen Gesichtspunkten kann sich unsere Gesellschaft dies nicht leisten. Zukünftig wird es nicht mehr darum gehen müssen, vordringlich neue Einrichtungen zu entwickeln und zu bauen, sondern mehr um die qualitative Weiterentwicklung der bestehenden Infrastruktur. Dies bedeutet auch, den Bestand kritisch zu hinterfragen, ob die gegenwärtig bestehenden An-

gebote und Leistungen auch zukünftig noch gebraucht werden und sinnvoll sind. Qualitativer Wandel bedeutet insbesondere, dass die kulturellen Einrichtungen besser werden müssen. Dieses betrifft beispielsweise ihre Erreichbarkeit genauso wie die stärkere Bündelung von Einrichtungen und Infrastrukturen. Vor dem Hintergrund der sinkenden Finanzkraft der Kommunen sind Einrichtungen viel stärker unternehmerisch auszurichten. Das bürgerschaftliche Engagement bietet dabei viele Chancen für kulturelle Einrichtungen.

In den meisten kulturellen Einrichtungen finden sich heute zu wenig junge Leute. Die älteren Besucher dominieren. Ein im Zuge des demografischen Wandels älter werdendes Publikum wird veränderte Ansprüche an die kulturellen Einrichtungen und deren Programmatik entwickeln. Dieses betrifft beispielsweise die Öffnungszeiten, die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV oder die Behinderten gerechte Ausstattung. Die Programme in den großen Kultureinrichtungen sind heute maßgeblich auf den Publikumsgeschmack der über 50- und 60-Jährigen ausgerichtet. Demgegenüber stehen Modernisierungskonzepte, durch die mehr junge Menschen in die Veranstaltungen geholt werden sollen. Bei solchen Angeboten bleiben aber die älteren Nutzer aus, die hinsichtlich der Auslastung der kulturellen Infrastruktur momentan die wichtigste Zielgruppe bilden. Daraus resultiert für die kulturellen Einrichtungen ein Dilemma: Wirtschaftlich betrachtet müssten sie ihre Angebote für ältere Besucher weiter ausbauen, um die Auslastung zu halten oder gar zu steigern. Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit müssten sie aber auch Angebote für das junge Publikum (das Publikum von morgen) stärken, um sie möglichst früh an die kulturellen Institutionen zu binden und um sie langfristig nicht zu verlieren.

Ausblick und Fazit

Die Zeit nach dem Regierungswechsel in NRW im Mai 2005 reicht sicherlich noch nicht dafür aus, die Politik der neuen Landesregierung zu beurteilen. Allerdings sind – auch im Sinne der gerade dargestellten Handlungsnotwendigkeiten – bedeutende Weichenstellungen angekündigt worden.

Neben der geplanten Verdopplung des Kulturretats bis zum Ende dieser Legislaturperiode ist die angekündigte Regionalisierung der Kulturpolitik ein wichtiger Schritt, um mit den Konsequenzen des demografischen Wandels in NRW umzugehen. Dabei sollen drei Regionalverbände (Rheinland, Ruhr und Westfalen-Lippe) sehr viel mehr Kompetenzen der regionalen Kulturpolitik erhalten, als bisher die Regierungsbezirke und Landschaftsverbände innehaben. So können die regionalen kulturellen Profile betont und ein Nebeneinander von Gleichem vermieden werden. Im Bereich der Interkultur wurde von der Landesregierung ein Wettbewerb für interkulturelle kommunale Konzepte ausgeschrieben. Momentan nehmen sechs Kommunen als interkulturelle Pilotstädte an diesem Wettbewerb teil und werden von der Landesregierung konzeptionell unterstützt. Das Thema »Jugend und Kultur« wurde als Leitthema der Kulturpolitik definiert. Zur Förderung der »Zielgruppen von Morgen« sollen sowohl vorhandene Ressourcen konzentriert als auch zusätzliche Finanzmittel eingesetzt werden. Beachtenswert ist dabei, dass Kultur wieder stärker in die Schulen integriert werden soll. Denn Schulen sind die zentrale Instanz, um Jugendliche und kulturelle Angebote wieder mehr zu verzahnen.

Fest steht, dass der demografische Wandel unsere Städte und unser kulturelles sowie soziales Leben nachhaltig verändern wird. Welche Konsequenzen sich im Einzelnen daraus für die Kultur im Allgemeinen und für die kulturellen Institutionen und Infrastrukturen im Speziellen ergeben werden, kann heute allenfalls erahnt werden. Es ist deshalb wichtig, den Diskussionsprozess um mögliche Auswirkungen und entsprechende Strategien frühzeitig zu beginnen.

Literatur

BAT-Freizeit-Forschungsinstitut (o.J.): Kulturrevolution in Deutschland? Die Hochkultur hat ihr Monopol verloren. In: URL: www.bat.de/freizeit.

Göschel, Albrecht (1991): Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur. Wandel des Kulturbegriffs in vier Generationen. In: *Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik*, Bd. 84. Berlin.

- ILS NRW (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW) (2002): *Demographische Entwicklung – Schrumpfende Stadt*. Bericht für die Sitzung des ILS-Beirates am 13. Februar 2002, 2., red. überarb. Ausg. Dortmund: <http://www.ils-shop.nrw.de/down/demogr-entw.pdf>
- ILS NRW (2005): *Demografischer Wandel – Konsequenzen für die kulturelle Infrastruktur. Fachgesprächsreihe*. Dortmund: <http://www.ils-shop.nrw.de/down/kultur-demogr.pdf>
- ILS NRW/ZEFIR (Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung) (2006): *Sozialraumanalyse – soziale ethnische und demographische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten*. Dortmund.
- Keuchel, Susanne/Zentrum für Kulturforschung (Hg.) (2003): *Rheinschiene – Kulturschiene. Mobilität – Meinungen – Marketing*. Bonn.
- Landeshauptstadt Stuttgart (1999): *Ergebnisse der Zuzugs- und Wegzugsmotivbefragung 1997 und 1998. Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 2/1999*. Stuttgart.
- Ludewig, J. (2000): Eigentumsförderung gegen »Stadtflucht«. In: *Kommunalpolitische Blätter* 10/2000, S. 35-36.
- Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW (MSWKS) (2002): *Situation und Aufgaben der interkulturellen Kulturarbeit in NRW*. Düsseldorf.

→ KULTUR UND DEMOGRAFIE. WANDEL UND WIRKUNG¹

PHILIPP RÖSLER

Der demografische Wandel stellt die Gesellschaft vor eine große Herausforderung. Sie muss nicht nur mit einer steigenden Lebenserwartung der Menschen und gleichzeitig sinkenden Geburtenzahlen umgehen, sondern sich auch mit dem Problem der Zuwanderung und mit einer zunehmenden Binnenmigration vor allem junger Menschen von strukturschwachen Regionen in prosperierende Gebiete auseinandersetzen. Wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen wird, hängt stark davon ab, wie sie mit diesen Problemen umgeht.

Aus meiner Sicht gibt es drei wesentliche Faktoren, die eine Gesellschaft ausmachen: Wissen, Toleranz und Zusammenhalt. Der Zusammenhalt einer Gesellschaft wird dabei stark von ihrer Kultur mitbestimmt. Kultur prägt eine Gesellschaft, sie wirkt Identität stiftend und übernimmt eine wichtige integrative Funktion. Die Frage nach dem Gelingen der Integration der älteren Menschen, aber auch der stetig größer werdenden Gruppe der Zuwanderer ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von existenzieller Bedeutung. Entsprechende kulturelle Angebote können dabei die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen und dem Fremden fördern und verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammenführen. Kultur wird sicher nicht in der Lage sein, alle mit dem demografischen Wandel einhergehenden Probleme zu lösen, sie wird aber wichtige Ansatzpunkte bieten können.

Die Gesellschaft steht vor der Aufgabe, der immer größer werdenden Gruppe der älteren Menschen eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Auch wenn dies in einigen Bereichen schon erkannt wurde, wird die Gruppe der Senioren meist eher stiefmütter-

1 Der Beitrag des Verfassers ist ein Eingangsstatement zur abschließenden Podiumsdiskussion der Tagung zum Thema »Kultur und Demografie – Wandel und Wirkung. Fazit und Ausblick im Gespräch«.

lich behandelt und in der Gesellschaft und den Medien eher der Jugendkult gepflegt. Es wird immer von »den älteren Menschen« gesprochen, dabei ist diese Gruppe mindestens ebenso heterogen in ihrer Lebensanschauung, Freizeitgestaltung und im Kulturerleben wie die jüngere Generation. Viele ältere Menschen sind weitaus aktiver und unternehmenslustiger als gängige Stereotype glauben lassen. Sie verfügen über vergleichsweise viel Freizeit und es gibt nur wenige äußere Zwänge, die einem aktiven Lebensabend entgegenstehen.

So zeigt sich zum Beispiel bei den älteren Menschen nach dem Ausstieg aus dem aktiven Berufsleben eine hohe Bereitschaft, ehrenamtliche Aufgaben wahrzunehmen und sich engagiert in die Gesellschaft einzubringen. Sie möchten einerseits ihr Wissen und ihre Erfahrung weitergeben und bleiben so andererseits zugleich weiterhin aktiv in die Gesellschaft integriert. Mein Vater engagiert sich beispielsweise bei dem Verein »MENTOR – die Leselernhelfer Hannover e.V.«. Dieser Verein hilft, die Lese-, Text- und Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Mein Vater übt mit Jugendlichen Lesen und Schreiben, die dabei von seinem Wissen und auch seiner Lebenserfahrung profitieren. Gleichzeitig nimmt er auch weiterhin aktiv an der Gesellschaft teil. Ein solches freiwilliges Engagement muss weiter gefördert und durch entsprechende Rahmensetzung in der Politik auch in Zukunft unterstützt werden.

Gerade vor dem Hintergrund einer anstehenden Aufgabenkritik des Staates – einer alten liberalen Forderung folgend – und leerer öffentlicher Kassen, bietet sich hier auch die Möglichkeit, über Begriffe wie Gesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Gestaltungswillen der Bürger zu diskutieren und sie neu zu definieren.

Aber auch das Wahrnehmen kultureller Angebote stellt für viele ältere Menschen eine Möglichkeit dar, an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen und sich mit ihnen auseinander zu setzen. Gerade für Kultureinrichtungen stellen sie eine nicht zu unterschätzende Zielgruppe dar. Kulturangebote für ältere Menschen zu schaffen, heißt aber nicht unbedingt, einen antiquierten Geschmack zu bedienen. Die Entscheidung, eine Kulturveranstaltung zu besuchen, scheint bei älteren Menschen eher durch äußere Faktoren beeinflusst, wie frühere Anfangszeiten von Theatervorstellungen oder Konzerten, übersichtli-

che Abonnementsysteme, ein barrierefreier Zugang zu den Kultureinrichtungen oder ein guter Anschluss an den ÖPNV.

Auch wenn die Nachfrage nach kulturellen Angeboten durch ältere Menschen steigt und die Zielgruppe der Jüngeren immer kleiner wird, darf man letztere nicht aus den Augen verlieren und sie nicht vom Kulturangebot ausschließen. Jede Generation entwickelt ein eigenes Kulturverhalten, eigene Präferenzen und bleibt diesen in gewisser Weise treu. Ich bin zum Beispiel mit der Musik von Herbert Grönemeyer aufgewachsen, höre ihn heute noch gern und sicher auch noch in ein paar Jahren oder Jahrzehnten. Und wenn sich heute junge Leute im Kulturbereich eher durch Eventveranstaltungen angesprochen fühlen, dann müssen sich die Kulturveranstalter darauf einstellen, dass diese Generation, einmal älter geworden, auch später noch Eventveranstaltungen bevorzugt besuchen wird. Hier ist Flexibilität und auch ein Stück weit Anpassungsvermögen der Kultureinrichtungen gefragt.

Die Kulturanbieter müssen in Zukunft sicher auch noch ihr pädagogisches Angebot weiter ausbauen. Dabei geht es nicht allein darum, ein Kulturpublikum von morgen zu gewinnen, sondern durch die kulturelle Bildung der Jugendlichen ein Verständnis von Kultur zu bilden, die Schwellenangst für Jugendliche zu senken, Kultureinrichtungen zu besuchen und darüber hinaus durch die Auseinandersetzung mit Kultur einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung zu leisten. In diesem Zusammenhang gewinnt Kultur dann auch wieder eine gesellschaftliche Dimension.

Mit dem demografischen Wandel steht die Kulturpolitik vor vielen Herausforderungen. Es muss zukünftig darum gehen, differenzierte Angebote zu schaffen, um den ganz verschiedenen Ansprüchen der Kulturfreunde gerecht zu werden. So haben nicht nur die Älteren wie schon oben beschrieben besondere Wünsche. Es gilt auch Wege zu finden, zum Beispiel jungen Familien, die belastungsbedingt kulturelle Angebote nur selten wahrnehmen können, ein annehmbares Angebot zu unterbreiten. Neben der Hochkultur gilt es aber auch, kulturelle Breitenangebote wie Musikschulen und Stadtbibliotheken längerfristig sicherzustellen – die Weichen dazu müssen zeitig genug gestellt werden. Letztendlich muss man auch die Frage zulassen und

diskutieren, ob und wie man die derzeitige kulturelle Infrastruktur, auf die Deutschland sicher stolz sein kann, beibehält und wie man die Qualität des Angebotes sicherstellen kann. Kulturschaffende, Kultureinrichtungen und Politiker werden diese Probleme hoffentlich gemeinsam frühzeitig aufgreifen und Wege finden, sie zu lösen.

→ ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

Professor Dr. Michael Bommers: Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)

Professor Dr. Dr. Michael Daxner: Universität Oldenburg, Institut für Soziologie

Professor Dr.-Ing. Dr. phil. h.c. Clemens Geißler: Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Forschung im Alter

Dr. Magda Gohar-Chrobog: Managing Global Communications, LLC, Washington, D.C.

Professor Dr. François Héran: Direktor des Institut national d'études démographiques, Paris

Dr. Dietrich H. Hoppenstedt: Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands. Präsident der Stiftung Niedersachsen

Professor Dr. Frank Huysmans: Sozial- und Kulturplanungsamt der Niederlande, Abteilung Zeit, Medien und Kultur, Den Haag. Apl. Professor für Bibliothekswissenschaften, Universität von Amsterdam

Thomas Ihm: Redakteur SWR 2 – Aktuelle Kultur

Jack Jedwab: Executive Director, Association for Canadian Studies, Montréal/Quebec

Dipl.-Ing. Christian Meyer: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen, FB »Stadtentwicklung und Wohnungswesen«

Ulrike Richter: Mitarbeiterin der Generaldirektion der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden

Dr. Philipp Rösler: MdL, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Professor Dr. Martin Roth: Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Professur für Kulturpolitik und Kulturmanagement, Technische Universität Dresden

Professor Dr. Ralf E. Ulrich: Direktor des Instituts für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld

Professor Dr. Raimund Vogels: Vizepräsident der Hochschule für Musik und Theater, Hannover

An der Tagung »Kultur und demographischer Wandel« der Stiftung Niedersachsen am 14. und 15. Oktober 2005 wirkten als Moderatoren und Podiumsteilnehmer mit:

Dr. Arno Beyer, Direktor des NDR Landesfunkhauses Niedersachsen
Gitta Connemann, MdB, Vorsitzende der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«

Dr. Hans Fleisch, Vorsitzender des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen

Professor Dr. Lothar Hübl, Universität Hannover, Institut für Volkswirtschaftslehre

Dr. Dominik Freiherr von König, Generalsekretär der Stiftung Niedersachsen

Professor Dr. Dr. h.c. Walter Ch. Zimmerli, Präsident der Volkswagen AutoUni Wolfsburg. Senator der Stiftung Niedersachsen

→ ZUR HERAUSGEBERIN

Die Stiftung Niedersachsen – 1987 als gemeinnützige Stiftung des privaten Rechts vom Land Niedersachsen gegründet – fördert Wissenschaft, Kunst, Kultur und Bildung mit dem Ziel, die Entwicklung des Landes im Interesse des Gemeinwohls zu fördern und den Stärken Niedersachsens im europäischen und im internationalen Kontext Geltung zu verschaffen.

Weitere Titel dieser Reihe

Tobias Wall

Das unmögliche Museum

Zum Verhältnis von Kunst und
Kunstmuseen der Gegenwart

Juli 2006, ca. 250 Seiten,

kart., ca. 25,80 €,

ISBN: 3-89942-522-7

Sonja Vandenrath

Private Förderung zeitgenössischer Literatur

Eine Bestandsaufnahme

Juni 2006, 260 Seiten,

kart., 25,80 €,

ISBN: 3-89942-417-4

Stiftung Niedersachsen (Hg.)

»älter – bunter – weniger«

Die demografische Heraus-
forderung an die Kultur

Mai 2006, 236 Seiten,

kart., 24,80 €,

ISBN: 3-89942-505-7

Brigitte Kaiser

Inszenierung und Erlebnis in kulturhistorischen Ausstellungen

Museale Kommunikation

in kunstpädagogischer

Perspektive

Februar 2006, 448 Seiten,

kart., 32,80 €,

ISBN: 3-89942-452-2

Birgit Mandel (Hg.)

Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing

Eine Profession mit Zukunft

2005, 270 Seiten,

kart., 19,80 €,

ISBN: 3-89942-399-2

Lutz Hieber, Stephan Moebius,
Karl-Siegbert Rehberg (Hg.)

Kunst im Kulturkampf

Zur Kritik der deutschen
Museumskultur

2005, 210 Seiten,

kart., zahlr. Abb., 24,80 €,

ISBN: 3-89942-372-0

Sabine Autsch,

Michael Grisko,

Peter Seibert (Hg.)

Atelier und Dichterzimmer in neuen Medienwelten

Zur aktuellen Situation von
Künstler- und Literaturhäusern

2005, 264 Seiten,

kart., 27,80 €,

ISBN: 3-89942-314-3

Udo Liebelt,

Folker Metzger (Hg.)

Vom Geist der Dinge

Das Museum als Forum für
Ethik und Religion

2005, 196 Seiten,

kart., 22,80 €,

ISBN: 3-89942-398-4

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de

Weitere Titel dieser Reihe

Hartmut John,
Ira Mazzoni (Hg.)

**Industrie- und Technik-
museen im Wandel**
Perspektiven und
Standortbestimmungen

2005, 302 Seiten,
kart., 27,80 €,
ISBN: 3-89942-268-6

Franziska Puhan-Schulz
**Museen und Stadt-
imagebildung**
Amsterdam – Frankfurt/Main –
Prag. Ein Vergleich

2005, 342 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 27,80 €,
ISBN: 3-89942-360-7

Tiziana Caianiello
**Der »Lichtraum (Hommage
à Fontana)« und das
»Creamcheese« im museum
kunst palast**

Zur Musealisierung der
Düsseldorfer Kunstszenen
der 1960er Jahre
2005, 262 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 26,80 €,
ISBN: 3-89942-255-4

Kathrein Weinhold
**Selbstmanagement im
Kunstbetrieb**

Handbuch für Kunstschaffende
2005, 320 Seiten,
kart., 25,80 €,
ISBN: 3-89942-144-2

Beatrix Commandeur,
Dorothee Dennert (Hg.)

Event zieht – Inhalt bindet
Besucherorientierung von
Museen auf neuen Wegen

2004, 196 Seiten,
kart., 22,80 €,
ISBN: 3-89942-253-8

Peter J. Bräunlein (Hg.)
Religion und Museum
Zur visuellen Repräsentation
von Religion/en im
öffentlichen Raum

2004, 248 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 23,80 €,
ISBN: 3-89942-225-2

Hartmut John, Jutta
Thinesse-Demel (Hg.)
**Lernort Museum –
neu verortet!**

Ressourcen für soziale
Integration und individuelle
Entwicklung. Ein europäisches
Praxishandbuch
2004, 202 Seiten,
kart., 23,80 €,
ISBN: 3-89942-155-8

Uwe Christian Dech
Aufmerksames Sehen
Konzept einer Audioführung zu
ausgewählten Exponaten

2004, 164 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 19,80 €,
ISBN: 3-89942-226-0

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de